Die deutschen Mächte

und

der Fürstenbund.

Deutsche Geschichte von 1780 bis 1790

von

Leopold von Ranke.

Erster Band.

Leipzig,
Verlag von Duncker und Humblot.
1871.

Die deutschen Mächte

und

der Fürstenbund.

Die deutschen Mächte

und

der Fürstenbund.

Deutsche Geschichte von 1780 bis 1790

von

Leopold von Ranke.

Erster Band.

Leipzig,
Verlag von Duncker und Humblot.
1871.

Verlag von Duncker & Humblot.

Leipzig. 1871/1872.

Jahrbuch

für

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege

des

Deutschen Reichs

unter Mitwirkung von Dr. **Ludwig Bamberger**, Obristlieutenant **Blanckenburg**, Geheimrath Prof. Dr. **Bluntschli**, Geh. Postrath Dr. **Fischer**, Prof. Dr. **Friedberg**, Reichs-Oberhandelsgerichts-Rath Dr. **Goldschmidt**, **August Lammers**, Assessor **Lehfeldt**, Regierungsrath Dr. **Meitzen**, Geheimrath Dr. **Metzel**, Prof. Dr. **Nissen**, Dr. **Romberg**, Prof. Dr. **Thudichum**, Prof. Dr. **A. Wagner** u. A.

herausgegeben

von

Dr. Franz von Holtzendorff,
Prof. der Rechte in Berlin.

Indem die unterzeichnete Verlagshandlung mit dem vorstehend angekündigten Unternehmen vor die Oeffentlichkeit tritt, fühlt sie sich veranlaßt, einige Worte zu dessen Rechtfertigung beizubringen.

Sie glaubt, daß der Zweck einer solchen nicht durch Verkleinerung anderer bereits bestehender, theilweise höchst verdienstvoller Unternehmungen erreicht wird, da das Jahrbuch weder eine Sammlung urkundlichen Materials oder der Gesetzestexte, noch auch Veröffentlichung gelegentlicher auf Staatswohl und Politik bezüglicher Denkschriften und Abhandlungen beabsichtigt. In dieser Beziehung ist genügend durch bereits vorhandene Publikationen gesorgt. Die Berechtigung ihres Unternehmens findet sie vielmehr in dem unbestreitbaren Mangel einer, größere Zeiträume umfassenden, planmäßig geordneten übersichtlichen und thunlichst vollständigen Darstellung des für die politische Urtheilsbildung der Zeitgenossen nöthigen Stoffes aus dem öffentlichen Leben des Deutschen Reichs.

Diesem Mangel abzuhelfen, soll die Aufgabe unseres Jahrbuchs sein, welches dementsprechend eine

Kritisch prüfende, übersichtliche, den großen Perioden der Reichsgesetzgebung entsprechende Berichterstattung über alle im Zeitraume eines Jahres eintretenden wichtigeren Ereignisse und Vorgänge auf dem Gebiet der Verfassungsgebung, Legislative, Verwaltung und Rechtspflege des Deutschen Reichs

enthalten wird.

Was die Einrichtung des Jahrbuchs betrifft, so sollen dabei folgende Gesichtspunkte maßgebend sein:

1) Der der Berichterstattung erwachsene Stoff soll in eine Reihe jährlich wiederkehrender, nach sachlichen Gesichtspunkten geschiedener Fächer vertheilt und ebenso vielen Fachkennern zugewiesen werden, deren fortdauernde Mitwirkung die Herstellung eines inneren Zusammenhanges unter den einzelnen Jahrgängen hoffen läßt.

2) In diesen Berichten, welche mit dem 1. Juli eines jeden Jahres, als demjenigen Zeitpunkte, zu welchem eine Uebersicht über die Gesetzgebungs- und Geschäftsperioden verhältnißmäßig am besten zu bewerkstelligen ist, abschließen, soll alles berücksichtigt werden, was in den großen Organen des Reichs, in seinen gesetzgebenden Factoren, in seinen Behörden, außerdem aber auch in den Landtagsverhandlungen der einzelnen Staaten und in der politischen Literatur beachtungs- und erinnerungswerth erscheint.

Unser Unternehmen ist unabhängig von den Bestrebungen irgend einer politischen Partei. Es ist national in dem Sinne, daß es zur Befestigung der in der Entstehung des Deutschen Reichs thätig gewesenen Kräfte und zur Ueberwindung der seiner lebenskräftigen Entwicklung feindlichen Gegensätze durch Verbreitung richtiger Anschauungen von den wichtigeren thatsächlichen Vorgängen in weiteren Kreisen mitwirkt. Eine theoretische Bekämpfung bestimmter politischer Doctrinen liegt außerhalb seiner Aufgabe.

Von der zweckdienlichen, der Verbreitung günstigen Form des Jahrbuchs verspricht sich die Verlagshandlung besonderen Erfolg. Noch mehr aber vertraut sie dem Urtheil derjenigen Männer, welche als Mitarbeiter an diesem Unternehmen thätig sind.

Verlag von Duncker & Humblot.

Die besonderen Verhältnisse des laufenden Jahres, welche die Einberufung des Reichstages zu ungewöhnlicher Zeit erforderten, sowie die Vorbereitungen, deren jedes größere literarische Unternehmen bedarf, ließen es rathsam erscheinen, das Jahrbuch diesmal in zwei Abtheilungen auszugeben, deren erste zu Anfang October d. J. erscheint und deren zweite spätestens Mitte Februar 1872 zur Edition gelangen soll.

In Nachstehendem geben wir den Inhalt beider Abtheilungen.

Die **erste** enthält:

I. Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 16. April 1871, von Prof. Dr. **Thudichum** in Tübingen.
II. Geschäftsordnung für den Reichstag.
III. Bevollmächtigte zum Bundesrath.
IV. Wahlkreise und Reichstagsabgeordnete.
V. Regesten des Deutschen Reichstags, von Geheimrath Dr. **Metzel** in Berlin.
VI. Die erste Sitzungsperiode des ersten Deutschen Reichstags, von Dr. **Ludwig Bamberger** in Berlin.
VII. Die Reichsgesetzgebung, von Prof. Dr. **Franz v. Holtzendorff** in Berlin.
VIII. Handel, Zollwesen, Consularwesen; wirthschaftliche Gesetzgebung, von **August Lammers** in Bremen.
IXa. Völkerrechtliche Betrachtungen über den französisch-deutschen Krieg 1870/71 (Erster Theil), von Geheimrath Prof. Dr. **Bluntschli** in Heidelberg.

Die **zweite** Abtheilung wird enthalten:

IXb. Völkerrechtliche Betrachtungen über den französisch-deutschen Krieg 1870/71 (Zweiter Theil), von Geheimrath Prof. Dr. **Bluntschli** in Heidelberg.
X. Das Reichsfinanzwesen, von Prof. Dr. **A. Wagner** in Berlin.
XI. Marine und Seewesen, vom Navigationslehrer Dr. **Romberg** in Bremen.
XII. Die Verkehrsanstalten des Reichs (Post, Telegraphen, Eisenbahnen), vom Geheimen Postrath Dr. **Fischer** in Berlin.
XIII. Das Heerwesen des Deutschen Reichs, vom Abgeordneten Obristlieutenant **Blanckenburg** in Breslau.
XIV. Die Rechtspflege des Deutschen Bundes-Oberhandelsgerichts, von Prof. Dr. **Nissen**.
XV. Die statistischen Publicationen zur Kenntniß der Deutschen Reichsverhältnisse, vom Regierungsrath Dr. **Meitzen** in Berlin.
XVI. Die Verwaltungseinrichtungen von Elsaß und Lothringen, von Assessor **Lehfeldt** in Metz.
XVII. Das Deutsche Reich und die Kirche, von Prof. Dr. **Friedberg** in Leipzig.
XVIII. Reichsrechtliches aus Deutschen Landtagsverhandlungen.
XIX. Literaturbericht über die reichsrechtlichen Publicationen.

Der Preis eines jeden Jahrganges ist auf $3^{1}/_{3}$ Thaler festgesetzt (die beiden gesondert nicht verkäuflichen Abtheilungen des ersten Jahrganges kosten somit je 1 Thlr. 20 Sgr.), was bei einem Umfange von 40 Bogen und eleganter Ausstattung nicht zu hoch gegriffen erscheinen dürfte.

Aus dem oben angegebenen Inhalt erhellt, daß es sich bei unserm Unternehmen nicht um ein Werk der doctrinären fachgelehrten Staatsjurisprudenz handelt, sondern um eine gleichsam in jährlichen Zwischenräumen fortgeführte Encyclopädie der Deutschen Staatsrechtsverhältnisse und der Reichspolitik, und daß insbesondere der erste Band (Jahrgang 1871) wegen seines die Deutschen Reichszustände aus der Zeit der Gründung des Reichskörpers recapitulirenden Inhalts gleichzeitig die Bedeutung einer allgemeinen Einleitung in das jetzt geltende Reichsrecht beanspruchen darf. Es wird somit den Gebildeten aller Stände eine willkommene Erscheinung sein, und giebt sich die Verlagshandlung vertrauensvoll der Hoffnung hin, daß ihm eine allseitige rege Förderung und Theilnahme entgegengebracht werde.

Leipzig, October 1871.

Duncker & Humblot.

Bei

bestelle ich hiermit

v. Holtzendorff, Jahrbuch für Gesetzgebung 2c. des Deutschen Reichs (à Jahrgang 3 Thlr. 10 Sgr.) Jahrg. ....

Name: Ort:

Druck von Friedr. Aug. Lischke, Leipzig.

Vorwort.

Ich lege der deutschen Nation ein Stück ihrer Geschichte vor, das an unsre Zeiten nahe heranreicht, aber wie mir scheint noch nicht genügend bekannt ist.

Vom Frieden von Hubertsburg bis zu den ersten Einwirkungen der französischen Revolution genoß Deutschland — einen einzigen Kriegssturm ausgenommen, der rasch vorüberzog — den Segen und die innerlich belebenden Anregungen des Friedens.

Jedermann kennt die culturhistorische und literarische Bedeutung dieser Zeiten, namentlich des Jahrzehnts, das ich zu schildern gedenke. Eine sehr anziehende Arbeit wäre es, die mannichfaltigen, mit der literarischen Production zusammenhängenden, aber auf das bürgerliche und öffentliche Leben bezüglichen Bestrebungen, welche in derselben Zeit die verschiedenen landschaftlichen Staatsgenossenschaften belebten und erfüllten, zu vergegenwärtigen; Thätigkeiten von einer gewissen Einheit im Princip, aber unendlich verschieden durch die Zustände in denen man sich befand, das Maß der Einsicht, die Thatkraft und den mehr oder minder guten Willen, die man dabei einsetzte. Neben den namhaften Autoren der

Epoche könnte man eine Gallerie der in Staat und Leben wirksamen Persönlichkeiten aus allen Kreisen der Verwaltung aufstellen; wie manches vergessene Verdienst würde dabei zu Tage kommen.

Diese friedlich wetteifernden Bestrebungen beschäftigten alle Geister; sie gaben dem deutschen Vaterlande den Charakter einer gebildeten, in allseitiger Fortentwickelung begriffenen Welt. Ich werde dieselben jedoch nur vorübergehend berühren: meine Aufgabe ist eine andere. Ich fasse eine dritte Seite des allgemeinen Lebens der Nation, ihre inneren Conflicte in Beziehung auf die Gesammtverfassung ins Auge.

Noch bestand das deutsche Reich in den altherkömmlichen Formen, aber zersetzt durch den religiösen Zwiespalt, und vor allem durch die großen Autonomien, die sich in Verbindung mit demselben erhoben hatten. Diese standen einander in großartiger Gestaltung und eingeborner Kraft unüberwindlich gegenüber. Ihr Widerstreit betraf von jeher auch die Verfassung des Reichs. Die Wirksamkeit der Reichsgemeinschaft ward durch die Machtbestrebungen einzelner Staatsgewalten unaufhörlich durchbrochen und selbst durch die gefährdet, welche die höchste Autorität repräsentirte. Grade im Gegensatze mit ihr erwachten die auf die Wiederbelebung des Reiches gerichteten Tendenzen. Inmitten der großen wissenschaftlichen und künstlerischen, civilisatorischen und administrativen Probleme, die der deutsche Geist zu lösen versuchte, erscheint auch das Vorhaben der Regeneration des Reiches, nicht in rasch gefaßten, rasch verfliegenden Idealen, sondern in historischer Realität auf der gegebenen Grundlage, den veränderten Zuständen gemäß. Der Conflict, der hierüber in den achtziger Jahren des achtzehnten Jahrhunderts ausbrach, bildet eine

der merkwürdigsten Abwandlungen im Leben der deutschen Nation. Die kräftigste Entwickelung der vorwaltenden Staaten trifft mit dem Bedürfniß der Erhaltung oder vielmehr der Erneuerung der Reichsverbindung zusammen.

Wenn die historischen Studien, ohne an diesem Ereigniß vorbeizugehen, ihm doch nicht die umfassende Forschung gewidmet haben, deren es würdig ist; so rührt das daher, daß eine andere Epoche folgte, in welcher die Existenz der Nation als solcher beinahe vernichtet und nur unter einem allgemeinen Umschwung der Weltverhältnisse durch die schwersten und ruhmvollsten Kämpfe gerettet wurde, — worauf sich nothwendig die Aufmerksamkeit vorzugsweise richtete.

Die deutsche Nation wurde durch die überlegene Machtbildung des revolutionären Frankreichs überwältigt, ehe sie mit der ihren zum Ziel gelangt war. Was nun aber bis dahin versucht wurde; und wie weit man es damit vorläufig brachte — die deutsche Geschichte unmittelbar vor der Revolution — ist wohl einer neuen Darstellung werth.

Bei näherem Herantreten an den Gegenstand, ergab sich eine überraschend reiche Information. Glücklicherweise sind die Zeiten vorüber, in welchen man mit vermeinten Geheimnissen engherzig zurückhielt. Das preußische Staatsarchiv habe ich in weitestem Umfang benutzen können. Auch das österreichische wurde mir mit einer dem Genius der Zeit entsprechenden Liberalität eröffnet: ich verdanke ihm die wichtigsten Aufklärungen. Die Theilnahme der Reichsfürsten an den allgemeinen Angelegenheiten lernte ich aus dem braunschweigischen, vornehmlich aber aus dem hiefür unschätzbaren weimarischen Archive kennen. Für andere Fragen konnte ich die niederländischen Archive consultiren.

Es war fast nicht so sehr meine Wahl, als meine Pflicht, den gesammelten Stoff und die daraus neu gewonnenen Anschauungen dem Publikum vorzulegen. Unmöglich wäre es, unter allen den Kämpfen der Macht und der Ideen, welche die größten Entscheidungen in sich tragen, keine Meinung darüber zu haben. Dabei aber kann doch das Wesen der Unparteilichkeit gewahrt bleiben. Denn dies besteht nur darin, daß man die agirenden Mächte in ihrer Stellung anerkennt, und die einer jeden eigenthümlichen Beziehungen würdigt. Man sieht sie in ihrem besonderen Selbst erscheinen, einander gegenübertreten, und mit einander ringen; in diesem Gegensatz vollziehen sich die Begebenheiten und die weltbeherrschenden Geschicke. Objectivität ist zugleich Unparteilichkeit.

Inhalt.

Erstes Capitel.

Ansicht der Verhältnisse zwischen Preußen und Oesterreich von 1769 bis 1779.

Friedrich hatte Schlesien dem Hause Oesterreich abgerungen: eine zweite Absicht aber, die er hegte, das Kaiserthum von diesem Hause loszureißen, und die oberste Gewalt im Reiche auf einer breiteren Grundlage neuzugestalten, die hatte er nicht erreicht. Die ruhmwürdige Fürstin, welche Schlesien verlor, eroberte das Kaiserthum mit ihren Waffen: sie überlieferte es ihrem Gemahl aus dem Hause Lothringen, und nach dessen Tode ihrem Sohn. In Wahrheit war sie der Kaiser: das Kaiserthum war und blieb ein Bestandtheil der Macht von Oesterreich. Bei ihrer Hofburg war der Sitz des Reichshofraths; von Wien aus wurde das Reichskammergericht geleitet, und das Uebergewicht der Stimmen am Reichstag zu Regensburg festgehalten. Wie vor Alters so schloß sich auch fortan das geistliche Fürstenthum, der Katholicismus überhaupt an Oesterreich an; im Reiche spielte der Eroberer von Schlesien nur die Rolle, die ihm als einem der ersten Reichsfürsten zukam: freilich durch seine Kriegsmacht und seinen Ruhm über allen Vergleich hinausgehoben.

Wie aber der Verlust und der Gewinn auf beiden Seiten das Ergebniß eines großen, nicht allein deutschen, sondern

europäischen Kampfes, und die beiden Mächte nicht allein deutsche sondern europäische waren, so bildete auch ihr Gegensatz einen der wichtigsten Momente der allgemeinen Weltverhältnisse.

Ihren Antagonismus schildern zu wollen, würde heißen: die Geschichte der Epoche überhaupt schreiben; in dem engen Rahmen einer Einleitung würde sich nur schon Gesagtes wiederholen, und für das Neue, das noch zu sagen wäre, keine Ueberzeugung hervorrufen lassen. Wie das Drama sich nicht durch lange Prologe vorbereitet, sondern durch dramatische Scenen, so will ich den Eingang meiner Erzählung nicht durch reflectirende Uebersicht einer frühern Epoche bilden, sondern durch Erinnerung an einige Ereignisse, in denen die vorwaltenden Persönlichkeiten und Tendenzen in unmittelbarer Wirksamkeit erscheinen.

Ich beginne mit der zwiefachen Zusammenkunft des Königs Friedrich und des Kaisers Joseph: denn unter dem Widerstreit that sich auch allmählich, namentlich in Bezug auf die europäischen Angelegenheiten, das Bedürfniß einer Verständigung und der Wunsch einer solchen hervor.

Auf den jungen Kaiser hatte niemals etwas größern Eindruck gemacht, als daß der Fürst eines mittelmäßigen Territorialstaates den großen Mächten, die sonst nur zu drohen gebraucht hatten, um Folgeleistung zu finden, als sie ihre Waffen gemeinschaftlich gegen ihn wandten, nicht allein Widerstand zu leisten vermochte, sondern sie nöthigte, einen ihnen nachtheiligen Frieden mit ihm zu suchen; er war davon durchdrungen, daß Oesterreich einer innern Regeneration bedürfe, um sich einmal wieder mit ihm zu messen. Er theilte die allgemeine Bewunderung, welche der König in der Welt erweckte,

aber zugleich sah er einen allezeit gefährlichen Feind in ihm. Von seinem Beispiel dachte er Mittel und Wege zum Kampfe gegen ihn zu entnehmen [1].

Begierig, die Welt zu sehen und sich durch Reisen zu unterrichten, besuchte Joseph im Jahre 1766 das Schlachtfeld von Torgau, auf welchem Friedrich das österreichische Kriegsheer, das dem seinen an Zahl bei weitem überlegen war, aus dem Felde geschlagen. Doppelt lebhaft ergriff ihn hier der Wunsch, den gewaltigen Kriegskapitän kennen zu lernen [2]. Ein preußischer höherer Offizier war zugegen, und es hätte den Kaiser nur ein Wort gekostet, um eine Zusammenkunft herbeizuführen. Allein er wußte, seine Mutter und Fürst Kaunitz hätten es nicht gern gesehen. Er bezwang sich, den Antrag nicht auszusprechen, und sah dann bei der Fortsetzung der Reise, die nach Oberschlesien führte, mit einiger Bekümmerniß von einer Höhe her die verlorenen Provinzen, die er nicht betreten sollte.

Im Jahre 1768, bei dem Wiederausbruch des Krieges zwischen Rußland und der Türkei, von welchem Oesterreich sehr nahe berührt wurde, schien es der Kaiserin und dem vorwaltenden Staatsmann selbst rathsam, dem Begehren Josephs Statt zu geben. Oesterreich rüstete damals, um, wenn es nöthig sei, zu Gunsten der Türken einzuschreiten. Es schien der Mühe werth, über die Haltung, welche König Friedrich, der Verbündete Rußlands, in diesem Kampfe einzunehmen denke, ins Klare zu kommen. Der österreichische General Nu-

1) S. das erste Schreiben Josephs an Maria Theresia: in der Sammlung ihres Briefwechsels von Arneth; vom April 1761.

2) connaitre un homme, que je ne puis nier piquer terriblement ma curiosité (bei Arneth I, 181).

gent, der in Berlin anwesend war, machte die Eröffnung dazu [1]. Friedrich hätte einige auf Polen und auf die französisch=englischen Verhältnisse bezügliche Fragen vorher beantwortet zu sehen gewünscht: daß man dem in Wien auswich, hinderte ihn jedoch nicht auf den Antrag einzugehn. Denn auch ihn verlangte, mit dem Kaiser anzuknüpfen. Die Zusammenkunft ward auf die letzten Tage des August festgesetzt, in welcher Zeit sich der König ohnehin in Schlesien befand, wo sie am leichtesten Statt finden konnte. Der Kaiser, der soeben von einer Reise aus Italien zurückkam, ließ vernehmen, von alle dem, was er bis jetzt gesehen habe, sei doch nichts mit der Bekanntschaft zu vergleichen, die er dort zu machen Gelegenheit finden werde. Indem er aber der Befriedigung seines Wunsches, in welchem sich Neugier, Bewunderung und wie berührt unbezwungene feindselige Gefühle seltsam mischten, entgegensah, ward ihm auch ein politischer Auftrag zu Theil: er sollte dem König Zutrauen einflößen, ihm alle Besorgniß vor ferneren feindseligen Absichten Oesterreichs ausreden und ihm zugleich zeigen, daß man auf seine Verbindung mit Rußland nicht eifersüchtig sei.

Am 25. August 1769 traf Joseph in Neiße ein. Er hatte sich ausbedungen, in dem Incognito eines Grafen von Falkenstein zu bleiben, in welchem er überhaupt seine Reisen machte, und in einem Gasthof (zu den 3 Kronen) Wohnung zu nehmen. Bei seiner Ankunft fuhr er jedoch zunächst bei der Wohnung des Königs vor, der ihn an der Treppe erwartete und sogleich zu der Mittagstafel zog, die denn lange

1) Die ersten Eröffnungen hat er im November 1768 gemacht.

genug dauerte, um eine erste allgemeine Bekanntschaft zu begründen. Der Kaiser war verwundert, daß die anwesenden Prinzen, der Bruder des Königs, der durch seine äußere Unscheinbarkeit, und der Neffe desselben, der dagegen durch hohe Gestalt und männliche Schönheit auffiel, dem König gegenüber gern ein ehrfurchtsvolles Schweigen beobachteten. Dieser sprach fast allein; nur Joseph schwieg dann nicht. Bald nach der Tafel besuchte ihn der König in dem Gasthof, und sie hatten ein langes Zwiegespräch, das sich an den beiden folgenden Tagen, von militärischen Uebungen unterbrochen und zugleich belebt, fortsetzte. Diese gefielen dem Kaiser eigentlich am besten; die Gespräche machten ihn befangen und unbehaglich. Wohl merkwürdig, diese beiden Fürsten, den ergrauten wettererprobten Helden, der eine glorreiche Vergangenheit hatte, und den jugendlich aufstrebenden Kaiser, der einer glänzenden Zukunft entgegenging, hier in vertraulichem Verkehr mit einander zu sehen. Die Unterhaltung berührte alle Dinge der Welt, unter andern die Vorgänge des letzten Krieges. Joseph erstaunte, mit welcher Bescheidenheit der König über seine Kriegsthaten sprach. Seinen Gegnern ließ er im mündlichen Verkehr wie in seinen Schriften volle Gerechtigkeit widerfahren. Ueber die Literatur ging man leicht hinweg: die Hauptsache war für den Einen und den Anderen die politische Discussion. Joseph sagte mehrere Male in den stärksten Ausdrücken, daß man in Oesterreich nicht mehr an Schlesien denke. Der König wurde davon nicht vollkommen überzeugt; aber von höchster Bedeutung war es immer, daß die beiden Fürsten unter den obwaltenden Schwankungen der europäischen Verhältnisse einander versprachen, was immer geschehen möge, den zwischen ihnen wieder her-

gestellten Frieden zu beobachten. Friedrich sah darin mit Recht eine Bestätigung und Verstärkung der Verträge von Dresden und Hubertusburg. Die französisch-englischen Irrungen, welche das Uebergewicht zur See betrafen, machten dabei keine Schwierigkeit: bei weitem verfänglicher aber waren die Beziehungen zu Rußland. Joseph, noch der Gegner Catharina's, rühmte ihre Talente: er sagte wohl, sie habe den Geist einer gebornen Herrscherin [1]. Friedrich, ihr Verbündeter, ließ nicht unbemerkt, daß das Anwachsen der russischen Macht eine Gefahr in sich schließe, der man bei Zeiten vorbeugen sollte: denn mit den Türken werde die Kaiserin ihren Frieden nicht schließen, ohne ansehnliche Eroberungen gemacht zu haben: nach dem türkischen Kriege werde sie einen schwedischen anfangen. „Sire", sagte Joseph, „Sie sind unsere Vorwacht gegen Rußland; wofern Sie vor uns Ruhe haben, werden Sie mit den Russen leicht fertig werden." Der König versetzte: für ihn sei die Allianz mit Rußland, wiewohl er demselben sehr ungern Subsidien zahle, doch eine Nothwendigkeit. Sie berührten da den Hauptmoment ihrer Politik. Wenn sie sich verstanden, so konnten sie das Ueberhandnehmen der russischen Macht allerdings verhindern. Friedrich machte den Kaiser auf die Einwirkungen, welche Rußland in den ungarisch-österreichischen Gebieten ausüben könne, aufmerksam und erinnerte ihn, denselben vorzubeugen, namentlich durch Toleranz gegen die griechisch Gläubigen: denn schon habe man in Breslau erlebt, daß von Kaufleuten dieses Glaubens die russischen Siege über die Türkei festlich begangen worden: so

1) cervello di regina.

stark sei die religiöse Sympathie derselben mit Rußland; — Bemerkungen, die an sich auf der Hand lagen, die aber doch eine größere Theilnahme des Königs an dem Wohlergehen Oesterreichs verriethen, als man ihm zutraute. Wie einst den Franzosen gegenüber, so wünschte er Oesterreich auch neben Rußland aufrecht erhalten zu sehen: wohl verstanden, ohne sein Verhältniß mit dieser Macht zu stören. Von seinen Ministern noch besonders aufmerksam gemacht, daß der Wiener Hof sein Bundesverhältniß mit Rußland nur zu lockern suche [1], vermied er alles was dahin führen konnte. Aber so weit kam es doch, daß die beiden Fürsten einander zusagten, sich durch den russischen Krieg in keinerlei Feindseligkeiten gegen ihre beiderseitigen Staaten fortreißen zu lassen. Der König hielt das für vollkommen vereinbar mit seiner russischen Allianz: er trug kein Bedenken, es dem Kaiser schriftlich auszusprechen, der ihm in einem eigenhändigen Schreiben dieselbe Versicherung gab. Die Zusammenkunft zu Neiße bildet in so fern einen bedeutenden Moment der deutschen Geschichte, als die beiden vorwaltenden Fürsten die Erhaltung der Neutralität von Deutschland bei den bevorstehenden allgemeinen Zerwürfnissen im Osten, sowie im Westen einander zusagten. Auch unter den veränderten Verhältnissen schien eine gemeinschaftliche Politik möglich: man sprach von gemeinsamen Interessen und dem durch die beiden Mächte zu erhaltenden Frieden innerhalb des Reiches und in der Welt.

Wären nur diese Stimmungen fester begründet und nach-

1) Wie Finkenstein es ausdrückt: affoiblir les liens, qui unissent V. M. à la Russie.

haltiger gewesen. Friedrich zweifelte nicht, daß es Joseph mit dem Versprechen, ihn nicht angreifen zu wollen, ehrlich meine; aber ein eigentliches Vertrauen flößte ihm doch die Persönlichkeit desselben nicht ein. Es ist, sagt er, ein junger Mann voll von Ehrgeiz, noch zurückgehalten durch seine Mutter, deren Joch er mit Ungeduld trägt. Er geht mit großen Entwürfen schwanger. Kömmt er einmal zur Gewalt, so wird er etwas unternehmen, vielleicht gegen Venedig oder gegen Baiern oder gegen Schlesien: man kann das noch nicht bestimmen. Wenn er Herr sein wird, so wird Europa in Flammen stehen [1].

Und auch Joseph, auf den die geistige Superiorität Friedrichs und sein ganzes Wesen einen tiefen Eindruck gemacht hatte, wie man aus dem Briefe sieht, den er an ihn schrieb, traute doch keineswegs seinen friedlichen Gesinnungen. „Er spricht sehr viel", schreibt er seiner Mutter; „aber jedem Wort, das er sagt, liegt irgend eine Absicht zu Grunde. Er mag den Frieden wünschen, aber nicht aus Liebe dazu, sondern weil er sieht, daß er den Krieg gegenwärtig nicht mit Vortheil würde führen können."

So sind die beiden Fürsten einander damals begegnet: mit einem aufrichtigen Wunsch gegenseitiger Verständigung, der denn auch zu einem in sich bedeutenden Ausdruck gelangte; aber das Mißtrauen des Einen gegen den Andern, das aus den einmal eingenommenen Stellungen und der Natur

1) J'ai penetré en general, que c'est un homme devoré d'ambition qui couvre quelque grand dessein, qui actuellement retenu par sa mère s'impatiente du joug qu'il porte. Schreiben an Finkenstein, 29 Aug.

beider Staaten entsprang, ward durch die persönliche Bekanntschaft nicht gehoben, sondern eher verstärkt [1].

Im September 1770 sind sie noch einmal zusammengekommen: König Friedrich machte dem Kaiser seinen Gegenbesuch im Lager bei Mährisch-Neustadt.

Die Gefahr eines Bruches zwischen England und Frankreich schwebte noch immer über dem westlichen Europa: das östliche dagegen wurde durch die Fortschritte der Russen in den türkischen Gebieten erschüttert. Sie hatten zu Land und See entscheidende Siege erfochten und ließen keinen Zweifel darüber, daß sie ihre Vortheile zur Feststellung ihres Uebergewichts im Orient zu benutzen gedachten. Sie verlangten unumwunden die Unabhängigkeit der Krim und der Donaufürstenthümer von der Pforte. Der Staatskanzler Fürst Kaunitz hielt es deshalb für angemessen, wie das auch der König wünschte, den Kaiser zu der neuen Zusammenkunft zu begleiten.

Joseph fand in Neustadt die persönliche Beachtung, die seinem hohen Range und seinen Eigenschaften gebührte. Der König freute sich seiner fortgeschrittenen Bekanntschaft mit der französischen und der italienischen Poesie: so fange man an, dann folge die Philosophie; schon erhebe er sich über den Aberglauben des bigotten Hofes, er scherze über die Engherzigkeiten der Wiener Censur und sei dabei bescheiden. Neben Kaunitz erschien er mehr wie ein Sohn desselben als wie sein Gebieter.

---

1) Außer den anziehenden Berichten Josephs, die von Arneth bekannt gemacht worden sind, benutze ich hierbei ein Actenstück des berliner Archivs über die Entrevue von Neiße, in welchem sich ein Journal „von des Kaisers Majestät Anwesenheit in Neiße, 28. Aug.“, der Briefwechsel des Königs mit dem Minister Finkenstein und die gewechselten Versicherungen finden. Die letzten will ich in den Analecten mittheilen.

Die ganze Bedeutung der Zusammenkunft lag in den Conferenzen zwischen dem König von Preußen und dem österreichischen Staatskanzler.

Kaunitz entwickelte dem König eines Tages in einem langen Vortrag, in welchem er nicht unterbrochen sein wollte, das politische System seines Hofes, wie er es nach dem Frieden eingerichtet habe: der Allianz zwischen Preußen und Rußland stehe die doch nur auf den Frieden berechnete Allianz Oesterreichs mit Frankreich und den Bourbonen gegenüber; Europa befinde sich wohl bei diesem Gleichgewicht. Er wiederholte, daß Schlesien eine jetzt vernarbte Wunde sei, die man nur nicht aufreißen müsse. Unmöglich aber, fügte er hinzu, könne Oesterreich gestatten, daß die Moldau und Wallachei an Rußland komme — ein solcher Nachbar wäre für Ungarn unerträglich — noch auch zusehen, daß Rußland Polen beunruhige und zu beherrschen suche. Kaunitz meinte, durch seinen „runden und freimüthigen" Vortrag — so hat er ihn selbst bezeichnet — vielen Eindruck auf den König gemacht zu haben. Von dem doctrinären und selbstgenügsamen Tone, den der Fürst anschlug, war Friedrich nicht gerade sehr erbaut worden; er hat das später oft genug ausgesprochen. Aber er bemerkte doch, Kaunitz sei bei aller seiner Wunderlichkeit und Anmaßung ein Mann von gesundem Verstand und selbst von Geist: das wisse derselbe freilich, und fordere, daß es anerkannt werde: in den vornehmsten Absichten sei er, der König, mit ihm einverstanden [1].

---

1) Leider hat sich in den preußischen Archiven bisher noch keine nähere Nachricht über diese zweite Zusammenkunft auffinden lassen. Wir sind auf die Briefe des Königs an seinen Bruder Heinrich und an

Diese gingen auf Erhaltung des gegenseitigen guten Vernehmens unter den obschwebenden orientalischen Zerwürfnissen und Beilegung des russisch-türkischen Kriegs.

Soeben hatte die türkische Regierung unter dem Eindruck der russischen Siege, den Friedensanmahnungen des preußischen und des österreichischen Gesandten Gehör gegeben und den beiden Höfen die Mediation zwischen der Pforte und Rußland angeboten. Der Courier, der diesen Antrag brachte, traf zur Zeit der Zusammenkunft in Neustadt ein. Diese würde sonst über einen Austausch unverbindlicher Meinungen nicht hinausgeführt haben: jetzt aber bekam sie eine unmittelbare Beziehung auf die vorliegende große Politik. Kaunitz schien die Mediation nicht hoch anzuschlagen, und überließ es dem König, den Antrag zu ihrer Annahme in Petersburg zu machen: er sagte mit Stolz, Oesterreich könne sich keiner abweisenden Antwort aussetzen, es würde vielmehr, wenn Rußland auf billige Bedingungen nicht eingehe, zu ernsten Entschließungen veranlaßt werden. Der König, der keine Einwendungen machte, aber sich alles Weitere vorbehielt, säumte nicht, der Kaiserin Catharina, deren Vertrauen er besaß und zu befestigen beflissen war, das Anerbieten des Reiseffendi mit-

Voltaire, sowie seinen Bericht in dem letzten Theile seiner historischen Mittheilungen angewiesen. Den Berichten des Prinzen von Ligne entnehme ich einen Zug aus einer Aeußerung des Königs über Joseph. Nicht ganz zu vernachlässigen ist Ferrand, der sich auf die vertraulichen Eröffnungen des Staatskanzlers an den Hof von Versailles bezieht (I, 112.) Von denen ist glücklicherweise eines der wichtigsten, ein Schreiben von Kaunitz an den kaiserlichen Botschafter in Paris, Grafen Mercy, (Austerlitz 12. Sept. 1770) durch A. Wolf im Original veröffentlicht worden. Jahrbuch für vaterländische Geschichte, Wien 1861.

zutheilen und ihr zugleich gemäßigte Vorschläge an die Hand zu geben, durch deren Annahme die Türkei pacificirt, Polen beruhigt, und das gute Vernehmen der Mächte hergestellt werden könne. Weniger auf eine Verhandlung mit der Türkei kam es an, als auf eine Vermittelung zwischen Rußland und Oesterreich, welche der ersteren voraufgehen mußte.

Wie schwer aber war eine solche. Die österreichischen und russischen Interessen standen sich in der Türkei so schroff gegenüber, daß die ernstlichsten Differenzen hervortraten. Oesterreich fühlte sich veranlaßt, in einem Subsidienvertrag mit der Türkei ihr die Herstellung ihrer alten Grenzen selbst mit Gewalt der Waffen zu versprechen. Zwischen Rußland und Oesterreich kam es zu einem Notenwechsel, der den nahen Ausbruch eines Krieges anzukündigen schien.

Eine für den König von Preußen höchst bedenkliche Lage. Wohl war ihm einst das Verständniß zwischen seinen beiden Nachbarn beinahe verderblich geworden: aber einen Krieg zwischen denselben konnte er ebenfalls nicht willkommen heißen. Sein Bund mit Rußland hätte ihn leicht in Verhältnisse verwickeln können, die seiner Absicht, ein gutes Vernehmen mit Oesterreich aufrecht zu halten, nicht entsprochen haben würden.

In diesem Conflict der großen Interessen ist es nun geschehen, daß das Ungewitter, welches Deutschland bedrohte, sich über Polen entlud. Widmen wir dem Verhältniß der Mächte bei der ersten Theilung von Polen eine kurze Erörterung, die doch nur als Ansicht gelten will.

Daß davon in Neiße und noch mehr in Neustadt die Rede gewesen sei, ist eine nach der Hand erwachsene, durch nichts bewiesene und nur mit andern Erfindungen ausge-

schmückte Angabe[1]. Es ist vielmehr sehr wahr, daß die Wendung der Dinge, welche ein Weltgeschick einschließt, in der Conversation eines Salons wie ein halber Scherz angebahnt worden ist.

Auf den Grund alter Ansprüche der ungarischen Krone ergriff damals die Kaiserin Maria Theresia in einigen Bezirken der Zipser Gespanschaft, welche die Starostei Zips bilden, eigenmächtig durch ihre Commissare Besitz, und ließ ihr Wappen anschlagen. In Polen war man nicht im Stande, und dachte selbst nicht daran, ihr Widerstand entgegenzusetzen. Aber die Nachricht davon konnte nicht verfehlen, in Petersburg, wo die Feindseligkeit gegen Wien überwog, einen mißliebigen Eindruck zu machen. Eben war Prinz Heinrich von Preußen zum Besuch daselbst, als man davon hörte. Dem sprach nun die Kaiserin eines Tages in ihrem Salon von der Sache. „Warum," sagte sie, „sollen nicht auch Andere sich dort etwas aneignen?" Mein Bruder, antwortete Prinz Heinrich, hat einen Cordon in Polen gezogen, aber angeeignet hat er sich nichts. „Weshalb aber nicht?" erwiederte die Kaiserin lachend[2]. Und blos im Scherz gemeint war das keineswegs, was sie sagte. Es gab eine Partei am Hofe, die für alle die Anstrengungen, welche Rußland machte, eine Entschädigung an Land und Leuten forderte, und nun diesen Anlaß ergriff. Graf Czernitscheff, der als ihr Führer galt, gab der Aeußerung der

1) Die Erzählung Friedrichs an Baron Swieten über „la première origine du traité de partage", in den Actes autentiques von Görz 206, ist die beste Widerlegung. Denn verhielte es sich anders, wie hätte es der Vertraute des Fürsten Kaunitz nicht wissen sollen?

2) So Prinz Heinrich 8. Jan. 1771. Oeuvres de Frederic XXVI, 345. Andere Modificationen der Erzählung sind nicht so gut begründet.

Kaiserin noch mehr Gewicht durch die augenscheinlich ernstliche Frage: „warum nehme der König nicht Ermland? Jeder müsse etwas haben". Gegen die Vortheile, welche Oesterreich davon trage, schien den beiden andern Mächten eine Compensation zu gebühren.

Friedrich lehnte zunächst ab, hierauf einzugehen. Nicht als ob ihm der Gedanke, sich auf Kosten Polens zu vergrößern, ferne gelegen hätte: er hatte noch vor kurzem Bemerkungen darüber unter der Hand in Umlauf gesetzt: einen ernstlich gemeinten Entwurf dazu hatte er aber noch nicht gemacht; er glaubte nicht, damit in Rußland durchzubringen. Daß man dort seinen Antrag nicht einmal erwartete, sondern ihn selbst anregte, kam ihm sehr unerwartet. Das Anerbieten von Ermland jedoch, das man ihm machte, war nicht dazu angethan, ihn zu reizen. Denn unbedeutend sei dieser Landstrich: sich desselben zu bemächtigen, würde ihm doch den Ruf unersättlicher Habgier zuziehen. Diesen Plan, der eine bloße Grenzerweiterung, wie die österreichische, eingeschlossen hätte, wies er von der Hand. Aber in den Stimmungen des Momentes stellte sich ihm die Möglichkeit dar, eine andere umfassendere Absicht zu erreichen, von entscheidender Wichtigkeit, mit dem er sich schon in seiner Jugend getragen hatte. Noch in seinem politischen Testamente von 1768 spricht er aus, eine der allerwichtigsten Erwerbungen für seinen Staat würde die von Polnisch-Preußen sein, schon aus dem militärischen Gesichtspunkt, weil man dadurch in den Stand komme, Festungen an der Weichsel anzulegen, um einmal Ostpreußen auch gegen Rußland vertheidigen zu können. Und auf der Hand liegt es, welchen Werth die dadurch zu gewinnende Continuität der östlichen Gebiete für den werdenden Staat über-

haupt hatte. Was er nun seinen Nachkommen vorbehalten wollte, das stellte sich ihm selbst als erreichbar dar. Er sah auch dabei widerwärtige Verwickelungen und Mühseligkeiten voraus; nicht ganz gern ging er daran. Aber der Mensch, sagt er, ist zur Arbeit geboren, und was kann man sich Besseres wünschen als für sein Vaterland zu arbeiten? mit Vergnügen verdoppelt man seine Anstrengungen, wenn man Hoffnung auf Erfolg hat [1]. Auf Danzig bestand er nicht, weil das die Eifersucht der Russen erwecken konnte; aber er forderte Pomerellen auf dem linken, und auf dem rechten Weichselufer außer Ermland die alten Sitze des deutschen Ordens, das Culmer Land und Marienburg, sammt den benachbarten Bezirken [2]: Gebiete, die gutentheils von Deutschen bewohnt, einst im fünfzehnten Jahrhundert durch die Jagellonen der Herrschaft des deutschen Namens entrissen worden waren. Es war damals geschehen, als Polen in der Fülle seiner Macht stand; jetzt war es tief herabgekommen; die Ueberlegenheit gehörte jetzt dem Elemente an, das damals besiegt worden war: sollte es sich derselben nicht bedienen? Diese historische Beziehung war nicht vergessen, doch legte man so großen Werth darauf nicht: genug, daß für den preußischen Staat, wie er sich nunmehr erhob, die Erwerbung eine geographisch-politische Nothwendigkeit bildete.

---

1) An Prinz Heinrich: alors les peines ne coutent rien (31. Sept. 1771).

2) An denselben: 31. Januar 1771. La Prusse polonaise en vaudrait la peine: quand même Danzig n'y serait pas comprise, nous aurions la Vistule et la communication avec le royaume, ce qui fait un article important.

Man würde Friedrich mit Unrecht als den ersten Urheber einer den drei Mächten gemeinschaftlichen Gebietserweiterung auf Kosten Polens betrachten: dieser Gedanke ist, von Oesterreich veranlaßt, in den Salons von Petersburg ergriffen worden: daß derselbe aber so große Dimensionen annahm und zu einer Umgestaltung der Machtverhältnisse im Norden und Osten überhaupt führte, dazu hat Friedrich ohne Zweifel den Anstoß gegeben.

Wenn man ihm das Gebiet einräumte, dessen er zur Consolidation seines Staats — denn darin sah er das Wohl des Vaterlandes — bedurfte, so hatte er nichts dagegen, daß Rußland seinerseits eine große Erwerbung machte; sie war an Flächeninhalt der seinen um das Fünffache überlegen.

Man findet nicht, daß dem König ernstliche Scrupel an der Rechtmäßigkeit seines Verfahrens aufgestiegen wären, zumal da Rußland im Kriege mit der polnischen Conföderation durch diese in den Krieg mit der Türkei verwickelt worden war; die Kaiserin schien nicht allein durch ihre Ueberlegenheit in den Waffen die Macht, sondern auch durch diesen Zusammenhang der Dinge das Recht erlangt zu haben, sich dafür eine Entschädigung von den Polen zu nehmen, und auch ihm, der durch sein Bündniß in Mitleidenschaft gezogen worden, eine solche zu verschaffen.

Was man aber auch sagen mag, augenscheinlich durchbrach dies Verfahren die anerkannten und vertragsmäßigen Staatsrechte von Europa: es erschütterte die Grundlagen, auf denen die Sicherheit des Bestehenden beruhte: und daß dies geschah, ist für die Folgezeit von unendlicher Bedeutung geworden. In dem vorliegenden Falle kam die Politik leicht darüber hinweg. Die großen europäischen Mächte ließen es ohne

nachdrücklichen Widerspruch geschehen; denn an dem Bestehen der polnischen Macht nahm noch Niemand ernstlichen Antheil: haben doch selbst die Osmanen, die noch die Entfernung der Russen aus Polen für möglich hielten, in diesem Falle dem Wiener Hof eine Theilung des polnischen Reiches nach einem demselben anständigen Plane angetragen [1].

Für Friedrich war eines der wichtigsten Motive dafür, daß sich nur auf diesem Wege die Erhaltung des Friedens zwischen Oesterreich und Rußland, der für ihn das größte Bedürfniß war, erreichen ließ.

Friedrich bewirkte, daß Rußland auf die Unabhängigkeit der Moldau und Wallachei Verzicht leistete, wodurch der vornehmste Grund der Feindseligkeiten Oesterreichs wegfiel. Aber auf der Forderung der Unabhängigkeit der Tataren beharrte Catharina: denn das einseitige Schutzverhältniß, in welchem diese Nation zu ihrem eigenen Mißvergnügen mit der Türkei stehe, mache für Rußland die Sicherstellung seiner Grenzen unmöglich.

Auch diese Forderung aber schloß eine weitgreifende Veränderung der orientalischen Verhältnisse ein, — denn Jedermann sah, daß die Unabhängigkeit der Tatarenstämme von der Pforte ihre Abhängigkeit von Rußland nach sich ziehen würde — daß Oesterreich an sich nicht sehr geneigt sein konnte, sie zu genehmigen.

Noch immer hatte Oesterreich als Vorfechter der Integrität von Polen, gegen welche jene Besitznahme der Zipser Städte kein wesentlicher Eingriff sei, so wie der Integrität des

1) Thugut in Hammers osmanischer Geschichte VIII. S. 373.

türkischen Reiches die Waffen in der Hand; es hatte die Machtstellung dazu, um seinem Einspruch Nachdruck zu geben: sollte es aber wirklich einen Krieg mit Rußland, einen Bruch mit Preußen wagen? Bei ihrem bisherigen Vorgehen hatten die österreichischen Staatsmänner die Erhaltung des Gleichgewichts der Mächte aufrecht zu halten, als vornehmstes Ziel, das ihnen vorschwebe, vorangestellt. Allmählich machte sich bei ihnen die Meinung Bahn, daß das noch sicherer zu erreichen sei, und zwar ohne Krieg und Gefahr, wenn man dem Beispiel der Nachbarn, welche sich vergrößerten, durch eine eigene Besitzergreifung folge.

Die Gelegenheit einer großen Landerwerbung ward in Wien mit nicht minderer Begierde ergriffen als in Petersburg und Berlin. Aus einem Schreiben Maria Theresia's, in welchem sie die unter ihrem Namen eingeschlagene Politik mißbilligt, entnehmen wir zugleich, welcher Art dieselbe war [1]. Die Kaiserin spricht aus, daß alledem, was von Oesterreich seit dem Ausbruch des polnisch-russischen Krieges geschehe, die Absicht, ein neues Territorium zu erwerben, zu Grunde liege. Man hat in der Staatskanzlei zuweilen an einen Theil von Schlesien, ein andermal an Serbien mit Belgrad oder einige Bezirke von Bosnien gedacht. Endlich wurden dann unter dem Einfluß der preußisch-russischen Abkunft die polnischen Provinzen Halitsch und Wladimir (Galizien und Lodomerien) ins Auge gefaßt. In den Zeiten des tatarischen Völkersturms waren diese Landschaften von den Rurik'schen Theilfürsten, denen sie gehörten, abge-

1) Schreiben an Joseph in der Sammlung Arneths. I, 350.

kommen; zur Zeit des mächtigen Königs von Ungarn, Ludwig von Anjou, gehörten sie unter die Krone des heiligen Stephan; nach dessen Tode durch die Vermittelung seiner Tochter Hedwig, Gemahlin des ersten Polenkönigs aus litthauischem Stamme waren sie an Polen übergegangen; noch in dem achtzehnten Jahrhundert sind sie jedoch auf den Homannischen Landkarten als abgerissene Theile von Ungarn bezeichnet worden. Die obwaltenden Umstände nun ließen es möglich erscheinen, sie mit diesem Reiche wieder zu vereinigen. Anfangs dachte man wohl, sich mit den nächstgelegenen Bezirken zu begnügen, weil man dann zugleich eine ansehnliche Gebietserweiterung nach der türkischen Seite hin in Anspruch nehmen konnte: und dafür wäre auch Friedrich gewesen, denn dann hätte Polen, wie er wünschte, in der respectabeln Stellung einer Mittelmacht erhalten werden können; der Minister Hertzberg sah sogar eine Gefahr darin, wenn Oesterreich die Karpathen überschreite, denn es würde dann einen allzu starken Druck auf Polen ausüben und den Einfluß der beiden andern Mächte schmälern; der russische Minister Panin wünschte wenigstens Lemberg für Polen zu retten, eine Stadt, die für die polnische Nation eine nicht viel geringere Bedeutung habe als Moskau für die Russen[1]: aber weder in St. Petersburg noch in Berlin bestand man doch auf diesen Einwendungen. Die Umstände lagen nicht so, daß man lange Discussionen pflegen und neue Verwickelungen dadurch hätte veranlassen können; der Wiener Hof war selbst erstaunt, mit welcher Leichtigkeit diese große Erwerbung von den beiden

---

1) Entretien particulier entre le comte Panin et le Prince Lobkowitz. Bei Görz 209.

andern genehmigt wurde. Oesterreich gewann dadurch ein die preußischen Erwerbungen an Ausdehnung um das dreifache übertreffendes, von der Natur reich ausgestattetes und gut bevölkertes Gebiet, das ihm inmitten der nordöstlichen Staaten einen unschätzbaren Zuwachs an Macht verschaffte.

Kaiserin Maria Theresia, die ihre Politik bisher allezeit auf die Behauptung uralter und unzweifelhafter Gerechtsame gerichtet, und die halbe Welt dafür aufgeboten hatte, bemerkte mit Betroffenheit, daß eine Besitznahme, für die sich nichts anführen ließ, als die Convenienz und die Lage der Umstände, sie auf den Weg ihrer Gegner dränge. In der Controverse, in die sie hierüber mit ihrem Sohne und ihrem Minister gerieth, erscheint der Umschwung der Zeiten; eine neue Epoche bahnt sich an, in der nicht mehr das wohlhergebrachte Recht, sondern die Politik und das Uebergewicht der Waffen über die Grenzen der Staaten die Entscheidung geben sollte. Am auffallendsten tritt der Wechsel in Oesterreich hervor, das von einer Haltung der Vertheidigung und Behauptung unmittelbar zu gewaltsamer Eigenmacht überging; es nahm große Provinzen eines Reiches in Besitz, dessen Integrität es eben noch halte aufrecht halten wollen. Kaunitz hat sich darüber zuweilen mit dem Ausdruck eines schmerzlichen Mißbehagens geäußert und das Verfahren nur mit der dringenden und unausweichlichen Nothwendigkeit, in der man sich befunden habe, zu rechtfertigen gesucht. Auch Kaiser Joseph ließ sich wohl dann und wann über die Verschiedenheit der moralischen Pflichten eines Privatmanns und eines Fürsten vernehmen, die man beachten müsse, wenn man ihn in dieser Hinsicht beurtheilen wolle; in der That aber gehörte er der neuen Richtung von ganzem Herzen an: er hat es allezeit unter

seinen Verdiensten um Oesterreich obenan gestellt, daß er diese prächtige Erwerbung zu Stande gebracht habe.

Preußen und Oesterreich geriethen hiedurch in eine verwandte Stellung; sie vollzogen beide zunächst eine civilisatorische Mission. Das wilde Gebahren der polnischen Conföderation machte eine Beschränkung ihrer Freiheit in den Augen der Humanität wünschenswürdig. Die beiden Staaten wetteiferten in einer dem Bedürfniß eines jeden entsprechenden Organisation der ihnen zugefallenen Landschaften.

Und, was die Hauptsache ist, der Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Oesterreich und Rußland, in welche Preußen verwickelt zu werden gefürchtet hatte, wurde vermieden. Friedrich meinte durch die Abwendung eines Krieges mit Rußland sich um Oesterreich ein Verdienst erworben zu haben.

Dessen aber trug man ihm in Oesterreich keine Rechnung.

Friedrich, der die gleichmäßige Vergrößerung seiner beiden Nachbarn auch deshalb billigte, weil dann keiner von beiden dem andern überlegen wurde, hatte den Ehrgeiz, in ihrer Mitte als gleichberechtigt und politisch-ebenbürtig angesehen zu werden. Es fehlte aber viel, daß ihm das von Oesterreich zugestanden worden wäre. Die neustädter Zusammenkunft hatte auf den Kaiser und den Staatskanzler keinen für Friedrich sehr günstigen Eindruck gemacht. Der König, so meinte Joseph, bilde sich ein mehr Geist zu haben, als alle andern, sie zu durchschauen und zu übersehen; aber der Staatskanzler habe bei jedem Worte gezeigt, daß er mehr wisse. Dieser selbst urtheilte, Friedrich habe kein System und verstehe auch nicht zu unterhandeln, er nehme auf die künftigen Dinge keine Rücksicht; Kaunitz war in dem Gefühle der Ueberlegenheit seines politischen Systems und fast eines per-

sönlichen, zurückgekommen. Und was nun auch seitdem geschehen sein mochte, Vertrauen zu Friedrich hatten sie dabei nicht das mindeste gefaßt. Was sie erreichten, schrieben sie einzig ihrer eigenen klugen Haltung und nicht ohne Grund dem Gewicht ihrer Macht nach allen Seiten hin, zu. Durch die geschickte Benutzung desselben gelang ihnen soeben noch eine neue Erwerbung. Endlich wurde der Friede zu Kainardsche geschlossen, der den Türken nicht gerade große Landabtretungen kostete, denn diese waren durch die vorangegangenen Stipulationen zwischen den drei Mächten beseitigt, aber Concessionen zu Gunsten der Griechen und Tataren auflegte, welche der russischen Macht eine unermeßliche Aussicht für die Zukunft eröffneten. Indem die aufgeregten Wogen noch nicht ganz beruhigt waren, fand Oesterreich Mittel, sich einen ansehnlichen Landstrich, die Bukowina, zuzueignen, der einst zu Siebenbürgen gehört hatte, und jetzt zur Verbindung dieses Landes mit Galizien vortrefflich diente. Es geschah ohne Rücksprache mit den beiden andern Mächten und erregte deren heftiges Mißfallen: denn dadurch trage Oesterreich, ohne Antheil am Kriege genommen zu haben, den besten Theil der Beute davon. Wirklich ist damals die Rede davon gewesen, dem selbst auf die Gefahr eines Krieges hin entgegenzutreten; die Kaiserin hätte es gern gesehen, wenn der König das Schwert gezogen hätte; aber diesem lag die Sache nicht nahe, sie erschien ihm nicht bedeutend genug, um darüber die Ruhe von Europa zu stören. Auch diesmal triumphirte die umsichtige, die Zustände der Gegner berechnende und das Ziel im rechten Augenblick ergreifende Politik des Fürsten Kaunitz. Wohin aber konnte ein solches Verfahren führen? In Friedrich wurde das alte Mißtrauen wieder in voller Stärke rege. Er stieß bereits damals

auf österreichische Gegenwirkungen auch an dem russischen Hof, die er noch zu beseitigen wußte, die ihn aber erbitterten. In vertrauten Kreisen ließ der österreichische Gesandte in Berlin, van Swieten, den alten Haß gegen Preußen durchblicken, was um so mehr zu bedeuten hatte, da er nur die Meinungen des Staatskanzlers zu wiederholen in dem Rufe stand: Friedrich bezeichnet ihn als dessen Apostel. Bald aber vernahm er von Entwürfen, die ihn auf das allernächste angingen. Man hinterbrachte ihm, und er hielt es für gewiß, daß der Wiener Hof, um in Deutschland Meister zu werden, darauf denke, Toskana gegen Würtemberg auszutauschen und bei dem Ausgang der bairischen Linie des Hauses Wittelsbach solche Vorkehrungen zu treffen, daß er über Baiern gebieten könne. Dadurch würde das ohnehin für Friedrich ungenügende Verhältniß im Reich zu seinem Nachtheil verändert und unerträglich geworden sein. In seinen Schriften zeichnet er gleichsam eine Karte der beabsichtigten Uebergriffe Oesterreichs längs aller seiner Grenzen, bei denen denn schon wieder Schlesien nicht vergessen ist [1]. Das Bedeutende daran war nicht allein die Verstärkung, welche Oesterreich erlangte: fast noch mehr lag es darin, daß es ohne Theilnahme anderer Mächte nicht nur ohne Rücksprache mit Rußland und Preußen, sondern im Widerspruch mit ihren unzweifelhaften Intentionen, einseitig und durch den Druck des Uebergewichts der Macht und des Einflusses auf eine schwächere, damals bedrängte Potenz geschehen war. Konnten nicht ähnliche Ansprüche auch nach anderer Seite hin gemacht und unter der Gunst einer momentanen politischen Combina-

1) Unter diesen Eindrücken ist der erste Theil der Memoiren seit 1763 abgefaßt worden. Er ist datirt 18. Febr. 1775.

tion durchgeführt werden? Friedrich behauptet bei einer etwas bedenklichen Krankheit, die ihn betroffen, habe sich die österreichische Armee bereits in Bewegung gesetzt, um seinen Nachfolger anzugreifen. Zuweilen hat man wohl in der That in Wien die Eventualität eines neuen Krieges mit Preußen in Betracht gezogen; Kaunitz hat gesagt, wenn man zu einem solchen schreiten müsse, so werde das Schwert nicht wieder in die Scheide gesteckt werden, ehe einer von den beiden Staaten völlig zu Grunde gerichtet sei. Dem König hinterbrachte man noch weit Schlimmeres. Ich weiß es auf das unzweifelhafteste, sagt er, Kaunitz hat ausgesprochen: der kaiserliche Hof könne die preußische Macht nicht ertragen; um zu herrschen, müsse er dieselbe vertilgen [1]. Ein Wort, fügt der König hinzu, das sich jeder Preuße ins Herz schreiben sollte, damit wir uns nicht in eine gefährliche Sicherheit einwiegen lassen. Die Fürsten dieses Landes müssen ganz Nerv sein, oder sie sind verloren.

In dieser Stimmung waren die beiden Mächte, als der Tod des Churfürsten Maximilian Joseph von Baiern eintrat.

Schon mehr als einmal war Baiern in den Händen von Oesterreich gewesen, und nur durch den Umschwung der Verhältnisse demselben wieder entrissen worden. Jetzt schien der Wechsel der Dynastie eine Gelegenheit darzubieten, zwar nicht das ganze Land, aber den für Oesterreich wichtigsten Theil desselben, der eine treffliche Abrundung darbot,

---

1) An Prinz Heinrich; 10. April 1777. Je sais de science certaine, que le Prince Kaunitz a dit: jamais la cour impériale ne doit supporter la puissance prussienne; pour que nous dominions, il faut l'écraser. Oeuvres XXVI, 391.

durch friedliche Unterhandlung zu erwerben. Man meinte in Folge einer Schenkung Kaiser Sigismunds an seinen Tochtermann, später seinen Nachfolger im Reiche, Erzherzog Albrecht, gegründete Rechte darauf zu haben. Auf einige andere Gebiete gab die Lehensoberherrlichkeit des Kaisers Anspruch.

Darüber nun war man schon im voraus mit dem präsumtiven Nachfolger, Churfürst Karl Theodor von der Pfalz in Unterhandlung getreten. Oesterreich wünschte desselben auch aus Rücksicht auf Preußen im voraus sicher zu sein. Denn sonst werde er an dem König von Preußen ohne Zweifel zur Behauptung der ganzen Erbschaft Unterstützung finden; die Sache werde an den Reichstag kommen, wo sich die ganze Genossenschaft der Evangelischen derselben annehmen und Oesterreich wahrscheinlich so viel Widerspruch finden werde, daß es seinen Anspruch doch mit Gewalt der Waffen werde durchsetzen müssen [1]. Bei weitem besser schien es, eine Abkunft mit dem Nachfolger selbst, der aus mannichfaltigen Gründen, selbst gegen den Wortlaut der Hausverträge, dazu sehr bereit war, zu treffen. Doch kam man erst im Augenblick, als der Todesfall eintrat (3. Januar 1778) damit zu Stande. Der neue Fürst mißbilligte es, wenn man ihm den Titel von Niederbaiern gab: Unverzüglich nahm Oesterreich das Herzogthum in Besitz, nur mit Ausnahme der jenseit der Donau liegenden Ortschaften; denn dieser Strom selbst sollte fortan die Monarchie gegen Baiern hin begrenzen.

1) Aus den Erwägungen des Fürsten Kaunitz in den Notata et Data, die durch Hormayr bekannt gemacht worden sind. Anemonen III, 180.

Auch in die andern Gebietstheile rückten kaiserliche Truppen vor: Mindelheim und Sulzbach wurden besetzt.

Die damalige Lage von Europa war so beschaffen, daß es möglich schien, dies Unternehmen ohne großen Widerstand durchzuführen. Der Wiener Hof meinte auf die Hinneigung und selbst auf die Hülfe von Frankreich rechnen zu können; und viel zu viel war England in die amerikanischen Händel vertieft, um sich ernstlich in die deutschen Angelegenheiten zu mischen. Ueber das Verhältniß in der Krim brach schon wieder ein Hader zwischen der Türkei und Rußland aus, welcher diese Macht beschäftigte. Joseph konnte sich nicht verbergen, daß der König von Preußen heftig dagegen sei; aber er fürchtete das nicht. Er bemerkt, der König klopfe bereits an alle Thüren, aber ohne Erfolg; und allein werde er nicht hervorzutreten wagen; der Kaiser schmeichelte sich, die Sache werde ruhig verlaufen zum Erstaunen der Welt [1]).

In der That hatte Friedrich, indem er widersprach, und sich zugleich zur Aufrechthaltung seines Widerspruchs mit den Waffen anschickte, doch nur die Allernächstbetheiligten auf seiner Seite, den Churfürsten von Sachsen, dessen Mutter, geborne Prinzessin von Baiern, sehr gegründete Allodialansprüche erhob, und den zur dereinstigen Nachfolge berechtigten Agnaten aus dem pfälzischen Hause, Herzog von Zweibrücken, der seinen Protest an dem Reichstag einbrachte. Es hätte sich erwarten lassen, daß auch andre Reichsfürsten, denn Niemand glaubte an die Rechtsbeständigkeit der österreichischen Uebergriffe, die sich ein ander Mal gegen sie selber richten

1) An Leopold 20. Jan. 1778. „Il faudra qu'il prenne patience n'osant seul se mettre en avant."

konnten, entgegentreten würden. Friedrich versäumte nicht, eine Association, vor allem in Hannover, in Antrag zu bringen; jedoch ohne Gehör zu finden.

Im Jahre 1778 standen die beiden deutschen Mächte, welche so manchen Feldzug gegen einander durchgefochten, nochmals in Böhmen einander gegenüber. Fast noch mehr aber, als an die vorangegangenen, wird man an einen andern, welcher achtundachzig Jahre später nachfolgte, gemahnt, wenn man die Oesterreicher eine feste Position zu Königgrätz nehmen, und die Preußen von Schlesien und Sachsen über Nachod und Gabel gegen dieselbe heranrücken sieht. Man hätte auch damals einen Kampf auf Leben und Tod erwarten sollen. Allein dazu waren die Zwecke, die man vor Augen hatte, doch nicht angethan. Im Jahre 1778 galt es nicht wie früher den Besitz einer großen Provinz, noch auch wie später eine definitive Entscheidung über die Machtstellung überhaupt. Das Object war nur die Convention zwischen Oesterreich und Pfalz, welche der Kaiser vertheidigen, und der König nicht dulden wollte. Wenn jemals ein anderer Krieg, so ist dieser eine bewaffnete Unterhandlung zu nennen, deren Ausgang nicht allein durch die Entwickelung der Kriegskräfte, sondern nicht weniger durch die Verhältnisse von Europa, oder vielmehr der Welt entschieden wurde.

Oesterreich rechnete in Folge der Allianz von Versailles auf die Unterstützung von Frankreich. Aber eben als die deutschen Mächte sich entzweiten, im Februar 1778, schloß Frankreich mit den amerikanischen Provinzen, außer einem Handelsvertrag, welcher ihre Unabhängigkeit voraussetzte, den Vertrag einer eventuellen Allianz, welche ihnen thatsächlich dieselbe zu verschaffen versprach. In England wären Viele sehr geneigt

gewesen, diese Entwürfe durch einen Angriff auf Frankreich von Deutschland her zu beantworten; es war der letzte Gedanke Chatams; die soeben ausgebrochene Differenz zwischen den beiden deutschen Mächten schien dazu die beste Gelegenheit zu bieten, und vielleicht würde es dazu gekommen sein, wenn sich die Franzosen der österreichischen Ansprüche angenommen hätten. Allein sie erinnerten sich des letzten Krieges, in welchen sie, wie man sagte, Canada in Deutschland verloren hatten, ihrer Allianz glaubten sie durch Neutralität genug zu thun. Mit größtem Erstaunen und Widerwillen nahm Kaunitz diese Erklärung entgegen; auch bei manchen militärischen Maßregeln Friedrichs lag die Rücksicht zu Grunde, Frankreich nicht etwa zu reizen.

Und die russisch-türkischen Differenzen waren nicht so stark, um Rußland die Hände zu binden. Zuweilen sprach sich die Kaiserin zurückhaltend und trocken in einem neutralen Sinne aus, zuweilen aber feurig und nachdrücklich im Sinne Preußens; sie brachte endlich dem Hause Oesterreich die Erhaltung des im Reiche bestehenden Systems, die Beobachtung der alten Verträge als eine europäische Nothwendigkeit in Erinnerung.

Indem die beiden Kämpfer einander mit gezücktem Schwerte gegenüberstanden, ohne daß man hätte sagen können, welcher der stärkere sein würde — eine Schlacht, die der König herbeizuführen wünschte, vermieden die Oesterreicher mit vorsorgender Umsicht — neigte sich das politische Uebergewicht auf die Seite, welche Preußen verfocht.

Der Ausdruck desselben ist der Frieden von Teschen, in welchem Oesterreich die eingenommenen Landschaften wieder herausgab; wenn es einen kleinen Bezirk behielt, so ge-

schah das in Folge seiner Gefügigkeit bei der Räumung der Plätze, die bei dem deutschen Reiche und der Krone Böhmen zu Lehen gingen. In den Machtverhältnissen des deutschen Reiches wurde dadurch nichts verändert.

„Also", sagt Friedrich am Schluß seiner Erzählung von diesem Krieg und Frieden, „Deutschland ist noch einmal vor dem kaiserlichen Despotismus sicher gestellt worden: Der Kaiser hat eine Art von Demüthigung erfahren. Aber welche Wirkungen wird dieser Krieg für die Zukunft haben? Wird der Kaiser vorsichtiger, wird der Frieden gesicherter sein? Jedes Ereigniß liegt in den Möglichkeiten der Zukunft [1]."

Für sich selbst lebte er bereits in der Erwartung, daß es bei der unruhigen Natur des Kaisers keinen langen Bestand mit dem Frieden haben werde. Er hat sogleich damals überlegt, was in dem Fall, daß ein neuer Bruch erfolge, zu thun, wie der Krieg anzustellen sei, und hauptsächlich, denn auch die letzte Erfahrung hatte gezeigt, wie viel darauf ankam, welche Verbündete er haben würde. Mit Sicherheit rechnet er zunächst nur auf Russen und Sachsen. Bemerkenswerth ist, daß er dennoch die Hoffnung nicht aufgiebt, ein allgemeineres Vertheidigungsbündniß gegen Oesterreich zu Stande zu bringen. Denn von den Türken sei bereits das Anerbieten geschehen, gemeinschaftliche Sache mit Rußland und Preußen zu machen: es lasse sich hoffen, daß auch Frankreich beitreten werde. Von England durfte man das, wie die Sachen damals standen,

---

1) Oeuvres VI. 179. Die Unterschrift: fait à Potzdam ce 20 juin. 1779 wird den Zeitpunkt dieser Reflexion bezeichnen.

nicht voraussetzen; aber auch, wenn Oesterreich England für sich habe, werde er ihnen überlegen sein [1].

Die Ueberzeugung des Königs und seiner Minister war nun wieder, daß man in Oesterreich allezeit auf die Wiedererwerbung Schlesiens denke und das Haus Brandenburg zu unterdrücken suche, das sich nur durch stete Kriegsbereitschaft und Allianzen sichern könne. Es ist der Mühe werth, den damals mit Friedrich vertrautesten seiner Minister Hertzberg, über die Politik, welche für den preußischen Staat unter diesen Verhältnissen geboten sei, zu vernehmen. In einer Denkschrift, die im Jahre 1779 dem Prinzen von Preußen eingereicht wurde [2], entwickelt er eine Art von politischem System, das noch umfassendere Erwägungen enthält, als die des Königs sind, wie sie eben für einen Prinzen gehörten, der das Allgemeine und Künftige zu umfassen suchte. Hertzberg hält die Ansicht fest, daß sich Preußen vor allen Dingen auf ein Bündniß mit Rußland lehnen müsse und dürfe, denn auch für Rußland sei eine Allianz mit Preußen unentbehrlich. Würde sich Preußen in den russisch-schwedischen Differenzen auf die Seite von Schweden schlagen, so würde Rußland sogar in Gefahr gerathen, von den Küsten der Ostsee wieder verdrängt zu werden. Zugleich war man bereits

---

1) Oeuvres XXIX. p. 131—144. Réflexions sur les mesures à prendre au cas d'une guerre nouvelle avec les Autrichiens etc. Le 28. septembre 1779.

2) Mémoire sur le système des principes de politique qu'il convient au roi de Prusse d'observer 1779. In der Verlassenschaft des Prinzen Friedrich August von Braunschweig, die in das weimarische Archiv übergegangen ist.

inne geworden, daß die Allianz von 1756 zwischen Frankreich und Oesterreich wenig Wirksamkeit hatte; namentlich brauchte man sie damals nicht zu fürchten, da es nun zu einem Kampfe zwischen Frankreich und England gekommen war, welcher alle Erdtheile erfüllte und die ausschließende Anstrengung der französischen Streitkräfte zu dem Seekrieg forderte.

Auch auf Italien war das Augenmerk gerichtet. Hertzberg hielt Verbindungen mit Venedig und besonders mit dem Königreich Sardinien, das von Oesterreich nicht minder bedroht werde als Preußen, für nothwendig: man müsse es nur von dem Einfluß von Frankreich losreißen: eben darum, versteht sich, weil dies mit Oesterreich im Bunde war.

Uebergehen wir nicht die eigenthümliche Meinung, die Hertzberg in Bezug auf die Türkei äußert, in welcher Macht auch er einen eventuellen Bundesgenossen Preußens wahrnimmt. Er hielt für möglich, in Constantinopel wieder eine feste Macht schaffen zu können, und zwar durch die Herstellung eines unabhängigen griechischen Reiches, eines Kaiserthums, zu welchem die christlichen Nationalitäten in eine freiere Unterordnung gestellt werden müßten. Ein aus den Kreisen der gewohnten politischen Berechnung heraustretender Gedanke, der dem König Friedrich abgelegen und fremd, aber wohl einen von religiöser Sympathie erfüllten Prinzen, wie der künftige Thronfolger, anmuthen konnte. Diese Idee gehörte dazu, um dem politischen Gebäude, mit dem man sich trug, gleichsam einen idealen Schlußstein zu geben. Auch Friedrich Wilhelm IV, — wenn mir dies aus persönlicher Erinnerung hinzuzufügen erlaubt ist — ein Fürst, der das menschliche Geschlecht mit Wohlwollen umfaßte, hat sich damit getragen.

Ernstlich konnte freilich im achtzehnten Jahrhundert so

wenig davon die Rede sein, als im neunzehnten. Und Hertzberg selbst that seinem orientalischen Reiche doch wieder nicht geringen Eintrag, wenn er ihm bei einem neuen Conflicte Schmälerungen zuzumuthen für rathsam hielt. So forderte es ein anderer seiner Entwürfe für das östliche Europa. Mit einer Gebietserweiterung auf der türkischen Seite meinte er Oesterreich für Galizien einigermaßen zu entschädigen. Denn diese Erwerbung der rivalisirenden Macht war ihm vom ersten Augenblick widerwärtig gewesen. Er hoffte noch sie rückgängig zu machen und alsdann Polen, das nach der Donau hin sogar erweitert werden müsse, zur Abtretung der Städte altgermanischer Ansiedelung, am unteren Lauf der Weichsel, Danzig und Thorn, die zur Vervollständigung der neuen westpreußischen Erwerbung noch fehlten, an das Haus Brandenburg zu vermögen. Er hatte die Vorstellung, daß man Polen als einen Staat zweiten Ranges zwischen den großen Mächten bestehen lassen sollte [1]. Für Preußen nahm er Vermittelung des commerciellen Verkehrs der gesammten übrigen Welt mit Polen und den daraus entspringenden Vortheil in Anspruch. Er hoffte, auch Schwedisch-Pommern werde bei irgend einer günstigen Gelegenheit mit Geld von Preußen erworben werden können, um die maritime Stellung an der Ostsee zu verstärken. Von England befürchtete er trotz der Eifersucht des Hauses Hannover gegen das Haus Brandenburg keine erhebliche

---

1) . . les deux Cours ont un interêt essentiel et superieur à tout autre de conserver plutôt la Pologne comme un Etat médiocre et intermédiaire que de la subjuguer ou la laisser subjuguer entièrement, ce qui ne pourroit se faire sans une guerre sanglante et le partage ou l'intervention d'ailleurs nuisible de la cour de Vienne.

Gegenwirkung: denn der König von England Georg III würde dann jeden Augenblick fürchten müssen, seines Erblandes verlustig zu gehen.

So dachte dieser Staatsmann die künftigen politischen Verhältnisse von Preußen: es ist seine Idee davon, die er dem künftigen König in die Seele legte. Er versäumte nicht, zugleich das Bedürfniß wie die Bedingungen eines Fortschritts der inneren Machtentwickelung hervorzuheben; wir werden seiner Rathschläge dafür später gedenken; die nächste Rücksicht gebührte den Verhältnissen zu Deutschland, und zwar zu dem Reiche als solchem, denn der König war doch zuletzt vornehmlich als Reichsfürst aufgetreten; auf seine Rechte in dieser Beziehung legte Hertzberg den größten Werth.

Werfen wir vor allem auf die Zustände am Reichstag einen Blick, und zwar nicht so sehr im Allgemeinen, als wie sie sich eben damals in der nächstvorliegenden Frage gestalteten.

Zweites Capitel.

Eine Debatte vom Reichstag zu Regensburg. — Sein Stillstand.

Inmitten der großen Mächte, die für ihr eignes Verhalten und in ihren Verbindungen mit einander eine jede nur von sich selbst Rath nahmen, bestand noch die Genossenschaft des deutschen Reiches, deren Mitglieder, mit einer beschränkten Selbstständigkeit ausgerüstet, zur Erhaltung derselben und für jede politische Action der engsten Vereinigung unter einander bedurften.

Noch hatte der Reichskörper eine universale Bedeutung, indem auch die benachbarten nicht-deutschen Mächte durch den Besitz deutscher Länder, oder als Garanten der geschlossenen Friedensschlüsse in enger Verbindung mit ihm standen, wie denn auch Rußland bei dem Frieden von Teschen, dessen Gewährleistung es übernahm, in ein solches Verhältniß trat. Vorzugsweise war jedoch das Reich auf die beiden deutschen Mächte, die seine Glieder waren, die eine von ihnen im Besitz des Kaiserthums, angewiesen.

Es konnte an und für sich als ein Widerspruch erscheinen, daß die Krone des Reichs an ein Haus geknüpft war, das durch seine dynastischen Beziehungen zu einer durchaus

eigenthümlichen Stellung berufen, hauptsächlich diese im Auge hatte, und, gestehn wir es ein, auch haben mußte. Aber so war es nun einmal: der überwiegenden Hausmacht war die religiöse Entzweiung, in deren Folge der katholische und geistliche Theil seinen Anhalt in Oesterreich suchte, zu Hülfe gekommen: auch viele von den andern Ständen fügten sich in ein zum Herkommen gewordenes untergeordnetes Verhältniß; der Gang und Zug der europäischen Verwickelungen trug dazu bei und was auch dagegen unternommen worden, das Haus Oesterreich hatte noch immer verstanden, durch directe oder indirecte Einwirkungen die Stände unter seinem Einfluß zusammen zu halten, und die Reichsversammlung nach seinem Willen zu lenken.

Noch einmal schien sich das zu bewähren, als in den Jahren 1779 und 1780 der von den großen Mächten getroffene Friedensvertrag von Teschen dem Reich zur Bestätigung vorgelegt wurde.

Durch seine eigenmächtigen Eingriffe in die baierisch-pfälzische Erbfolge hatte Oesterreich unter dem Impuls wie ihn der erste Fürst von lothringischer Herkunft gab, einen Act begangen, dessen gleichen einst den alten mächtigen Kaisern verderblich geworden waren. Man hat mit Recht gesagt, das Reich als solches hätte sich demselben widersetzen sollen, aber mit Energie und Erfolg hatte sich nur König Friedrich dagegen erhoben, der es dann nicht wenig empfand, daß man ihn allein ließ, indem er die Sache Aller führe. Es war ihm gelungen, dem Vorhaben Einhalt zu thun; Jedermann empfand, was man ihm schuldig war; aber als nun die Bestätigung des von ihm zu Stande gebrachten Friedens geschehen sollte, fand sich doch eine unerwartete Schwierigkeit.

Der Gegenstand der Verhandlung, fast noch mehr aber die Art und Weise derselben, machen es zur Pflicht, sie nicht ganz in Vergessenheit begraben zu lassen.

Zwei Parteien bildeten sich in Regensburg, von denen die eine den Frieden rein und einfach angenommen zu sehen, die andere eine beschränkende Clausel hinzuzufügen wünschte. Die erste nannte man wohl die Puristen; die zweite die Clausulanten, von denen wieder die Einen sich damit begnügten, die Rechte des Reichs überhaupt, Andere aber auch die Rechte Dritter vorzubehalten gedachten.

Mit den Rechten Dritter waren zunächst Ansprüche des Erzstifts Augsburg gegen Baiern gemeint, die der Gesandte von Churtrier, denn der Churfürst von Trier war zugleich Fürstbischof von Augsburg, mit Lebhaftigkeit erhob, der pfalzbaierische Gesandte, von Leyden, aber ebenso lebhaft zurückwies, denn alle Clauseln und Vorbehalte seien bei der Annahme eines Friedens von so allgemeiner Bedeutung unzulässig.

Dennoch hielten, als die Sache im Churfürstenrath zur Berathung kam, die drei geistlichen Churfürsten an dieser Clausel fest; wogegen die weltlichen, Pfalz, Sachsen und Brandenburg, die diesmal auch von Böhmen unterstützt wurden, die Auslassung derselben verlangten. Die Majorität schien gesichert, als unerwarteter Weise Hannover mit seinem Votum auf die andere Seite trat; nur mit dem Unterschied, daß es die Rechte Dritter ausdrücklich auf die beschränkte, welche auf die baierische Verlassenschaft erhoben werden konnten. Es kommt nicht viel darauf an, ob die persönliche Ansicht des Königs von England, Churfürsten von Hannover, dahin ging, oder was man annahm, nur die des hannoverschen

Ministeriums; das Votum enthielt eine Beschränkung des Friedens, und war von entscheidender Wichtigkeit, da dadurch Gleichheit der Stimmen im Churfürstenrath eintrat, so daß keine Entscheidung zu Stande kommen konnte. Wenn nun überdies die geistlichen das Recht freier Stimmabgebung im Allgemeinen betonten, so empfand das der brandenburgische Gesandte sehr unangenehm, denn es komme ja Niemand in den Sinn es zu beschränken: er meinte, man wolle wohl nur dem kaiserlichen Bevollmächtigten Gelegenheit zu der Erklärung verschaffen, daß auch in diesem Falle, bei der Bestätigung des Friedens, Freiheit der Stimmen gestattet sei. Ihm schien das alles von dem Wiener Hofe, wenngleich nicht gerade von der Kaiserin Königin, angegeben, und von dem erzherzoglich österreichischen Commissär Borié ins Werk gesetzt.

Schon seit lange spielte der Freiherr von Borié die größte Rolle in den Verhandlungen zu Regensburg. Er war der Sohn eines Assessors in Wetzlar (niederländischer Herkunft), und der kammergerichtlichen Angelegenheiten vorzüglich kundig, die er sich auch an dem Reichstage besonders angelegen sein ließ. Er hatte im Reichshofrath und im kaiserlichen Staatsrath gesessen, und in der Achtssache gegen den König von Preußen das Referat geführt; er galt als einer der größten Gegner desselben; an dem Reichstage entwickelte er eine unvergleichliche Thätigkeit und geschäftliche Gewandtheit, um seiner Tendenz Eingang und Geltung zu verschaffen. Von dieser bis zur Engherzigkeit eingenommen, unerschütterlich im Princip, war er doch nicht ohne Feinheit in der Behandlung der Menschen, und zeigte selbst eine gewisse Beugsamkeit in der Ansicht, wenn es darauf ankam, den Hauptzweck zu erreichen. Das

Interesse von Oesterreich war ihm gleichsam zu einem persönlichen geworden: in der Förderung desselben sah er seine Ehre. Er hatte eine natürliche Gabe, denn auch darin liegt etwas Angeborenes, eine Partei zusammenzuhalten und zu leiten. In berathenden Collegien bilden sich leicht Autoritäten aus, welchen die Uebrigen mit der Zeit selbst aus Gewohnheit folgen. Eine solche hatte sich Borié am Reichstag verschafft.

Namentlich beherrschte er den Fürstenrath, in welchem Oesterreich das Directorium führte. Man schrieb es ihm zu, wenn die geistlichen und die neuen Fürsten, zwei ausgenommen, auf den Clauseln bestanden. Corvey und Eichstädt, die ihn immer unterstützten, fügten sogar noch eine ausdrückliche Erinnerung an die deutschen Lehurechte bei, die von den Andern für irrig erklärt, auf den von Oesterreich aufgestellten Grundsatz von der Todtheilung zielten; auch Würzburg und Bamberg hielten die vorgeschlagenen Clauseln für unabweislich. Unter den entgegengesetzten Abstimmungen machte sich noch einmal Magdeburg bemerklich, welches zu erkennen gab, der König sei entschlossen, den Frieden einfach zur Ausführung zu bringen. Pfalz-Zweibrücken erinnerte an frühere Vorgänge, wo jede Clausel auf Antrag Oesterreichs zurückgewiesen worden sei.

Bei der ersten Abstimmung im Fürstenrath fielen die einzelnen Voten so abweichend aus, daß zu einer Berechnung derselben, um das Resultat zu finden, nicht geschritten werden konnte; jede Partei wollte die Oberhand behalten haben: doch suchte eine jede noch mehr Stimmen zu gewinnen.

In einer Gesellschaft bei dem Principalcommissar traten nun wohl einmal die Bevollmächtigten der vornehmsten Stände zusammen, um eine Ausgleichung zu bewirken. Der preußische

Gesandte erbot sich zu einer Erklärung, welche jede weitere Clausel unnöthig machen solle. Die andern schienen darauf einzugehen: und wenn nun der hannoversche Gesandte auf die von ihm abhängigen Stimmen im Fürstenrath in diesem Sinne hätte wirken wollen, so würde das Resultat unzweifelhaft geworden sein. Dazu aber war er nicht zu bewegen. In der zur Entscheidung bestimmten Sitzung, 28. Febr. 1780, traten die Intentionen der Clausulanten noch einmal mit voller Schärfe hervor.

Sie hatten eine ganze Reihe von Vorbehalten in Antrag gebracht, darunter selbst die Rechte der Prätendenten, Wahrung des Besitzstandes, hauptsächlich der Verfassung des Reichs und der Kreise, und des westphälischen Friedens; — die Puristen machten vergebens geltend, daß die Ansprüche der Prätendenten durch den Frieden beseitigt, und andere Gerechtsame von Niemand angegriffen seien. Der preußische Gesandte war in großer Aufregung hierüber: er meinte, man suche die im Frieden anerkannten Rechte Brandenburgs auf die fränkischen Fürstenthümer und die Ansprüche von Pfalzzweibrücken zweifelhaft zu machen. Er sagt einmal, alles sei wieder umgeworfen, „der Würfel liege auf dem Tisch".

Wenn es dennoch auch diesmal im Fürstenrath zu keinem Resultat kam, so lag das wieder an der Art und Weise der Stimmenabgebung. Der österreichische Directorialgesandte Borié hatte verschiedene Kategorien nach dem Inhalt der eingebrachten Clauseln aufgestellt, in welche man von der andern Seite nicht einwilligen wollte [1]. Er bestand darauf, diese Bestimmung zu

---

1) Der churbrandenburgische Gesandte, v. Schwarzenau, bezeichnet das von Borié entworfene Schema Votantum als höchst rabulistisch, „sinte-

treffen gebühre ihm, als dem Director; aber darüber verdoppelte sich nur der Streit.

Dadurch geschah es denn, daß die Entscheidung wie in alten Zeiten so oft, wieder in den Churfürstenrath versetzt wurde.

Die Verhandlungen empfingen hier ihren vornehmsten Anstoß durch den brandenburgischen Bevollmächtigten Schwarzenau, der die obgedachte mündlich gegebene, sichernde Erklärung schriftlich abgefaßt hatte und vortrug. Er behauptete, daß jede salvatorische Clausel den Sinn des Friedens verdunkele, der dadurch zum Theil unverbindlich gemacht werde.

In dem entgegengesetzten Sinne erklärte sich aber diesmal, selbst im Widerspruch mit seinen frühern Aeußerungen der kaiserliche Gesandte für Böhmen. Er sagte, er sei nicht dawider, aber auch nicht dafür; die Kaiserin Königin wolle ihren Mitständen das Recht, Verwahrungen einzulegen, nicht entziehen. So unentschieden das lautet, so trug es doch bei, um den Clausulanten die Mehrheit auch im Churfürstenrath zu verschaffen.

Hierdurch gesichert, trug der churerzkanzlerische Directorialgesandte die für das Reichsgutachten entworfene Clausel vor. Danach sollte der Annahme des Friedens die Bedingung hinzugefügt werden, daß derselbe den Rechten des Reichs,

---

malen nicht nur darinnen die 15. Vota der paciscirenden Theile in eine besondere Classe gebracht, und den Puristen entzogen; hingegen unter mannichfaltigen Subdivisionen eine Menge von Reservationen aufgestellt, sondern auch durch alles dies zusammengenommen eine Majorität van 43 Stimmen gegen 21 auf eine sattsame Art dargelegt warden." Sehr heftig ist Schwarzenau gegen den fürstlich brandenburgischen Gesandten, Salzmann, eingenommen, der „von den Kräften des Geistes und des Witzes verlassen worden sei."

dem westphälischen Frieden, den übrigen Reichsgrundgesetzen, überhaupt aber den Rechten Dritter für jetzt und künftighin in keinem Fall zum Nachtheil gereichen sollte[1].

Die Clausel war schon nicht mehr so scharf wie frühere. Der preußische Gesandte beschied sich, daß er sie, da die Mehrheit dafür war, nicht werde zurückweisen können; und etwas sehr Bedenkliches enthielten doch auch die Hauptbestimmungen nicht; nur die auf die Rechte eines Jeden für jetzt und in Zukunft bezüglichen Vorbehalte konnten einmal widerwärtige Folgen haben. Schwarzenau ließ es nun sein ganzes Bemühen sein, diese Formel unschädlich zu machen. Er setzte in dem Collegium durch, daß die Gerechtsame Anderer, denen der Friedensschluß keinen Nachtheil bringen solle, als „erweislich und gebührender Orten auszutragende" bezeichnet wurden. So konnte den Vorbehalten das Wort, „wie sich von selbst versteht," hinzugefügt werden. Und damit auch daraus niemals ein Zweifel an der vollgültigen Bestätigung hergeleitet werden könnte, bezeichnete man ihn in einer frühern Stelle als abgeschlossen und in die Reichsprotocolle bestätigungsweise gekommen.

So erläutern sich die in dem Reichsgutachten vorkommenden, an und für sich seltsam und überflüssig scheinenden Formeln; sie beruhen auf einem lebhaften Zusammenstoß der beiden Parteien und einem zwischen denselben getroffenen Austrag[2].

1) „Jura tertii et cujuscumque pro nunc et futuro."

2) Das Reichsgutachten findet sich in Fabers Staatscanzlei, und daraus bei Martens; von der vorausgegangenen Debatte ist meines Wissens nie etwas in die Oeffentlichkeit gekommen. Ich entnehme sie aus den Berichten von Schwarzenau.

Die Clausulanten hatten sich für mögliche künftige Fälle Einwendungen gegen die Verbindlichkeit des Friedens vorzubehalten getrachtet; eben darum hatten die Puristen alle Clauseln zu vermeiden versucht; es war ihnen damit nicht gelungen, sie mußten sich die salvatorischen Bestimmungen gefallen lassen, aber sie beschränkten dieselben auf eine Weise, daß sie doch nur wie eine Formalität erschienen, der keine wesentliche Bedeutung zukomme.

In dem Fürstenrath war man noch in dem berührten heftigen Streit über die Stimmenzählung als Schwarzenau mit dem von den Churfürsten angenommenen Entwurf des Reichsgutachtens in denselben eintrat. Der Fürstenrath fühlte sich bewogen, dem Entwurf beizutreten; die verwickelte Form, in der er abgefaßt war, machte den Animositäten ein Ende.

Der Städterath war von Anfang an puristisch gesinnt; es hatte keine Schwierigkeit ihn zur Annahme des Entwurfs zu bringen, der trotz des eingeschalteten Vorbehalts einer reinen Annahme nahe kam.

Mit einigen Modificationen stellten sich die alten Parteistellungen, wie sie in den ersten Decennien des siebzehnten Jahrhunderts gebildet worden, noch einmal gegen Ende des achtzehnten heraus. Im churfürstlichen Rath gab Hannover in dem Widerstreit der geistlichen und weltlichen Stimmen damals (nicht allemal) eine früher am meisten von Sachsen repräsentirte Hinneigung zu den geistlichen Auffassungen kund; die Städte waren auch jetzt wie einst für die weltlichen Churfürsten, und so ganz unbedeutend erschienen sie in der Hierarchie des Reiches, so oft als es zu einem Zwiespalt kam, noch nicht, wie man wohl annimmt; am lebhaftesten war die Entzweiung in dem Fürstenrathe, in welchem der Vertreter der österreichischen Stimme über

die geistlichen und die zahlreichen neuen Fürsten unbedingt verfügte; aber auch da erschien eine Opposition, die in einigen weltlichen Fürsten und den protestantisch-geistlichen Stimmen ihren Kern hatte, und in der preußischen Macht ihren Rückhalt bekam.

Der kaiserliche Hof war ohne Zweifel für die Bestätigung des Friedens. Man weiß, daß die Kaiserin den Wunsch aussprach, demselben durch das Reich sobald wie möglich das letzte Siegel aufgedrückt zu sehen. Allein in den herkömmlichen Formen und Parteiungen einer berathenden Versammlung liegt doch auch ein selbständiges Element, das nicht durch jeden Wunsch des Regierenden zu beseitigen ist. Daß sich dies nun aber geregt, und selbst bis auf einen gewissen Grad geltend gemacht, daß es dem einmal Vereinbarten Widerstand entgegengesetzt hatte, aber mit demselben gescheitert war, brachte den Eindruck hervor, als beherrsche Oesterreich den Reichstag nicht mehr wie bisher. Noch immer standen einander die alten confessionellen Parteien gegenüber. Die protestantische, und nunmehr preußische, hatte in Folge des Krieges auch am Reichstag einmal wieder einen Vortheil davon getragen. Die Gesandten fürchteten nur, daß man sie in den alten Nachtheil, in der Minderheit zu bleiben, zurückzudrängen suche.

Ein Moment dafür war, daß Pfalzbaiern, obgleich durch Preußen gerettet, doch keineswegs zuverlässig zu demselben hielt. Der damalige Gesandte wurde mißliebig, weil er dies mit einer Beflissenheit that, die in München nicht gebilligt wurde. Man sah schon damals voraus, daß er abberufen und durch einen dem kaiserlichen Hofe mehr ergebenen ersetzt werden würde; wie das denn bald nachher geschah

Man meinte analoge Einwirkungen des kaiserlichen Hofes auf die kleinen Fürstenthümer, die ihm sehr leicht wurden, um ihre Stimmen zu gewinnen, wahrzunehmen. An den schwäbischen Städten wurde Alles versucht, um Reichstagsabgeordnete, wie man sie wünschte, zu erlangen und die Unbequemen los zu werden. Eine Stimme mehr oder weniger schien über das Wohl des Reiches und der Religion entscheiden zu können.

So geschah es gleich hierauf, daß eine an sich unbedeutende Differenz, die Stimmen der Grafen betreffend, die wichtigste Reichsangelegenheit werden konnte.

Neben den fürstlichen Virilstimmen bestanden im Fürstenrath sechs Curiatstimmen, in denen ebenfalls das Verhältniß der Religion maßgebend eintrat; drei von ihnen, die der rheinischen und schwäbischen Prälaten und der schwäbischen Grafen waren katholisch, die drei andern, die der westphälischen, wetterauischen und fränkischen Grafen evangelisch.

Nun hatte sich aber schon bei dem Kammergerichtsvisitationsgeschäft ein nicht von dem westphälischen Grafencollegium, sondern nur von einem einzelnen Mitgliede desselben autorisirter Deputirter eingefunden, um seine Stimme auf der katholischen Seite abzugeben; er war dort wirklich angenommen worden, obgleich der evangelische Theil widersprach.

Nach dem Tode des bisherigen Bevollmächtigten der drei Curiatstimmen am Reichstage im Jahre 1778 ergab sich nun dasselbe Vorhaben in der Reichsversammlung. Für die westphälischen Grafen stellte sich ein katholischer Bevollmächtigter dar, obwol sogleich von berechtigter Seite ein Nachfolger des Verstorbenen, von Fischer, für die drei Curiatstimmen beglaubigt war.

Hierüber entstanden schon bei der Friedensbestätigung

Weiterungen, doch kam man damals überein, das Geschäft ohne Rücksicht darauf zu Stande zu bringen.

Bald aber zeigte sich, daß dieser Zustand der Unsicherheit auch der Partei, die bisher die Oberhand gehabt hatte, nicht mehr genügte. Konnte ihr nicht eine oder die andere Stimme ferner entgehen und damit das Uebergewicht gesprengt werden, dessen sie sich bisher erfreut hatte? Namentlich schien es, als könne der erzherzoglich österreichische Bevollmächtigte nicht verwinden, daß er damals mit seinem Votirungsentwurfe nicht durchgedrungen war; von der entgegengesetzten Seite nahm man das wenigstens an und meinte, er wolle durch einige in der Reichsversammlung vorzunehmende Veränderungen sich gegen eine erneute Niederlage sicherstellen; doch hätte Niemand erwartet, was er wirklich that; man erlebte, daß er nach Erledigung der Friedensbestätigung, auf den Grund jener Differenz, sein Directorialamt in dem Fürstenrath auszuüben verweigerte.

Ein merkwürdiger Mann in der spätern Geschichte des deutschen Reichstags ist dieser Freiherr von Borié, der es in seinem eigensinnigen Selbstgefühl für den äußersten Schimpf hielt, den vorwaltenden Einfluß am Reichstag einzubüßen; indem er jetzt von der zweifelhaften Beschaffenheit einer einzelnen Stimme Gelegenheit nahm, die Verhandlungen zu hemmen, schien er fast das liberum Veto der Polen nach Deutschland einzuführen; man traute ihm den herostratischen Ehrgeiz zu, den Reichstag zu sprengen.

Ein Todesfall, den man sonst wenig beachtet haben würde, fiel unter diesen Umständen sehr ins Gewicht. Der bisherige Vorsitzer des fränkischen Grafencollegiums, Philipp Heinrich von Hohenlohe Ingelfingen, starb im April 1781; dadurch

erlosch die Legitimation des Bevollmächtigten Fischer, der die drei gräflichen Stimmen führte, für die fränkischen; und bei der Gesinnung des Nachfolgers, Graf Heinrich August von Ingelfingen, der auf einer Versammlung, von der sich die protestantischen Grafen entfernt hielten, zum Director des Grafencollegiums ernannt worden war, ließ sich nicht erwarten, daß sie gemeinschaftlich in dem alten Sinne erneuert werden würde. Fischer wurde ohnehin mit auffallender Zurücksetzung behandelt. Borié hat einmal erklärt, er wolle mit demselben nicht zugleich zu Rathe sitzen, noch weniger in Geschäften mit ihm concurriren. Um so eifriger hielt Schwarzenau, überhaupt der große Antagonist Borie's, eben so hartnäckig und von seinem Rechte überzeugt, doch nicht so geschäftsgewandt wie dieser, an Fischer fest. Diese westphälische und fränkische Grafensache bildete nun den vornehmsten Gegenstand der wachsenden Mißhelligkeiten. Die Erneuerung der Verhandlungen im Fürstenrath und eine wirksame Beschlußnahme in der Reichsversammlung wurde dadurch, daß Borié unerschütterlich blieb, geradezu verhindert.

Wie falsch wäre es, den Reichstag an und für sich für ohnmächtig zu halten. Ueber das waffengerüstete Preußen vermochte er wenig; Oesterreich war durch alte Privilegien und seine internationale Weltstellung gegen seine Machtsprüche gesichert; aber weder diese noch vollends die mindermächtigen Stände waren von seinen Befugnissen emancipirt; der Reichstag besaß eine allgemeine legislative Gewalt, Aufsicht über Administration und die Verwaltung des Reichs; er hatte selbst in diesem executive Gewalt, wenn er darüber einig werden konnte.

Damals griff die Meinung um sich, daß der Wiener Hof

den Stillstand der Reichsgeschäfte sogar gern sehe; denn was er auch immer vornehme, so könne es zu keinem förmlichen Widerspruch von Seiten des Reichs kommen. Eben deshalb war es für Preußen geboten, die unterbrochene Thätigkeit des Reichstags zu erneuern, einmal weil es an und für sich rechtmäßig war und in der Natur der Sache lag; aber überdies: kam nicht dem König von Preußen eine große Stellung in dem Reiche zu? Hertzberg bemerkt, er sei Kurfürst von Brandenburg, nehme die zweite Stelle in Obersachsen ein und sei kreisausschreibender Fürst in Niedersachsen, Westphalen und Niederrhein und werde das einmal auch in Franken nach dem Aussterben der Familie von Ansbach; er führe fünf Stimmen am Reichstage: er sei vollkommen im Stande, in allen Angelegenheiten des Reiches den Uebergriffen des Hauses Oesterreich Einhalt zu thun.

Durch die letzte Waffenerhebung hatte der König die Theilnahme der Katholiken erworben, die ihn früher fast als ihren natürlichen Feind betrachtet hatten. Der Reichstag, welchen Oesterreich in jener Frage anzugehen Bedenken getragen, hatte sein Recht in Angelegenheiten dieser Art mitzusprechen, gerettet. — Die Reichsgenossenschaft bildete für ihn ein Moment der Macht und besonders des Widerstandes.

Bald sollten sich noch andere Anlässe finden sich ihrer zu bedienen.

Drittes Capitel.

Erste Regierungshandlungen Josephs II.

Joseph II war vor kurzem von seinem ersten Besuche bei Kaiserin Katharina in Mohilew und Petersburg zurückgekehrt, und im Begriff, eine Reise nach den Niederlanden anzutreten, die ihn vielleicht selbst nach England führen sollte; — so wenig hinderte ihn der Antheil, den er an den Geschäften nahm, seinen touristischen Neigungen nachzuhängen — als seine Mutter am 29. November 1780 starb und die Gesammtregierung der Monarchie in seine Hände kam. Nicht auf die Geschäfte des Reichstags aber, die wenig Raum dazu boten, richtete er seine Thätigkeit, sondern auf seinen österreichischen Staat und dessen auswärtige und innere Beziehungen.

Doch war darin ein Unterschied.

Die auswärtigen Verhältnisse waren unter seiner persönlichen Theilnahme noch vor dem Tode der Mutter (wir werden bald darauf zurückkommen) in eine Bahn geleitet worden, die seinen eigenen Tendenzen entsprach. Er war darüber mit dem Manne einverstanden, der die großen Angelegenheiten der Monarchie schon lange mit einer Art von Autonomie leitete, wenigstens nach seinem Dafürhalten, gemäß dem einmal eingeschlagenen systematischen Gang.

Fürstliche Geschenke sind so sehr eine Sache der Convenienz geworden, daß man sich fast scheut, ihrer zu gedenken. Doch mag eine Ausnahme bei solchen gestattet sein, mit denen sich unzweideutige Aeußerungen einer Gesinnung, an der man sonst vielleicht zweifeln könnte, verbinden. Joseph übersandte dem Fürsten Kaunitz gleich nach seinem Regierungsantritt eine Tabatiere, die mit den Bildnissen der Mitglieder der kaiserlichen Familie geschmückt und einst von der Kaiserin ihrem Schwager Herzog Carl von Lothringen geschenkt worden war. Joseph schrieb dem Fürsten, er möge sie auf seinen Tisch stellen, um die Bilder der Personen vor sich zu haben, die er jede insbesondere, so wie alle zusammen zur Dankbarkeit verpflichtet habe. Kaunitz nahm das sehr hoch auf. Er erwiederte, er sehe darin ein Anerkenntniß seiner vierzigjährigen Dienste, das ihn mit wahrer Genugthuung erfülle [1]. Er geht sehr weit, wenn er hinzufügt, daß der Kaiser durch Züge dieser Art sich ein Andenken sichere, wie Trajan oder Heinrich IV. Die Namen mögen zugleich das für den Ruf des Herrschers vorschwebende Ideal andeuten.

Es fiel auf, wie wenig Betrübniß Kaunitz über den Tod seiner Gebieterin an den Tag legte; was er zu ihrem Lobe sagte, enthielt doch, wenn man es erwog, sein eigenes Lob. Er wurde durch ihren Abgang noch mächtiger, als er schon war, und bekam noch mehr freie Hand, nach seinem Sinne zu leben. Von dem Hofe machte er sich so gut wie vollständig los; niemals erschien er bei dem Kaiser; der Kaiser liebte es, ihn zu besuchen, wie der junge Ludwig XIV den Cardinal Mazarin.

1) Briefwechsel in dem Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien.

Die fremden Gesandten sah Joseph möglichst selten; auch Kaunitz gab ihnen nur ungern Audienz; um ihn zu sehen, fanden sie sich Abends bei ihm ein, wenn er von seiner Tafel nach seinem Billardzimmer kam. Da nahm er denn auf seinem Lehnstuhle Platz, um seinen Thee zu trinken: zuweilen, wenn noch ein dringendes Geschäft zu erledigen war, sah man einen kleinen Tisch mit hohen Kerzen herbeibringen, worauf er inmitten seiner Gäste eine Ausfertigung vollzog. Er war eben bei sich zu Hause und gewohnt, sich um Niemand zu kümmern. Es machte keinen Unterschied, wenn ein Erzherzog erschien: Kaunitz ließ auch höchste Personen unter den Gästen warten, bis es ihm gefiel, sie zu begrüßen. Dem Kaiser — denn auch er fand sich, wiewohl nur selten, ein — war es am liebsten, wenn er sich, durch keine besondere Beachtung gestört, unter die Anwesenden mischen konnte. Jedermann verehrte in Kaunitz sein außerordentliches Verdienst, die erreichten Erfolge, sein hohes Alter, den umfassenden, zum Ziel treffenden Geist, den er bei jeder Gelegenheit an den Tag legte; seine Sonderbarkeiten gaben seiner Erscheinung eine eigenthümliche Färbung, die den Eindruck, den er machte, eher verstärkte. Die Gesandten kamen, um ihm etwas vorzutragen, aber sie beschieden sich, einen Moment guter Stimmung abwarten zu müssen. Die Entscheidung der Geschäfte lag so gut wie unbedingt in seinen Händen.

So war und blieb in den militärischen Angelegenheiten Marschall Lascy der Vertraute des Kaisers, der Mann, der einst als Generalquartiermeister dem König von Preußen sehr unbequem geworden und später an der Spitze der unter seiner Leitung reorganisirten Armee demselben nicht ohne einen gewissen Succeß entgegengetreten war. Man schreibt es Lascy

zu, wenn ein Legat, das die Kaiserin für die Armee angewiesen, unverkürzt zugestanden wurde. Joseph hätte eine andere, ihm nützlicher scheinende Bestimmung, etwa für ein Invalidenhaus, vorgezogen; aber der Marschall trug Bedenken, den Truppen etwas zu entziehen, worauf sie schon rechneten, er hätte Desertionen zu veranlassen gefürchtet. Auch Kaunitz bemerkte, daß die Armee die Stütze des Kaisers und des Staates sei, daß hier jede Sparsamkeit gefährlich wirken könne.

Wie sehr sah sich das Volk getäuscht, das sich bei dem Tode der Kaiserin mit der Abschaffung einer oder der andern drückenden Steuer schmeichelte, und seine Wünsche ohne viel Ehrfurcht bei dem Leichenbegängniß laut werden ließ [1]. Nicht auf Erleichterung, sondern auf Schärfung des finanziellen Systems war die Absicht Josephs II gerichtet. Hauptsächlich mit Ersparnissen beschäftigte er sich in den ersten Monaten seiner Regierung. Für sich selbst bedurfte er wenig, denn er führte das einfachste Leben: an kostbaren Gelagen oder rauschenden Vergnügungen fand er kein Gefallen; er speiste meistens allein, und brachte seine Abende in einem Kreis vornehmer Damen zu, an den er gewöhnt war; — es gewährte ihm Unterhaltung genug, ihnen von seinen Reisen zu erzählen. Manche fanden darin etwas Absichtliches und Gesuchtes, wenn er mit einem auffallend verfallenen Gespann durch die Straßen fuhr; Andere meinten, es entspreche seinem natürlichen ökonomischen Sinne. Die kaiserliche Küche ward auf das Nothwendige beschränkt, der Marstall um mehr als die Hälfte herabgesetzt; man untersuchte die Pensionen, welche die Kaiserin gezahlt hatte: und

1) le peuple a fait éclater une joye presque indécente à son enterrement. Bericht des preußischen Gesandten Riedesel, 6. Decbr. 1780.

strich sie, wenn sie nicht sehr gut begründet waren. Auch bei den erzherzoglichen Höfen wurden Abzüge gemacht, die sie sich sehr ungern gefallen ließen. Joseph bemerkte ihnen, wenn das Wohl des Staates es erheische, müsse jede andere Rücksicht schweigen [1]. Er trug nur immer Sorge, daß keine Vorliebe oder Rücksicht ihn in diesem obersten Grundsatz beirre. Um dem allgemeinen Interesse gerecht zu werden, wurde er hart gegen die Einzelnen. Seine Geschwister eilten, die unerfreulich werdende Residenz zu verlassen. Joseph berechnete nur, wie viel er ersparen, und wie er das Ersparte zum allgemeinen Besten verwenden könne.

Von demselben Gesichtspunkte sah er nun die gesammte Civilverwaltung an, deren Leitung er nach seinem Regierungsantritt selbst in die Hand nahm; er wollte sie von den Privatrücksichten reinigen, welche den öffentlichen Dienst lähmten oder unmöglich machten.

Sollen wir nun hier die mehr oder minder lobenswürdigen Seiten der Regierung Maria Theresia's erörtern und sie mit den Abänderungen und Neuerungen vergleichen, welche Joseph für rathsam hielt? Wir würden uns in das Labyrinth der österreichischen Landesverwaltung verlieren. Begnügen wir uns, die vornehmsten Gesichtspunkte des Kaisers in Bezug auf das, was er verwarf, so wie auf das, wonach er strebte, aufzufassen.

Eine Denkschrift aus den Zeiten kurz vor dem Regierungswechsel liegt vor, aus der sich ergiebt, was man in dem Kreise, der sich um den Kaiser bildete, auszusetzen fand.

1) Wolf: Marie Christine I, 141. Die Gesandschaftsberichte der Zeit sind beherrscht von dem unangenehmen Eindruck, den das machte.

Nicht sowohl auf Verordnungen und Gesetze kam es dabei an, als auf die Abschaffung von Mißbräuchen, die im Schooße der Administration bei mangelnder scharfer Aufsicht eingerissen waren. Von den Ministern, heißt es da, welche die Beamten einsetzen, werde die Gnade mit einer Art von Wetteifer an diese vergeudet. Mancher kaufe beinahe seine Bedienung und laufe dann Sturm auf das Aerarium, das dabei aufgezehrt werde. Das Trachten der oberen Behörden gehe dahin, ihren Wirkungskreis zu erweitern; die unteren, die sich dadurch gedrückt fühlen, hören auf zu gehorchen. Durch persönliche Beziehungen werde die Wirkungsfähigkeit der Verwaltung gelähmt: alles löse sich in Parteien auf. Berichte und Gutachten fasse man nach diesen Gesichtspunkten, und zwar ohne rechte Kenntniß der Lage der Sache; was man verordne, stehe oft im Widerspruch mit den wirklichen Thatsachen und werde lächerlich. Von den verschiedenen Zweigen: Militär, Finanz, Religionswesen und innere Verwaltung, wirke einer gegen den andern. Die jungen Cavaliere, einem müßigen und üppigen Leben ergeben, würden dennoch durch Protection so rasch wie möglich zu den höhern Stellen befördert, ohne des Dienstes mächtig geworden zu sein: die untern Beamten seien eigennützig und gewaltsam; das Landvolk erliege der Ungleichheit und schlechten Veranlagung der Abgaben an den Staat und den Plackereien der Gutsherrschaften, denen dieser nachsehe[1].

1) Auszüge aus einer ausführlichen Relation, die abschriftlich unter österreichischen Staatsmännern von Hand zu Hand ging; sie kam Dohm zu Händen, der sie an Thulemeier schickte, in dessen Papieren im königl. Staatsarchiv zu Berlin sie sich findet. Die Meinungen und Ansichten „Seiner Majestät" des Kaisers über die Mängel, sowie über die Mittel dagegen werden oft angeführt.

Die sprichwörtliche Milde der Regierung, heißt es weiter, wirkt verderblich: zehn Unwürdige gewinnen, Millionen verlieren. Ohne eine Veränderung von Grund aus ist kein Heil zu erwarten. Der Staat zehrt sich selber auf; Cultur, Handel, Bevölkerung nehmen ab; wie will man im Stande sein, sich jemals wieder fremden Einfällen entgegenzusetzen? das Land ist mit Millionen von Schulden beladen, und dabei wachsen die Auflagen, der Staat geht zu Grunde.

Joseph hatte sich beschieden, nichts Entscheidendes ausrichten zu können, so lange er Coregent war; er hatte einen so lebendigen Begriff von der Prärogative des Souveräns in der Monarchie, daß er sich der Art und Weise seiner Mutter fügte; nun aber, nachdem die Prärogative an ihn übergegangen war, hielt er sich für unbedingt berechtigt, seinem Sinne in dem Staate Bahn zu machen.

Er kannte, wie gesagt, keine Zerstreuungen: er fand selbst keinen Geschmack mehr an der Literatur; er las nur geschäftliche Papiere. Die Morgenstunden brachte er regelmäßig in den Kanzleien zu, wo er die Ausfertigungen angab, durchsah und corrigirte. Auf Einwendungen, die er nicht übel nahm, hörte er doch nicht viel: er rieb sich wohl die Hände, antwortete in seiner natürlichen Denkweise und kam dann auf etwas Anderes. Er war ein geborner Bureaukrat, thätig im Kleinsten, aber immer in einer Anschauung des Ganzen, die seinem hohen Standpunkt entsprach.

Vorlängst hatte er sich darüber mancherlei Entwürfe gebildet, — wie Population, Commerz, wie die innere Production überhaupt zu heben sei: er folgte darin den Ideen des Jahrhunderts;, ohne Zweifel das Wichtigste ist der allgemeine Gesichtspunkt, den er seinen Landen gegenüber ergriff.

Diese von sehr verschiedenen Nationalitäten bewohnten, unter mannichfaltigen Titeln und sehr wesentlichen Beschränkungen unter dem Scepter des Hauses Habsburg verbundenen Landschaften sollten zu einem Ganzen verschmolzen werden und sich als solches fühlen lernen; aus ihrem Zusammenwirken sollte der Gesammtstaat von Oesterreich hervorgehen.

Man sollte näher untersuchen, wie die Idee dieses Staates als einer europäischen Großmacht aus den weltumfassenden Beziehungen des Hauses Burgund, in welchem Oesterreich aufging, sich nach und nach hervorgebildet hat; deutlich erkennbar wird sie zuerst in den Verhandlungen über die Theilung der spanischen Monarchie; in der definitiven Sonderung von Spanien in der pragmatischen Sanction, wie bei dem Anschluß der Ungarn an Maria Theresia, ist sie dann weiter zur Erscheinung gekommen. Die Vereinigung der Landschaften zu der Idee eines Staates kann als die große Hinterlassenschaft der habsburgischen Dynastie und das Resultat ihres fünfhundertjährigen Waltens betrachtet werden; Maria Theresia hatte ihr Ansehen nach Außen gerettet und ihm eine gewisse innere Haltung gegeben: aber ihrem Sohn, der die Traditionen von Oesterreich und Burgund mit lothringischer Beweglichkeit belebte, genügte das, was geschehen war, weder in der einen noch andern Beziehung. Er war entschlossen, die Idee einer österreichischen Großmacht in aller ihrer durchgreifenden Bedeutung wie nach Außen so nach Innen zur Geltung zu bringen.

Noch lebte allenthalben das landschaftliche Element in den großen Staaten; man weiß, wie stark es noch in Frankreich war, und was dazu gehört hat, es zu überwältigen. Joseph unternahm den Kampf mit demselben auf dem Stand-

punkt und mit den Mitteln der souveränen Gewalt. Die Neuerungen, die er einzuführen dachte, sollten ihm dienen, die Idee des Gesammtstaates zu realisiren.

Vor dem absoluten Zwecke des Selbstherrschens wich jede Besonderheit zurück.

Es kümmerte ihn nicht, daß die Verbindung dieser Lande doch eine nicht aus ihnen selbst hervorgegangene, zwar historisch und geographisch begründet, aber durch die Dynastie bewirkt war, daß die Triebe der Besonderheit allenthalben stark und lebendig sind; er meinte durch den guten Willen, den er einsetzte, und das allgemeine Beste, das sein Ziel sei, alles mit sich fortzureißen und ineinander zu verflößen.

Nach ein paar Monaten, in denen er die oberste Leitung der Geschäfte nun selbst führte, hielt er, die alten und neuen Erfahrungen verbindend, für rathsam, den Vorständen der Provinzen und den Mitgliedern der Centralregierung, den Chefs, wie er sagt, die Gesinnung, die ihn beseelte, mit Einem Mal eindringlich kund zu geben [1].

Er nimmt in seinem Erlaß darüber von der höchsten Gewalt in weitem Umfang Besitz: Landesverfassung, Finanz, und Anwendung der bestehenden Gesetze, mit einziger Ausnahme der Justiz, beruhe alles auf seiner Ueberzeugung und Entschließung [2]. Er legt den Chefs die Pflicht auf, ihn von dem Thatbestand zu unterrichten und Ueberlegung

---

1) Circulare 16. März 1781. (Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien.)

2) Wie es in einem Briefe des Fürsten de Ligne heißt: il voulait la plus grande autorité, pour que d'autres n'eussent pas le droit, de faire du mal.

mit ihm zu pflegen, nach erhaltener Bestimmung aber diese genau und rasch auszuführen: ihnen bleibe es überlassen, sich zu ihren Untergebenen eben so zu stellen, wie er zu ihnen steht, und ihre Thätigkeit anzuspornen.

Sie sollen aus ihrer Arbeit die Beschäftigung ihres ganzen Lebens machen; „nichts hören, noch sehen, noch denken, als was zu derselben dient;" vor allem die Principien des Kaisers sich völlig aneignen. Zu allen Stunden des Tages wird er bereit sein, die Materien mit ihnen durchzusprechen; sie mögen ohne alle Ceremonie in bürgerlicher Kleidung zu ihm kommen; besser daß sie hundertmal fragen, als einmal irre gehen. Er bemerkt, bei schriftlichen Eingaben stehe oft die Unterschrift unter fremden Gedanken: die Arbeit werde dadurch verwickelt; bei persönlicher Besprechung werde man sich verständigen, welche Wendung jeder Sache zu geben sei. Sie können allezeit einen Hofrath mitbringen, der die nöthige Auskunft gebe und das Ergebniß der Berathung sofort niederschreibe. Auf diesem Wege hoffte Joseph zu vermeiden, daß seine Befehle entweder durch Mißverständniß einzelner Sätze, oder auch geflissentlich falsch ausgelegt, und eine Unthätigkeit erhalten werde, die häufig dem bösen Willen gleiche. Man müsse die Geschäfte aus den Händen der Subalternen reißen: die wirkende Thätigkeit, die er den Oberen einzuflößen trachte, müsse von denen ihren Untergebenen mitgetheilt werden: die Liebe des Allgemeinen müsse alles beleben. Ohne Rast und Ruh müsse man das Nützliche thun, zu jeder Tageszeit, ohne sich an Kanzleistunden zu binden; erst wenn die Arbeit ausgeführt ist, solle man ausruhen oder sich zerstreuen dürfen. — Was ein Mensch sich selbst anmuthet, fordert er auch von andern.

Der Kaiser überläßt den Chefs, die Beamten, Vicepräsidenten, Hofräthe und Secretare nach ihrem Dafürhalten zu verwenden; diejenigen, welche nichts leisten, sollen ihm unbedenklich genannt und zur Ruhe gesetzt werden.

Bisher war der Staat vornehmlich in dem Landesadel erschienen, den Besitzern von Grund und Boden, die dann in den ständischen Versammlungen die gesetzgebende Gewalt, wiewohl unter Mitwirkung des Fürsten und der städtischen Magistrate, doch hauptsächlich ausübten; in den Ständen repräsentirte sich die historische Eigenart und Besonderheit der Landschaft; die Grundherrschaften befanden sich in Besitz vieler, dem Princip nach obrigkeitlicher Gerechtsame. Darin hatte nun schon Maria Theresia durch die Einrichtung von landesfürstlichen Kreisämtern, denen ein guter Theil dieser Befugnisse übertragen wurde [1], eine bedeutende Veränderung angebahnt. Aber die Ausführung derselben fiel häufig in Hände, die ihr nicht gewachsen waren; thatsächlich behielt das Herkommen die Oberhand. Bei weitem stärker griff nun Joseph II ein. Die Unterthanen fühlten, daß auch ihr Grundherr einen Herrn habe, der ihnen zu Hülfe komme; in den Städten verloren die alten Geschlechter und die Zünfte die ihnen durch die Gewohnheit zustehenden Vorrechte: sie wurden kaiserliche Beamte. Den Ständen wurden die kaiserlichen Verordnungen einfach bekannt gemacht, ohne daß man auch nur ihren Rath gefordert hätte. Alle Gewalt concentrirte sich in den Kreishauptleuten, den Landeshauptleuten, den kaiserlichen Behörden überhaupt, die durch die neue Ordnung der Dinge von dem höchsten Willen

1) Perthes: Politische Zustände und Personen Bd. II, 32.

unbedingt abhängig gemacht wurden: in den Comitaten in Ungarn so gut wie in den Bezirken der übrigen Provinzen. Bei dem Kaiser steht es, die Gewalt derselben zu bestimmen; vorkommende Fälle soll man nach den aufgestellten Hauptgrundsätzen beurtheilen, und bei eintretenden neuen Umständen, die man darzulegen hat, Entscheidung in Wien einholen. Man soll alles kurz, pünktlich und mit so wenig Leuten als möglich zu erledigen suchen.

Joseph II meinte eine Umgestaltung, welche die Aufgabe kommender Zeiträume war, im Wege der Verordnung durchzuführen, vermittelst einer Administration, die von oben nach unten einheitlich geleitet, ohne allen andern Nebenzweck nur der Ausführung seiner Gedanken hingegeben wäre.

Derselben Meinung war ohne Zweifel auch Kaunitz, der Concipient dieses Circulars, das zugleich als Instruction dienen sollte. Ob nun aber auch die Schwarzenberg, Kollowrath, Esterhazy und die andern Mitglieder der hohen Aristokratie, die zugleich die hohen Stellen bekleideten, oder die Hofräthe, mit denen sie umgeben waren, und die Behörden der verschiedenen Länder, mit denen sie zu arbeiten hatten?

Der Kaiser forderte die Ausführung seiner Weisungen ununterbrochen, mit allen Kräften, mit ganzer Seele. Nach einiger Zeit beklagte er sich, daß manche seiner Befehle öfter wiederholt werden müssen und doch unausgeführt bleiben, daß die Beamten mechanisch arbeiten und nichts thun, was sie nicht thun müssen, ohne Bestrafung ihrer Nachlässigkeit zu erwarten.

Sein Sinn bleibt nicht allein fest, sondern entwickelt sich täglich weiter in Bezug auf die Art und Weise der Thätigkeit, die einem jeden obliege. Erwähnen wir noch des Unter-

schiedes, den er zwischen der Administration im Einzelnen und der monarchischen Idee macht.

Der Bergmann, sagt er, beschäftige sich mit der Production der Metalle zu wohlfeilerem Preise und in größerer Quantität, um davon Ehre zu haben; der Zollbeamte mit der Erhöhung des Ertrages seiner Einnahmen; der Richter mit Beobachtung der Gesetzlichkeit und der Reformen. Der Civilist glaube, daß das Militär nur für die Führung der Waffen tauge und in Friedenszeiten eine unnütze Last sei: der Soldat dagegen halte sich für berechtigt, so viel Vortheil aus dem Lande zu ziehen als nur möglich. Ganz anders der Souverän. Der bedenke zugleich, daß der Soldat seine mäßige Löhnung zum Vortheil seines Aufenthaltortes verzehre: er sehe in ihm den unentbehrlichen Verzehrer dessen, was das Land hervorbringt, denke aber darauf, ihn in den Zeiten des Urlaubs und durch seine Kinder auch die Production befördern zu machen. So in Bezug auf die Finanzen. Ein gemäßigter Fürst halte allerdings dafür, daß es ihm nicht freistehe, über das Besitzthum des Staates und der Staatsbürger nach Belieben zu verfügen; aber er bedenke selten, daß er seine Stelle zur Förderung des Gemeinwohls inne habe. Die Bestimmung der Auflagen hänge einzig und allein von dem Willen des Souveräns ab: jedes Individuum habe seinen ganzen Besitz mit blindem Vertrauen dem Souverän anvertraut; aber dieser dürfe nun nicht einen Schritt breit über das hinausgehen, was für das Ansehen des Staates, die Sicherheit, die er gewähre, sowie die innere Ordnung nothwendig sei; auf diesen Zweck habe die Regierung alle ihre Aufwendungen zu richten. Der Monarch sei jedem Individuum dafür verantwortlich; nicht genug, daß er keiner Vorliebe für irgend Jemand Raum gebe, er dürfe

nicht einmal freigebig gegen die Armen sein, ausgenommen aus dem Besitzthum, das ihm als Privatmann gehöre [1].

Joseph betrachtet die absolute Gewalt, die ihm erblich zugefallen war, doch als eine solche, die nur dem Gemeinwesen überhaupt dienen solle; sie bekommt dadurch zugleich eine auf die Wohlfahrt jedes Einzelnen gerichtete Tendenz. Weil er der Vater und Verwalter der ihm von der Vorsehung anvertrauten Kinder ist, hält er sich für verpflichtet, den Antheil eines Jeden an den allgemeinen Lasten gleich zu bestimmen. Einer seiner vornehmsten Gesichtspunkte ist: die Gleichheit vor dem Gesetz durchzuführen. Bei den Strafen will er keinerlei Abstufung nach dem Stande eintreten lassen, da ja das Laster das gleiche in Allen sei; die Gerechtigkeit würde aus der Welt kommen, wenn er einen Unterschied gestattete. Ein allgemeines Gesetzbuch soll alle Provinzen vereinigen, denn sie bilden ein Ganzes. Wenn es nun sein Ernst damit ist, einem Jeden eine gesicherte Existenz zu verschaffen, so meint er doch auch den Vortheil des Staates, namentlich eine höhere Rente für denselben zu erzielen. Die liberalen Ideen werden ein Mittel der höchsten Gewalt, die sie mit unbedingter Autorität verkündet; sie sollen alle die noch so

1) Donc le monarque lui-même, comptable à chaqu' individu de sa gestion, ne peut dans l'administration des fonds publics, qui ne lui appartiennent pas, ni écouter sa prédilection pour personne ni accorder des liberalités aux nécessiteux, à moins que le patrimoine qu'il possède comme particulier ne le mette en état de se procurer ce plaisir et d'exercer cette vertu vraiement digne de tout homme qui est bien partagé du côté de la fortune. Aus einer Denkschrift, die nicht datirt ist, aber in die ersten Jahre der Regierung fallen muß, denen sie auch im Archiv beiliegt.

verschiedenen Landschaften zu einem großen starken Gemeinwesen in unbedingtem Gehorsam vereinigen.

So unerwartet und persönlich-eigenthümlich die Richtung ist, die Joseph in dieser Beziehung einschlug, so konnte er doch noch an Vieles anknüpfen, was seine Vorfahren gewollt, seine Mutter begonnen hatte; aber durch seinen allgemeinen Begriff wurde er nun noch auf Ideen geführt, welche dem historischen Charakter widersprachen, den die letzten Habsburger der Monarchie gegeben hatten. Diese waren eifrig ausschließend katholisch, auch seine Mutter war es: Joseph neigte sich zur religiösen Toleranz. Zwischen Mutter und Sohn ist es darüber einmal zu einer sehr bedeutungsvollen Discussion gekommen.

Als Joseph im Jahre 1777 von seiner französischen Reise zurückkam, bei der er unter anderem davon überzeugt worden war, daß der Verfall der von der Natur so reich ausgestatteten südlichen Provinzen Frankreichs von der Verfolgung und Flucht der Hugenotten herrühre, ward er auf das unangenehmste von der Nachricht betroffen, daß in Mähren wegen religiöser Bedrückungen Unruhen ausgebrochen seien. Er nahm Veranlassung, seiner Mutter darüber Vorstellungen zu machen. Er bekennt ihr seine Grundsätze, nach denen es selbst Religion ist, alle Einwohner gleichmäßig zu dem Wohle des Staates zusammen wirken zu machen. Man habe, sagt er, nur zwei Wege: man müsse entweder volle Freiheit des Cultus gewähren, oder alle die verjagen, die dem nicht beistimmen, was man selber glaubt: aber solle man, damit die Seelen nicht nach dem Tode verdammt seien, den Vortheil verlieren, den gute Unterthanen, fleißige Bauern bei ihrem Leben leisten könnten? Welche Macht maße man sich da an? Dürfe man

dem göttlichen Erbarmen vorgreifen? Könne man den Gewissen gebieten? Die weltliche Administration habe nichts weiter zu fordern, als daß das Gesetz der Natur und der Gesellschaft beobachtet und das höchste Wesen verehrt und angebetet werde. „Ew. Majestät", sagt er, „kennen diese meine Meinung. Ich denke, ich werde sie nie ändern, so lange ich lebe." — „Ich erwarte das doch", antwortet die Kaiserin; „ich werde nie aufhören dafür zu beten und Würdigere, als ich bin, dafür beten zu lassen." Sie führt ihm die unglücklichen Folgen zu Gemüthe, die aus seinen Grundsätzen für die Monarchie entspringen können. Um Bauern zu haben, werde er seinen Staat zu Grunde richten und die Seelen ins Verderben führen. Wozu helfe es, die wahre Religion zu besitzen, wenn man sie so wenig liebe, so wenig Werth darauf lege, sie zu erhalten? Auch in den protestantischen Staaten geschehe das nicht, ausgenommen etwa in Preußen: sei aber dieses Land darum glücklicher? Joseph bemerkt hierauf, sie mißverstehe ihn in Bezug auf das Wort Toleranz. „Gott behüte mich, daß ich es für gleichgültig halten sollte, ob die Unterthanen Protestanten oder Katholiken sind. Ich wollte alles darum geben, daß die Protestanten in den kaiserlichen Erblanden sämmtlich zum Katholicismus überträten. Meine Meinung ist nur, daß ich ihnen erlauben würde, Land zu besitzen und Bürger zu sein." Er deutet an, er würde selbst fremde Protestanten gern aufnehmen, um Landbau und Industrie zu heben: würden sie doch bei dem Anblick der katholischen Gottesverehrung eher zum Uebertritt geneigt werden, als in der Mitte von anderen Protestanten. Wenn protestantische Regierungen ebenfalls religiös exclusiv verfahren, so sei das nur ihrer Beschränktheit zuzuschreiben. Für sich

selbst betheuert er, daß er mit diesen Grundsätzen vor den ewigen Richterstuhl zu treten bereit sei.

„Also", erwiedert Maria Theresia, „keine herrschende Religion? Toleranz und Indifferentismus dienen nur dazu, alles zu untergraben. Welchen Zügel giebt es für solche, die nur ihrem Vortheil und ihrer Leidenschaft nachgehen? Man muß entweder die Religion behaupten oder grausam sein. Ohne feste Gottesverehrung oder ohne Unterwürfigkeit unter die Kirche, was soll aus uns werden? Ruhe und Zufriedenheit würden nicht daraus folgen, sondern das Faustrecht." Sie beschwört ihn bei seinem Seelenheil und bei dem Andenken seiner Altvordern, von den irrigen Principien zurückzukommen, in die ihn seine Art und Weise, von allem Kenntniß zu nehmen und sich im Widerspruch eine Meinung zu bilden, geführt habe [1]. Sie wolle keine Verfolgung, aber keine Toleranz, keinen Indifferentismus; sie wolle bei den Grundsätzen der Vorfahren bleiben, durch welche die Monarchie groß und blühend geworden sei. Sie werde nicht ruhig sterben können, wenn sie nicht wisse, daß ihr Sohn ein ächter Nachfolger derselben sein wolle [2].

Das war eben die Frage für Oesterreich, ob Joseph, der doch einem anderen Geschlecht angehörte, dereinst das Haus Habsburg so fortsetzen werde, wie Maria Theresia, die aus demselben entsprungen war. Maria Theresia verlangte

---

1) So verstehe ich die Worte: et force de voir, d'entendre, en mêlant cet esprit de contrarier et celui de créer en même temps, vous vous perdez ... Arneth, Maria Theresia u. Joseph II, II, 158.

2) Point d'esprit de persécution, mais encore moins d'indifférence ou de tolérantisme, c'est ce que je compte tant que je vivrai de suivre, et ne souhaitant vivre qu'autant que je puisse

die ausschließende Herrschaft des Katholicismus auch fortan für Oesterreich; in der Einheit der Religion sah sie das Heil des Staates: Joseph II hegte eine entgegengesetzte Ansicht: die künftige Größe von Oesterreich sah er in dem allgemeinen Schutz der verschiedenen religiösen Bekenntnisse. Es scheint ein geringer Unterschied zu sein: keine eigentliche Verfolgung, was die Mutter, oder Toleranz, wie der Sohn sie wollte; aber in dieser Differenz tritt doch die Verschiedenheit der Principien, denen man folgt, zu Tage. Auf der einen Seite wird die Einheit des katholischen Staates im alten Sinne vorbehalten, wenngleich mit Milderung; hier erscheint der Gedanke, den Staat von dem geistlichen Begriff überhaupt abzulösen; die Andersgläubigen will man dort in der hergebrachten Unterordnung halten, hier aber von derselben emancipiren und keine Beschränkung auf ihr Bekenntniß gründen.

So lange nun die Mutter regierte, war an keine wesentliche Aenderung zu denken. Der Sohn saß kaum ein paar Wochen auf dem Throne, als er die Protestanten von dem strengen Regiment, dem sie im Namen des Katholicismus unterworfen waren, befreite. Es geschah zunächst in Bezug auf die Aufbewahrung religiöser Schriften in ihren Häusern — was doch hier sehr wesentlich ist. — Nach einiger Zeit erschienen die Edicte, durch welche ihnen gestattet wird,

descendre à mes ancètres avec cette consolation, que mon fils sera aussi grand, aussi religieux que ses prédecesseurs et reviendra des faux raisonnements, des mauvais livres comme de ceux, qui font briller leur esprit aux dépens de tout ce qu'il y a de plus saint et respectable et veulent introduire une liberté imaginaire, qui ne peut jamais exister et qui rejaillit en licence et bouleversement total. Bei Arneth II.

ihre Religion zu bekennen, ohne darum an ihren bürgerlichen Rechten Abbruch zu leiden. Man erfährt da erst recht, welchen Beschränkungen sie noch unterlagen. Sie wurden für den Ankauf von Gütern und Häusern, für die Erwerbung von Bürgerrecht und Meisterrecht, so wie von akademischen Würden, den Katholiken gleichgestellt. Bei den Bedienstungen im Civil sollten sie fortan nicht länger ausgeschlossen sein: nur auf Fähigkeit und auf Lebenswandel sollte dabei fortan Rücksicht genommen werden, nicht auf die Religion: Zugeständnisse von unschätzbarem Werth, trotzdem daß sie noch nicht alles gewährten, was sich wünschen ließ. Eben die Entziehung dieser bürgerlichen Rechte hatte einst in Frankreich den Moment bezeichnet, mit welchem die Verfolgung begann, die in dem Widerruf des Edicts von Nantes endigte. Ihr Besitz war die Bedingung des gesellschaftlichen Lebens. Daß Joseph denselben herstellte, erschien als der Anfang einer neuen Aera. Die strenge Legislation, welche unter Ferdinand II in Oesterreich zur Herrschaft gelangt war, wurde abgeschafft. Ohne davon zu sprechen und selbst ohne davon zu wissen, kehrte Joseph auf die frühere Verfassung zurück, die unter der älteren Linie der Nachkommen Ferdinands I in Oesterreich geherrscht hatte.

Wenn nun aber nicht mehr die Erhaltung der römisch-katholischen Rechtgläubigkeit, sondern die Entwickelung der Macht, die Einheit der Gewalt das Princip des Staates wurde, so mußte das ganze kirchliche Institut davon betroffen werden, — wie das auch sofort geschah.

Die Anordnungen, durch welche die verschiedenen katholischen Reiche den Eingriffen des römischen Stuhles in ihre innern Angelegenheiten Einhalt zu thun gesucht hatten, wurden

von Joseph mit einer ganz besondern Schärfe wiederholt und weiter ausgedehnt. Die Bullen, Breven, Decrete des Papstes, welchen Inhalts auch immer, selbst über kirchliche und dogmatische Materien, — denn auch solche könnten allemal Beziehungen auf den Staat in sich tragen — sollten immer zuerst der Landesbehörde überreicht werden; der kaiserliche Fiscal sollte untersuchen, was dabei den Staat, die Provinz oder die gute Sitte betreffe, wie ihr Inhalt sich zu den landesfürstlichen Verordnungen verhalte: ehe das königliche Placetum eingeholt sei, sollen sie nicht bekannt gemacht [1], ohne das landesherrliche Exequatur soll jede auf jene Erlasse gegründete Handlung als ungültig und selbst als strafbar betrachtet werden.

Folgerichtigerweise wurden alle Verbindungen der in den österreichischen Erblanden noch zu Tausenden zählenden Klöster mannichfaltiger Stiftung und Verfassung mit ihrem Pater-General aufgelöst. Sie sollten künftig nur von ihrem Pater-Provincial unter bischöflicher und landesherrlicher Aufsicht regiert werden. Man wollte, wie schon einst Kardinal Khlesel beabsichtigte, keine fremde Visitation dulden; kein Ordensoberer sollte ein geborner Ausländer sein. Generalcongregationen im Auslande zu besuchen, wurde verboten.

Die ganze geistliche Autorität im österreichischen Staate wollte Joseph dem Regular-Clerus, den Bischöfen und Erzbischöfen innerhalb desselben in die Hände legen; er hob alle Exemtionen von ihrer Jurisdiction auf; sie selbst aber sollten sich durch ihren Eid verpflichten, zum Besten des

1) 26. März 1781. Handbuch aller unter der Regierung Kaiser Josephs II für die K. K. Erbländer ergangenen Verordnungen und Gesetze Bd. II, S. 246.

Staates und zum Dienste des Kaisers alle ihre Kräfte anzuwenden.

Und wie weit dehnte man diesen Begriff des allgemeinen Besten aus.

In Wien bestand eine Schule von Gelehrten, welche sich zu der Ansicht bekannte und dieselbe zur Doctrin ausgebildet hatte, daß alles, was zum äußeren Wohlbefinden der Menschen diene, den Anordnungen des Staates unterliege. Wenn bisher angenommen worden war, der Staat sei hauptsächlich dazu da, der Kirche freien Raum zu verschaffen, so stellte man jetzt die Behauptung auf, daß die kirchliche Gewalt, so weit sie in das bürgerliche Leben eingreife, der Aufsicht des Landesherren unterworfen sei; was nicht das Wesen der Religion unmittelbar berühre, unterliege der Anordnung des Staates, der die Ausübung derselben mit dem Gemeinwohl zu vereinigen habe.

Es folgte, daß sich der Kaiser für berechtigt halten konnte, alle Orden, welche für das gemeine Wohl nichts leisten, weder Schule halten noch geistlichen Pflichten für das Volk obliegen, mit Einem Federstrich aufzuheben. Die traf sein Widerwille am meisten, bei denen die Idee klösterlicher Zurückgezogenheit am stärksten ausgesprochen. In seinem Staate war kein Platz für sie. Die Klostergeistlichen sollten in den für die Pfarrverrichtungen vorgeschriebenen Wissenschaften unterrichtet werden. Die Klöster, die Joseph bestehen ließ, wurden mit Aufhebung bedroht, wofern sie seiner Anordnung nicht nachkommen und dem Gemeinwohl keine nützlichen Dienste leisten würden.

Aber die Erziehung der Geistlichen überhaupt meinte er von seinem Gesichtspunkte aus zu leiten. In jeder Provinz

sollte ein Generalseminar errichtet werden, die Bildungsstätte für alle künftigen Weltgeistlichen und Religiösen. Alle philosophischen sowohl wie theologischen Schulen bei den Stiftern und Klöstern sollten aufgehoben sein. Nur Denen sollten die Bischöfe die höhern Weihen ertheilen dürfen, welche Atteste ihrer nach seiner Anordnung vollzogenen Studien beibringen würden. Sie sollten die heilige Schrift und die Väter der theologischen Wissenschaft nach den besten Büchern studiren, aber auch im natürlichen und öffentlichen Recht unterrichtet werden, um die „Wesenheit" und die Rechte der höchsten Macht kennen zu lernen, sowie die Pflichten gegen Gott und Menschen: man soll sie in das Verständniß der wahren christlichen Toleranz einführen.

So ideal das lautet, so hängt es doch wieder mit der ergriffenen politischen Richtung zusammen. Denn auch das geistliche Institut hatte allenthalben ein landschaftliches Gepräge angenommen: die Aemter und Pfründen wurden nach Gunst und persönlichen Beziehungen vergeben: die Klöster galten für Stätten der Faulheit und Nachlässigkeit. Joseph will die Geistlichen zu dem öffentlichen Dienste in sittlicher und religiöser Hinsicht erziehen, und die Kirche zu einem Bestandtheil der großen Staatsgemeinde machen, die er überhaupt im Sinne hatte.

Viertes Capitel.

Verhältniß zum Papstthum.

Unvermeidlich war es — Niemand hätte sich darüber täuschen können — daß der Kaiser hierbei mit der Gewalt, in welcher sich die alte Verfassung der römisch-katholischen Kirche repräsentirte, zusammenstieß.

Die kirchlich-politische Einheit des Staats, wie sie Joseph II anstrebte, stand im offenen Widerspruch mit dem Papstthum und dessen bisher anerkannten Befugnissen. Er dehnte die Ansprüche der weltlichen Gewalt auf eine Weise aus, wie es bisher noch nicht unternommen, geschweige denn durchgeführt worden war.

Dem großen Streite war, wie es zu geschehen pflegt, schon ein kleines untergeordnetes Mißverständniß vorausgegangen.

Nach dem Tode Maria Theresia's hatte sich der Papst geweigert, ihren Namen durch Capelle und Consistorium, wie bei regierenden Fürsten herkömmlich war, kirchlich zu ehren: denn nur für Fürsten pflege das zu geschehen, niemals für Fürstinnen. Es war die Meinung der Congregation für Kirchengebräuche: man wollte für Maria Theresia eine alte Regel, die auch bei Königin Isabella von Spanien und der katholi-

schen Maria von England beobachtet worden war, nicht überschreiten. Vergeblich war die Vorstellung des Cardinal Herzan, der zugleich als kaiserlicher Gesandter fungirte, daß das eine veraltete in dem Jahrhundert der Aufklärung unpassende Ausschließung sei: die Congregation und der Papst blieben unerbittlich. Schon in dieser Sache aber, an der wenig lag, erweckten sie einen Widerstand, der das Princip berührte. Cardinal Herzan sagte wohl, der Kaiser werde das Traueramt durch die 17,000 Weltpriester und Ordensgeistliche, die man in seinen Landen zähle, abhalten lassen. Dort in Rom fordert er die österreichischen Prälaten auf, Trauer anzulegen, weil ja ihre Besoldung aus den österreichischen Erblanden fließe. Der Papst hatte nichts dagegen gehabt, wenn die Dienerschaft der österreichischen Prälaten Trauer anlegen wolle: daß die Prälaten selbst das thaten, mißfiel ihm. Es zeigte sich doch, daß die Prälaten sich nicht so sehr als Mitglieder der Curie fühlten wie als Unterthanen des Kaisers.

Wie ganz anders sollte nun aber die Differenz zwischen der geistlichen und weltlichen Gewalt ins Bewußtsein treten, als die in die kirchlichen Verhältnisse eingreifenden Edicte des Kaisers erschienen.

In Rom war man darüber erstaunt und betroffen. Papst Pius VI, vor einem Bruch zurückschreckend, ließ sich mit dem diensteifrigen Anwalt des Kaisers, Cardinal Herzan, in Besprechungen des einen und des andern Artikels ein, die seinen Standpunkt kennzeichnen.

In Bezug auf die über die Einholung des Placetum regium für kirchliche Erlasse ergangene Verordnung beklagte er sich, daß derselben zufolge auch die auf das Dogma bezüglichen Bullen und Breven den weltlichen Beamten zur Prüfung

vorgelegt werden sollten. Herzan bemerkte, daß das Dogma selbst dadurch nicht berührt werde: man wolle nur untersuchen, ob in den Bullen nichts enthalten sei, wodurch den obrigkeitlichen Rechten zu nahe getreten werde [1]. Der Papst erwiederte mit Gelassenheit, dieser Sinn der Anordnung sei doch nicht klar ausgesprochen, ihr harter Wortlaut falle Jedermann ins Auge.

Einen noch dringenderen Anlaß zu Erörterungen gab es, daß der Kaiser das Recht, die Bischöfe zu ernennen, das ihm in seinen übrigen Landschaften zustand, auch für die italienischen forderte. Herzan motivirte das Verlangen damit, daß es eine Absonderung (wie er sagt, Sonderheit) von den übrigen Theilen der Monarchie bilde, wenn der Kaiser da allein Bisthümer und geistliche Pfründen nicht besetzen könne: es sei nur um die Gleichheit eines kleinen Gebietes mit der übrigen Monarchie zu thun [2]. Der Papst wandte ein, in geistlichen Sachen sei Italien von andern Ländern immer unterschieden gewesen. Herzan versetzte: man sollte es dem Kaiser Dank wissen, daß er um Dinge, welche Andere ohne anzufragen vollziehen, noch bitte. Der Papst schien das nicht als Gunst zu betrachten: denn der Gewalt würde er sich allerdings nicht entgegensetzen können, aber dabei bleibe das Gewissen ohne Betheiligung.

Auch in Bezug auf die Rechte der Bischöfe ging man weit auseinander. Das Recht der Absolution und Dispensation wollte der Kaiser auf die Bischöfe übertragen sehen,

1) In materia dogmatica, ecclesiastica aut disciplinaria.

2) Schreiben Herzans vom 21. April 1781, bei Brunner, die theologische Dienerschaft am Hofe Josephs II. Wien 1868. S. 63.

und zwar, wie einer seiner Gelehrten sich ausdrückt, auf Grund des göttlichen Rechtes der Bischöfe. Wenn er ferner den Bischöfen einen neuen Eid vorschrieb, so war die Fassung desselben darauf berechnet, die Verbindlichkeit des alten noch aus dem 11. Jahrh. stammenden Subjectionseides, in welchem die neu eintretenden Bischöfe dem Papst Gehorsam und Aufrechthaltung seiner Autorität gelobten, aufzulösen; er hatte aus demselben einige Stellen sogar wörtlich in den seinen aufgenommen [1]. Denn sonst würde der dem Souverän gebührende Gehorsam durch den Eid an den Papst verletzt, und dieser von den Bischöfen so verstanden werden, als ob er den Pflichten der Unterthanen und den Rechten der Souveränität nicht widerstreite.'

Der ursprünglichen Tendenz nach liefen die beiden Eidesleistungen einander ohne Zweifel entgegen. Wie sollte aber ein Würdenträger der kirchlichen und zugleich Vasall der weltlichen Gewalt sich zurechtfinden, wenn der Streit zwischen denselben, welcher der Streit der Jahrhunderte war, wieder ausbrach?

Bald darauf folgte, daß der Kaiser das, was ihm nicht zugestanden wurde, factisch in Besitz nahm, die päpstlichen Dis-

---

1) Die Verpflichtung des kaiserlichen Eides: „keinen Zusammenkünften, Unternehmungen oder Anschlägen beizuwohnen, welche zum Nachtheil (des Kaisers — des Staats) gereichen könnten, vielmehr, wofern etwas dieser Art zu meiner Kenntniß kommen sollte, es Sr. Majestät unverſäumt zu eröffnen", ist der alten Eidesleistung an den Papst: „Non ero in consilio vel facto vel tractatu, in quibus contra ipsum dominum nostrum vel ecclesiam Romanam aliqua sinistra machinentur, et si talia a quibuscumque tractari novero, quanto citius potero, significabo domino nostro", zugleich entnommen und entgegengesetzt.

pensationen definitiv beschränkte, unter anderm auch die für die Ausbildung künftiger Geistlichen aus seinen Staaten in Rom bestehenden Institute nicht mehr anerkennen wollte, sondern die dazu bestimmten Einkünfte den von ihm selbst in seinen italienischen Gebieten gegründeten geistlichen Bildungsanstalten zuwandte.

Aber bei weitem das größte Aufsehen machten doch die Anordnungen des Kaisers über das Klosterwesen, namentlich die Einziehung der Ordenshäuser beschaulichen Lebens, zu der er schritt. Hierüber kam es zu einem förmlichen Notenwechsel zwischen dem päpstlichen Nuntius Garampi und dem kaiserlichen Staatskanzler Fürsten Kaunitz. Der Nuntius bemerkte, die Aufhebung betreffe geistliche Institute, die von der Kirche förmlich gebilligt worden; sie sei der Religion nachtheilig und im Widerspruch mit ihren Gesetzen; so weit sei noch niemals ein Fürst gegangen, der sich noch in der Gemeinschaft der katholischen Kirche befunden habe; — er deutet an, daß Unterthanen des Kaisers hierüber in den Fall kommen könnten, sich dem Gehorsam desselben zu entziehen. Fürst Kaunitz antwortete, der Kaiser besorge keinen Ungehorsam seiner Unterthanen, denn er befehle nichts, was die Gewissen verletzen könne, allenfalls werde er sich Gehorsam zu verschaffen wissen; dann ging er zu einer Erörterung der Grundsätze über, welche alle Aufmerksamkeit verdient. Wenn, sagt er, der Kaiser Mißbräuche abstelle, so thue er der Wesenheit der Religion, wie sie von den Aposteln verkündigt worden, einen Dienst; wenn diese etwas enthielte, was einer weisen Regierung nicht angemessen wäre — das sei aber bei der wahren Religion undenkbar — wie würde sie jemals Verbreitung in der Welt gefunden haben? Von den Orden habe man Jahrhunderte hin-

durch nichts gewußt und würde man noch nichts wissen, wären sie nicht durch die weltlichen Fürsten freiwillig aufgenommen worden; — überhaupt aber, was nicht die dogmatischen und innerlichen, die Seele berührenden Dinge, sondern nur die äußerliche Zucht der Clerisei und besonders der Orden betreffe, darüber habe allein der Landesherr zu verfügen, dem die Regierung allein zustehe: die landesfürstliche Machtvollkommenheit begreife alles, was nicht von göttlicher, sondern von menschlicher Einrichtung sei; denn dies verdanke sein Bestehen nur der freien Bewilligung des Fürsten und könne von demselben zurückgenommen werden. Die Aeußerungen des Nuntius erklärte Fürst Kaunitz für bedenklich und auffallend, und forderte ihn auf, sein weiteres Verhalten nach den ihm hier mitgetheilten Grundsätzen einzurichten [1].

In welch einer weiten Ausdehnung wurden da die Rechte des Staates von dem kaiserlichen Staatskanzler verstanden und ergriffen. In dem obersten Grundsatz streift er an das Princip des Protestantismus, ohne es jedoch in Bezug auf den Glauben und die Lehre festzuhalten. Sein kirchlich-politischer Gesichtspunkt ist ungefähr derselbe, wie ihn einst die Minister König Heinrichs IV von Frankreich gefaßt hatten, als es sich um die Einführung des Edicts von Nantes handelte. Villeroy hat damals die Behauptung aufgestellt, daß dem Staate, das heißt der bürgerlichen Gesellschaft, die Priorität vor der Kirche, also auch das Recht, verschiedene religiöse Formen zu dulden,

---

1) Antwort des Staatskanzlers Fürsten von Kaunitz auf das Schreiben des päpstlichen Herrn Nuntius wegen der k. k. Verordnungen in ecclesiasticis, worin die Grenzen beider Mächte bestimmt werden. Sie wurde den Behörden „zum bestimmten Richtmaaße“ mitgetheilt.

zukomme. Kaunitz macht nun den Gedanken, daß die Kirche von dem Staate unter bestimmten Voraussetzungen recipirt worden sei, noch in weiterem Umfang geltend. Er leitet aus demselben nicht allein die Rechtmäßigkeit der Toleranz, sondern auch das Recht ab, die Verhältnisse der Kirche so zu bestimmen, wie es das Wesen des Staates erheischt.

Es kam ihm zu Statten, daß die Zeiten nicht mehr waren, in denen die Controverse zwischen Staat und Kirche von dem römischen Hofe mit voller Rücksichtslosigkeit wieder aufgenommen werden konnte. Papst Pius VI wollte nicht in den Fehler verfallen, den sein vorletzter Vorgänger durch die hartnäckige Behauptung der alten Grundsätze begangen und damit die Reaction unter dem letzten Pontificat veranlaßt hatte; aber er wollte auch nichts von den wesentlichen Rechten fallen lassen, in deren hergebrachtem Besitz sich der römische Hof befand. In dieser Verlegenheit faßte er den Gedanken, durch eine persönliche Verhandlung mit dem Kaiser einen für beide Theile annehmbaren Austrag herbeizuführen. Mit nicht geringem Erstaunen fand Kaunitz in einem Breve, das ihm der päpstliche Nuntius mittheilte und das eine Erklärung über die italienischen Beneficien enthielt, zugleich die Ankündigung eines bevorstehenden päpstlichen Besuches; Pius VI sagte, er wolle dem Kaiser seine Bereitwilligkeit zur Beförderung seiner Absichten beweisen und die Rechte des Kaisers mit dem, was die Kirche fordern müsse, ausgleichen [1]. Fürst

---

1) Ad componendas cum Caesaris juribus ecclesiae rationes: also die ragione della chiesa, was den ganzen Umfang der kirchlichen Politik begreift. Ich benutze hier die originale Correspondenz zwischen dem Kaiser und dem Staatskanzler in dem Archiv zu Wien.

Kaunitz bezeichnete den Antrag als „wunderbarlich", er forderte den Kaiser vor allem auf, in der Audienz, die er dem Nuntius nicht werde verweigern können, sich zugleich auf die erlassenen Erklärungen zu beziehen und eine schriftliche Antwort auf das Breve in Aussicht zu stellen. Der Nuntius hatte seine Audienz am 29. December 1781. Der Kaiser trug kein Bedenken, das Erbieten des Papstes anzunehmen. Er sagt selbst darüber: er habe in Betracht gezogen, wenn er die Zusammenkunft ablehne, würde er Unsicherheit mit seinen Grundsätzen verrathen; und wer könne wissen, ob es in Rom vollkommener Ernst mit dem Antrage sei; möglich, daß man die Entscheidung in den obschwebenden Streitigkeiten nur ins Weite zu schieben suche. Indem er dem Nuntius seinen Entschluß aussprach, bei seinen Grundsätzen unabweichlich zu verharren, erklärte er doch, Se. H. den Papst in seiner Hauptstadt zu empfangen, werde er sich zur Ehre schätzen. In diesem Sinne wurde auch die schriftliche Antwort gegeben. Der Kaiser spricht darin nochmals aus: seine Pflicht lege ihm auf, von seinen Rechten Gebrauch zu machen, es möge daraus entstehen, was da wolle: was er zum Vortheil und bessern Einrichtung der kirchlichen Dinge einerseits, andererseits zur rechtmäßigen Ausübung der landesherrlichen Gewalt angeordnet habe, das halte er für so unbestreitbar, daß es unmöglich wäre, ihn jemals anderen Sinnes zu machen. Die Ausdrücke waren für ihn selbst so bindend wie möglich. Und sofort ward das Schreiben durch die Zeitungen bekannt gemacht, um die Voraussetzung, als könne der Kaiser doch nachgeben, in aller Welt und in den Erblanden selbst von vornherein zu ersticken.

Erst nach Empfang dieser Antwort eröffnete der Papst den Cardinälen seine Absicht und zog sie zu Rathe. Die Mei-

nung regte sich in der That, daß er die beschwerliche Reise lieber aufgeben solle, da ja doch die kaiserliche Erklärung keine Hoffnung darbiete, etwas auszurichten. Die Ansicht der Meisten ging jedoch dahin, da der Antrag einmal geschehen, so müsse er auch ins Werk gesetzt werden. Man meinte wohl, was sich nicht durch Gründe und Gegengründe erreichen lasse, gelinge vielleicht durch Bitten. Der Papst selbst rechnete auf die Wirkung persönlicher Conferenzen: denn ein Wort vom Herzen dringe in das Herz; man blieb bei der gefaßten Absicht. Bereits gegen Ende Februar 1782 machte sich Pius VI auf den Weg nach Wien und zwar nur mit geringem Gefolge; er wurde von keinem Cardinal begleitet.

Die kaiserliche Regierung sah ihn mit Ruhe kommen. Sie verbarg sich nicht, daß die pontificalen Acte des Papstes, seine Segensertheilungen, auf die Bevölkerung der Hauptstadt Eindruck machen würden; aber sie erwog zugleich, daß die Vorstellung von der Untrüglichkeit des heiligen Vaters, die Verehrung seines Namens, von der Ferne her mehr wirken dürfte, als seine unmittelbare Erscheinung: diese könne vielleicht mehr zu einer Bestätigung dessen, was der Kaiser anordne, dienen. Eine Besorgniß hatte Kaunitz, daß nämlich die Würdenträger sich um den Papst sammeln und dadurch dem klerikalen Princip ein verstärktes Gewicht geben würden: er rieth, sie durch eine besondere Verfügung an ihre in ihren Diöcesen zu erfüllenden Pflichten zu erinnern. Der Kaiser urtheilte, das sei zwar wohlbedacht, aber doch nicht thunlich: denn man könne die geistlichen Ehrenbezeigungen, die dem Oberhaupte der Kirche erwiesen würden, überhaupt nicht verwehren: wirklichen Inconvenienzen werde schon dadurch vorgebeugt, daß der Papst bei Hofe in der Burg wohne.

Zunächst bewirkte die Annäherung des Papstes und die Aussicht auf seine Ankunft, daß die antipapistische Doctrin der wiener theologischen Schule mit verdoppeltem Eifer auftrat. Der Nachfolger Riegers, Eybel, stellte in einer populären Schrift den Bischof von Rom ziemlich auf gleiche Linie mit den Landesbischöfen. Abt Rautenstrauch forderte den Papst auf, den unternommenen Reformen nicht zu widerstreben, „kleiner zu werden, um größer zu sein.“ Sehr vergeblich waren die Remonstrationen des päpstlichen Nuntius dagegen; die Regierung stützte sich auf die Unabhängigkeit, die sie der Censurbehörde gegeben, die Gesetze, die sie für die Presse erlassen habe. Dem Autor einer Schrift, welche der Censur vorgelegt worden sei, könne man nichts anhaben: es wäre denn, der Nuntius wiese die für den Papst beleidigenden Artikel nach, welche dem Censor entgangen sein möchten. In Oesterreich regte sich keine Stimme für das Pontificat.

Am 22. März 1782 des Nachmittags langte der Papst Pius VI, von dem Erzbischof Migazzi und dem Kaiser eingeholt, in Wien an. Man sah den Kaiser und den Papst neben einander sitzend langsamen Schritts durch die dichtgeschaarte Menge fahren, deren ruhige Haltung unter Andern dem englischen Gesandten vielen Eindruck machte; er glaubte zu bemerken, daß sich darin zugleich Verehrung für den Einen und Anhänglichkeit an den Andern ausspreche, jene ohne Aberglauben, diese ohne Servilität [1]. In der

---

1) Sir Robert Keith, 24. März. Leider hat man bei der Herausgabe dieser Correspondenz eine nur sehr unzuverlässige Relation aus einem französischen Memoire eingeschaltet, welches die gewöhnlichen Kundgebungen wiederholt.

Hofburg wurden dem Papst die Gemächer der Kaiserin Maria Theresia zur Verfügung gestellt. Indem ihm der Kaiser diese Aufmerksamkeit bewies, bewirkte er, daß ohne Wissen und Willen der Regierung Niemand den Papst besuchen und sprechen, oder ihm nur Bittschriften und Eingaben überreichen konnte. Worauf Joseph II gerechnet hatte, das bewährte sich denn auch; die alte tief in den Gemüthern wurzelnde kaiserliche Autorität war auch in Anwesenheit des Papstes die dominirende und einzig anerkannte.

Und ohne langen Verzug begannen nun die Unterhandlungen über die streitigen Fragen und Schritte. Man dürfte nicht sagen, daß es dem Papst oder auch dem Kaiser an gutem Willen, eine Auskunft zu finden, gefehlt hätte. Sie standen persönlich die ganze Zeit über in gutem Vernehmen und besprachen die Angelegenheiten, selbst vertraulich. In den rein kirchlichen, namentlich die dogmatische Seite berührenden Artikeln war Kaiser Joseph sehr gefügig. Durch seine Erklärung über die Bulle Unigenitus, die dem Papste sehr am Herzen lag, befriedigte er denselben; er wiederholte die schon öfter gegebene Versicherung, daß er auf Dinge dieser Art keinen Einfluß in Anspruch nehme: ihre Entscheidung komme den geistlichen Gewalten, eigentlich doch auch einem Concil zu. Sein Kaunitz nahm aber schon hieran Anstoß. Denn in Bezug auf die Geltendmachung und Durchführung der Dogmen habe auch ein Concil nicht freie Hand: dem Staate bleibe immer das Recht, sich auch einem Concil zu widersetzen.

Kaunitz liebte überhaupt die Besprechungen des Kaisers mit dem Papste über einzelne Punkte nicht. Er meinte, die Absicht sei dabei nur, ihn zu Nachgiebigkeiten zu vermögen, welche mit den bündigen Erklärungen, die er im Anfang er-

lassen habe, nicht im Einklang seien. Der Papst möge seine Wünsche im Zusammenhang und schriftlich aussprechen: darüber wolle man dann mit ihm verhandeln und vielleicht ein Abkommen mit ihm treffen: ein solches bestehe darin, daß man einiges nachgebe, anderes behaupte.

Es ist der Mühe werth, die Verhandlungen, in die man nun eintrat, näher ins Auge zu fassen. Fast bei jedem Artikel nimmt man der Forderung des Papstes gegenüber eine gewisse Annäherung des Kaisers, aber eine sehr entschiedene Zurückweisung von Seiten des Fürsten Kaunitz wahr. Betrachten wir die wichtigsten Punkte.

Erstens; Toleranz. Der Papst bemerkte, daß man in Oesterreich darin weiter gehe, als in irgend einem katholischen Reiche der Welt: wie man dort die Sache angreife, so werde man damit selbst den Abfall vom Katholicismus befördern. Der Kaiser antwortete, man könne sein Verfahren noch nicht vor der völligen Durchführung desselben beurtheilen: gäbe es Mängel in demselben, so wäre er sehr bereit, solchen abzuhelfen. Kaunitz war von dieser zurückweichenden Aeußerung des Kaisers nicht sehr erbaut. Von Apostasie, sagte er, sollte man gar nicht reden, denn bei den Edicten sei es allein darauf abgesehen, den frühern Gewissenszwang aufzuheben, so daß fortan Jedermann nur eben das Recht habe, sich zu dem zu bekennen, was er glaube. Er erinnerte den Kaiser: die mindeste Nachgiebigkeit werde sich der Clerus zu seinem Vortheil auslegen und dadurch in der Welt die Meinung veranlassen, als werde doch alles wieder rückgängig werden, — wie man das schon in Holland äußerte.

Zweitens: Presse und Erziehung. Der Papst bestand auf der Pflicht der Kirche, den Glauben unverletzt zu erhalten, woraus die Befugniß derselben folge, verderbliche

Schriften ihrer eignen Censur zu unterwerfen. Im Einverständniß mit Kaunitz erklärte der Kaiser, auch seine Censur könne und solle solche Weisungen bekommen, durch welche sie dieser Pflicht genüge. Der Papst forderte, weil er für die Kirche zu sorgen habe, so müsse auch die Bildung der Pfarrer und Beichtväter durch geistliche Seminare in seiner Hand stehen. Der Kaiser wies darauf hin, wie wenig bisher durch diese Seminare geleistet worden sei. Kaunitz verharrte unerschütterlich bei dem ergriffenen Princip, den Seelsorgern eine solche Bildung zu geben, daß sie zugleich Diener der Kirche und des Staates würden: ihr Beruf sei es doch, nicht allein Christen, sondern auch Bürger zu erziehen.

Drittens: der bischöfliche Eid. Der Papst hatte gegen die Eidesleistung der Prälaten an den Kaiser nichts einzuwenden; aber er verlangte eine Modification der vorgeschriebenen Formel, die er mißbilligen müsse. Der Kaiser bat, ihm anzugeben, was darin zweideutig erscheine; das solle man ändern. Kaunitz machte darauf aufmerksam, daß vielmehr die von den Päpsten geforderte Eidesleistung Ausdrücke enthalte, die in ihrem buchstäblichen Verstand mit den Souveränetätsrechten im Widerspruch seien. Er bestand darauf, daß die neue Eidesleistung, die der Kaiser vorgeschrieben, nur eben darauf ziele, die Verpflichtungen der andern zu ermäßigen und dieselbe auf die kanonische Obedienz zu beschränken.

Viertens: Verhältniß der Orden. Der Papst vertheidigte die Exemtion der Klostergeistlichkeit von der bischöflichen Gewalt, indem er sich zugleich erbot, allen damit verknüpften Mißbräuchen ein Ende zu machen: er wolle Generalvicare mit ausgedehnten Befugnissen in jedem Lande ernennen, die nur bei der Anwesenheit des Ordensgenerals selbst aufhören

sollten. Wenn der Kaiser hierauf erwiederte, die Exemtionen seien von vielen Kirchenlehrern verdammt worden, so fand das Kaunitz viel zu unbestimmt: sollte man in die Aufstellung von Vicarien willigen, so müsse man in jedem Lande das Recht haben, sie wählen zu lassen. — Der Papst suchte ferner die Orden des beschaulichen Lebens zu retten und forderte besondere Fürsorge für die Mitglieder der unterdrückten Convente: zugleich bestand er darauf, daß nur ihm und nicht den Bischöfen das Recht zustehe, diejenigen, welche weltlich werden wollten, von ihren Gelübden zu dispensiren. Der Kaiser lehnte die Aufrechterhaltung der beschaulichen Mönchsorden ab: wer nicht arbeiten wolle, werde außerhalb Oesterreichs leicht Eintritt in ein Kloster dieser Art finden. Für die Mitglieder der aufgehobenen Congregationen versprach er selbst väterlich zu sorgen: der Papst möge sich nur danach erkundigen, wie er damit verfahre. Diese letzte Aeußerung mißbilligte Kaunitz: denn sie könne zu Unannehmlichkeiten führen: er beharrte dabei, daß das eingeschlagene Verfahren das richtige sei.

Es ist nicht nöthig, auch jede weitere Differenz zu erörtern: man sieht den großen Gegensatz. Dem Papst muß man zugestehen, daß er nicht weniges nachgab. Er setzt sich der Toleranz nicht geradezu entgegen: über die Aufhebung der Klöster drückt er sich mit vieler Mäßigung aus und ist bereit, in dem Regiment über die Ordensgeistlichkeit Veränderungen von Bedeutung eintreten zu lassen. Dabei nimmt er aber allezeit seinen hierarchischen Standpunkt wahr. Er will der Apostasie vorbeugen, die Erziehung der Geistlichen in seiner Hand behalten, die dogmatischen Entscheidungen gegen das placetum regium schützen, den alten Eid der Bischöfe conserviren, die Bischöfe überhaupt in die gewohnte kirchliche Unter-

ordnung zurückweisen. Er betont allezeit die pontificale Pflicht, für die Kirche zu sorgen. Dieser aber setzt nun der Kaiser die Pflicht, die er für den Staat habe, entgegen. Auch Joseph erweist sich nicht vollkommen unbeugsam; er will den bischöflichen Eid von beiden Seiten in Erwägung ziehen, in Bezug auf die Dispensationen Modificationen eintreten lassen, die den vom Papst vorgeschlagenen sehr nahe kommen. Für ihn bildete es eine Rücksicht, daß eine Protestation von Seiten des Papstes vermieden werden müsse; aber so weit wie Dieser wünschte, wich er darum nicht zurück. Gewisse Punkte wagte man gar nicht ernstlich in Discussion zu ziehen, z. B. die Auflösung der Gelübde: denn wenn der Papst sie verweigerte, so konnten auch die Bischöfe sie nicht bewilligen; dann aber, da es nicht dahin kommen sollte, daß sie in lutherischer Weise für null und nichtig in sich erklärt würden, hätten sie bestehen bleiben müssen. Ferner aber die große Frage: waren die Besitzungen der Orden nicht wahres Eigenthum? Wer gab dem Staate das Recht, sie einzuziehen? Der Papst hat das in Erinnerung gebracht, aber der Kaiser und seine Minister gingen nicht darauf ein.

So sind diese Verhandlungen verlaufen; in keinem der streitigen Punkte hat man sich verständigt; einen und den andern hat man gar nicht zu berühren gewagt. Es waren zwei Kreise von Gedanken, die jeder ihren besonderen Mittelpunkt hatten; der eine den der Kirche, der andere den des Staates. Zwischen entgegengesetzten Principien aber ist keine Vermittelung möglich. In ihren persönlichen Gesprächen kamen Kaiser und Papst zuweilen auf einen Punkt, wo sie einander nicht mehr verstanden, vielleicht auch fühlten, daß sie nicht weiter gehen konnten, ohne einer den andern zu beleidigen: sie schwiegen dann beide still.

Oeffentlich zeigte sich Joseph von den persönlichen Eigenschaften des Papstes sehr eingenommen und ließ verlauten, man müsse etwas für ihn thun; in diplomatischen Kreisen hielt man selbst einen durchgreifenden Rückschlag für möglich, wenn nur der Fürst Kaunitz nicht wäre. Der aber repräsentirte eben den principiellen Gegensatz; nicht um eines Haares Breite wich er von dem ergriffenen System: auch persönlich hielt er sich in stolzer Ferne. Er hatte sich, als der Papst kommen wollte, nicht gerade über ihn selbst, aber über die Männer seiner Umgebung sehr abschätzig geäußert; er gab ihnen schwere Unthaten, verworfene Herkunft und grobe Unwissenheit schuld, und schnitt sich geflissentlich von der Möglichkeit mit ihnen zu verkehren ab. Und niemals war er, was sonst die vornehme Welt wetteifernd that, gekommen, um den Papst zu sehen.

Pius VI hatte seine Reise in der Hoffnung unternommen, den Kaiser auch im Widerspruch mit dessen Rathgebern zu Concessionen zu vermögen; da sich das unmöglich zeigte, so empfand er es um so schwerer, daß er den vornehmsten Minister, den einzigen Mann, von dem die Sache abhing, nicht zu Gesichte bekam. Er entschloß sich zu dem Außerordentlichen, ihm den ersten Besuch zu machen, was mit einigem Anstand geschehen konnte, wenn er ihn in seiner Villa in der Vorstadt besuchte, die von einem schönen Garten umgeben und mit einer stattlichen Bildersammlung ausgeschmückt war. Der Papst war bekannt dafür, daß er die Kunst kenne und liebe.

Kaunitz hatte nur einige wenige Personen bei sich, außer seinen beiden Neffen nur den Erzherzog Maximilian und den

holländischen Gesandten, Grafen von Wassenaar [1], für den er eine ganz besondere Vorliebe hegte: als der Papst mit dem Nuntius und seinem Gefolge um halb vier Uhr — es war am 16. April 1782 — in der Villa anlangte. Kaunitz ging nicht die Treppe hinunter, um ihn zu empfangen; als Pius heraufgestiegen und in die Gemächer des Fürsten eintrat, vermied dieser das Knie zu beugen, oder auch die Hand zu küssen, die der Papst ihm reichte; man vermißte jedes Zeichen geistlicher Ehrerbietung und selbst der gesellschaftlichen Unterordnung. Der Papst erschien in seiner pontificalen Würde, mit dem Mantel von rothem Sammt, der ihm die Schultern bedeckte; der Fürst war einfach im blauen Ueberrock. Bei der ersten Begrüßung hatten sie beide das Haupt entblößt; als nun der Papst den Hut wieder aufsetzte, ergriff der Fürst den seinen und setzte ihn ebenfalls auf. Man bemerkte: jener war roth mit Gold, dieser roth mit Silber bordirt. Kaunitz stellte zunächst seinen Freund Wassenaar dem Papste vor, der denselben mit Huld begrüßte, wie er schon manche Protestanten in Wien empfangen hatte; dann schickten sie sich an, mit einander die Sammlung der Kunstwerke in Augenschein zu nehmen.

Auch dies ein denkwürdiges Zusammentreffen. Der milde, friedliebende, nach Verständigung begierige Papst, und der österreichische Staatskanzler, der eine solche von sich wies. Pius VI, ein Mann von der feinen Bildung eines vornehmen Italie-

1) Wir verdanken ihm die einzige zuverlässige Nachricht. Das Schütteln der Hand und das unanständige Hin- und Herziehen des Gastes beim Besehen der Bilder, wovon man sonst erzählt hat, wird hier nicht erwähnt und beruht allem Anschein nach auf ausmalender Erfindung.

ners, damals 64 Jahre alt, jedoch von einem Aussehen, das auf ein viel geringeres Lebensalter hätte schließen lassen sollen: er war noch immer schön und durfte auf die doppelte Wirkung einer einnehmenden Persönlichkeit und des Zaubers, mit welchem der Besitz der obersten geistlichen Würde umgiebt, zählen. In dem Fürsten Kaunitz hatte die französische Bildung, die er sich in seiner Jugend nicht ohne eine gewisse Frivolität angeeignet, mit dem zunehmenden Ernst der Jahre und der gesellschaftlichen Bedeutung seiner Stellung einen individuellen Charakter angenommen, in welchem sie, mit Eigensinn und Selbstgefühl gepaart, mehr abstieß als anzog. Er hatte damals die siebzig überschritten, war aber vollkommen kräftig und weit entfernt davon, an ein Ende seiner Laufbahn zu denken: er lebte, als ob er ewig leben wolle. Der Papst, das heilig gehaltene Oberhaupt der Kirche, war gekommen, um seine Würde und ihre Befugnisse, wie die Jahrhunderte sie in ihren Beziehungen zu den weltlichen Gewalten gebildet hatten, zu sichern und zu verjüngen, gemäß dem innern Zusammenhang der kirchlichen Institutionen und der gerade in der Hauptstadt von Oesterreich herrschenden Gewohnheit. Der Staatskanzler, der Nestor der Diplomaten, Urheber der Allianzen und Verhältnisse, auf denen die damalige Stellung von Oesterreich und großentheils der öffentliche Zustand von Europa beruhte, lebte und webte in der Idee, eben diesen Zusammenhang zu durchbrechen, diesen Gewohnheiten ein Ende für immer zu machen. Seine Gesandtschaft in Paris war in die Zeiten gefallen, in welchen die französischen Minister, im Einklang mit der literarischen Tendenz, das Verhältniß des Staates und der Kirche zu dem allgemeinen Zwecke der Machtentwickelung umzugestalten trachteten. In der vornehmsten Absicht,

die hierbei zu Grunde lag, zu dem maritimen Kriege gegen England Kraft zu gewinnen, hatten sie den Beifall von Kaunitz; sein politisches System beruhte darauf. Wenn aber in Frankreich unter den steten Schwankungen der Factionen das anticlericale Vorhaben bei weitem nicht zum Ziele gekommen war, so hatte der Staatskanzler nunmehr unter einem einverstandenen Kaiser eine Stellung, die ihn fähig machte, um ein solches in Oesterreich durchzuführen: auch er hatte dabei die Machtentwickelung des Staates im Sinne. Die Stärke seiner Politik beruhte darin, daß er den Grundgedanken, von dem er ausging, ohne alle Rücksicht festhielt und mit logischer Strenge entwickelte, so daß man auf seine Ansichten eingehen oder mit ihm brechen mußte. Auch seinem Kaiser gegenüber war er unerschütterlich; er hielt ihn mit zwingender Schlußfolge bei dem einmal ergriffenen System fest. Dieser Gesinnung gab er nun durch sein Verhalten gegen den Papst Ausdruck. Eine auffallende Abweichung von der gesellschaftlichen Sitte nahm er sich dabei nicht übel. Dem milden und herablassenden Pontifex trat der kaiserliche Minister in aller seiner eingelebten Rücksichtslosigkeit entgegen, gleich als wolle er die Ebenbürtigkeit der weltlichen Macht dem Träger der geistlichen persönlich zur Anschauung bringen.

So gingen sie in diesem Zimmer neben einander her, mit Gegenständen der Kunst beschäftigt, die hier sehr gleichgültig wurden; von dem Geschäfte, in dem sie mit einander begriffen waren, redeten sie nicht. Nur die Kluft, welche sie trennte, kam bei ihrer Zusammenkunft zu Tage.

Wenn der Papst, wie es scheint, sich geschmeichelt hatte, durch seinen Besuch ein freundliches Verhältniß zu Kaunitz anzubahnen, so sah er sich nun vollkommen enttäuscht. Bald

nachdem er in die Hofburg zurückgekommen, gab er zu vernehmen, daß er demnächst abzureisen gedenke.

Wenige Tage darauf, am 22. April, verließ Pius VI die kaiserliche Hauptstadt.

Seine Lage war dieselbe geblieben; seine natürliche Art und Weise brachte es mit sich, daß er jede offene Kundgebung seiner Unzufriedenheit vermied. Erst in München, wohin er zunächst seinen Weg nahm, bemerkte man an ihm selbst und seiner Umgebung die tiefe Verstimmung, von der sie erfüllt waren.

Dort in München, wo Pius VI mit dem Churfürsten von Trier, der zugleich Bischof von Augsburg war, zusammentraf, sind selbst Möglichkeiten eines Widerstandes gegen den Kaiser in Betracht gezogen worden. Man ist in Erinnerung an die alten Vorrechte der deutschen Erzbischöfe auf den sonderbaren Gedanken gerathen, daß der Churfürst von Trier, Erzkanzler durch Gallien, ein Concilium ausschreiben solle, das sich auf französischem Boden zu versammeln hätte: die deutschen Bischöfe von Strasburg, Basel, Speier und Lüttich würden sich nicht weigern dürfen, auf demselben zu erscheinen. Unter der Führung von Trier — denn der übrigen Erzbischöfe war man nicht so sicher — gedachte man in Gallien gegen den Kaiser, der die Freiheiten der gallicanischen Kirche unaufhörlich im Munde führe, Beschlüsse zu fassen [1].

Ist es aber überhaupt möglich, in Conflicten so dringender Art längst vergessene Formen, welche vorübergehenden Zu-

1) „Da ein beträchtlicher Theil ihrer Kirchensprengel sich ins französische Gebiet erstrecke." Die Stelle folgt nach der bei Brunner S. 400 angeführten.

ständen früherer Jahrhunderte angehört hatten, unter ganz veränderten Umständen wieder zu beleben?

Eher durfte der Papst hoffen, daß ihm die Verbindung der gegen die Gewohnheit des kirchlichen Gehorsams gerichteten Unternehmungen des Kaisers mit Gedanken eigenmächtiger Machterweiterung, von denen sich jedermann bedroht sah, einen andern, dem Genius der Zeit angemessenen Rückhalt verschaffen würde.

Fünftes Capitel.

Regungen der Selbständigkeit unter den Reichsfürsten.

Durch dieselben Tendenzen, die den Kaiser mit der römischen Curie entzweiten, gerieth er auch mit den geistlichen Würdenträgern im deutschen Reiche in Widerspruch. Denn die Gebiete, die er in geistlicher Hinsicht wie in weltlicher zu einem großen Gemeinwesen zu vereinigen suchte, gehörten doch zu einem nicht geringen Theil bischöflichen Sprengeln an, deren Sitz von seinem landesfürstlichen Scepter nicht abhing. Fast der erste Gegenstand seiner Sorge war, daß nicht etwa die in dem kaiserlichen Gebiet gelegenen Beneficien durch die Autorität auswärtiger Bischöfe an Andere verliehen würden, als an österreichische Unterthanen; überhaupt sollten die auswärtigen Bischöfe denselben Anordnungen unterliegen wie die erbländischen[1]; ihre Hirtenbriefe sollten erst dann publicirt werden, nachdem sie die landesherrliche Genehmigung erhalten haben würden. Aber für die neue kirchliche Organisation, die der Kaiser im Sinne hatte, genügte das doch lange

---

1) Hofdecret vom 12. Weinmonat 1781. Handbuch der Verordnungen II, 192.

nicht; dem Papste gegenüber bedurfte er der Mitwirkung der bischöflichen Gewalt zu seinen Zwecken. Folgerichtigerweise mußte er den Einwirkungen fremder Diöcesanen ein Ende machen. Den minder mächtigen an der venetianischen, dalmatinischen oder der schweizerischen Grenze zeigte er einfach an, daß ihre geistliche Jurisdiction auf österreichischem Gebiete aufgehört habe; mit demselben Schicksal wurde Regensburg bedroht, dessen Sprengel einen ansehnlichen Theil von Böhmen umfaßte; aber das meiste Aufsehen machte der Widerstreit mit den beiden großen Metropolen Salzburg und Passau, von denen die Christianisirung der Donaulande vor Alters ausgegangen und in einer spätern Epoche die Einführung des Hauses Habsburg in diesen Landschaften wesentlich unterstützt worden war [1]. Das war nun aber längst vergessen. Dem Kaiser auf seinem administrativen Standpunkt schien es unerträglich, daß einige österreichische Erzstifter, wie Seckau, Gurk, Lavant, von dem Erzbisthum Salzburg, von dem sie einst gestiftet worden, noch immer abhängig blieben und ihre Generalvicare erhielten: er erklärte dies Verhältniß für aufgehoben. Und wenn es schon einigen seiner Vorfahren gelungen war, die Diöcesanrechte von Passau zu Gunsten des Erzbisthums Wien zu schmälern, so sahen viele seiner Beamten auch den noch bestehenden Ueberrest derselben als für das Land gemeinschädlich an; bei der ersten eintretenden Vacanz des Bisthums hat der

---

1) Bei Kopp, König Rudolf, I, 185 ist zusammengestellt, wie der Erzbischof von Salzburg, die Bischöfe von Regensburg, Passau und Freisingen, die ansehnlichen und umfangreichen Lehen ihrer Hochstifter, welche die Babenberger in Besitz gehabt, an die Söhne des Königs Rudolf, dessen Verbündete sie waren, sofort übertrugen: es ist der Anfang des habsburgischen Landesbesitzes.

Kaiser kein Bedenken getragen, die Trennung des Landes ob der Ens von der passauischen Diöcese auszusprechen.

Aber diese Stifter gehörten zu dem deutschen Reiche, das um seine Einwilligung hätte angegangen werden müssen; selbst wenn der Einspruch der Bischöfe und ihrer Capitel beseitigt würde, hielt man das Verfahren des Kaisers für unrechtmäßig. Denn die Rechte, die er antaste, seien von dem Reiche verliehen: so lange Oesterreich zu dem Reiche gehöre, habe er nicht die mindeste Befugniß, dieselben außer Wirksamkeit zu setzen [1].

Indem man aber darüber klagte, erlebte man zugleich das im Princip Entgegengesetzte. Das Landesfürstenthum schloß jede selbständige geistliche Einwirkung aus; in demselben Augenblick aber suchte sich die Dynastie anderwärts der Autorität zu bemächtigen, welche der Besitz des geistlichen Fürstenthums im deutschen Reiche verlieh.

Noch gegen das Ende der Regierung Maria Theresia's war ihr jüngster Sohn Maximilian zum Coadjutor in Köln erwählt worden. Dieser selbst wünschte das eigentlich nicht: er fühlte sich nicht zum Geistlichen geboren, und man trug Sorge, daß er die geistlichen Weihen nicht sofort zu nehmen brauchte. Aber die Sache hatte ein zu großes politisches Interesse, um davon abzustehen, wenn sie irgendwie durchgeführt werden konnte. Damals hatte Maximilian Friedrich aus dem Hause Königsegg den erzbischöflichen Stuhl inne. Vornehmlich durch die protestantischen Nachbarn, welche auf die Domkapitel von

1) „Ueber die Einschränkung der erzbischöflichen und bischöflichen Diöcesanrechte", eine Flugschrift von 1786, geschrieben 1784, hebt diesen Gesichtspunkt hervor.

Köln und von Münster — denn auch damals, wie öfter, war Münster mit Köln verbunden — Einfluß ausübten, hatte er ihn erlangt. In Münster wurde er durch Franz Fürstenberg vertreten, der es verstand, die Landschaft zu regieren und mannichfaltige Thätigkeit in allen Zweigen, Oekonomie, Militair, Erziehung, zu wecken. Sein Verdienst und seine Toleranz bewirkten, daß er von Einwohnern und allen Protestanten zum Coadjutor und künftigen Bischof gewünscht wurde. In Köln dachten die Nachbarn, namentlich Friedrich II, einen der dortigen Domgrafen, Hohenlohe-Bartenstein, der zugleich eine Präbende in Breslau hatte, zur Nachfolge zu befördern. Mit verdoppeltem Eifer, zugleich auch im Gegensatz mit Preußen setzte nun der Wiener Hof alles in Bewegung, um die Nachfolge in beiden Stiftern für den Erzherzog zu sichern. Es gelang ihm hauptsächlich durch die Mitwirkung des vorwaltenden kölnischen Ministers Bilderbusch, dem man zuschreibt, daß er Hohenlohe-Bartenstein zur Bewerbung um die Coadjutorie aufgefordert, und als dieser nicht einmal ganz gern darauf einging, seinen Churfürsten, welcher von der Ernennung eines Coadjutors an sich nichts hören wollte, bewogen habe, doch lieber den Erzherzog als den ihm ebenhiedurch unbequem gewordenen Hohenlohe anzunehmen. In Köln war die Sache entschieden, ehe König Friedrich davon hörte. In Münster hatte die der preußischen analoge Regierung, welche Fürstenberg führte, ihm zwar Freunde und Anhänger, aber auch mächtige Feinde erweckt, die sich ihm nun widersetzten. Unter der sehr wirksamen Vermittelung des kaiserlichen Commissars, Grafen von Metternich-Winneburg, wurde Erzherzog Maximilian zum Coadjutor erst in Köln, dann

in Münster gewählt[1]. Kaiser Joseph war ursprünglich zweifelhaft gewesen, weil alle Mächte dagegen sein würden: daß es nun doch so leicht und glücklich von Statten ging, gereichte ihm zu großer Befriedigung. Wie sehr es in aller Welt als ein Sieg Oesterreichs über Preußen betrachtet wurde, erkennt man daraus, daß das preußische Ansehen in Constantinopel in Folge dieser Nachricht merklichen Abbruch erlitt. Soeben wurde Maximilian nach dem Tode seines Oheims, dessen Coadjutor er bereits war, Hoch- und Deutschmeister. In ihm schien einer der mächtigsten geistlichen Fürsten zu erstehen, der jemals in Deutschland emporgekommen war. Er unterhandelte mit vieler Aussicht über die Nachfolge in Hildesheim: an dem Reichstage wurde behauptet, auch für Salzburg sei er bestimmt und habe bereits dort eine ansehnliche Partei für sich; für andere Prinzen aus dem Hause, Söhne des Großherzogs Leopold von Toscana, werde um Freisingen, Augsburg und Constanz geworben. Man nannte die Summe, die jedem Capitular in Freisingen und Constanz für seine Stimme zugesagt worden sei.

Es leuchtet ein, welch einen großen Zuwachs an Macht die kaiserliche Dynastie hiedurch in allen oberen und westlichen Gebieten zu erlangen im Begriffe stand; fast noch mehr erschrak man, wenn man den Einfluß erwog, den so viele von Oesterreich abhängige Stimmen am Reichstag ausüben würden. Ueber den preußischen Reichstagsgesandten kam, wie er sagt, ein Grauen, wenn er sich die Möglichkeit dachte, daß der

---

1) In den Denkwürdigkeiten von Dohm ist die Darstellung dieser Sache, in welcher der Verfasser selbst beschäftigt war, fast der beste und eigenthümlich unterrichtendste Abschnitt. Bd. II, Cap. VII.

Wiener Hof mit seinem Vorhaben, der Stifter Meister zu werden, vollends durchdringe: denn welch ein Despotismus werde dann am Reichstag unvermeidlich eintreten.

Man hat zur Erklärung der allgemeinen Aufregung, die im Reiche entstand, auf allerlei Eingriffe des Kaisers Werth gelegt, z. B. die Erneuerung kaiserlicher Panisbriefe, durch welche den bischöflichen und klösterlichen Kassen Menschen zur Versorgung aufgedrungen wurden, denen weder Anspruch noch Verdienst zukam — man mußte sich sogar zur Auszahlung der seit dem Tode eines früheren Pfründeninhabers aufgelaufenen Rückstände bequemen, — und einige Verstimmung mögen dergleichen Anforderungen veranlaßt haben: aber sie verschwinden vor den erwähnten Besorgnissen und Beschwerden. Von diesen war die Inactivität des Reichstags weitaus die wichtigste. So verhielt es sich freilich nicht, daß die Geschäfte überhaupt in Stillstand gerathen wären: das churfürstliche Collegium sowie das städtische setzten ihre gewohnte Thätigkeit fort. Die Inactivität fand, wie oben berührt, nur in dem fürstlichen Collegium Statt: diese aber hinderte dann jede Beschlußnahme, da die drei Stimmen nothwendig zusammenwirken mußten. Man empfand dies doppelt unangenehm, weil das Reichskammergericht, das eben viele Klagen veranlaßte, dadurch gegen die Recurse sicher gestellt wurde, welche die Benachtheiligten an den Reichstag zu bringen in den Fall kamen. Die Recurse konnten zur Dictatur gelangen, aber dann doch niemals erledigt werden.

Um ein Beispiel anzuführen: unter Abt Anselm, der gern reiste und viel processirte, war das Kloster Schwarzach in eine Verwirrung gerathen, welche eine Visitation des Metropolitans, Erzbischof von Mainz, und die Absetzung des Abtes

herbeiführte, mit der der Landesherr, Markgraf von Baden, vollkommen einverstanden war. Aber Anselm erlangte die Fürsprache des Bischofs von Strasburg und den Schutz des Kammergerichtes, das die Untersuchung der Temporalien eines Klosters wieder nicht zugestehen wollte, sondern sich selber vindicirte auf Grund des kaiserlichen Rechtes als obersten Kastenvogts. Dem Markgrafen wurde nun aufgegeben, den Abt in den Besitz herzustellen und die Mönche nicht in ihrem Ungehorsam gegen ihren Oberen zu bestärken. In Regensburg bemerkte man mit Indignation, daß das Gericht einen verschwenderischen Pfaffen höher anschlage als die beiden deutschen Fürsten. Diese sahen sich lediglich auf den Recurs an die Reichsversammlung angewiesen, der aber unter den berührten Umständen wirkungslos bleiben mußte.

Eine andere Beschwerde veranlaßte ein Urtel des Kammergerichtes, durch welches der Kauf eines Bauernzehnten, den das Kloster Banz vorgenommen hatte, gebilligt wurde. Der Reichstag bemerkte, daß dadurch ein bei dem Reiche angenommenes Amortisationsgesetz und damit die gesetzgebende Gewalt im Reiche verletzt werde. Das Kammergericht überging zugleich die Austrägalinstanz und das Recht des obersächsischen Kreises, indem es dem fränkischen die Execution auftrug; von dem Reichshofrath wurde es dabei unterstützt.

Genug, in alledem, was die Wirksamkeit des Reichstags ausmachte, war die Inactivität desselben sehr zu empfinden. Manche Sachen, die bei dem churfürstlichen Collegium angebracht wurden, trugen doch die weltlichen Gesandten in Angriff zu nehmen selbst Bedenken: denn dann könne leicht ein Hader mit dem Fürstencollegium entstehen, unter dem Einfluß des österreichischen Directorialgesandten Borié, wodurch Dieser

vollends die Oberhand erlangen würde. So ungenügend die Leistungen des Reichstags waren, so wollte man ihn doch nicht vollkommen lähmen lassen; man hoffte vielmehr, ihn einmal zu einer förderlichen Thätigkeit zurückkehren zu sehen. Das vorwaltende Gefühl war, daß man des Reiches und der Reichsversammlung bedürfe, nicht allein um der allgemeinen Zwecke willen, sondern um dem Kaiser widerstehen zu können, dessen Uebergriffe Jedermann um so mehr befürchtete, je mächtiger er nach innen und nach außen auftrat.

Es muß an sich als ein großes Ereigniß für das Reich, dessen Constitution eine hierarchische Farbe trug und dessen Bestand in den letzten Jahrhunderten auf der Verbindung des Kaiserthums mit dem geistlichen Fürstenthum beruhte, betrachtet werden, daß sich der Kaiser von dem Princip des Zusammenwirkens der geistlichen und weltlichen Macht, die allem zu Grunde lag, so vollkommen abwandte. Indem er die geistlichen Fürsten unmittelbar verletzte, geriethen auch die weltlichen durch das Uebergewicht des dynastischen Einflusses, das aus der Erwerbung der hohen Stifter hervorgegangen wäre und einen jeden in unmittelbarer Nähe bedroht hätte, in besorgte Aufregung.

Die Folge war eine sehr unerwartete. Die geistlichen katholischen Stände und die weltlichen protestantischen traten einander näher. Für die ersten hielt ihre alte Regel, ihr Heil in der Verbindung mit dem Kaiserthum zu suchen, nicht mehr aus. Die andern erblickten in der Entzweiung des Kaisers und der Hierarchie einen Beginn der Befreiung von dem drückenden Uebergewicht, dem sie durch die Verbindung beider unterlagen. Es erfolgte, daß die einen und die andern von ihrem principiellen Gegensatz absahen und in freundlichere Beziehungen unter einander traten.

Daran dachten sie nicht, die Verfassung des Reiches zu ändern; ihr Gedanke war vielmehr, dieselbe in dem allgemein ständischen Sinn, ungefähr wie er vor der Kirchenspaltung obgewaltet hatte, wieder herzustellen. Sie befanden sich dabei in Einverständniß mit dem Geiste der Zeit, der dahin ging, die auf dem Uebergewicht der religiösen Anschauungen und ihrer Gegensätze beruhenden Staatseinrichtungen zu mäßigen und zu mildern. Bei der ersten Annäherung versprachen die geistlichen Fürsten Toleranz. Es war das Wort, auf welches Joseph seine Reformen gründete und die Größe seines Staates zu bauen dachte. Jetzt trat es ihm von einer anderen Seite auf seinem Wege entgegen. Innerhalb des Reiches in Anwendung gebracht, konnte dieser Begriff nicht anders als die Gegensätze auflösen, auf deren Widerstreit die Macht von Oesterreich in den letzten Jahrhunderten beruht hatte.

Noch war in dem deutschen Fürstenthum das Gefühl der Selbständigkeit — denn übermächtige Gewalten hatten es doch niemals vernichtet — so lebendig wie jemals. Ein Jeder wollte etwas sein und, die Wahrheit zu sagen, war auch etwas. Einem der kleinsten von Allen, Lippe-Bückeburg, konnte der Gedanke kommen, durch die Errichtung jener Feste im Steinhuder Meer und die damit in Verbindung stehenden Anstalten militärischer Bildung eigene Geltung zu erwerben. In den meisten weltlichen Fürstenthümern versuchte man Nachahmungen des preußischen Militärwesens unter unmittelbarer Leitung des Fürsten, die doch nicht so ganz ohne Zweck und Sinn waren, wie man wohl annimmt. Man hoffte trotz der Kleinheit der Mittel jedes Einzelnen, wenn man nur zusammenhalte, in dem allgemeinen Verhältniß der europäischen Staaten

nicht ganz übersehen zu werden und wenigstens so viel Kräfte zu sammeln, daß man einen ersten Anlauf abhalten, namentlich den Uebergriffen des Kaisers, welche man den umlaufenden Gerüchten zufolge auch in den weltlichen Gebieten erwartete, einen auf eigener Macht beruhenden Widerstand entgegensetzen könne. Für die Landesverwaltungen schlug man neue Wege ein, auf dem Grunde der Befugnisse der höchsten Gewalt im Innern, soweit sie mit der landständischen Verfassung an jeder Stelle vereinbar waren, nach den weitgreifendsten Theorien des Jahrhunderts. Andere suchten ihre Ehre in der Förderung der aufblühenden Literatur. Die geistige Entwicklung Deutschlands im 18. Jahrhundert würde sich ohne die Mannichfaltigkeit, den Wetteifer in beschränkten Zuständen und die Culturfähigkeit der kleinen Staaten nicht denken lassen. Die Fürsten fühlten sich durch den Antheil, den ein jeder durch seinen Abgeordneten am Reichstag nahm, gesichert und waren selbst stolz darauf. In der Unthätigkeit, in welche der Reichstag gerieth, sahen sie eine Verkümmerung ihrer Existenz; in der ungewohnten Haltung der kaiserlichen Autorität, die nur noch das Princip der Macht verfolgte und kein anderes anerkannte, eine Gefahr für dieselbe. Hie und da kam noch etwas anderes hinzu: der ökonomische Kaiser strich die Pensionen fürstlicher Minister, die seine Mutter gezahlt hatte: auch dieses Band der Abhängigkeit löste sich auf.

So geschah es denn, daß im Jahre 1783 eine allgemeine Bewegung unter den Ständen zu bemerken war. Sie wollten das Allgemeine, welches Alle verband, nicht allein nicht missen, sondern es, von allen untergeordneten Streitigkeiten absehend, im altreichsständischen Sinne entwickeln. In den Privatcorrespondenzen der Herzoge von Gotha und von

Weimar, des Fürsten von Dessau, so wenig Macht sie auch an sich besaßen, finden wir doch Erwägungen der allgemeinen Anliegen des Reiches. Sie wollen ihre vertrauten Räthe veranlassen, darüber ihre Meinungen systematisch niederzuschreiben: aus der Vergleichung derselben werde sich dann eine Meinung bilden lassen [1]. Was so zum Vorschein kam, wurde mit äußerster Vorsicht mitgetheilt; man vertraute es nicht etwa gewöhnlichen Schreibern an. Die Räthe kamen wohl auch selbst zusammen: sie besprachen unter einander die Ziele, Mittel und Wege einer Vereinbarung; in freundschaftlichem Verkehr, bei einer Pfeife Tabak haben sie dieselben unter einander oder auch mit den Fürsten erwogen. Als einer der thätigsten Vermittler erscheint der Minister von Baden, Edelsheim, der schon einst während des bairischen Erbfolgekrieges ähnliche Ideen in Umlauf gebracht hatte. Er stand in steter Verbindung mit den thüringischen Fürsten, den hessischen, sowie mit dem Herzog von Braunschweig und dem Hofe von Zweibrücken, dessen Rechte auf Baiern damals gerettet worden waren. Sie kamen überein, alle Mißhelligkeiten zwischen ihren Landesbehörden, die entstehen könnten, zu verhüten und in den Reichsangelegenheiten, für die etwas geschehen müsse, zusammenzuhalten [2].

1) Schreiben des Herzogs Ernst von Gotha an den Herzog Carl August von Weimar, 25. Nov. 1783. Das weimarische Archiv ist eine Fundgrube für diese Correspondenzen, von denen noch mehr, als ich mittheilen kann, der Veröffentlichung würdig wäre.

2) Hofenfels sagt 2. Mai 1784 (bei Ad. Schmidt, Gesch. der preuß.-deutschen Unionsbestrebungen), daß er die Sache 8 Monate früher, also etwa im September 1783 in Gang gebracht habe, — jedoch nur in Bezug auf die Herstellung der Activität des Reichstags. Nur das schreibt er sich zu, nicht die Idee eines Bundes.

In diesen Kreisen nun, in denen sich das Gefühl der ungenügenden Lage mit einer gutmüthigen und doch weitausgreifenden Reformation durchdrang, ist der Gedanke entsprungen, eine reichsständische Union zu stiften: zwar nach der Weise der Epoche der Reformation, aber doch in einem abweichenden, ja selbst entgegengesetzten Sinne. Denn von Anfang an war die Absicht zugleich auf Verbindung mit den geistlichen Fürsten gerichtet; Edelsheim trat auch mit ihnen und ihren Räthen in Meinungsaustausch. Da hatten ihm denn auch die Klagen des Papstes vorgearbeitet. Er fand, wenn nicht die Räthe, von denen noch immer einige durch Hoffnung auf geistliche Präbenden an den Wiener Hof gefesselt waren, aber doch die Herren und die meisten Mitglieder der Capitel in einer sehr entgegenkommenden Stimmung. Auch hier war das Losungswort: Aufrechthaltung der Reichsverfassung. Aus einem Gespräch mit dem Staatsrath Deel von Mainz entnahm Edelsheim, daß der Churfürst Reichserzkanzler sehr bereit sei, sich der Sache anzunehmen, wenn er nur wüßte, daß er den Rückhalt der weltlichen Fürsten haben werde: so allein könne er sich gegen den kaiserlichen Hof nicht blosstellen. Edelsheim antwortete: die geistlichen Fürsten seien am unmittelbarsten bedroht; ihnen käme es zu, durch eine Vereinbarung unter einander den übrigen voranzugehen, zumal da sie an der sonstigen Macht des Klerus immer Schutz finden würden. Bei den weltlichen stehe das alte Mißtrauen im Wege, das durch die Feindseligkeiten der letzten Jahrhunderte genährt worden sei: dies vor allem müsse man heben. Auch der mainzische Staatsrath ließ keinen Zweifel darüber, daß die geistlichen Herren sehr bereit sein würden, in ihren Gebieten den Protestanten Toleranz zu bewilligen. Sehr unverbindliche, noch

im Weiten gehaltene Gespräche, die aber auf der Grundlage der allgemeinen Ueberzeugungen beruhten und zugleich die Bedürfnisse des Momentes aussprachen. Die Gedanken der Union und der Toleranz im Reiche kamen mit einander zu Tage. — Die geistlichen Fürsten schienen hierin übereinzustimmen. Sehr lebhaft betheiligte sich wenigstens im Anfang der Fürst-Bischof von Speier, geborner Graf von Limburg-Styrum, der an allen öffentlichen Angelegenheiten thätigen Antheil genommen hat. Auf einer Zusammenkunft in Waghäusel erklärte er, daß man auf ihn zählen könne.

Wie weit aber waren diese Annäherungen und Willensmeinungen noch von einer wirklichen Verbindung entfernt. Es war nicht zu erwarten, daß die kleinen Fürsten im Bewußtsein ihrer Schwäche jemals zu einer solchen schreiten würden, ohne sich an eine große Macht zu lehnen.

Einige weltliche Fürsten haben wohl einmal gemeint, durch dänische Vermittelung ihren Schutz bei Rußland zu suchen. Bei der damaligen Lage der Welt verbot sich das von selbst. Die geistlichen Fürsten wünschten und hofften, sich an Frankreich lehnen zu können: denn dahin führten die früheren Vorgänge im Reich und die Beziehungen zu dem Papst. Auch den weltlichen, obgleich sie wegen des Einflusses der österreichischen Partei und der Königin Marie Antoinette den Erfolg von Anfang an für sehr zweifelhaft hielten, schien es der Mühe werth, einen Versuch dazu zu machen. Man veranstaltete, daß einer der einverstandenen fürstlichen Räthe, Hofrath Schlosser, damals in markgräflich badenschen Diensten, sich an den Mann wendete, der als der natürlichste Vermittler deutscher und französischer Verhältnisse erschien, Christian Friedrich Pfeffel, juridischen Consultor des Königs von Frank-

reich in den Angelegenheiten der deutschen Politik; durch seine Missionen an deutsche Höfe und an den Reichstag, seine gelehrten Arbeiten über deutsche Geschichte, provincielle und allgemeine, war er wohlbekannt und hatte sich Vertrauen erworben. Dem gab Schlosser von dem Vorhaben, mit dem man sich trug, allgemeine Kunde, und ersuchte ihn um eine vorläufige Beförderung desselben bei dem französischen Ministerium. Pfeffel vermied, dies selbst zu übernehmen. Er fand rathsamer, daß sich Schlosser nach Strasburg verfüge, um mit dem damaligen Prätor der Stadt, Gérard, der früher in den auswärtigen Angelegenheiten beschäftigt gewesen sei und das Vertrauen des Ministers Vergennes in hohem Grade besitze, eine vertrauliche Besprechung zu pflegen, zumal da derselbe in kürzester Frist nach Paris zu reisen gedenke [1]. Der Antrag war den Einverstandenen nicht unbedenklich; denn Gérard galt für einen alten Anhänger Choiseuls und der Königin: aber man sah darüber hinweg. Die Zusammenkunft fand im Anfang Januar 1784 in Strasburg statt. Unter dem Siegel der tiefsten Verschwiegenheit trug Schlosser dem Prätor die Idee deutscher Reichsstände vor, die Activität des Reichstages herzustellen, den Uebergriffen der Reichsgerichte entgegenzutreten [2], und dazu eine gewisse Correspondenz unter sich zu errichten, durch welche auch ihre gegenseitigen Streitigkeiten und die Unordnungen

1) Die diese Verhandlung betreffenden Correspondenzen und Briefe haben die Ehre gehabt, daß sie von Goethe's Hand — denn eines zuverlässigen vertrauten Geheimschreibers bedurfte es — für den Herzog Carl August abgeschrieben worden sind.

2) Er bezog sich auf den Zustand des Reichstags, „dessen Inactivität und das Empiedement der Reichsgerichte."

in ihrem Haushalt abgestellt werden könnten. Gérard erwiederte, wenn es nichts weiter auf sich habe, so könne Frankreich sich weder im Guten noch im Bösen dabei betheiligen. Man möge nur feste und gute Grundsätze vereinbaren, die man dann auch auf dem Reichstag befolge. Er gab den Rath, daß ein deutscher Fürst sich unmittelbar an das französische Ministerium mit der Nachricht von dem Vorhaben einer solchen Verbindung wenden möge: der Minister werde dann nach den obwaltenden Umständen darüber Beschluß fassen. Er selbst versprach, die Sache in Gang zu bringen, wenn man sich seiner bedienen wolle.

Eine Erklärung, die obwohl nicht ablehnend, sondern fast einladend, doch wieder in Verlegenheit setzte. Denn wer sollte mit der Eröffnung in Versailles beauftragt werden? Ein Geistlicher würde vor allem für seinen Stand Sorge tragen. Der Herzog von Zweibrücken, an den man wegen seines engen Verhältnisses zu Frankreich zunächst denken konnte, würde Rücksichten auf die Frage über die bairische Succession veranlaßt haben. Und wie dann, wenn der Antrag gemacht und von Frankreich zurückgewiesen würde? Dann wäre ein positiver Widerspruch erweckt gewesen. Der wohlerwogene Rath Schlossers war demnach, noch innezuhalten und zu warten, daß sich Frankreich selbst nähere.

Augenscheinlich war es, obgleich jedes Wort darüber vermieden wurde, daß die Franzosen vor allem die Theilnahme des Königs von Preußen an dieser Bewegung fürchteten. Denn noch betrachteten sie wie bisher den germanischen Körper als einen ihren Einwirkungen vorbehaltenen Schauplatz, von welchem Preußen ausgeschlossen bleiben müsse. Sie meinten die Sache ganz in ihrer Hand zu behalten. Bei dem

Hofe von Zweibrücken lief ein Schreiben von Versailles ein, in welchem die Voraussetzung, daß derselbe sich bei dieser Sache an die Spitze stellen wolle, und eine gewisse Verwunderung, daß er darüber nicht erst in Frankreich angefragt habe, ausgesprochen wurde. Was ließ sich da erwarten? Das Motiv des französischen Hofes, die Sache nicht abzulehnen, war weniger Theilnahme für die Reichsfürsten, als die richtige Besorgniß, daß sich Preußen derselben bemächtigen werde.

Abgesehen selbst von dem nationalen Zusammenhang, war es aber doch der einzige Weg, um die Idee der Union zur Consistenz zu bringen und dann zu realisiren, daß ihr die Unterstützung des preußischen Staates verschafft würde.

Im Spätjahr 1783 hatte der zweibrückensche Minister Hofenfels den preußischen Hof besucht, vor allem um eine Geldhülfe auszuwirken, deren man in Zweibrücken dringend bedurfte; es ist kein Zweifel, daß dabei auch von einer dem Hause Oesterreich in Deutschland entgegenzusetzenden Vereinigung die Rede gewesen ist. Der Minister Hertzberg, sonst dafür eingenommen, hat ihm geantwortet: die Zeit sei dazu nicht günstig; König Friedrich werde einen Verein dieser Art gar nicht oder sehr schwach unterstützen, das Haus Oesterreich die Sache im Keime ersticken.

Indessen hatte der in seinem Eifer unermüdliche Edelsheim bereits den Entwurf einer Union zu Stande gebracht, zu der man anfänglich, selbst mit Uebergehung der Churfürsten, nur den Reichsfürstenstand herbeizuziehen und dabei doch eine zur Wahrung der Reichsfreiheiten hinreichende Armee aufstellen zu können dachte. Der Herzog von Braunschweig, dem derselbe von dem Fürsten von Dessau mitgetheilt wurde,

erklärte ihn für einen schönen patriotischen Traum. Der zweibrückensche Minister, von dem man meinte, er sei damit einverstanden, erklärte ihn für chimärisch und unverdaut; er hielt es sogar für rathsam, ihn am preußischen Hofe, dem er indeß ebenfalls vorgelegt war, zu bekämpfen und ihm einen andern entgegenzusetzen, der wesentlich nur auf ein Einverständniß in Bezug auf die Wiederherstellung der Reichstagsactivität gerichtet war [1] und ziemlich in Uebereinstimmung mit den Rathschlägen Gérards eine vertrauliche Correspondenz in Bezug auf die dort abzugebenden Stimmen in Vorschlag brachte: man habe sich bescheiden, aber standhaft den kaiserlichen Uebergriffen zu widersetzen und alle religiösen Streitigkeiten in beiden Parteien untereinander auszuschließen.

Wohin ging nun die Meinung in Berlin? — Die Minister gründeten auf die Wahrnehmung der allgemeinen Gährung den Antrag bei Friedrich, einen Gesandten nach den Reichslanden, namentlich nach Franken zu schicken, um die verschiedenen Höfe, geistliche wie weltliche, in guter Stimmung zu halten, und die Handlungen des Kaisers zu überwachen. Der König sagte, das wäre sehr schön, wenn er nur Geld dazu hätte. Viel eifriger war der Prinz von Preußen. Ohne Aussicht, bei dem König etwas auszurichten, wendete sich Hertzberg in tiefem Geheimniß, aber um so eifriger, an den Prinzen von Preußen, den er von allen diesen Dingen unterrichtet hielt, und der von ganzem Herzen darauf einging. Der Fürst von Dessau, der Herzog von Weimar gehörten zu seiner nähern Bekanntschaft; in allgemeinen Ueber-

1) Die Entwürfe bei Ad. Schmidt, Gesch. der preußisch-deutschen Unionsbestrebungen, § 6 und § 15.

zeugungen und Tendenzen bestand ein Verständniß zwischen ihnen. Selbst den Entwurf Edelsheims wiesen sie nicht von der Hand, obwohl an dessen Ausführung nicht zu denken war; aber mehr auf die Zukunft als auf die Gegenwart bedacht, wendeten sie ihre vornehmste Aufmerksamkeit auf den Hof von Zweibrücken. Der kleine Hof von Karlsberg war in diesem Augenblicke der Gegenstand mannichfaltigster Einwirkungen. Herzog Karl war ein schwacher Regent und mit Schulden überhäuft. Ihn beschäftigte am meisten sein Marstall, in welchem er die ausgesuchtesten Thiere hatte und selbst Versuche über die Pferdezucht machte. Die Geschäfte waren nicht allein in den Händen der Minister; es gab eine allmächtige Dame am Hofe, Frau von Esebeck, noch immer schön, obgleich in vorgerückten Jahren, welcher der Herzog unbedingt huldigte. Der Aufwand, den sie machte, war nicht übermäßig: sie hatte Sympathie für die Gesammtstellung des Herzogs: man wußte, daß sie ihn in gutem Verhältniß mit seiner Gemahlin hielt, vielleicht auch deshalb, weil Nachkommen für sein Ansehen und deshalb auch für sie selbst nothwendig waren: eben nichts Anderes als das unmittelbar vorliegende Interesse hatte sie im Auge. Hofenfels, der Sohn eines protestantischen Predigers und erst nach der Hand geadelt, verdankte ihr sein Emporkommen: dessen Nebenbuhler in der Autorität, Kreuzer, dem die Kammerangelegenheiten oblagen, war nicht minder von ihr abhängig. Damals schien es, als ob Kreuzer für das kaiserliche Interesse zugänglich werde; von Hofenfels war das nicht zu erwarten: aber der war von dem französischen gefesselt. Diese waren nun keineswegs vollkommen identisch; aber im Verhältniß zu Preußen trafen sie doch ziemlich zusammen. In Versailles unterschied man allezeit den

germanischen Körper, wie man das deutsche Reich nannte, von Oesterreich und Preußen. Man wollte den Kaiser nicht zum unbedingten Meister des Reichs werden lassen; aber mit noch größerem Eifer suchte man den Einfluß Preußens auf dasselbe fern zu halten.

Bei seinem Besuch in Berlin war nun Hofenfels mit seinem Vorhaben, eine Geldunterstützung auszuwirken, um aus den dringendsten Verlegenheiten herauszukommen, gescheitert. Im Sommer bekam der Prinz von Preußen zufällig 100,000 Dukaten zu seiner Verfügung. Er glaubte sie nicht besser anwenden zu können, als wenn er damit den Herzog unterstütze, mit dem er ebenfalls in den freundschaftlichsten Beziehungen stand. Er schickte seinen vertrautesten Adjutanten, Major Bischoffswerder, nach Karlsberg, um die Summe anzubieten. Viel zu hoch aber beliefen sich die Schulden des Herzogs, als daß ihm mit einem so mäßigen Betrag geholfen gewesen wäre, und indessen hatte Frankreich, das auch in diesen Zeiten wachsender finanzieller Verwirrung mit seinen Pensionen freigebig war, wenn sie einem politischen Zweck dienen konnten, dem Herzog 4, oder, wie Andere sagen, sogar 6 Millionen vorgestreckt, wodurch seine Verlegenheit für damals wirklich gehoben wurde. Das preußische Anerbieten wurde also abgelehnt. An dem Hofe überwogen die französischen Gesichtspunkte, die nicht sowohl darauf gingen, die beabsichtigte Union entweder zu fördern oder zu hindern, als darauf, den preußischen Einfluß nicht um sich greifen zu lassen [1].

1) Besonders eingehend über diese Angelegenheiten ist ein französisches Memoire von Carl August, das für den preußischen Hof bestimmt

Und das Verhältniß zwischen Zweibrücken und Baden, zwischen denen doch die erste Verbindung zu treffen war, gestaltete sich alle Tage gereizter und bitterer. Hofenfels machte es dem badischen Minister zum Vorwurf, daß er die Pläne, mit denen man sich trug, nicht besser geheim gehalten habe: durch ihn seien sie dem französischen und selbst, wie er behauptete, dem kaiserlichen Hofe bekannt geworden. Dagegen beschuldigte Edelsheim seinen zweibrückenschen Nachbar-Minister der Zweizüngigkeit und offenbarer Unwahrhaftigkeit. Auch hier griffen locale Streitigkeiten ein. Der Markgraf von Baden, der bei Gelde war, hatte dem Herzog von Zweibrücken den Austausch einiger Grenzbezirke vorgeschlagen, welcher sehr zum Nachtheil des letzteren ausgefallen wäre. Man nahm das in Karlsberg sehr übel auf: wie so oft, so schien auch hier die Annäherung zu einer Entzweiung zu führen.

Ein Verständniß in den allgemeinen Angelegenheiten war nun vollends nicht zu erreichen: man mußte sehr zufrieden sein, wenn der Herzog persönlich den Entschluß ausdrückte, an der im bairischen Erbfolgekriege ergriffenen Politik festzuhalten; weiter war er nicht zu bringen. Herzog Carl August von Weimar hatte es auf den Wunsch des Prinzen von Preußen übernommen, den Hof von Zweibrücken selbst zu besuchen und auf eine andere Bahn als die der Abhängigkeit von Frankreich zu ziehen. Allein an dem dortigen Hofe wollte man ihn unter den obwaltenden Umständen nicht sehen. Ein für den Herzog von Zweibrücken in der That sehr schmerzliches Ereigniß, der Tod seines Kindes — es

war. Der Graf von der Lippe erstattete einen nicht minder bemerkenswerthen Bericht über den Herzog nach Wien.

war sein präsumtiver Nachfolger — veranlaßte ihn, den Besuch Carl Augusts in aller Form abzulehnen: dieser zweifelte nicht, daß der Anlaß zugleich zum Vorwand diene.

Indem man aber fürs erste darauf Verzicht leisten mußte, in ein engeres Verhältniß zu Zweibrücken zu kommen, gelang es dem Herzog Carl August, auf ein anderes, das vielleicht von noch größerer Bedeutung war, Einfluß zu gewinnen. Edelsheim ergriff die Gelegenheit, die ihm die Reise des Herzogs darbot, um ihn persönlich in die Verhandlungen mit dem Churfürsten von Mainz zu ziehen. Noch einmal waren die Staatsräthe von Mainz mit Edelsheim in Frankfurt zusammengekommen. Sie sprachen ihm besonders von dem wachsenden Unmuth der geistlichen Fürsten über den kaiserlichen Hof. Man habe an denselben geschrieben, scharfe Antworten bekommen, diese durch allerlei Maßregeln nicht unerwiedert gelassen: alle geistlichen Fürsten seien jetzt, wenn ihre Vorstellungen kein Gehör fänden, zu offener Opposition gegen den Kaiser entschlossen. Sie fragten Edelsheim, wie es mit der beabsichtigten Union der weltlichen Fürsten stehe: würden diese auch für ihre, die Erhaltung der geistlichen Fürsten, um des Reiches willen wirken wollen? Sie gaben den Wunsch zu erkennen, daß der Churfürst und der Markgraf persönlich zusammenkämen, um sich über diese Angelegenheiten näher zu besprechen. Edelsheim urtheilte, das würde zu viel Aufsehen machen und den gefaßten Absichten eher schädlich werden; aber eine persönliche Verhandlung zwischen einem der leitenden weltlichen Fürsten und dem vornehmsten geistlichen Reichsstand schien doch unerläßlich. Der geistvolle und patriotisch gesinnte Carl August war ganz der Mann dazu, eine solche einzuleiten. Er hatte Bekanntschaften genug in

Mainz, und konnte sich, ohne daß es auffiel, dahin begeben. Dann ließ er sich bei dem Churfürsten melden, der nicht im voraus unterrichtet war, und erschien, als er darauf zu Tisch gebeten wurde, fast eine Stunde früher als angesagt war, um ein eingehendes Gespräch anzuknüpfen.

Der Churfürst empfing ihn mit der größten Zuvorkommenheit; denn auch mit seinem Bruder, dem Bischof von Würzburg und Bamberg, war Carl August wohlbekannt. Mit liebenswürdiger Gemüthlichkeit führte er ihn in seinen prächtigen Gemächern herum, machte ihn auf deren geschmackvolle Ausstattung aufmerksam, führte ihn an das Fenster, um ihm die Aussicht nach dem Rheine und dem benachbarten wundervollen Lande zu zeigen, das sich in den großen Spiegeln, die in den Fensterbrüstungen angebracht waren, wieder abbildete. Von tausend anderen interessanten Dingen war die Rede, doch nicht von denen, die dem Herzog vorschwebten: nur sehr im Allgemeinen geschah des Reichstags zu Regensburg und der dortigen Angelegenheiten Erwähnung. Nach Tisch fand sich doch ein Moment, wo sie einander näher kamen. „Mein Bruder," sagte der Churfürst, „genießt Ihr Vertrauen. Sie haben mit ihm über wichtige Materien geredet: ich hoffe, Sie schenken mir dasselbe Vertrauen." Der Herzog erwiederte, er habe dem Fürstbischof allerdings über den Zustand der Dinge in Deutschland gesprochen und wünsche nichts als die Gelegenheit, sich auch mit dem Churfürsten darüber zu unterhalten. Diese fand sich erst einige Tage später, wo dann der Churfürst nicht ohne einige zurückhaltende Wendungen, jedoch endlich mit der Sprache herausging und ungefähr eben das wiederholte, was seine Räthe in Frankfurt gesagt hatten. — Darauf konnte nun der Herzog mit Eröffnungen antworten, über die er

sich im voraus mit Edelsheim verständigt hatte. Vor allem suchte er demselben den Gedanken auszureden, als bestehe schon eine Union: der Eifer dafür sei vielmehr einigermaßen erkaltet; wenn aber die geistlichen Fürsten Ernst damit machen wollten, ihr Recht zu vertheidigen, so werde man allezeit gemeinschaftliche Sache mit ihnen machen. Man halte dafür — katholische und protestantische Fürsten seien davon in gleicher Weise durchdrungen — daß die Erhaltung der römischen Kirche im Reich bei der jetzigen Verfassung nothwendig sei. Die Sache sei nicht etwa von Preußen in Gang gesetzt; man beabsichtige vielmehr einen unabhängigen Bund: aber dieser müsse mit Preußen sowohl wie mit Frankreich in gutem Vernehmen stehen. — Die beiden Fürsten versprachen einander ein vertrauliches Einverständniß zu pflegen, und zunächst übernahm der Churfürst mit Frankreich, der Herzog mit Preußen zu unterhandeln.

Einer der vornehmsten Gedanken Edelsheims war gewesen, daß die geistlichen Herren, die zunächst gefährdet seien, die Hülfe der weltlichen in Anspruch nehmen müßten. Der Churfürst ging darauf nicht ein, widersprach aber auch nicht. Er höre, sagte er, der Fürst von Dessau sei vor Kurzem bei seinem Bruder in Würzburg gewesen, und fragte, ob er einen Auftrag gehabt habe und von wem? Der Herzog antwortete, da der grenzenlose Ehrgeiz des Kaisers Jedermann in Besorgniß setze, so sei es natürlich, daß Jeder, der etwas zu verlieren habe, sich sicher zu stellen trachte: nur aus eigenem Antrieb werde der Fürst mit dem Bischof von Würzburg gesprochen haben, der auch als ein eifriger Vertheidiger der germanischen Freiheit gelte: wahrscheinlich habe

er auch des Prinzen von Preußen gedacht, dessen Gesinnung und erhabene Denkungsart ihm bekannt sei [1].

Wie berührt, damals war viel von der Wahl eines neuen römischen Königs die Rede. Die mainzischen Räthe hatten es für leicht erklärt, den Prinzen von Preußen zu dieser Würde zu befördern, wenn er nur zum Katholicismus übergehen wolle. Der Herzog wünschte die Sache bei dem Churfürsten zur Sprache zu bringen. Er war mit Edelsheim übereingekommen, ihm dann zu sagen, die geistlichen Fürsten würden nichts verlieren, wenn sie den Prinzen von Preußen, trotzdem daß er Protestant sei, zur höchsten Würde beförderten. Aber es war vergeblich, diese Saite zu berühren. Der Churfürst vermied jedes Gespräch über die römische Königswahl.

Auch unter einander pflogen die geistlichen Herren Berathung. Sie waren über die Dismembration der von den Maßregeln Josephs II betroffenen Bisthümer bestürzt und besorgt, und hatten im Sinne, eine Protestation dagegen zu erlassen. Von dem Papst hätten sie eine starke und unumwundene Erklärung in der Sache erwartet; eine solche erfolgte nicht, aber von großer Bedeutung war es doch auch, daß er die Gültigkeit der von dem Kaiser getroffenen Diöcesanveränderungen von gemeinschaftlicher Genehmigung des deutschen Episcopats abhängig machte. Der Churfürst von Mainz und der Bischof von Bamberg-Würzburg correspondirten hierüber mit einander. Eine der vornehmsten Anfragen des letztern war, was der Churfürst von einer Theilnahme der protestantischen Reichsglieder erwarte [2].

---

1) Ich denke den Brief Carl Augusts im Anhange mitzutheilen.

2) Correspondenz der beiden Bischöfe, in dem churerzkanzlerischen Archiv.

Der Gedanke war, die Sache an den Reichstag zu bringen, so daß die geistlichen katholischen Angelegenheiten dem zum großen Theil weltlichen protestantischen Collegium vorgelegt worden wären.

Sie rechneten dabei vor allem auf die Unterstützung von Preußen; denn wie hätten sie ohne dasselbe gegen den Kaiser anzugehen hoffen können?

Noch war nichts erreicht, oder auch nur verabredet; aber eine allgemeine, eben so tiefe wie umfassende Regung des nationalen Geistes gab sich kund, die eine große Wendung in den öffentlichen Angelegenheiten ankündigte.

Sechstes Capitel.

Ein Wort von der deutschen Literatur in kirchlicher und nationaler Beziehung.

Bei diesem Moment angelangt, fühlt man sich versucht inne zu halten und die deutsche Literatur, die eben damals ihre schönste Blüthe entfaltete, ihre reifsten Früchte trug — beides fällt in der Literatur zusammen — in den Kreis der Betrachtung zu ziehen; wenigstens die historischen Momente, die ihr ihre Grundlage gaben und ihre Entwickelung bedingten, will ich in Erinnerung bringen.

Schon einmal hatte die deutsche Nation selbständig auf die Fortentwickelung des allgemeinen Geistes eingewirkt; es war im sechzehnten Jahrhundert, als sie über die hierarchischen Gestaltungen zurückgreifend die ächten Urkunden des Glaubens und der Religion, welche die Weltalter und das menschliche Geschlecht verknüpfen, in sich aufnahm und nicht allein in ihrem eigenen Gebiete, sondern in einem großen Theile der abendländischen Christenheit wieder zur Geltung brachte. Zu einem Einverständniß war es darüber jedoch nicht gekommen: vielleicht eben deshalb, weil doch auch der hierarchischen Epoche eine unleugbare historische Berechtigung beiwohnt: vielmehr war ein allgemeiner religiöser Hader ausge-

brochen, am heftigsten in der deutschen Nation selbst, der sie ganz auseinander zu werfen drohte und für eine ruhige, gemeinschaftliche Entwickelung keinen Raum ließ.

Um dieselbe Zeit hat sich in Italien nach rascher und gewaltsamer Beseitigung verwandter Tendenzen, auf dem Grunde einer durch neue Antriebe belebten, aber nicht unterbrochenen, nationalen geistigen Bewegung, die Literatur zu mustergültigen Formen ausgebildet. Einige Jahrzehnte später geschah dasselbe in Spanien: seit der Mitte des siebzehnten Jahrhunderts in Frankreich, indem zugleich alle religiösen Abweichungen ausgestoßen wurden, im Sinne der Monarchie und des Katholicismus.

Das wirkte dann alles auf Deutschland: vornehmlich das Muster von Frankreich, unterstützt durch die vorgeschrittene gesellschaftliche Cultur namentlich in der Hauptstadt dieses Landes und den politischen Einfluß der Monarchie auf alle ihre Nachbarn. Wenn die Gegner des herrschenden Systems nicht zum Schweigen gebracht wurden, sondern durch die Verfolgung, die sie erfuhren, zur Emigration genöthigt, eine Stellung in der gelehrten Literatur der Welt gewannen, so verschaffte das einerseits der Sprache und dann auch der eingebornen Sinnesweise der Franzosen um so mehr das Uebergewicht in aller Welt; andererseits gewährte der Zwiespalt auch dem Protestantismus neue Phasen der Regsamkeit und gab ihm neue Impulse.

Auch die Engländer traten in diese Arena des literarischen Wettstreites der Völker. Der endliche Sieg der anglicanischen Kirchenform befriedigte doch den einmal angeregten Geist der Nation mit nichten. Auf dem Grunde des parlamentarischen Lebens und der protestantischen Gesinnung, die

noch eine über die Formen hinausstrebende Richtung in sich trug, bildeten sich neue Anschauungen und gelangten zu glücklicher, ihrem Wesen angemessener, allgemein verständlicher Darstellung.

Es läßt sich nicht aussprechen, welchen Einfluß diese Erscheinung in dem achtzehnten Jahrhundert ausgeübt hat. Denn auch die besiegte Partei kam zum Wort und behauptete sich. Während diese durch ihre parlamentarische und philosophische Doctrin in dem royalistischen Frankreich eindrang und eine Literatur der Opposition hervorrief, fanden die religiösen Abweichungen von der anglicanischen Kirchenform Eingang in Deutschland; und auf das lebhafteste regte hier die dem Classischen zustrebende Production den Wetteifer an. Die Deutschen rissen sich von den Uebertreibungen der Italiener und den conventionellen Beschränktheiten der Franzosen los; die Nachahmung der Römer und Griechen, die in den Schulen immer gepflegt worden war, nahm jetzt nach dem Beispiel der Engländer die Religion und vaterländische Erinnerungen zu ihrem Gegenstand. Der bloße Streit um die Angemessenheit äußerer Form wurde dadurch von unbedingtem Werth, daß Die den Sieg davontrugen, welche sich am engsten an das Alterthum anschlossen und der modernen Poesie eine größere Freiheit vindicirten. Dem Kleinlichen, in sich selbst Nichtigen, oder sittlich Verwerflichen trat zugleich ein hoher moralischer Ernst gegenüber. Die deutsche Muse erschien religiös; sie bewegte sich in einer Idealisirung der protestantischen Begriffe von Gott und Erlösung, welche in das Reich der Phantasie erhob, während anderwärts der streng festgehaltene Glaube neue Gestaltungen des kirchlichen Gemeinwesens erschuf.

Kein Zweifel ist, daß die Siege Friedrichs II das protestantische Selbstgefühl unendlich verstärkten. Denn aus deutschen Protestanten war sein Heer doch hauptsächlich zusammengesetzt. Er war entfernt davon, die positive Ueberzeugung zu theilen, die noch unter denselben herrschte; aber die Religion, welche mit ihm gemeinschaftliche Feinde hatte, unterstützte ihn auf das mächtigste; wie verschieden auch die persönlichen Meinungen, die große Sache im Allgemeinen war dieselbe.

Die Verbindung von Hannover mit England, welche lediglich das protestantische Princip zu ihrer Grundlage hatte, wirkte auf die Consolidation desselben im nördlichen Deutschland auf das vortheilhafteste ein; dem siebenjährigen Krieg gab es einen nationalen, d. h. zunächst protestantisch-norddeutschen Charakter, daß die beiden Territorialstaaten, Preußen und unter englischer Einwirkung Hannover, zusammenhielten, um die Uebergriffe der französischen und katholischen Politik siegreich zu bestehen. Denn auch bei der Allianz zwischen Maria Theresia und Ludwig XV wirkten, wie man weiß, katholische Gesichtspunkte mit: die Siege waren zugleich ein Triumph des norddeutschen Protestantismus. Mit den militärischen Formen der preußischen Armee hat das Bekenntniß nichts zu schaffen: aber es bedingte (wie die mannichfaltigsten Beispiele zeigen) den Heldenmuth der Führer und der Gemeinen. Durch ihre Kriegsthaten ward jede politisch-religiöse Gefahr, so weit nur immer der Gesichtskreis reichte, beseitigt.

Hängt es nicht hiermit zusammen, wenn nun auch die französische Art und Kunst, in wie fern sie auf dem bourbonischen Königthum beruhte, zurückgewiesen wurde? Nicht allein Lessing, sondern auch Klopstock, und man dürfte fast

sagen die schweizerische Schule überhaupt, waren Verbündete Friedrichs.

Dieser selbst nahm daran keinen Antheil. Er hatte sich jener Phase der europäischen Philosophie angeschlossen, in welcher die Locke'sche Theorie vom Erkenntnißvermögen mit den in Frankreich gegen das System der Kirche gerichteten Tendenzen, wie sie in Voltaire zu Tage kamen, zusammenging und sie begründete [1]; dabei verharrte er, leichten Abweichungen zum Trotz, im Allgemeinen; es war die Lehre der Akademie zu Berlin, welche noch fortfuhr, französisch zu sprechen; wenn diese bereits in ihrer unmittelbaren Umgebung einen in sich selbst überlegenen Widerspruch fand, so hat der König an seiner Stelle denselben nicht einmal bemerkt.

Und vielleicht war es so am besten. Die große Epoche der deutschen Literatur ist auch dadurch merkwürdig, daß von keinem Einwirken einer höchsten Gewalt, keinem politischen Gesichtspunkte die Rede ist; nur die Erforschung der Wahrheit in sich, die Fortbildung der Gelehrsamkeit, Philosophie und Poesie wurde ins Auge gefaßt, obwohl die Möglichkeit dazu aus einer großen Abwandlung der welthistorischen Bewegung entsprang.

Denn nur in dieser lag es doch, daß der norddeutsche Protestantismus, der nirgends mehr gefährdet war, d. h. die deutsch-protestantische Cultur überhaupt, sich in neuen Bahnen versuchen konnte.

Die Verbindung einiger nördlichen Landstriche mit Däne-

---

1) In diesem Sinne faßte man jene Preisaufgabe der Akademie über Pope und Leibnitz, die durch Lessing zu einer unglücklichen Berühmtheit gelangte. Danzel, G. E. Lessing I, 281.

mark und Schweden, welche demselben Bekenntniß anhingen und die Antriebe ihres geistigen Lebens großentheils aus Deutschland empfingen, unterstützte dies Element, ohne es zu beeinträchtigen. Die Verbindung Sachsens unter seinen zu dem Katholicismus übergetretenen Fürsten mit Polen war bereits vorübergegangen; und wenn die Dynastie ihr Bekenntniß mit Eifer festhielt, so hatte das doch nur eine auf die nächsten Kreise beschränkte Rückwirkung, in einem Falle sogar eine sehr günstige; die protestantische Gesinnung, der kirchliche Zustand des Landes blieb um so mehr in voller freier Entwickelung.

Wer weiß nicht, welchen Einfluß einst der Hader der Gelehrten und der Widerstreit der Höfe auf die definitive Feststellung des lutherischen Systems ausgeübt hat. Diese war aber doch in einer Weise zu Stande gekommen, in welcher sie das religiöse Gemeingefühl befriedigte, und erwies sich in den Tagen der Gefahr als eines der wirksamsten Momente des Widerstandes, zumal in jener Zeit, als das gesammte protestantische Deutschland von der Ueberfluthung des restaurirten Katholicismus bedroht wurde. Das strenge Lutherthum war das Panier, um welches sich die Städte dem kaiserlich-ligistischen Kriegsheer gegenüber schaarten und den Umschlag der Dinge möglich machten, durch welchen alles wieder in die Bahnen des Jahrhunderts der Reformation zurückkehrte. Man begreift es, wenn sich in dieser Epoche dem Wesen des Bekenntnisses manches beigesellt hatte, was den vorübergehenden Stimmungen angehörte und Mangelhaftigkeit der Bildung bekundete; auch so aber hatte das aufgestellte System einen innern Zusammenhang und eine zugleich die Seele ergreifende Tiefe, welche die Standhaftigkeit erklärt, mit der es festgehalten wurde.

Allein in dem Fortgang der Zeiten, in dem Maße, daß die Gefahr verschwand, erweiterten und erhoben sich die Gesichtspunkte — wie es nicht anders sein konnte, unter stetem Kampf. Die lutherische Kirchengemeinschaft hat immer den Ruhm, daß sie zugleich ein Element der Fortbildung in sich schloß, welche das System auflöste, ohne den Kern desselben zu zersetzen.

Aus ihrer Mitte entsprang, und zwar durch offenbarungsgläubige und ächte Gelehrte, die Theorie der grammatischen Interpretation der Texte der heiligen Schrift ohne Rücksicht auf die daraus abgeleiteten Systeme, sowie die kritische Untersuchung des Kanon: Richtungen, die sich eigentlich von selbst verstehen, aber eine unermeßliche Tragweite jenseit aller zur Geltung im Staate gelangten religiösen Doctrinen haben. Auf dem einmal eröffneten Kampfplatz erschien nun die allgemeine theologische Kritik, welche zunächst als ein Angriff auf die bestehenden kirchlichen Zustände auftrat, aber in dem Manne, der ihn vornehmlich führte, an den übernatürlichen Mächten festhielt, von denen alle Religion stammt. Man möchte sagen, beide waren nothwendig, Götze und Lessing; der Widerstand des Alten und die kühne geistesgewaltige Neuerung, sie waren selbst nicht im absoluten Widerstreit.

Auf der Grundlage der lutherischen Theologie und Gelehrsamkeit erhob sich ein Streben von unendlicher Lebensfülle: in ihrem Schooße organisirte sich der Streit,' ohne daß man den Untergang des Princips zu fürchten brauchte. Das streng confessionelle Moment trat zurück: die freie Forschung, die doch niemals ihren Ausgangspunkt und ihr Ziel aus den Augen verlor, trug die Keime einer universalen Verständigung in sich, für welche die religiöse Mystik in reinster Gestalt selbst Bedürfniß war.

Denn mit jenen Wortführern der Negation, besonders in Frankreich, welche das geistige Selbst in Frage stellten oder verneinten und damit nicht allein die weit verbreitete Literatur erfüllten, sondern auch in der höhern Gesellschaft Eingang fanden, darf man die Bestrebungen der ehrlichen deutschen Gelehrten, die nur in ihren Büchern lebten, in ihrer Zurückgezogenheit dem Geistig-realen nachforschten, obgleich das zuweilen anlautet, nicht verwechseln, noch gleichstellen.

Der Bewegung in der protestantischen Welt in Deutschland kam eine entsprechende in der katholischen entgegen. Noch einmal hatte hier der jansenistisch-jesuitische Streit eine allgemeine Wirkung. Denn nachdem die Jesuiten, welchen die Voraussetzung der päpstlichen Unfehlbarkeit zu Hülfe kam, und die sich nun wiederum als deren eifrigste Vorkämpfer einstellten, gestürzt worden, mußten sich wohl die ihnen entgegengesetzten Doctrinen mit erneuerter Kraft wieder regen. War denn die römische Kirche wahrhaft apostolisch, und zu ihren dogmatischen Entscheidungen, zu ihrer universalen Herrschaft berechtigt? War der Papst infallibel? Gehörte ihm das Primat durch göttliches Recht, oder nicht? Eben die letzte Frage wurde in Deutschland vielfach erwogen. Man kam, auch unter den deutschen Katholiken, auf den obersten Grundsatz zurück, daß nur der göttliche und ewige Stifter der Religion als das Oberhaupt der Kirche betrachtet werden dürfe. Indem man dann die Gleichberechtigung der Apostel und das ursprüngliche Recht der Bischöfe behauptete — denn nur in deren Gemeinschaft stelle sich die Kirche dar — meinte man der nationalen Selbständigkeit auch in der Kirche eine gewisse Berechtigung zu vindiciren. Die Jesuiten hatten nur immer die Idee der Allgemeinheit der römischen Kirche und der Allgewalt des Papstthums verfochten,

und das tridentinische Dogma, das unter ihrer Mitwirkung zu Stande gekommen, in ihrem Sinne weiter zu entwickeln gesucht. Ihr syllogistisch-scholastisches System, durchzogen von Feindseligkeit gegen den Protestantismus, dem sie überlegen zu sein meinten, gewann um so mehr die Herrschaft, da sie sich der Erziehung bemeistert hatten und dieselbe mehr nach ihren allgemeinen Zwecken, als nach den Bedürfnissen ihrer Zöglinge und selbst der verschiedenen Landschaften leiteten. Gerade an diesem Punkt aber setzte sich ihnen ein nachhaltiger Widerstand entgegen, der aus der Verfassung des Reiches und seiner Geschichte entsprang. Die deutschen Bischöfe, zugleich Fürsten ausgedehnter Landschaften und Mitglieder des Reiches, fanden es rathsam und selbst nothwendig, für eine von den Beschränktheiten dieser Lehrer unabhängige Unterweisung zu sorgen. Denn nur schlecht bestanden die Jesuitenschüler in den Reichsgeschäften und selbst auf den Kreistagen neben den Zöglingen der protestantischen Universitäten, unter denen die eine und die andre eine sehr entschieden auf die öffentlichen Angelegenheiten gewendete Richtung nahm. Sehr zu ihrem Nachtheil schlossen die Jesuiten die historischen Lehrbücher der Reichsgeschichte, in denen sie Lutherthum witterten, von ihren Lehranstalten aus. Wie war eine Reichsgeschichte und auch nur ein ungefähres Verständniß der Reichsgeschäfte möglich, so lange man Heinrich IV und V, Friedrich den Rothbart und Ludwig den Baiern als abominable Abenteurer, fast als Ketzer, so gut wie die Protestanten selbst bezeichnete. Es folgte, daß junge Leute, die sich dem höhern Staatsdienst widmen wollten, die protestantischen Universitäten besuchten, und von dem Formalen und Materialen des Unterrichts, wie man ihn in allen Zweigen dort ertheilte, eine Vorstellung zurückbrachten, bei welcher die jesuitische

Methode als Barbarei erschien. In diesem Gegensatz der Schulen liegt, wie einst im ersten Drittheil des sechzehnten, so in der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts eines der wichtigsten Momente für die Geschichte der Nation. Daß die Wissenschaft deutsch redete und die Bedürfnisse des Lebens traf, hatte eine für die Scholastik der Jesuiten auflösende Rückwirkung; die katholisch-deutsche Welt wurde mit einer Art von Naturnothwendigkeit in die nationalere Bahn des Protestantismus herübergezogen. Wenn man innerhalb desselben, ohne die Confession fallen zu lassen, doch ihre exclusive und allgemeine Gültigkeit auf sich beruhen ließ, so konnte man auch katholischer Seits, ohne sich in dem eigenen religiösen Bekenntniß beirrt zu fühlen, der Wissenschaft, wie sie auf den protestantischen Universitäten gelehrt ward, Raum geben und an ihrer Fortbildung mit arbeiten. In Deutschland waren die Jesuiten schon gestürzt, ehe sie noch aufgehoben wurden [1]. Auf ihren Lehrstühlen folgten nicht die Anhänger der negativen Philosophenschule wie in Frankreich, sondern die deutschgesinnten Vorfechter gemäßigter, noch positiv katholischer Doctrinen. Da hat sich denn die großartigste Entwickelung vollzogen.

Es würde weit über die Gesichtskreise hinausreichen, welche hier die vorherrschenden bleiben müssen, und in eine denselben fremde Region führen, wollten wir die großen Erscheinungen der deutschen Literatur näher charakterisiren. Da das religiöse System nicht mehr befriedigte, so ergriff man mit um so größerm Eifer die philosophischen Probleme. Den negativen und materialistischen Doctrinen der Franzosen gegenüber hielt man in Deutschland unter diesen Umständen das Geistig-positive,

1) Vgl. Schwab: Franz Berg. S. 21.

eine kritisch bestimmte Erkenntnißlehre, und die Selbständigkeit des moralischen Gebotes, welches die Weltordnung gleichsam offenbart, mit unerschütterter Ueberzeugung fest: durch eine Anstrengung des menschlichen Scharfsinnes, die sich dem Höchsten beigesellt, was die philosophische Forschung überhaupt geleistet hat, ward es in den deutschen Schulen erst recht über allen Zweifel erhoben und befestigt. Mit dem theologischen Dogma traf die neue Ansicht nun freilich nicht zusammen; aber sie stand ihm doch nicht im unbedingten Widerspruch entgegen; sie hat vielmehr eine innere Uebereinstimmung damit bewährt: die neue Philosophie konnte an den protestantischen Universitäten gelehrt werden, ohne deren alte Grundlagen zu zersprengen, und selbst auf den katholischen Eingang finden. Nun versteht es sich, daß sich Deutschland nicht abschloß: auch mannichfaltige andere Elemente wirkten auf die Bildung der allgemeinen Ueberzeugung ein, die beide Theile verbanden: von Frankreich her besonders die Schriften Rousseau's, dessen Sinnesweise ja selbst aus protestantischen und gottesbewußten Anschauungen hervorgegangen, sein Enthusiasmus für die Natur und der Schwung seines Ausdrucks. Aus den bestaubten Bücherschränken wurden die Werke Spinoza's hervorgezogen, dessen tiefe und consequente Lehrmeinungen zur Zeit manchem der edelsten Geister als die Lösung des großen Räthsels der Welt erschienen, aber dann doch von Keinem systematisch festgehalten wurden. Alles war Fermentation und Studium, Suchen und momentanes Ergreifen; der wilde Drang ward doch wieder von Besonnenheit gebändigt. Die Tiefen der menschlichen Natur erschlossen sich der unmittelbaren Anschauung eines großen Poeten. Ein anderer entwickelte einen unwiderstehlichen Zauber der Sprache, mit dem er die Nation zu seinem philosophisch-moralischen

Schwung fortriß. Alle Hervorbringungen der frühern Jahrhunderte und der fremden Literaturen, der naturwüchsigen so wie der classisch gebildeten, wurden der Nation in glücklichen Uebersetzungen mitgetheilt und in ihren Besitz verwandelt, der die verschiedenen Stämme und die beiden Confessionen vereinigte. Wenn sich wohl auf beiden Seiten die Skepsis bis zur Gottesleugnung überhob und zugleich verflachte, so boten sich Andere wieder in theosophischen Anschauungen die Hand. Der Abt von Einsiedel und ein gläubiger Prediger von Zürich betrachteten sich, jeder fest in seinem Bekenntnisse, doch als Einverstandene. Der Widerstreit der einander bekämpfenden Meinungen bildete neue Zusammengehörigkeiten der Sinnesweise. Aber auch außerhalb derselben erlebte man wohl, daß ein katholischer Domherr in Breslau für den Volksunterricht von einem protestantischen Canonicus in Halberstadt Rath und Beispiel nahm.

Auch ein Historiker von eminenter Bedeutung repräsentirt den Sinn dieser Zeit. In dem Gegensatz zwischen Kaiser und Papst nahm ein Protestant, ein Schweizer, der aber in seinem eigenen Vaterlande keine Stätte der Wirksamkeit fand und als deutscher Professor lebte, Partei für den Papst. Sonst redeten, ebenfalls gern und auf beiden Seiten gehört, mannichfache Stimmen der weltlichen Gewalt und selbst der überhandnehmenden Alleinherrschaft des Staates als solchen das Wort. Aber um der deutschen und der europäischen Welt gerecht zu werden, war auch eine Vertiefung in die Jahrhunderte des Mittelalters nothwendig. Die Liebe zum Vaterlande vereinigt sich in Johannes Müller mit dieser idealen Tendenz. Er bewundert die Alten und ahmt sie nach. Leider gebricht es ihm an historischer Kritik; aber er besitzt Mitgefühl für die

Zeiten, die er schildert, einen Ausdruck, der, wiewohl nicht frei von Manier, doch überall den Leser über das Gemeine erhebt; er schreibt in fortwährender Beziehung auf die höchsten Aufgaben der Menschheit: — hätte er nur auch in seinem Leben stets daran festgehalten.

Auf den Confinien der Religion und der Philosophie, über die ein jeder mit sich selbst ins Reine zu kommen suchte, inmitten ihrer Conflicte und Widersprüche; in dem Gegensatz der antiken Form, die man als das Ideal erkannte, mit dem modernen Leben, und dem Versuche, das eine mit dem andern zu vereinigen; in lebendiger Production in allen Zweigen, dem schon gewonnenen Grade der Bildung gemäß, schwunghaft und doch popular, entwickelte sich die Literatur, welche die spätere Zeit die classische genannt hat. Ihr Inhalt und die Ideale, die sie aufstellte, haben vor allem Andern dazu beigetragen, das Gesammtbewußtsein der Deutschen, ein gemeinsames geistiges Leben zu bilden, so daß sie später fähig geworden sind, in die größten Weltbegebenheiten mit nationaler Kraft selbständig einzugreifen.

Und gleich damals traten neue Verwickelungen ein, in denen man ihre Mitwirkung nicht entbehren konnte.

Siebentes Capitel.

Allianz zwischen Oesterreich und Rußland.

Zwei große Weltverhältnisse erfüllten in jenen Jahren alle Geister mit lebendiger Theilnahme: der amerikanische Krieg — nicht allein wegen des Unternehmens der Emancipation selbständig gewordener Colonien von dem Mutterland, aus dem er entsprungen war, sondern auch wegen der Entscheidung über das Uebergewicht zur See, die aus dem Kampfe hervorgehen mußte, — und sodann die orientalische Frage, die, wiewohl durch den Frieden und die Conventionen, die ihn befestigten, vor der Hand geschlichtet, doch durch den Inhalt derselben und den Gegensatz der Bevölkerungen in immer neue Anregung gebracht wurde.

Weder an dem einen noch an dem andern politischen Problem hatten eigentlich die deutschen Mächte Antheil; wir wissen aber, wie unendlich nahe ihnen das zweite lag. Denn dadurch wurde das Verhältniß jeder von ihnen zu Rußland bestimmt, welches seinerseits zugleich mit dem vollen Ehrgeiz der Regierung und dem nationalen Impuls der Unterthanen in die orientalischen Verhältnisse eingriff.

Mehr als einmal, schon zur Zeit der heiligen Liga im

17. Jahrhundert und gegen Ende der Regierung Karls VI, waren Oesterreich und Rußland in der osmanischen Frage Alliirte gewesen; ihre Allianz von 1746, welche die größten europäischen Verwickelungen nach sich zog, beruhte wesentlich auf diesem Verhältniß; man hat dabei einen gemeinschaftlichen Krieg gegen die Osmanen in Aussicht genommen; die beiden Kaiserinnen, Maria Theresia und Elisabeth, wurden von dem russischen Volke als Schwestern betrachtet. Anders war es unter Katharina II geworden, die vielmehr mit Preußen in Verbindung stand und ihren letzten Krieg im Gegensatz mit Oesterreich ausgefochten hatte.

Wir sahen oben, wie sehr das auf die Theilnahme Rußlands an den deutschen Angelegenheiten einwirkte. In dem baierischen Erbfolgekrieg war die Erklärung Rußlands entscheidend geworden. Einer Verbindung russischer und preußischer Feindseligkeit fühlte sich Oesterreich Angesichts eines von allen Seiten offenen Grenzgebiets, nicht gewachsen.

Ein allgemeines Erstaunen ergriff die Welt, als man vernahm, daß nach einem durch die russische Demonstration dem Hause Oesterreich gleichsam aufgezwungenen nachtheiligen Frieden Kaiser Joseph mit der Kaiserin, welche die ihr neuzugefallenen altpolnischen Gebiete besuchte, eben bei dieser Gelegenheit eine Zusammenkunft halten wollte.

Für die damalige Diplomatie ist es zweifelhaft geblieben, ob der Gedanke dazu in Rußland oder in Oesterreich entsprungen war. Nachdem die originalen Correspondenzen großentheils bekannt geworden sind, kann kein Zweifel darüber obwalten. Noch lebte Maria Theresia: in ihrem Namen hat Kaunitz dem russischen Gesandten im Januar 1780 den Antrag gemacht; der Kaiser hat ihn den andern Tag fast

mit denselben Worten wiederholt. Die Kaiserin Katharina gab eine freudige Ueberraschung kund, als ihr die Mittheilung gemacht wurde. Wie hätte es ihr nicht schmeicheln sollen, daß der römische Kaiser, der als der vornehmste aller Monarchen betrachtet wurde, ein junger Mann, dem die Zukunft von Oesterreich gehörte, sich anschickte ihr seine Huldigung darzubringen.

In den russischen Zuständen gab es ein Moment, das dem Sinne des Antrags entgegenkam.

Zwischen dem altbewährten Minister Panin, der die preußische Allianz in St. Petersburg vertrat, und dem persönlichen Günstling und Vertrauten der Kaiserin, Potemkin, der die orientalischen Tendenzen der russischen Monarchie repräsentirte, fand eine stete Eifersucht statt, die so weit führte, daß ein jeder, der dem Einen befreundet war und nahe trat, von dem Andern als persönlicher Gegner betrachtet wurde.

Potemkin lebte und webte in der Idee der Erweiterung des russischen Reichs bis zum Ausfluß seiner Ströme ins schwarze Meer; er hatte schon den Gedanken einer Ueberwältigung der Osmanen in Europa gefaßt; sein Ehrgeiz, sein Patriotismus und seine religiöse Gesinnung wirkten nach dieser Seite hin zusammen. Sehr wohl kannte er die alten Bündnisse Oesterreichs und Rußlands gegen die Osmanen; er sprach mit Begeisterung von der Aussicht sie zu erneuen. Denn was sei wunderlicher und unverständlicher, als daß sich eine christliche Macht, die mit der russischen natürlich verbunden sei, der Türkei gegen diese annehme?

Für ihn war es zugleich ein Gegenstand des ministeriellen Antagonismus, diese Tendenz zur Geltung zu bringen,

im Gegensatz mit dem Grafen Panin, welcher, nachdem auch in der orientalischen Frage mancherlei Widerstreit zwischen Oesterreich und Rußland zu Tage gekommen war, eine antiösterreichische Politik festhielt.

Nun hatte damals König Friedrich, der, wie gezeigt, von der unruhigen Thätigkeit des Kaisers, sobald er die Hände frei habe, erneuerte Feindseligkeiten erwartete, den Gedanken gefaßt, ihm durch ein Bündniß zugleich mit der Türkei und mit Rußland, auf dessen Freundschaft und Unterstützung er zu rechnen fortfuhr, unübersteigliche Schranken zu ziehen. Es erhellt nicht mit Bestimmtheit, in wie fern die Mittheilungen über die hiemit übereinstimmenden Absichten des damaligen Reis Effendi, die ihm aus Constantinopel, und die, welche ihm aus Paris über die Geneigtheit der Franzosen daran Theil zu nehmen, zugingen, vollkommen begründet waren [1]: auch trägt das nicht viel aus; die Absicht des Königs ist nicht daran, sondern an dem Widerwillen der Kaiserin, sich auf indirecte Weise in ein Vertheidigungsbündniß mit der Türkei einzulassen, gescheitert. Den Vortrag, in welchem Panin diesen Plan zur Sprache brachte und empfahl, beantwortete sie mit einer entschiedenen Verwerfung desselben; dem Minister erschien ihre Abneigung unüberwindlich; sie war es in der That.

Denn ihre Macht beruhte von Anfang an darauf, daß sie sich den Gesinnungen der großen Mehrheit der Nation anschloß, in der die Antipathie gegen die Türkei einen charakte-

1) Die angeblichen Anträge sind von den französischen Ministern desavouirt worden. Die im Namen des Reis Effendi dem preußischen Gesandten Gaffron zugegangenen Mittheilungen wurden in Wien als Erfindung eines betrügerischen Dragoman, dem Gaffron vertraue, bezeichnet.

ristischen Grundzug bildet. Die politischen Beziehungen, welche die Welt zu beherrschen meinen, werden allenthalben durch Kräfte beschränkt und durchsetzt, die von denselben unabhängig sind. Ihre Einwirkung mußte jetzt König Friedrich in seiner russischen Politik erfahren.

Katharina II begriff die Rolle, die ihr als Kaiserin von Rußland zugefallen war, und ihren obersten Beruf, den Tendenzen nationaler Machtentwickelung nach allen Seiten hin gerecht zu werden. Nachdem sie an dem Wiener Hofe die Hindernisse, die er ihren orientalischen Unternehmungen entgegengesetzt, empfindlich genug gerächt hatte, schien es ihr rathsam, den Annäherungen desselben, die ihr sehr nützlich werden konnten, auch wieder entgegenzukommen.

Für Oesterreich war es an sich geboten, eine Combination, wie sie König Friedrich vorhatte, nicht zu Stande kommen zu lassen: aber noch näher und dringender erschien es, der Verbindung der Kaiserin von Rußland mit dem König von Preußen durch eigene Annäherung an dieselbe ein Gegengewicht zu schaffen. Dahin hauptsächlich war das Augenmerk des Wiener Hofes gerichtet. Als den vornehmsten Zweck der Zusammenkunft des Kaisers mit der Kaiserin bezeichnet Fürst Kaunitz in einer Denkschrift, die er darüber verfaßt hat, die Anbahnung eines vertrauten Einverständnisses zwischen den beiden Höfen, welches nicht anders als dem einen wie dem andern zum größten Vortheil gereichen könne [1]. Man müsse

1) „qu'il serait très désirable pour l'interêt réciproque de l'empire de Russie et de la monarchie Autrichienne qu'il pût s'établir entre les deux cours une amitié sincère et une bonne intelligence confidentielle et réciproque." Kaunitz, Reflexions sur l'entrevue prochaine; im Staatsarchiv zu Wien.

der Kaiserin Katharina versichern, daß man mit keiner Feindseligkeit gegen den König von Preußen umgehe, sofern sein Verhalten nicht dazu nöthige, und ferner, daß man aber ebenso wenig an die Beförderung eines mit Oesterreich dynastisch verbundenen Fürsten auf den polnischen Thron denke. Denn sollten die Anträge nicht auf den ersten Blick auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen, so durften die vertragsmäßigen Verhältnisse, in denen sich das russische Reich befand, nicht verletzt werden. Vor allem wurde die feindselige Absicht, die man in Berlin bei dem kaiserlichen Hofe voraussetzte, auf das nachdrücklichste abgelehnt, zwar nicht ohne gereizte Erörterungen, denn alle von Friedrich II dem Hause Oesterreich zugefügte Unbill wurde auf das gehässigste recapitulirt, aber doch mit Gründen, die ihre unleugbare Wahrheit hatten: dem einen, daß Preußen wenigstens eben so viel Mittel zur Vertheidigung besitze, wie Oesterreich zum Angriff, und dem andern, daß es für Rußland selbst und vielleicht auch für andere Mächte in ihrem Interesse liege, die preußische Macht zu erhalten: Oesterreich müsse blind sein, um das nicht zu sehen. Die Eventualität, daß von den beiden Mächten die eine oder die andere wieder zu einem Angriff schreiten könne, wurde in dem Augenblick, wo sie sich das Gleichgewicht hielten, überhaupt nicht als bevorstehend ins Auge gefaßt. Nur von dem allgemeinen politischen Verhältniß war die Rede, in welchem sie zu ihren Nachbarn standen. In dem letzten Zusammentreffen war Oesterreich von seinem vornehmsten Verbündeten, Frankreich, verlassen, Preußen von dem seinen, Rußland, unterstützt worden; dadurch hauptsächlich hatte die Politik Friedrichs die Oberhand gewonnen; eben darauf war es bei dem neuen Vorgehen abgesehen, diesem Verhältniß die gegen Oesterreich gerichtete Spitze abzubrechen,

und der russischen Regierung die gegenseitige Gemeinschaft in den großen Interessen wieder ins Bewußtsein zu rufen.

Die erste aller Fragen war dann aber doch, wie sich Oesterreich zu den auf das osmanische Reich bezüglichen Absichten und Entwürfen stellen wollte. Fürst Kaunitz spricht die Meinung aus, man dürfe den Russen nicht alle Hoffnung entreißen, daß man österreichischer Seits auf dieselben eingehen werde, — und wie wäre zu denken gewesen, daß man ohne dies Potemkin, auf dessen Einfluß die ganze Unterhandlung gegründet werden mußte, hätte gewinnen können? — aber er meint doch, noch mehr komme es auf ein gegenseitiges Einvernehmen über alle andern Verhältnisse und eine durchgehende Reciprocität beider Mächte an. Die damals zwischen Rußland und der Pforte obwaltenden Differenzen hoffte er noch durch friedliche Dazwischenkunft zu heben. Mit größerer Entschiedenheit äußert sich Kaiser Joseph in einem Gutachten auf das der Staatskanzlei. Dem von dem frühern Verhalten Oesterreichs in der türkischen Angelegenheit herrührenden Mißtrauen gegen seine Gesinnungen denkt er durch die Vorstellung zu begegnen, daß der Wiener Hof die Vergrößerung Rußlands unmöglich habe begünstigen können, so lange es mit dem gefährlichsten Nachbar Oesterreichs eng verbunden war: die Kaiserin müsse gesehen haben, daß das Verhalten nicht in einem principiellen Gegensatze gegen die Interessen von Rußland, sondern nur in dessen accidenteller Eigenschaft als preußischer Verbündeter seinen Grund gehabt habe. Und da traten nun jene über das Verhältniß zu Preußen noch weit hinausreichenden Ideen einer Vergrößerung des österreichischen Staatsgebietes in den Vordergrund. Er bezweifelte nicht, daß der Plan, das osmanische Reich umzustürzen, von Potemkin gefaßt und von

der Kaiserin genehmigt sei, und schloß daraus, daß bei den ungeheuren Hindernissen, die sich dem entgegenstellen würden, für Rußland nichts erwünschter sein könne, als ein intimes Verständniß mit Oesterreich; er erörtert sogleich die Bedingungen eines solchen. Er verlangt Gleichheit der für den Zweck anzuwendenden Mittel, aber eben so sehr auch Gleichheit der aus der Anwendung derselben zu erwartenden Vortheile. Er faßt schon den Fall ins Auge, daß Rußland zwar in Bezug auf die europäischen Provinzen in eine Theilung willigen, aber die asiatischen für sich allein zu behalten beabsichtige, was dann nicht angenommen werden könne. Vor allem, meint er, müsse man darüber und über die Pläne des Fürsten Potemkin nähere Eröffnungen erwarten.

Es leuchtet ein: der Ehrgeiz des Kaisers bewegte sich mit hoffnungsvollem Eifer in dieser Richtung; da der amerikanische Krieg die beiden westlichen Mächte nicht allein vollkommen beschäftigte, sondern ihnen auch die Pflicht aufnöthigte, mit den beiden Kaiserhöfen möglichst gut zu stehen, so war von keiner Seite ein ernstlicher Widerspruch zu fürchten, ausgenommen von Preußen.

Wäre es nicht rathsam gewesen, den König Friedrich sofort in das Geheimniß der Entwürfe zu ziehen? Joseph fürchtete seine Einwirkung auf dieselben, die nicht anders als ungünstig für Oesterreich ausfallen könne. Seine Meinung war, den König erst so spät wie möglich und gewiß nicht früher zuzuziehen, als bis Rußland und Oesterreich über alles und jedes fest und unverbrüchlich einverstanden seien. Dann allerdings möge auch er zur Theilnahme an dem Kriege herbeigezogen werden: aber er müsse für die beiden Kaiserhöfe gleichsam nur die Schildwacht bilden. Dafür werde er hinreichend belohnt

sein, wenn er ein mäßiges Stück von Polen, für welches diese Republik aus den türkischen Spolien leicht entschädigt werden konnte, davontrage [1].

Wenn menschliche Unternehmungen noch in der Ferne stehen, zeigen sich die Verhältnisse, auf die es dabei ankommen wird, immer in reineren und deutlicheren Umrissen, als in dem Gewirr, welches ihre Ausführung herbeizuführen pflegt. Die Idee, die dem weitgreifenden Unternehmungsgeist des Kaisers selbst entstammte, war nicht eigentlich feindselig gegen Preußen, aber nur eine sehr untergeordnete Theilnahme war dieser Macht bestimmt. Die eventuelle Vergrößerung in Polen, die man ihr zudachte, kam einer Abfindung gleich.

Fürst Kaunitz, dem die Bemerkungen des Kaisers mitgetheilt wurden, fand sie, wiewohl sie über das, was er gesagt hatte, weit hinausgingen, mit seinen Principien übereinstimmend; er gab nur noch einige Rathschläge über das bei den Eröffnungen einzuhaltende Verfahren.

Man hat oft gemeint, Joseph habe sich von der russischen Kaiserin zu ihren Absichten fortreißen lassen; aus den Actenstücken erhellt jedoch, alles war vorgesehen und berathen. In dem

---

1) Die Worte sind: „daß mehr erwähnter König (von Preußen) den beiden Höfen lediglich keine Hindernisse in den Weg zu legen und in Absicht auf andere Mächte gleichsam nur die Schildwacht zu machen hätte, und für diesen Dienst hinlänglich belohnt sein würde, wenn ihm ein solches mäßiges Stück von Polen zu Theil würde, welches der Republik nach dem Depouillement der Pforte nach einer andern Seite füglich ersetzt werden könnte.“ Aus dem Aufsatz, den Kaiser Joseph den Reflexions und einem Depeschenauszug hinzufügte. Ausdrücken, wie „des Kaisers Majestät“, und ähnlichen zum Trotz erhellt doch aus dem folgenden Vortrag des Staatskanzlers (12. Mai), daß die Bemerkungen von Kaiser Joseph II selbst stammen.

damaligen Moment schien sogar die Reise des Kaisers so sehr im österreichischen Interesse zu liegen, daß man in Petersburg gesagt hat, er denke den Russen eine Falle zu legen. Der Großfürst Paul hat das einmal gegen seine Mutter selbst geäußert. Sie empfand es als eine Art von Beleidigung, daß man für möglich hielt, sie werde sich täuschen lassen. Wie sie zu lächeln pflegte, wenn einer ihrer hohen Staatsbeamten in Verwirrung gerieth, sobald sie seine Gegner zu begünstigen schien, während sie in der That dieselben nur im Gleichgewicht zu halten meinte, so verhielt sie sich auch in Beziehung auf die beiden Mächte, deren sie sich nach ihrem Vortheil und zu ihrer Glorie zu bedienen dachte.

Die beabsichtigte Zusammenkunft fand am Anfang Juni 1780 in Mohilew statt. Der Graf von Falckenstein — denn unter diesem Namen reiste Joseph — war Tag und Nacht gefahren, um noch vor der Kaiserin einzutreffen. Er wartete in den für sie vorbereiteten Gemächern, bis sie aus der griechischen Kirche, wohin sie sich immer zuerst begab, zurückkam. In den Gesprächen, die nun angeknüpft wurden und sich über alle Dinge der Welt und des Lebens erstreckten — die beiden Herrscher schienen Gefallen an einander zu finden — nahm Joseph wohl auch einmal Gelegenheit, der ungegründeten Gerüchte zu gedenken, die der König von Preußen über ihn ausbreite. Die Kaiserin erwiderte, sie gebe wenig darauf; denn der König lebe sehr einsam in seinem Sanssouci und werde schlecht unterrichtet. Mit einer geschickten Wendung wußte sie aber dann selbst die Frage in Anregung zu bringen, an der auch ihr am meisten gelegen war. Sie erwähnte der Rechte, die der römische Kaiser — so nannte sie Joseph — auf Rom besitze. Er antwortete, dabei seien zu viele Mächte interes-

sirt, als daß er sie würde durchsetzen können: eher dürfte es ihr gelingen, ihr Rom, d. h. Constantinopel, zu erobern. Die Kaiserin brach ab; sie entschuldigte selbst ihre Frage und versicherte nur, sie denke an keine Eroberungen.

Es war eigentlich gegen den ursprünglich in Wien gefaßten Plan, daß ihr der Kaiser nach Petersburg folgte; aber er hielt es für rathsam, den ganzen Hof kennen zu lernen und besonders mit Potemkin ein näheres Verhältniß anzuknüpfen.

Joseph überzeugte sich, daß die Kaiserin keine Bitterkeit mehr gegen Oesterreich nähre, daß sie Oesterreich auf gleichem Fuß mit Preußen zu behandeln gedenke, ohne jedoch sich mit dem König überwerfen zu wollen. Er bemerkte, daß sie in ihrer Seele in der That mit der Errichtung eines orientalischen Reiches beschäftigt war. Sie erklärte es für eine Unüberlegtheit, deren sich Friedrich, so alt er auch sei, noch immer schuldig mache, wenn er meine, daß sie sich jemals mit den Türken vereinigen könne: das werde niemals geschehen: doch wolle sie dieselben nicht angreifen, sondern erwarten, daß sie angegriffen werde. Wenn sie dann dem Kaiser aufs neue von Rom als von seiner Hauptstadt sprach, wo er sich unsterblich machen könne, so vermied Joseph darauf einzugehen. Die leiseste Andeutung dieses Gedankens würde ihn mit dem Hause Bourbon in offene Entzweiung gebracht haben.

Mit alle dem war man noch nicht über die Grenzen allgemeiner Conversation hinweggekommen: als endlich — es war am 1. Juli 1780 — Potemkin dem österreichischen Gesandten Cobentzl mit Bestimmtheit sagte, daß die Zeit ihm gekommen scheine, das alte intime Verhältniß zwischen den beiden Höfen herzustellen. Darauf antwortete dieser nach der Instruction von Kaunitz, daß man vor allem eine Garantie der beider-

seitigen Besitzungen festsetzen müsse, — und zwar, wie der Kaiser ihn angewiesen hatte, gleich als komme der Gedanke von ihm, dem Gesandten: das sei das Unverfänglichste und hindere nicht, daß von russischer Seite dasselbe auch gegen Preußen geschehe[1]. Potemkin sprach mit der Kaiserin darüber; nach dessen Bericht ist sie sogleich mit ihren eigensten Gedanken hervorgetreten. Sie fragte, ob auch die künftigen Besitzungen, d. h. die Eroberungen, die sie noch machen würden, in der Garantie begriffen sein sollten. Wie so? — fragt man auf den ersten Blick, — wollte man sich etwa zu einer gewaltsamen Umgestaltung von Europa vereinigen? Potemkin fügte sogleich die überaus umfassende Beschränkung hinzu, daß die Eroberungen von Oesterreich sich weder auf Deutschland noch auf Polen erstrecken dürften. Denn der Sinn der Kaiserin konnte nicht sein, die Stellung, welche sie bereits gewonnen hatte, erschüttern zu lassen, wenn sie zu einer neuen Unternehmung schritt. Potemkin sagte, vorläufig würde schon hinreichen, wenn der Kaiser nur versprechen wolle, sich nicht mit den Türken gegen Rußland zu verbinden. Der Kaiser war nicht abgeneigt, diese Verpflichtung wenigstens persönlich und mündlich einzugehen; aber er verlangte die Zusage der Kaiserin, an keinem Angriffskriege gegen Oesterreich fortan Theil zu nehmen[2]: eben ein

---

1) Joseph an Maria Theresia, d. d. Petersburg, 4. Juli 1780. Arneth a. a. O. III, 270.

2) Si S. M. me parle, je lui repondrai de l'assurance de ne vouloir plus m'unir aux Turcs contre elle, à charge de la garantie par laquelle elle ne pourra plus prendre part à toute guerre qui serait offensive contre nous, et avec l'entière réciprocité de notre côté. Joseph an Maria Theresia, d. d. Petersburg, 12. Juli 1780. Arneth a. a. O. III, 279.

solcher war ja der bairische Erbfolgekrieg gewesen. Und für Deutschland wollte er sich überhaupt nicht vollkommen die Hände binden lassen; er meinte, in Bezug auf den Anfall der fränkischen Fürstenthümer müsse man an dem Wortlaut des Teschener Friedens festhalten und keinen Austausch — wie denn damals von einem solchen mit einer sächsischen Provinz viel die Rede war — zulassen: denn allzu heftig sei die Feindseligkeit des Königs gegen Oesterreich, als daß dieses einwilligen könne, ihn in irgend einer Weise zu verstärken [1]. Jene wünschte die thätige Hülfe Oesterreichs zu einem Krieg gegen die Osmanen; dieser einen günstigen Einfluß Rußlands in den deutschen Angelegenheiten.

Man erkennt die Natur der gegenseitigen Eröffnungen, zwischen denen jedoch noch ein weiter Abstand war. Die Kaiserin behielt immer die Türkei im Auge; der Kaiser dagegen Deutschland, vor allem den König von Preußen. Auf eine Unterhandlung, die zu bindenden Verpflichtungen hätte führen können, einzugehen, vermied Kaiser Joseph, so nahe ihm dies auch Katharina legte; er hielt selbst den Gesandten, der Feuer und Flamme für die neue Allianz war, zurück: er meinte, das Geschäft müsse durch die Ministerien besorgt werden. Noch war nichts festgesetzt oder vereinbart, als der Kaiser Rußland wieder verließ: aber seine Anwesenheit hatte doch einen großen Erfolg; ein persönliches Verhältniß war angebahnt und eingeleitet, welches eine Veränderung in den allgemeinen Beziehungen der Mächte ankündigte.

Wie sehr davon auch Preußen betroffen wurde, zeigte

1) Joseph an Maria Theresia 18. Juli 1780. Arneth a. a. O. III, 285.

sich sogleich, als unmittelbar nach dem Kaiser auch der Prinz von Preußen am russischen Hofe erschien. Darauf ist nicht viel zu geben, daß er persönlich der Kaiserin keinen vortheilhaften Eindruck gemacht habe. Man weiß doch, daß sie sich auch über den Kaiser nicht allezeit sehr günstig aussprach: sie schrieb auch ihm Unüberlegtheiten zu und selbst Leichtsinn; sie beklagte sich über seine Geschwätzigkeit. So sehr sie eine Frau war, so waren ihr doch die persönlichen Eigenschaften, die ein jeder entwickelte, die Nebensache. Gewiß war ihr der Kaiser mit seiner ausgebreiteten Kenntniß der Welt und seiner leichten Unterhaltung angenehmer als der Prinz, der den Gesichtskreis von Potsdam repräsentirte; aber die Hauptsache ist: dieser kam eben zur unrechten Zeit: Görz hätte dem Rathe Panin's, der, durch und durch ein Freund von Preußen, die Sache widerrieth, folgen und davon abstehen sollen. Wenn die Absicht des Königs und des Prinzen dahin ging, das Bündniß zwischen Preußen und Rußland, das in Kurzem ablief, wieder zu erneuern, so mochte sich die Kaiserin in dem damaligen Augenblick dazu nicht herbeilassen; sie erwies dem Prinzen weniger Aufmerksamkeit, als er erwartete. Diesem mußte es genügen, eine persönliche Verbindung mit dem Großfürsten Paul anzuknüpfen: er wußte die Freunde von Preußen zu befriedigen und zusammenzuhalten: den Zweck seiner Reise aber konnte er vor allem deshalb nicht erreichen, weil die Kaiserin nun einmal ihren Ehrgeiz auf die Türkei gerichtet hatte, für die Ausführung dieser Pläne aber Oesterreich ihr unendlich viel wichtiger war, als Preußen.

In diesen Verhältnissen brachte der Tod Maria Theresia's keinen Wechsel hervor. Die gegen Rußland eingeschlagene Politik war die des Staates Oesterreich: Kaunitz, der darin mit dem

Kaiser einverstanden war, verdankte ihr zum Theil die Fortdauer seines Ansehens; die persönlichen Beziehungen, in welche Joseph zu Katharina getreten, verstärkten sie nur.

Manche Briefe waren seitdem gewechselt worden, voll von gegenseitigen Schmeicheleien, deren Maßlosigkeit ihnen alle Bedeutung rauben würde, wenn man nicht wüßte, daß beide sich dadurch wirklich geschmeichelt fühlten; Katharina spricht einmal als das Oberhaupt der morgenländischen Kirche von dem Kaiser als dem Haupt der abendländischen. Auch in den ernstlichen Unterhandlungen, bei denen man an die während der Anwesenheit des Kaisers gemachten Eröffnungen anknüpfte, schlägt dieser Ton noch nach. Der Kaiser überläßt der Kaiserin, die Bedingungen selbst anzugeben, unter denen die damals in Vorschlag gekommene gegenseitige Garantie festgesetzt werden solle: Cobenzl sei beauftragt, auf alles einzugehen, was sie für gut halte: denn sie sei unendlich viel klüger als er; der Kaiser kenne die Convenienz eines jeden und wisse zugleich, was Ehre und Anstand erfordern [1]. Entwürfe und Gegenentwürfe wurden ausgetauscht, der letzte russische Entwurf ist dann von Oesterreich angenommen worden.

---

1) Der zweite Brief Josephs an Katharina vom 1. Jan. 1781 (in der Sammlung dieses Briefwechsels von Arneth) ist in der Hauptsache von Kaunitz verfaßt. Auch die letzten Worte stammen von ihm her. Doch enthält der Entwurf noch einige Worte, die in dem Briefe fehlen und merkwürdig genug sind, namentlich für Kaunitz, um sie hier zu reproduciren. Nach den Worten: V. M. et moi (S. 32 des Druckes) heißt es in dem Entwurf: et que cela contribue infiniment à me donner personellement et à mes Etats tout l'avantage et la considération que j'attache d'avoir quelques liens politiques avec V. M. Imp., qui nous mettent à même de conserver la paix et de nous donner peut-être des avantages réels et au moins de la considération réciproque.

Er enthält die Erneuerung der alten Verträge, namentlich des Bündnisses von 1746, welches einst die großen Gefahren Preußens, die sich in dem siebenjährigen Krieg entluden, herbeigeführt hatte, mit besonderer Beziehung auf die zuletzt zwischen Rußland und der Türkei getroffenen Stipulationen. Oesterreich garantirt den Frieden von Kainardsche und die denselben ergänzenden Stipulationen von 1775 und 1779. Sollte die Pforte sie verletzen, so will Oesterreich seine guten Dienste anwenden, damit sie doch zur Ausführung gebracht werden: und sollte es mit seinen Verwendungen nichts ausrichten, so verspricht es, die Pforte selbst mit bewaffneter Hand dazu zu nöthigen. Dagegen werden Entschädigungen für die hierbei aufzuwendenden Kosten zu Gunsten Oesterreichs in Aussicht gestellt.

Indem man aber unterhandelte, kam die Kaiserin mit einer Prätention hervor, an der alles zu scheitern drohte. Sie forderte in dem Tractat eine völlige Gleichstellung mit dem Kaiser, der, noch immer als das Oberhaupt der gesammten Christenheit angesehen, die alte Prärogative auch damals noch behauptete. Die Russen legten den größten Werth auf diese Gleichstellung, und der Kaiser war nicht abgeneigt nachzugeben, wenn denn einmal die Verbindung mit Rußland die Grundbedingung der österreichischen Politik werden solle. Er hatte immer den großen Nebenbuhler im Auge und meinte, man würde demselben sonst gewonnenes Spiel geben. Aber Kaunitz war unbedingt dagegen: denn dadurch würde sich das Kaiserthum herabwürdigen, welchen Lärm würde dann erst der König von Preußen erheben. War er aber entschlossen nicht nachzugeben, so meinte er doch dadurch nicht in Nachtheil zu gerathen, sondern im Gegentheil selbst einen Vortheil davon zu ziehen.

Es war ihm ganz recht, wenn die Unterhandlung, wie sie jetzt ministeriell stattfand, abgebrochen wurde: denn ohnehin fange man an, in Europa davon zu reden, und es sei nützlich sagen zu können, man habe ihr ein Ende gemacht[1]. Demzufolge brach Graf Cobentzl die Unterhandlung, wie sie officiell gepflogen wurde, geradehin ab: jedermann sollte erfahren, daß das geschehen sei. Aber zugleich wurde die Auskunft getroffen, daß die Stipulationen, über welche man übereingekommen war, in der Form von Privatschreiben des Kaisers an die Kaiserin und der Kaiserin an den Kaiser[2] ebenso bindend, als sei dies in feierlichen Tractaten geschehen, angenommen werden sollten. So geschah das in der zweiten Hälfte des Mai 1781. In seinem Schreiben vom 21. Mai erneuert der Kaiser das Versprechen, die osmanische Pforte zur Erfüllung der geschlossenen Verträge und Stipulationen, bei denen auch noch der auf Asow bezügliche Grenzvertrag von 1704 erwähnt wird, anzuhalten; sollte die Pforte den Frieden offen brechen und eine Invasion in das russische Gebiet versuchen, so verpflichtet er sich, ihr den Krieg zu erklären und mit einer gleichen Streitmacht, wie die sei, welche die Kaiserin anwende, eine directe Diversion zu unternehmen; wenn aber dergestalt die Anstrengungen gleich seien, so rechne er nach dem Princip der Reciprocität auch auf

1) Eines der merkwürdigsten Documente der Kaunitzischen Erwägungen und Schreibweise. (In dem Staatsarchiv zu Wien.)

2) Die authentische Mittheilung derselben — denn im Allgemeinen kannte man sie schon aus dem sechsten Bande von Hermanns Russischer Geschichte — bildet ein wichtiges Stück in der von Arneth herausgegebenen Correspondenz des Kaisers und der Kaiserin.

eine gleiche Entschädigung. Und noch einen andern Punkt von weiter Aussicht bringt Joseph zur Sprache. Sollte während eines solchen Krieges Rußland durch eine andere Macht angegriffen werden, so verspricht er gemeinschaftliche Sache mit der Kaiserin machen und alle seine Streitkräfte, so viel irgend möglich, dafür aufbieten, auch weder Frieden noch Stillstand ohne sie eingehen zu wollen. Ihrerseits erwiedert nun die Kaiserin diese Zusagen mit den gleichen. Den Frieden von Teschen behält sie vor; übrigens aber verspricht sie, die pragmatische Sanction aufrecht zu halten, und wenn die kaiserlichen Staaten mit einer Invasion bedroht seien, ihnen mit ihren Waffen zu Hülfe zu kommen.

So kam nun doch ein Bündniß zu Stande, welches den Knoten für die Geschicke des nächsten Jahrzehnts geschürzt hat. Gegen die Türkei war es überaus umfassend, obwohl noch eventuell; gegen das übrige Europa hielt es die bestehenden Zustände fest. Preußen war damit nicht unmittelbar bedroht, aber offenbar trat doch die Kaiserin in den allgemeinen Verwickelungen der europäischen Verhältnisse auf die Seite von Oesterreich. Man braucht die mit Ausfällen gegen König Friedrich angefüllten Briefe Josephs nur anzusehen, um sich zu überzeugen, daß diese Feindseligkeit das wirksamste Motiv seiner Politik überhaupt bildete.

Der König von Preußen, der das doppelte und dreifache Geheimniß nicht eigentlich durchschaute, machte sich doch keine Illusion über die Gefahr, die in dem eingetretenen Verhältniß für den Frieden der Welt und für ihn selber lag. Seine Stimmung ergiebt sich aus den Briefen, die er damals an seinen Neffen, Herzog Carl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig, den er seines vollsten Vertrauens

würdigte, gerichtet hat[1]. „Sie haben", schreibt er ihm am 6. Jan. 1782, „sehr Recht, die europäische Politik als in einer ausnehmenden Verwirrung begriffen zu betrachten. Mir scheint, wir nähern uns einer Krisis; in Kurzem werden die Elemente nach ihrem größeren oder geringeren Gewicht Stelle nehmen. Ich werde mich ruhig halten und die Ereignisse kommen sehen. Gewiß will Rußland die Pforte angreifen und denkt an nichts Geringeres als daran, den Frieden in Constantinopel zu schließen. Der Kaiser zeigt sich sehr lecker auf Bosnien, Serbien und Belgrad. Er wird dem Impuls von Rußland folgen, wahrscheinlich mit Rücksicht auf die Wahl eines römischen Königs, die er doch in diesem Augenblicke nicht durchsetzen könnte, ohne das ganze Reichssystem zu erschüttern. Man schreibt mir, die Kaiserin von Rußland beschäftige sich mit dem Entwurf, Preußen und Oesterreich zu versöhnen; ich erwarte das festen Fußes. Was kann aus dem Kopf einer phantastischen Frau entspringen, als Chimären und unzulässige Vorschläge? Ich höre weiter, daß die Unterhandlungen zwischen Frankreich und England noch einige Hoffnungen geben. Wird der Friede im Süden zu Stande kommen, so wird der Osten uns bei weitem weniger beschäftigen."

Den Tag darauf spricht er aus: daß der Krieg im Orient noch in dem eben begonnenen Jahre zum Ausbruch kommen dürfte. „Die Kaiserin wird den offenen Krieg beginnen, der Cäsar der Avaren — so bezeichnet er Joseph — mit den Türken unterhandeln. Ich glaube, daß es so kommen wird. Ein wenig Geduld und wir werden die außerordentlichen Auftritte erleben. Salomo

1) Acht Handschreiben und ein Cabinetschreiben König Friedrichs II von Preußen an Herzog Carl Wilhelm Ferdinand zu Braunschweig und Lüneburg. 1782, Januar — April. (Archiv zu Wolfenbüttel.)

kannte die Welt nicht recht; noch viel neue Thorheiten sind sogar unseren Enkeln vorbehalten."

Am 14. Januar: „Der Kaiser lastet auf meinen siebenzigjährigen Schultern. Er hält mich vielleicht für zu alt, um mit dem Schwert zu fechten, und setzt meine Feder in Bewegung. Auf allen Seiten macht er mir auf das thätigste zu schaffen: ich suche mit nicht geringerer Lebhaftigkeit seinen Angriffen zu begegnen. Wir streiten jetzt, wer Rußland auf seiner Seite haben wird; wir sind in den Schranken; wir müssen sehen, wer von uns beiden den Sieg davonträgt. — Man sagt in Wien, der Kaiser suche Preußen zu isoliren, indem er demselben Rußland entreißt: denn Frankreich werde sich niemals mit Preußen vereinigen. In diesem Falle würde für Preußen nur England übrig bleiben; das wäre eine Verschlechterung, aber im Nothfall müßte man dazu greifen. Alle diese Dinge, lieber Neffe, betreffen mich nicht mehr persönlich: meine Zeit ist vorüber: aber meine Pflicht ist doch, an die Wohlfahrt des Landes zu denken und womöglich einen so verderblichen Krieg, wie der von 1756 war, zu verhüten. Einer Gefahr, wie die damalige, entgeht man nur durch Wunder; man muß alles thun, um ihr zuvorzukommen, wenn man auch nur wenig Hoffnungen dazu hat. Der Großfürst hält noch fest; er ist selbst mit seiner Gemahlin darüber ein wenig zerfallen. Aber alle diese Menschen sind wie ein schwaches Rohr, welches der Wind hin und her weht." Man sieht, er wußte nicht, wie weit die Verbindung zwischen Rußland und Oesterreich bereits gediehen war: aber was er davon ahnte, erfüllte seine Seele mit Besorgniß für die Zukunft und bitterem Gefühl für die Gegenwart. „Großer Gott! von welchen Wesen hängt das Schicksal der Menschen ab.

Ein König von Frankreich, der von den Interessen seines Königreichs keine Idee hat, ein König von Spanien, der ein Narr ist, eine Königin von Portugal, die ihr Beichtvater unterjocht hat, ein König von England, welcher stolpert selbst am Gängelbande, ein König von Neapel, den man einsperren sollte, eine Selbstherrscherin, die sich gegen ihre Liebhaber wegwirft, aber in demselben Grade hochmüthig ist gegen Europa: das sind die Menschen, mit denen man zu thun hat, und ohne deren Theilnahme kein politisches Geschäft unternommen werden kann."

Auch die amerikanische Angelegenheit beschäftigt ihn noch einmal. „Der König von England", sagt er, „will nun Frieden mit den Colonien und mit Holland, aber nur um sich mit aller Macht auf die Franzosen und Spanier zu stürzen. Man schlägt mir vor, den Frieden zu vermitteln, aber unter welchen Bedingungen? Sollen die Amerikaner frei sein oder unterworfen? Soll Holland Frieden machen, ohne die verlorenen Besitzungen wieder zu erhalten? Wird Lord Bute noch immer hinter den Coulissen Meister der Geschäfte bleiben? dann könnte Niemand Vertrauen fassen. Die abscheuliche Corruption, die in dem Parlament eingerissen ist und die ganze Nation durchdringt, hat das Gefühl der Ehre und den republikanischen Nerv herabgewürdigt, der sonst Herzhaftigkeit und Edelmuth hervorrief."

Achtes Capitel.

Orientalische Verwickelungen 1782—84. — Russische Erwerbung. — Oesterreichische Entwürfe.

Aber unaufhörlich gehen die Dinge ihren Lauf. Indem die westlichen Mächte sich ohne fremde Dazwischenkunft einander näherten, erfolgte in der orientalischen Angelegenheit, ebenfalls ohne Friedrich, eine große Entscheidung.

Die historisch-politische Frage war, ob die tartarischen Bevölkerungen der taurischen Halbinsel und der benachbarten Küsten des schwarzen Meeres, wie früher, so auch fortan unter dem beherrschenden Einfluß der Türken stehen, oder ob sie sich unabhängig zu erhalten vermögen, oder endlich, ob sie der Herrschaft von Rußland anheim fallen würden. In den letzten Conventionen war die Unabhängigkeit der Krim festgesetzt worden, mit Vorbehalt jedoch der Rechte, welche dem Großherrn in seiner religiösen Eigenschaft als Kalif zustehen. Ein Vorbehalt, in dessen Folge alles unentschieden blieb: denn wer wollte diese Rechte angeben und umgränzen? Schahingirai, noch ein Dschingise, der aber sein Khanat den Russen verdankte, hielt den Gedanken der Unabhängigkeit aufrecht, und verband ihn mit dem Versuche, sich dem Abendlande in den inneren Einrichtungen, namentlich den militärischen,

anzunähern. Es konnte nicht fehlen, er erweckte damit den Widerstand der Stammeshäuptlinge und die Antipathie der Bevölkerungen überhaupt. Im Mai 1782 wurde Schahin verjagt, und sein ältester Bruder, der Anhänger und eifrige Vorfechter der alten Zustände, durch die allgemeine Wahl der Mursen an seine Stelle gesetzt. In diesen Regionen aber war es Rußland, welches die europäische Cultur repräsentirte. Es setzte alles ein, um Schahin zurückzuführen und jeden Einfluß der Türken abzuschneiden: denn die Nation sei nun einmal für unabhängig erklärt. Die Türken ihrerseits betonten, daß die Tartaren auch von Rußland unabhängig sein müßten: das Khanat sei ein Wahlreich, und durch einmüthige Wahl der Mursen der nächstälteste Bruder Schahins diesem vorgezogen worden.

In Constantinopel sah man von Seiten der Ulema den Zwist in der Krim als eine Angelegenheit der Religion an. Unruhige Bewegungen brachen aus, die selbst die Regierung bedrohten, und die nur durch die Energie eines entschlossenen Wesirs gedämpft werden konnten; aber auch dieser hielt den Anspruch aufrecht.

Die Frage war von universaler Bedeutung; sie enthielt den Kern der Verhältnisse zwischen Rußland und der Türkei, gewissermaßen zwischen Orient und Occident; sie schien nicht ohne Krieg entschieden werden zu können. Und auf der Stelle fühlte man das in der Welt. Wie wir erfahren, haben die Zerwürfnisse in der Krim dazu beigetragen, daß Frankreich und England ernstlich an den Frieden dachten; doch fehlte noch viel, daß die Abkunft getroffen worden und der europäische Westen in den Stand gekommen wäre, sich um den Osten ernstlich zu bekümmern.

Bei dem ersten Ausbruch der Unruhe in der Krim säumte Katharina keinen Augenblick, den Kaiser auf die weitaussehenden Folgen, welche sie nach sich ziehen könne, aufmerksam zu machen, und trug auf eine noch nähere Bestimmung ihrer gegenseitigen Obliegenheiten für diesen Fall an, damit die intime Allianz der beiden Monarchien, gleich wichtig für beide, durch keinen Zwischenfall gestört werden möge [1]. In ihrer Correspondenz wird dann vor allem das Verhältniß zu den übrigen zunächst betheiligten Mächten erwogen. Die Kaiserin wünscht durch den Einfluß Josephs auf Frankreich vor jeder Störung von Schweden her gesichert zu werden. Von dem König von Preußen, meinte sie, brauche man nichts zu fürchten, wenn man nur den Frieden von Teschen nicht verletze: sein Alter werde ihn abhalten, sich in diese Dinge einzumischen. Joseph, weit davon entfernt, an die Theilnahmlosigkeit des Königs zu glauben, hielt vielmehr die Zeit für gekommen, wo man ihn durch eine große Demonstration im Zaume halten und zugleich demüthigen könne. Er schlug vor, ihn durch zwei Armeen zu bedrohen, durch eine russische, die sich an der Weichsel und Warthe aufstellen könne, um auch Polen zu beherrschen, und durch eine österreichische, die er in Böhmen und Mähren versammeln werde, ohne darum außer Stand zu kommen, die Kaiserin mit einem ansehnlichen Kriegsheer gegen die Türkei zu unter-

1) ... afin que, si V. M. I. le trouve convenable, dès à présent nous puissions convenir préalablement, selon la teneur de nos engagements, do l'arrangement des principes invariables qui écarteraient au futur tout ce qui pourrait diminuer, affaiblir ou nuire à cette intime amitié et alliance aussi précieuse qu'utile aux intérêts unis et communs de nos deux monarchies ... Arneth, Joseph II. und Katharina, S. 135. Brief Katharina's vom 15. Juni 1782. —

stützen [1]. Daran hielt er nicht mehr fest, was er selbst für rathsam erachtet hatte, den König zur Theilnahme herbeizuziehen und ihn durch eine anderweite Erweiterung seines Gebietes nach der polnischen Seite hin zu befriedigen: denn da man sich mit Frankreich leicht verständigen werde, so sei es nicht nöthig, die Ruhe von Preußen theuer zu erkaufen. Sein Vorschlag war jedoch auch in dieser Beziehung sehr weitaussehend. Er meinte sich der Ruhe und Theilnahme Frankreichs dadurch zu versichern, daß man demselben Aegypten überlasse. Seine Absicht war überhaupt auf eine Erneuerung der großen Allianz zwischen Rußland, Oesterreich und Frankreich vom Jahre 1756 gerichtet, wozu die Verwickelung des türkischen Kriegs den Anlaß geben sollte. Katharina ihrerseits empfand nicht die mindeste Neigung, auf diese Vorschläge einzugehen, am wenigsten jene feindselige Demonstration vorzunehmen: denn wofern sie ihre Truppen auch nur nach Polen vorrücken lasse, so werde der König sich dagegen in Bewegung setzen; sie versicherte — und wir wissen es, nicht ohne Grund — Friedrich werde sich neutral verhalten, wenn er nur nicht für Schlesien fürchten müsse.

---

1) ... nous pourrions ensemble partager nos forces, et si V. M. I. voulait laisser un corps d'armée de 40 à 50 mille hommes, soit sur les frontières de la Livonie vers la Prusse, soit même, ce qui serait bien préférable, déjà en quartiers le long de la Vistule et de la Varta en Pologne, qui menacerait le cœur des Etats du Roi et en même temps assurerait à V. M. I. la tranquillité de la Pologne et Lui en procurerait des subsistances pour Son armée, moi je pourrois rassambler le gros de mon armée en Bohème et en Moravie et agir encore avec 60 ou 80 mille hommes là où les intérêts communs l'exigeraient contre la Porte ... Arneth a. a. O. S. 171.

Wenn nun aber der orientalische Krieg ausbrach, und die übrigen europäischen Mächte, wie man unter den obwaltenden Umständen vielleicht erwarten durfte, sich ruhig verhielten, wenn dann Oesterreich und Rußland, wie man nicht bezweifelte, der Türkei Meister wurden: wie wollten sie sich dann gegenseitig einrichten? Man nahm in dem Sinne, der bisher obgewaltet hatte, die Sicherung der Grenzen durch kleine Erwerbungen in Aussicht. Die Russen verlangten die Bezirke von Oczakoff, Oesterreich die der Unna. Aber es war kein Irrthum, wenn man in Europa voraussetzte, daß die Absicht der Kaiserin weit über diese Schranken hinaus reiche. Ihr Plan hatte Angesichts der bevorstehenden Verwickelungen in diesem Augenblick eine festere Gestalt gewonnen. Die Kaiserin schlug die Errichtung zweier Reiche vor, eines griechischen Kaiserthums in Constantinopel für ihren Enkel Constantin mit vollkommener Unabhängigkeit von Rußland, und eines Reiches ebenfalls unter einem griechisch-gläubigen Fürsten, zu welchem Moldau, Wallachei und Bessarabien gehören sollten, unabhängig von den drei benachbarten Reichen. Man sieht, was zunächst das Letztere, die Errichtung eines neuen Daciens, für Oesterreich zu bedeuten gehabt hätte. Der Kaiser hat nun wohl den Gedanken nicht zu dem seinen gemacht, aber ihn doch auch nicht schlechthin verworfen. Er bemerkte, das werde alles von dem Glück und der Entscheidung der Waffen abhängen, vornehmlich auch von den Zugeständnissen, die man ihm dagegen mache. Man meinte, er werde Bosnien und Serbien für Oesterreich verlangen, allein um vieles umfassender und zum Ganzen treffender waren die Ansprüche, die er machte. Er forderte die Bezirke der Moldau und Wallachei bis an die Aluta, ferner Belgrad,

Orsowa, Widdin, zur Deckung von Ungarn. Er trug eine präcise Vorstellung von einem künftigen großen Oesterreich in sich, die denn immer den dortigen Staatsmännern als ein Ideal vorgeschwebt hat. Zugleich verlangte er das Gebiet der Drina und den Golf, in welchen sie mündet, sammt den benachbarten Inseln; denn er wünschte eine österreichische Seemacht zu bilden. Wie oft hatte ihn die Kaiserin auf Rom und im Allgemeinen auf Italien verwiesen. Wenn er nun nach seiner eigenthümlich auf das Reale gerichteten Natur, bei der damaligen Lage von Europa keine Anwandlung zu einem so hochfliegenden Ehrgeiz fühlte, so beschäftigte ihn dagegen der Gedanke, die venetianischen Gebiete zu erwerben, auf das ernstlichste. Er meinte, sie seien seinen Vorgängern im Kaiserthum und in Oesterreich in Augenblicken der Schwäche durch List und Gewalt abgewonnen worden: den Venetianern würde, was Recht ist, geschehen, wenn man sie ihnen entrisse; man könne diese Republik dagegen bei dem Gelingen der türkischen Unternehmung auf ihre alten Besitzungen Morea, Kandia, Cypern verweisen. Wir werden sogleich berühren, wie er auch in Deutschland seine Macht über das Donaugebiet auszudehnen gedachte. Von der Wiedereroberung von Schlesien war damals nicht die Rede; auch abgesehen hievon stand dem Kaiser noch ein weites Feld der Macht offen. Und so viel meinte er durch die Allianz mit Rußland allemal zu erreichen, daß Preußen der Aufrichtung eines erweiterten und ohne alle Rücksicht auf Verschiedenheit der Landesart einheitlich constituirten Oesterreichs nicht widerstreben könnte. Was Friedrich wohl gesagt haben würde, wenn ihm diese Pläne näher bekannt geworden wären. Aber sie blieben vor ihm in ein undurchdringliches Geheimniß gehüllt. Gegen die Errichtung eines orientalischen Reiches,

von dem etwas verlautete, hatte wenigstens einer seiner Minister nicht einmal viel einzuwenden gehabt. Denn auch unter dem Enkel der Kaiserin errichtet, werde es doch unausbleiblich die Tendenz haben, sich von Rußland und Oesterreich unabhängig zu machen: es werde allezeit einen natürlichen Alliirten von Preußen bilden. Die deutschen Fürsten hätten den Ausbruch eines türkischen Krieges sogar gern gesehen. Denn der Kaiser würde dadurch beschäftigt, seine Kräfte würden fürs erste geschwächt, sein Geld verbraucht worden sein: sie würden im Reich um so weniger zu besorgen gehabt haben.

Zu diesem Kriege ist es jedoch damals nicht gekommen: es war der Kaiser selbst, der davon Abstand nahm. Wenn er um sich sah, traten ihm die unermeßlichen Schwierigkeiten entgegen, in die er sich, zumal da die Kaiserin auf seine Vorschläge in Bezug auf andere Mächte nicht eingegangen war, verwickeln würde. Die Allianz mit Frankreich, welche die Grundlage der österreichischen Politik überhaupt bildete, konnte doch nicht im Widerspruch mit den augenscheinlichen Interessen der Franzosen in der Türkei und im Orient behauptet werden. Nie hätten die bourbonischen Mächte eine russische Seemacht, wovon viel die Rede war, in dem Mittelmeer eine Rolle spielen lassen. Man mußte besorgen, Frankreich, dessen auswärtige Angelegenheiten ein Minister leitete, der nicht österreichisch gesinnt war, Vergennes, zu feindlichen Maßregeln zu reizen, vielleicht sogar zu einem Bündniß mit Preußen zu veranlassen [1]. Dann aber würde der verhaßte Nachbar eher noch mächtiger

1) Daß französische Erklärungen in diesem Sinne dem Kaiser zugegangen sind, ergiebt sich aus einem Schreiben Katharina's im Frühjahr 1783.

geworden sein. Daß die Kaiserin seine auf eine Beschränkung und Bedrohung Preußens gerichteten Vorschläge von der Hand wies, hat der Kaiser doch sehr unangenehm empfunden. Er beschwert sich, daß sie auf seine Stellung den übrigen Mächten gegenüber so wenig Rücksicht nehme. Er sagte wohl, sie wolle ihn „dupiren"; er aber werde sich nicht dazu hergeben [1]. In dieser Stimmung hat er im Februar 1783 einen Brief an die Kaiserin entworfen, der das so sorgsam eingeleitete gute Verständniß vielleicht zerstört haben würde, wenn er abgegangen wäre. Kaunitz erschrak, als ihm derselbe mitgetheilt wurde. Auf den Rath des Ministers entschloß sich Joseph, die anstößigen Stellen wegzulassen oder zu ändern. Aber auch so, wie er abging, steht er im Widerspruch mit der Politik Katharina's. Der Kaiser sagte ihr, seine Verpflichtung beziehe sich nur auf den Fall, daß sie von den Türken genöthigt werde, den Krieg zu unternehmen: davon aber sei nicht die Rede: ein Jahr verändere viel in der Aussicht und Probabilität glücklicher Erfolge. Jetzt seien die Umstände vollkommen andere geworden [2].

Ihrerseits zeigte sich nun auch die Kaiserin betroffen und verstimmt. Sie erwiederte: von unbeschränktem Vertrauen erfüllt, habe sie sich an den Kaiser gewendet; sie habe gemeint, wie Cäsar werde er zwischen dem Ergreifen eines Vorhabens und der Ausführung desselben keinen Zwischenraum kennen;

1) Arneth, Vorrede XXI.

2) Elle sait si bien se mettre à la place des autres, que je puis hardiment supposer, qu' Elle trouvera mes demandes, en les examinant mûrement, uniquement nécessaires ou conformes à ma situation locale ... Brief Josephs an Katharina vom 25. Febr. 1783. Arneth a. a. O. S. 189.

bei einem Vorhaben namentlich, das so groß, nützlich und des Kaisers würdig sei. Aber ohne Oesterreich konnte sie nicht an die Ausführung des großen Unternehmens denken: das orientalische Project war kaum gefaßt, so fiel es wieder zu Boden. Ich weiß nicht, ob das der Kaiserin viel Kummer verursacht haben wird. Indem sie davon abstand, ergriff sie mit rascher Fassung den Augenblick, um ein anderes Vorhaben, an dem ihr das Meiste liegen mußte, durchzuführen. Von dem fortdauernden Conflict nahm sie Veranlassung zu dem Entschlusse, in den tartarischen Angelegenheiten eigenmächtig Verfügung zu treffen. Dem Kaiser sagte sie: da die großen Entwürfe, die sie ihm vorgeschlagen, sich jetzt nicht ausführen lassen würden, so rathe ihr die Klugheit, sich auf ein kleineres Unternehmen zu beschränken, das weniger Widerstand finden werde. Es war der doch auch überaus umfassende Plan, sich der Krim und des Kuban unmittelbar selbst zu bemächtigen: dazu, sagte sie, würden ihre eigenen Kräfte hinreichen. Daß der verjagte und wiederhergestellte Khan durch eine neue Volksbewegung genöthigt wurde zu fliehen und dann seine Rechte auf die Kaiserin selbst übertrug — sie behauptet, ohne ihr Vorwissen oder das Zuthun eines der Ihren — bildete immer ein Moment, obwohl nicht gerade das wesentliche. Ohne Widerstand nahm sie die Halbinsel und die angrenzenden Bezirke in Besitz und ließ sich huldigen.

War nun aber nicht auch dies eine Handlung, über welche der Krieg ausbrechen konnte? Denn in Constantinopel wachte die populäre Bewegung aufs neue auf; sie wurde genährt durch die Ankunft der Mursen, welche, um der Herrschaft der Russen nicht unterworfen zu werden, dahin ausgewandert waren. Am Bosporus machte man kriegerische

Anstalten: der Großwesir verfügte sich in Person dahin. Die Türken hielten sich für stark genug, um von einem ersten Anlauf nicht erdrückt zu werden, und indessen die Theilnahme der europäischen Mächte zu gewinnen. Sie zählten dabei auf ihren zuverlässigsten und waffenmächtigsten Freund, den König von Preußen. Friedrich ließ sie wissen, ohne Frankreich könne er in dieser Sache nichts thun. Die Franzosen aber, in der Hauptsache einverstanden mit Friedrich, waren doch nicht gemeint, den Tartaren zu Liebe das Schwert zu ziehen: die Nachwehen des eben bestandenen Krieges machten sie bedenklich, einen neuen zu unternehmen. In der Besitznahme der Krim durch die Russen sahen sie doch kein sie sehr nahe berührendes Interesse. Es war ihnen genug, den Kaiser, der die Absicht kund gab, zugleich auch seiner Seits eine türkische Provinz als Pfand der Ausgleichung in Besitz zu nehmen [1], durch die ernstlichsten Vorstellungen der daraus für den allgemeinen Frieden zu erwartenden Gefahren, davon zurückzuhalten. Joseph empfand es, daß Rußland nun doch eine Erwerbung machen solle, ohne daß eine entsprechende für ihn selber sich daran knüpfe. Aber sollte er sich nun der Kaiserin widersetzen? Er würde dadurch seine neue Allianz verloren haben. Er trug, wie es scheint, nicht lange Bedenken. Auf die Benachrichtigung der Kaiserin wünschte er ihr Glück zu ihrer Erwerbung und versprach ihr seine guten Dienste, um die Türken zur Nachgiebigkeit zu vermögen. Von den eigenen Ansprüchen hielt er hauptsächlich nur die aufrecht, welche sich auf den Handel bezogen; übrigens unterstützte er die Forde-

1) So versichert eine von Vergennes an Ludwig XVI gerichtete Denkschrift.

rungen der Kaiserin mit dem vollen Gewicht, welches Oesterreich immer in Constantinopel ausgeübt hat. Wer weiß nicht, daß man das dem Kaiser als eine aller gesunden Politik widerstrebende Nachgiebigkeit oftmals zu einem schweren Vorwurf gemacht hat. Ueber die Motive, die ihn dabei leiteten, hat er sich später einmal selbst ausgesprochen. Das eine liegt in seiner Stellung gegen die Türken selbst, in welcher er der russischen Hülfe nicht entbehren zu können meinte. In dem Machtverhältniß jener Zeit, bei dem man allerdings erwarten konnte, daß Oesterreich und Rußland die Türkei durch einen vereinigten Angriff niederwerfen würden, hatte doch jede dieser Mächte allein die osmanischen Streitkräfte zu fürchten. Der Kaiser zog in Betracht, daß er um so sicherer vor denselben sein werde, wenn das ihm verbündete Rußland die Krim inne habe und von daher Constantinopel bedrohe. Der andere seiner Beweggründe war vielleicht noch dringender. Seine Nachgiebigkeit in diesem Punkt war das entscheidende Mittel, Rußland von Preußen zu trennen [1]. Schon aus seinen damaligen Aeußerungen erkennt man diese Intention. Indem er der Kaiserin bemerkte, daß es ihr nicht entgehen werde, welche Dienste er das Glück habe ihr leisten zu können, fügte er hinzu, in Folge ihrer Versprechungen rechne er auf ein gleichmäßiges Betragen von ihrer Seite, wenn sich eine Gelegenheit dazu darbiete [2]. Sie gab ihm das bestimmte Versprechen (9. Juni 1783), wenn die Besitzergreifung der Krim, der

1) la certitude, de détacher la cour de Petersbourg de celle de Berlin et d'ôter à celle-ci un allié puissant. So sagte er dem französischen Gesandten Grafen Segur i. J. 1787. Mémoires de Ségur III, 209.

2) Brief Josephs vom 19. Mai; Arneth a. a. O. S. 205.

Insel Taman und des Kuban ohne Krieg zum Ziele geführt werde, so werde sie nie vergessen, wer es sei, dem sie dies vor allen Andern verdanke: sie kenne die Denkweise ihres Alliirten in Bezug auf seine eigenen Interessen. „Ich bin sehr bereit", sagt sie, „zu seiner Zeit mit besten Kräften für dieselben mitzuwirken" [1].

Noch immer hoffte die Pforte, daß ihr Frankreich und Preußen in ihrer Bedrängniß zu Hülfe kommen würden. Allein, da der Kaiser nichts für sich selber forderte, so fiel der unmittelbare Grund für diese Mächte, sich zu regen, hinweg. Sehr eigenthümlich ist die Stellung, die der Kaiser nun einnahm. Indem er durch einen Act von Uneigennützigkeit die Mächte abhielt, sich in die Sache zu mischen, machte sein Internuntius in Constantinopel, Herbert, mit dem russischen Gesandten gemeinschaftliche Sache. Dieser — es ist Bulgakoff — konnte am Ende des Jahres der Pforte die Frage vorlegen, ob sie gegen die Besitznahme der Krim etwas einzuwenden habe? Um den falschen Vorstellungen hierüber bei andern Höfen ein Ende zu machen, drang er auf eine kategorische Erklärung in bestimmter Frist.

Auch in der Türkei ist nicht selten ein Gegensatz zwischen dem Staat und dem Palast, dem Divan und dem Serail zu bemerken gewesen. Noch immer dachten auch damals die

1) Brief Katharina's vom 9. Juni 1783 ... si la prise de possession de la Crimée, de l'île de Taman et du Couban se termine sans guerre, je ne pourrais jamais méconnaitre, à qui j'en aurai la plus grande obligation. Instruite de la façon de penser de mon allié relativement aux propres intérêts de Sa monarchie, je suis très-disposée à y concourir de mon mieux en temps et lieu ... Arneth a. a. O. S. 205.

höheren Staatsbeamten, jede Concession zu verweigern: besonders der Kapudan Pascha war dieser Meinung. Allein im Serail wollte man die Gefahren eines russischen Krieges und zwar zu Gunsten der Tartaren, die es nicht werth seien, nicht über sich hereinziehen. Wir hören, der Kapudan Pascha sei bedeutet worden, ein längerer Widerstand könne ihm seinen Kopf kosten. Hierauf kam es am 8. Jan. 1784 zur Abfassung eines Senneth, in welchem alle alten Friedensverträge zwischen Rußland und der Türkei erneuert wurden, mit Ausnahme der Artikel, die sich auf die Verhältnisse der Krim bezogen, die fortan keine Gültigkeit haben sollten. Einer eigentlichen Abtretung zu gedenken, wurde vermieden; der Kuban sollte fortan die russischen Tartaren von den türkisch gebliebenen scheiden [1].

Eine Erwerbung von universaler Bedeutung für die Weltstellung Rußlands, historisch geographisch politisch von gleicher Wichtigkeit, — welche rückgängig zu machen, den europäischen Mächten ihre vornehmste Aufgabe schien, als sie sich siebzig Jahre später zur Aufrechthaltung der Pforte gegen Rußland ernstlich regten; — damals war sie gelungen, weil die großen Westmächte, die eben die Waffen aus der Hand legten, mit ihren inneren Angelegenheiten so beschäftigt waren, daß sie vor einer äußeren Verwickelung, die zu einem Krieg hätte führen können, zurückschraken. Dem momentanen Weltverhältniß entsprach es, wenn Oesterreich die Sache förderte,

1) Der Vergleich vom 28. Dezember alten Styles, auch von dem Kapudani Derjha Hassan Pascha unterzeichnet, ist (aus dem preußischen Archiv) von Zinkeisen, Osmanische Geschichte VI, 934 mitgetheilt worden.

ohne selbst Ansprüche zu machen. Dann konnte auch Preußen, ohnehin davon nicht unmittelbar berührt, ruhig bleiben.

Jene halbphantastischen Pläne der Kaiserin hatten zu einem sehr realen Gewinn geführt: ohne Blutvergießen, durch eine bloße Truppenbewegung, in Folge einer geschickten Benutzung der politischen Verhältnisse.

Daß es dabei ohne weiteren Kampf sein Verbleiben haben würde, ließ sich freilich nicht erwarten.

Von Anfang an glaubte Niemand, daß Oesterreich eingewilligt hätte, ohne eine Gegenforderung zu machen. In jener Denkschrift von Vergennes[1] wird die Frage erwogen, was der Kaiser nunmehr mit Hülfe der Russen zu erreichen denke, wohin seine Absicht gerichtet sein könne, ob gegen Preußen oder Sardinien, oder vielleicht auch darauf, Neapel von den übrigen bourbonischen Höfen zu trennen.

Joseph und Kaunitz, die in dem Momente, daß die Convention in Constantinopel zum Vortheil Rußlands getroffen wurde, darüber zu Rathe gingen, was nun zu Gunsten Oesterreichs gefordert werden solle, hatten ihr Augenmerk nach einer andern Seite gerichtet.

Nicht eben gern hatte sich Oesterreich nach dem Krieg über die spanische Erbfolge in die politische Nothwendigkeit gefunden, die katholischen Niederlande als Bestandtheil seiner Macht anzunehmen. Schon längst hätte es sich ihrer lieber entledigt. Wir werden sogleich darauf zu reden kommen, wie sehr sich das monarchische Gefühl Josephs II gegen die Beschränkungen sträubte, die ihm die alten Tractate auferlegten.

---

1) 20. Mai 1784. Favier, Politique de tous les cabinets (ed. Ségur) II, 197.

Zur Gesammtmacht von Oesterreich im Sinne des modernen Staats trug es wenig bei, daß die Niederlande österreichisch waren.

Dagegen war das größte Interesse der Gesammtmacht und der Ehrgeiz des Hauses von jeher dahin gegangen, die bairischen Gebiete mit den österreichischen zu vereinigen. Die Idee eines Austausches der Niederlande gegen Baiern war schon vor ein paar Jahren gefaßt, man war an ihrer Durchführung nur durch Preußen, das damals von Rußland unterstützt wurde, gehindert worden. Was konnte nun mehr dazu beitragen, diese Sache definitiv ins Werk zu setzen, als der große Umschlag der Politik, der in der mit Rußland eingegangenen Allianz lag? Die der russischen Kaiserin erwiesenen Dienste, welche dieselbe unter Ausdrücken, die eine sehr umfassende Deutung zuließen, anerkannte und zu erwiedern sich bereit erklärte, gaben Anlaß, ohne Zeitverlust zur Sache zu schreiten.

Die allgemeinen Gesichtspunkte, die hiebei vorwalteten, ergeben sich mit voller Sicherheit und Deutlichkeit aus einer Denkschrift des Staatskanzlers an den Kaiser. Er bemerkt darin vor allem, daß der Besitz der Niederlande die Monarchie in Abhängigkeit von Frankreich bringe: man könne sie gegen Frankreich niemals vertheidigen, so lange das Herz der Monarchie den Angriffen der preußischen Macht ausgesetzt bleibe: würde Oesterreich etwas unternehmen, wodurch es sich zugleich Preußen und Frankreich auf den Hals ziehe, so bleibe ihm nichts übrig, als die Niederlande mit allen ihren Einkünften und Hülfsquellen den Franzosen zu überlassen. Gleichwohl, fährt er fort, gehöre der Besitz der Niederlande nicht etwa dazu, um eine Allianz mit Frankreich aufrecht zu erhalten:

diese habe im J. 1756 ihren Ursprung in der Idee gehabt, daß Oesterreich freie Hand gegen Preußen, Frankreich freie Hand gegen England haben solle. Und selbst, wenn es der Fall wäre, daß man dies Bündniß aufgeben müsse, so würde das nicht viel zu bedeuten haben. Dagegen aber würde die Erwerbung von Baiern gegen den Hauptfeind, Preußen, von unschätzbarem Nutzen sein. Der Kaiser selbst habe gesagt, der Besitz von Baiern sei vielleicht das einzige Mittel, um einmal die preußische Macht niederzuwerfen[1]: er würde besonders dann unschätzbar sein, wenn Ansbach und Baireuth mit Preußen verbunden würden, was ja bevorstehe. Und in welche Lage würde Oesterreich kommen, wenn andererseits auch der Churfürst von Baiern in Abhängigkeit von Preußen geriethe. Ueberdies aber: man setze sich durch die Erwerbung von Baiern auch mit den österreichischen Provinzen in Italien in eine Verbindung, die den Besitz derselben weniger zweifelhaft mache[2].

Die Gründe sind auf dem österreichischen Standpunkt so einleuchtend und schlagend, daß der Kaiser, man kann nicht sagen, auf den Gedanken einging — denn er hegte ihn schon — aber in dem Vorhaben, ihn ins Werk zu setzen, mächtig bestärkt wurde. Durch eine vorläufige Auskunft, die der kaiserliche Gesandte in Baiern gab, hielt man sich überzeugt, daß man dort keinen Widerstand finden werde, und legte nun sogleich Hand daran, die Kaiserin von Rußland für den Plan zu gewinnen. Denn darauf kam alles an. In einem Schreiben, das zwischen Kaunitz und

1) Worte Josephs: que c'est peut-être le seul moyen, qui puisse mettre la Monarchie dans le cas de pouvoir compter un jour d'abaisser la puissance Prussienne.

2) Referat von Kaunitz v. 7. April.

dem Kaiser verabredet wurde (13. Mai 1784), stellte dieser der Kaiserin den Austauschsplan, durch den er Baiern, die Oberpfalz und zugleich Salzburg zu erwerben hoffte, unumwunden dar; indem er sie über das Nähere desselben auf die Erläuterungen verwies, die sein Gesandter ihr geben werde, hob er selbst hervor, daß er dadurch allein in den Stand komme, ihr mit aller seiner Macht Dienste zu leisten. Es ist das Vorhaben gegen die Türkei, an das er anknüpft: denn Frankreich habe bei den letzten Unterhandlungen bewiesen, wie viel ihm an der Erhaltung der Pforte gelegen sei: ihr aber im Widerspruch mit Frankreich Hülfe zu leisten, würde die gegenwärtige Lage seiner Staaten, namentlich der Besitz der Niederlande, unmöglich machen. Auch der Vortheile gedenkt der Kaiser, die er dann den Freunden der Kaiserin in Deutschland werde verschaffen können. Hauptsächlich aber bezieht er sich auf ihre Freundschaft und die Zusicherungen, die sie ihm für künftig vorkommende Fälle so oft gegeben habe [1].

---

1) Der Brief ist vor Kurzem in der Sammlung von Arneth bekannt gemacht worden. Die Vergleichung desselben mit dem in dem kaiserlichen Archiv noch vorhandenen Entwurf bietet nun aber Gelegenheit zu einigen Bemerkungen, die auf das Innere der Verhandlungen Licht werfen. Gleich diese letzte Clausel pour tous les évènements possibles fehlt in dem Entwurf und ist erst später hinzugefügt worden, wie es denn darauf sehr ankam. Ferner war in dem Entwurf zugleich von dem Eintausch von Berchtesgaden die Rede, was man wegließ, um nicht zu viel zu häufen. Ursprünglich war jedoch der Entwurf noch etwas demüthiger gefaßt. Es hieß darin: der Kaiser wage es, ihr einen Gedanken vorzutragen, den er oft bekämpft habe, der aber der einzige sei, um die Verbindung zwischen Rußland und Oesterreich zu verewigen.... je croirais en même temps manquer à la juste confiance... si je n'osois pas par ce courier Lui confier une idée.... que j'ai toujours combattue, mais qui est la seule propre à l'éterniser.

Und noch merkwürdiger ist nun das ausführliche Schreiben, in welchem Kaunitz dem Gesandten in Petersburg die Erläuterungen angiebt, die er der Kaiserin vorzulegen habe. Er bezieht sich auf den Wettstreit der intimen Freundschaft und der vertrauensvollsten Empfindungen, der zwischen beiden Souveränen obwalte. Ganz so verhielt es sich, wie wir wissen, wohl nicht; denn jeder von beiden hielt an seinen eigenen Gesichtspunkten fest. Aber in der letzten osmanischen Verwickelung war doch in der That eine seltene Hingebung Oesterreichs gegen Rußland zum Vorschein gekommen. Kaunitz bezeichnet das Vorhaben als eine Angelegenheit, deren glückliche Berichtigung den Fundamentalinteressen beider Höfe gleich vortheilhaft sein werde. Er macht dann kein Hehl daraus, daß man früher von dieser Idee deshalb abgestanden sei, weil die Verbindung des russischen Hofes mit Preußen es erheischt habe: jetzt aber sei der preußische Einfluß in Petersburg beseitigt: zwischen den beiden kaiserlichen Majestäten bestehe die aufrichtigste Herzensfreundschaft, deren Früchte die Kaiserin, nachdem sie schon begonnen sich ihrer zu erfreuen, vollkommen einbringen werde, wenn sie den gemachten Entwurf begünstige. So lange das Herz der Monarchie von Preußen bedroht, und Frankreich im Stande sei, sich der Niederlande zu bemächtigen und Mailand in Verbindung mit Sardinien und Spanien zu bedrohen, könne von Oesterreich keine nachdrückliche Hülfe gegen die Osmanen erwartet werden. Um dem abzuhelfen, gebe es kein anderes Mittel, als „den Austausch der sämmtlichen Niederlande gegen ganz Baiern und einige nächst angrenzende Besitzungen, nämlich das Salzburgische und das kleine Berchtesgadensche Gebiet.“ Denn dadurch würde sich Oesterreich von seiner Abhängigkeit

von Frankreich loswickeln und in eine solidere Verbindung mit seinen italienischen Staaten kommen, um sie in Kriegszeiten zu schützen. Er führt dann aus, daß er es damit nicht auf Vergrößerung des Erzhauses abgesehen habe: denn der Kaiser werde in ökonomischer Beziehung eher verlieren als gewinnen: auch dem Frieden von Teschen trete man dabei nicht zu nahe. Das wahre Motiv für den Kaiser liege darin, daß er um so mehr das gemeinschaftliche Beste der beiden kaiserlichen Höfe befördern könne, je mehr er sich jener Fesseln entschlage, die seinem guten Willen bisher Hindernisse in den Weg gelegt hätten. Wie in dem Briefe, so wird auch in den Weisungen an den Gesandten die tiefste Geheimhaltung des Vorhabens anempfohlen: gewiß werde es von Frankreich und vorzüglich von Preußen ungern gesehen werden: bei dem durchaus legalen und regelmäßigen Benehmen von Oesterreich fürchte man keine Feindseligkeiten von ihnen: sollten deren aber dennoch eintreten, so möge der Gesandte im Namen des Kaisers die Versicherung begehren, daß alsdann Ihre Russische Kaiserliche Majestät dem Kaiser mit aller ihrer Macht Beistand leisten wolle [1].

Man sieht die kaum zu ermessende Tragweite dieses Vorhabens. Indem Oesterreich alle Kräfte in seinem Innern zur Möglichkeit einer einheitlichen Action sammelte, suchte

1) „Nachdem jedoch dieses zwar nicht unter die wahrscheinlichen, dennoch aber möglichen Dinge gehört, so haben Euer ꝛc. im Allerhöchsten Namen um die förmliche und feyerliche Versicherung anzulangen, daß Ihre Russische Kaiserliche Majestät in erwähntem Falle einer offenbar ungerechten Aggression den casum foederis anerkennen und mit Ihrer ganzen Macht Seiner Kaiserlichen Majestät Beistand leisten wollen und werden.“

es sich der Niederlande, die seine Politik irren können, zu entledigen, dafür aber die nächstgelegenen Landschaften, die seinem Gebiete Abrundung und Sicherheit gewähren sollten, auf immer an sich zu bringen. Es würde dann von aller Rücksicht auf Frankreich entbunden sein und in den Stand kommen, Preußen zurückzudrängen. Dann konnte man die orientalischen Pläne aufs neue aufnehmen, durch deren Ausführung Oesterreich zu einer geographischen und militärischen Stellung in dem mittleren Europa gelangt wäre, welche ihm das Uebergewicht über alle andern Nachbarn verschafft hätte; gegen jede Verhinderung derselben, die man hauptsächlich von Preußen erwartet, soll Rußland und Oesterreich mit vereinter Macht in die Waffen treten und sie niederkämpfen. Ungeheure Entwürfe, bei denen es selbst einem österreichischen Patrioten schwindeln konnte; das zunächst Vorliegende schien aber auch einem so erfahrenen Politiker, wie der Staatskanzler, ausführbar. Kaunitz sagte dem Kaiser, wenn er den Gedanken des Austausches nicht aufgeben wolle — was Gott verhüten möge, — so sei der gegenwärtige Moment von allen, die möglich seien, ohne Zweifel der günstigste[1]. Und wirklich gab die Kaiserin eine sehr eingehende Antwort. Sie bemerkt den Vortheil, der auch ihrem Reiche aus einer Stellung von Oesterreich, durch die es zu einer leichteren Bewegung fähig werde, erwachsen könne. Sie erneuert den Ausdruck der Dankbarkeit für die ihr in Constantinopel erwiesenen Dienste und versichert ihre Bereitwilligkeit, dagegen zum Erfolg der Entwürfe des Kaisers nach bestem Wissen beizutragen.

1) 4. April.... Il est certain, qu'à moins que V. M. ne juge pas devoir l'abandonner — qu'à Dieu ne plaise — le moment présent est sans doute le plus favorable des possibles.

Neuntes Capitel.

Aufenthalt des Kaisers in Italien; Verhandlung in München.

Als diese Pläne gefaßt wurden, kam der Kaiser eben aus Italien zurück. Er war selbst nach Rom gegangen, um die Irrungen, welche über die Ernennung geistlicher Würdenträger in der Lombardei, namentlich eines Erzbischofs in Mailand, zwischen ihm und dem päpstlichen Stuhle ausgebrochen waren, zu beseitigen. Kaunitz besorgte, daß der Kaiser von den der Souveränetät inhärirenden Rechten zu viel nachgeben möchte. Aber dieser ging mit großer Vorsicht zu Werke. Man vereinigte sich zuletzt zu einer Formel, bei welcher jeder Theil sich seine Ansprüche als vorbehalten denken konnte [1]. Fürs erste blieb der Kaiser, der in Bezug auf die Worte nachgiebig war, doch im Besitz der Befugniß; und einen nicht geringen Vortheil nach den verschiedensten Seiten hin gewährte es ihm, mit dem Papst wieder gut zu stehen.

---

1) Aus dem Schreiben des Kaisers vom 20. Jan. 1784. Je crois que cette convention ne déroge rien d'essentiel au principe, que j'avais avancé, étant nullement question du droit du pape dans la nomination qu'il exerçait, mais seulement de l'usage dans lequel il était d'en jouir. Man brauchte die Formel vigore constitutionis amicabilis. Kaunitz war nicht damit zufrieden. Nach ihm sollte es einfach heißen ad nominationem augustissimi.

Joseph fühlte sich überhaupt zufrieden in Italien, wo das Haus Oesterreich dem Hause Bourbon zur Seite ein vorwaltende dynastische Stellung einnahm. „Meine Reise", schreibt er der Kaiserin Katharina, „ist sehr glücklich gewesen, meine Gesundheit vollkommen. Ich habe das Vergnügen gehabt, meine ganze Familie wiederzusehen, die dort eingerichtet ist: ich zähle da 28 Neffen und Nichten. Mein Bruder, der Großherzog, mit dem ich mich auseinandergesetzt habe, wird mir demnächst seinen ältesten Sohn nach Wien schicken, wo er unter meinen Augen erzogen werden soll. Ich belade mich da mit einer nicht geringen Last; aber ich bin ohne andere Rücksicht, als die auf die Wohlfahrt meines Vaterlandes." Der Neffe, den er aus Toskana zu sich berief, ist der spätere Kaiser Franz II. Von dem, meinte man, der Kaiser habe ihn im Sinne — nicht den Vater, seinen Bruder Leopold, — wenn er von der Wahl eines römischen Königs spreche. Ein Brief liegt vor, in welchem Joseph den wohlbekannten, überaus geschickten und talentvollen Historiker, Hofrath Schmidt, zum Lehrer des jungen Mannes in der deutschen Geschichte bestimmte: er werde von Carl dem Großen anzufangen und über die folgenden Zeiten dem jungen Manne den ersten Unterricht zu geben haben.

Auch von dem Zustand in der Lombardei war er sehr befriedigt. Man konnte daran denken, die Erträge der Provinz zum Theil in die Centralkasse zu ziehen. Kaunitz machte ihm bemerklich, daß er das den von langer Hand her getroffenen Einrichtungen danke.

Ein sehr eigenthümliches Verhältniß überhaupt zwischen dem Herrn und dem Diener, dem Kaiser und seinem Minister. Der Kaiser immer thätig, in fortwährender Bewegung, glück-

Es war die jüngere Linie des Hauses Wittelsbach, welche im J. 1777 ausstarb: die mit so großen Anstrengungen erworbene bairische Churwürde erlosch mit derselben. Die pfälzische Chur, das Erbtheil der älteren Linie, absorbirte die bairische, die im Gegensatz mit ihr gegründet worden war. In Baiern, wo sich in Verbindung mit der angestammten Dynastie eine eigenthümliche Politik nach innen und außen gebildet hatte, konnte es unmöglich gefallen, daß diese nunmehr hinter eine andere, ihrerseits ebenfalls eigenthümlich entwickelte, zurücktreten sollte. Ein Mißverhältniß war hiebei unvermeidlich.

Nun folgte aber nicht etwa jener Stamm der pfälzischen Churfürsten, der sich durch den hohen Eifer, mit dem er den Protestantismus vertheidigte, einen großen Namen in der Welt gemacht hatte; dieser war längst abgegangen, und das inmitten der religiösen Kämpfe zum Katholicismus zurückgetretene Haus Neuburg war ihm gefolgt, und diesem wieder, vor fünfzig Jahren, das Haus Sulzbach, welchem Carl Theodor angehörte. Von mütterlicher Seite her war er ein Enkel der Arenberg [1]; in der Nähe von Brüssel geboren, wohin seine frühesten Jugenderinnerungen reichten. Die spätern Jugendjahre verlebte er in Mannheim, das eben im Gegensatz mit dem protestantischen Heidelberg zur Hofstatt erkoren, zu einer gewissen Blüthe emporkam, die er dann, als er zur Regierung gelangte, mit allem Eifer förderte. Seine Politik machte sich in dem Zwiespalt der Interessen, welcher Deutschland und Europa in Bewegung hielt, durch eigenthümliche

---

1) Seine Mutter Marie Anne de la Tour d'Auvergne war die Tochter von Marie Anna von Arenberg, der einzigen Tochter des Herzog Carl Philipp Franz von Arenberg.

Gesichtspunkte und zähes Festhalten derselben zuweilen auf unerwartete Weise bemerkbar. Die französischen Minister sagten wohl, unter den deutschen Höfen mache ihnen der Hof zu Mannheim das Meiste zu schaffen. Uebrigens setzte Carl Theodor seinen Ehrgeiz in die Pflege der Kunst und der Literatur, die er dann, ein verspäteter Nachahmer Ludwigs XIV, mit dem Pomp des katholischen Gottesdienstes verband; sein Ideal war eine gebildete, glänzende, selbst durch Sitte nicht gebundene, egoistische Fürstlichkeit: er wünschte vor allen Dingen das Leben zu genießen; sein jesuitischer Beichtvater ließ ihm darin volle Freiheit. Für die strengere, verständige, provinciell patriotische Richtung, die unter seinem Vorgänger in München geherrscht hatte, wohnte ihm kein Mitgefühl bei: er ließ vielmehr, als er dort seinen Hof aufschlug, die ungefügigsten Repräsentanten derselben seine schwere Hand empfinden. Er war und blieb ein Fremder in Baiern, fühlte das wohl und gab es wieder zu empfinden.

Da auch Carl Theodor keine legitimen Kinder hatte, so wandten sich die Sympathien der Baiern auf den zur dereinstigen Nachfolge berufenen Zweig von Pfalz-Zweibrücken, der damals durch den erwähnten Herzog Carl von Zweibrücken und dessen jüngeren Bruder Maximilian, der fürs erste noch zurücktrat, repräsentirt wurde. Wie zu erwarten, zwischen dem Churfürsten und der jüngeren Linie gab es kein gutes Verständniß. Der Herzog von Zweibrücken machte auf eine Apanage Anspruch, die ihm ein anständiges Auskommen seinen Aussichten gemäß gewähren solle. Der Churfürst versagte ihm eine solche mit Hartnäckigkeit: denn wie wenig sei seinem Vater und ihm selbst in früheren Zeiten zu Theil geworden: um vieles besser sei der Herzog bereits gestellt, und

was man ihm gäbe, wäre doch weggeworfen: er würde es nur auf Pferde und Hunde verwenden. Der französische Gesandte, der einmal zu Gunsten des Herzogs das Wort nahm, wurde mit Heftigkeit zurückgewiesen, worauf der österreichische Landcommenthur von Lehrbach für rathsam hielt, diese Saite niemals zu berühren, weil es nur dazu dienen würde, den Churfürsten dem kaiserlichen Hofe zu entfremden. Wenn sich der König von Preußen des Herzogs annahm, so hatte das eher einen für diesen nachtheiligen Erfolg. Denn dem König, dem Carl Theodor die Behauptung des Landes hauptsächlich verdankte, fühlte sich derselbe doch nicht verpflichtet dafür. Der preußische Gesandte am Reichstag klagt unaufhörlich, daß dort am Hofe ein entgegengesetztes Interesse vorwalte, das alle Tage stärker werde.

Das Land wurde zunächst durch die Intention des Churfürsten, eine Zunge des Malthefer Ordens für Baiern zu gründen, in Bewegung gesetzt. Sie sollte dem Adel zu Statten kommen und auf die entbehrlichen Ueberschüsse namentlich der Klöster in Baiern, die sogenannten superflua, gegründet werden. Da hiezu die besondere Gunst des Papstes nothwendig war, so suchte man sich mit Rom in das beste Verhältniß zu setzen. Die bairischen Klöster fürchteten nichts mehr, als die Vereinigung der päpstlichen und landesfürstlichen Gewalt zu ihrem Nachtheil. In dem ganzen Lande war man gegen die neue Stiftung: der Herzog von Zweibrücken protestirte. Man zweifelte nicht, daß doch alles darauf abgesehen sei, dem ältesten der natürlichen Söhne des Churfürsten, Bretzenheim, damit eine ausgezeichnete und sichere Stellung zu machen. Nachdem der römische Hof eingewilligt, wurde derselbe in der That zum Großprior der neuen Malthefer Zunge erhoben. Man miß-

billigte besonders, daß die eingezogenen Besitzthümer der Jesuiten, die zu Unterrichtszwecken bestimmt worden waren, dem neuen Orden gewidmet, fortan dem Müßiggang und einer unnützen Pracht dienen sollten. Die Regierung des Churfürsten hatte eine streng katholische Außenseite; und so schien es wohl, als habe er nur die Fortdauer des Katholicismus im Lande im Auge, wenn er von dem Herzog von Zweibrücken eine Assecuration des religiösen Zustandes verlangte: denn dieser, obwohl katholisch, sei doch von protestantischen Räthen umgeben und zeige Hinneigungen zu einer Abweichung. Herzog Carl lehnte es nicht geradezu ab; als er aber dabei seinen Anspruch auf eine bessere Apanagirung erneuerte, ließ der Churfürst vernehmen, mit Geld wolle er die Kirchlichkeit desselben nicht erkaufen, zumal da er sein Wort wahrscheinlich doch nicht halte. Die Katholicität Carl Theodors bewegte sich nicht in den gewohnten Formen. Er war ein Gegner des geistlichen Fürstenthums überhaupt und nicht übel der Meinung, dem Beispiele Josephs zu folgen und auch in Baiern die Einwirkungen der benachbarten Diöcesane auszuschließen, eine besondere, Baiern ausschließlich umfassende bischöfliche Verfassung zu gründen. Dabei war er jedoch entfernt davon, sich auch von dem Stuhle zu Rom abzuwenden, dessen er vielmehr auf das dringendste bedurfte, und von dem er sich einen besonderen Nuntius ausbat. In der innern Verwaltung wurden die Maximen verlassen, durch welche unter dem letzten Fürsten das Land gehoben und mit den Tendenzen der Zeit in einen gewissen Einklang gebracht worden war. Von einem der bedeutendsten Repräsentanten dieser Richtung, der ein allgemeines Ansehen genoß und noch in Diensten war, Freiherr von Kreitmayr, wollte man wissen, in den Rathssitzungen, denen er beiwohne,

vermeide er es zu sprechen: er zucke die Achseln und lasse ein Lächeln blicken: er scheine es beinahe gern zu sehen, wenn von den ihm verhaßten und fast verächtlichen Collegen Dinge unternommen wurden, welche einen unangenehmen Ausgang nehmen mußten. Von dem Churfürsten wußte man, daß er ungern in München lebe; seine Tage wurden ihm durch das Widerstreben der patriotischen Faction gegen jeden Schritt, den er that, verbittert. Aber auch für die Pfalz war er nicht mehr sehr eingenommen: da waren ihm in Mannheim die Grenzen seines Gebietes zu enge, seine Gemahlin, die von ihm geschieden lebte, zu nahe. Die Pfälzer waren ihm gleichgültig geworden, die Baiern schien er zu hassen.

Unter diesen Umständen zweifelte man keinen Augenblick, daß er auf den Antrag eines Austausches eingehen würde. Sein Herz schwoll ihm, wenn er sich dachte, daß er in Brüssel, das er fast als seine Heimath betrachtete, als König von Burgund einziehen werde. Das Erbfürstenthum setzt eine gegenseitige Hinneigung zwischen Fürst und Volk von tiefen Wurzeln voraus. Wie sich der Wechsel der Zeiten dadurch ankündigte, daß auch mancher andere deutsche Fürst eine solche vermissen ließ, so war hier fast das Gegentheil eingetreten: Carl Theodor wünschte seiner Lande entledigt zu sein.

Wenn dergestalt die Stimmung des Churfürsten den Plänen und Wünschen des Kaisers entgegenkam, so zeigten sich auch sehr wesentliche Meinungsverschiedenheiten, sowie man das Vorhaben ernstlich angriff.

Carl Theodor dachte vor allem: die gesammten Niederlande gegen seine bairischen Besitzungen einzutauschen; so weit wollte jedoch Joseph nicht gehen. Zu den Motiven, weshalb er früher von dem Entwurf abstand, gehörte die Ungleichheit

der finanziellen Erträge aus den beiden Gebieten: jetzt rechnete er darauf, mit den Ueberschüssen der niederländischen Einkünfte über die bairischen noch die anderen Erwerbungen erlangen zu können, die ihm im Sinne lagen.

Die Bevölkerung der pfalz-bairischen Laude schätzte man auf 1,400000, die der Niederlande auf 1,800000 Seelen. Und noch stärker war die Differenz der Einkünfte. Nach den in Wien eingezogenen Erkundigungen betrugen die Einkünfte des Churfürsten etwa 4 Millionen Gulden, die, wenn man die für die Schulden erforderlichen Zinszahlungen abzog, auf 3,400000 Gulden schmolzen: die Einkünfte der Niederlande dagegen beliefen sich auf 7,600000 Gulden [1]. Auf diesen Ueberschuß gründete man nun in Wien die Absicht, von den Niederlanden so viel abzuzweigen, namentlich Luxemburg, Limburg und Namur, um eine Entschädigung für Salzburg und Berchtesgaden auszumitteln, die man mit der Monarchie zu verbinden für dringend hielt. Nach den vorliegenden statistischen Angaben nämlich ertrage Salzburg 800000, Berchtesgaden 100000 Gulden: aus den genannten drei Provinzen dagegen komme die Summe von ungefähr 1,200000 Gulden ein. Und auch dann blieb noch ein sehr bedeutender Unterschied, der zu einer weiteren Forderung Anlaß bot. Man war der Meinung, daß die durch ihre neuen Erwerbungen sehr in Vortheil kommenden Fürsten auch ihre bisherigen Landesschulden mit hinüber nehmen müßten. Denn man wollte diese Länder

1) So werden die Summen in dem Schreiben an den Gesandten in Rußland angegeben. Nach der Correspondenz von Lehrbach betrug die Bevölkerung in Baiern 1,300000, die niederländische 1,700000, das Einkommen von Baiern nach den Zinsenabzügen noch nicht 3,000000 (2,975,382), in den Niederlanden nahe an 6,000000 Gulden (5,962,553).

überhaupt neu organisiren, in der Hoffnung, daß sie bei besserer Bewirthschaftung bei weitem größere Erträge liefern würden.

Noch war alles unbestimmt: sowohl was Carl Theodor abtreten, als was er dagegen erlangen sollte; und die Interessen gingen weit auseinander. Es dauerte bis in den August 1784, ehe Lehrbach zu einer definitiven Eröffnung und Besprechung darüber mit dem Churfürsten sich im Stande fühlte. Es ist der Mühe werth, ihrer Conferenzen, die am 13. und 18. dieses Monats stattfanden, im Einzelnen zu gedenken.

Lehrbach begann damit, daß er von dem Churfürsten nicht allein die eigentlich bairischen Lande, sondern auch die Oberpfalz, Neuburg und Sulzbach verlangte. Dieser bemerkte, die Oberpfalz könne er nicht aufgeben, denn an dies Land sei die Churwürde geknüpft. Jener bezeichnete diese Verbindung des Landes und der Würde als eine veraltete Idee: die Churwürde selbst denke ihm das Haus Oesterreich nicht zu entreißen; sie werde mit der königlichen, die man ihm in Aussicht stelle, verbunden sein. Der Churfürst bemerkte weiter, wenn in früheren Zeiten, namentlich bei dem Frieden von Baden, von einem Austausch die Rede gewesen sei, so habe man Neuburg und Sulzbach, als damals nicht zu Baiern gehörig, nicht mit einziehen wollen. Wie komme man jetzt dazu? Lehrbach erwiederte, in jener Epoche seien die Niederlande durch den Krieg verwüstet, die Städte eine Art von Schutt- und Steinhaufen gewesen; jetzt seien sie eines der blühendsten Länder von Europa und unter der kaiserlichen Fürsorge in steter Aufnahme. Der Churfürst stellte das nicht in Abrede, wollte aber den Unterschied der Einkünfte, den Lehrbach auf

die oben erwähnte Weise — 7,600000 gegen 4 Millionen — angab, nicht als begründet anerkennen. Lehrbach berief sich auf seine Ermittelungen.

Wenn der Gesandte nun weiter die Eröffnung machte, daß der Kaiser auch Salzburg und Berchtesgaden einzutauschen gedenke, so war das dem Churfürsten an sich nicht unangenehm; denn, wie gesagt, er liebte die Unabhängigkeit der deutschen Bisthümer nicht; er hätte diese lieber sämmtlich eingezogen gesehen. Als aber Lehrbach fortfuhr, man denke den Erzbischof von Salzburg durch Luxemburg, Limburg und Namur zu entschädigen, so gab er das größte Erstaunen kund. Was bleibt dann mir? rief er aus. Lehrbach erwiederte: der schönste, reichste und ansehnlichste Theil der Niederlande, dessen reine Einkünfte die aus den churfürstlichen Landen aufkommenden noch immer bedeutend übersteigen. Der Churfürst schwieg hierauf.

Lehrbach fuhr in seiner Erörterung fort. Er berechnete die Differenz zwischen beiden dahin, daß Oesterreich noch immer einen Ersatz von mehr als 2 Millionen suchen müsse, und kam dann mit dem Antrage hervor, daß der Churfürst die bairischen landschaftlichen und Cameral-Schulden auf die Niederlande übernehmen solle. Der Churfürst antwortete mit unbedingter Ablehnung [1]: von jeher sei er ein abgesagter Feind von Schulden gewesen: wie wolle man die landschaftlichen Schulden ihm, dem Fürsten, aufbürden? Lehrbach versetzte, die Landschaft verwende zur Abführung der Zinsen die einträglichsten landesfürstlichen Einkünfte, namentlich die Accise

1) „Nein, das kann ich nicht."

und die sogenannten Aufschlagsgelder. Der Churfürst schwieg auch jetzt.

Noch war er eher verstimmt und abgeneigt, als gewonnen. Den größten Eindruck aber machte auf ihn die Berechnung, daß er in den Niederlanden nach Abzug aller Kosten eine reine Einnahme von einer Million mehr, als er jetzt in Baiern habe, erlangen würde; er erheiterte sich bei diesen Worten sichtbar und fragte nur, ob man ihm den Ueberschuß auch dann zusichere, wenn sich herausstelle, daß das bairische Einkommen mehr betrage, als man annehme. Lehrbach machte dagegen keine weitere Einwendung, fügte aber hinzu, es sei das letzte Wort des Kaisers: der Churfürst möge bedenken, welch ein Vortheil ihm aus der Sache erwachse, und möge sich unverzüglich entscheiden. Der Churfürst beklagte, daß er Niemand habe, mit dem er die Sache, die ein unbedingtes Vertrauen fordere, überlegen könne. Lehrbach empfahl ihm seine Geheimen Räthe Stubenrauch und Kreitmayr, den Kanzler. Von denen erwartete man besonders zuverlässige finanzielle Erhebungen, auf die der Churfürst alles Weitere verschob.

Nun aber trat der Kaiser auch noch mit andern Vorbehalten bei seinem Antrage hervor. Er wollte den vielleicht besten Theil seiner niederländischen Truppen, obwohl sie recht eigentlich niederländisch waren, sechs wallonische Regimenter, aus dem Lande abführen, zugleich mit der Artillerie, die ihm verbleiben solle. Auch das Recht, Anleihen in den Niederlanden zu machen und neue Werbungen zu veranstalten, wollte er behalten: ganz und gar dachte er die alte Beziehung Oesterreichs zu den Niederlanden nicht aufzuheben. Der Churfürst nahm das nicht geradezu an, lehnte es aber auch nicht ab.

Auch bei alle den Beschränkungen hatte der Vorschlag

doch für Carl Theodor etwas unendlich Reizendes. Seine rheinischen Länder, die Churpfalz und Jülich-Berg, sollten ihm verbleiben: man stellte ihm vor, sie würden viel leichter mit den Niederlanden zusammen wachsen als mit Baiern. In den Niederlanden wurde ihm eine europäische Stellung dargeboten. Die Einrichtung der dortigen Kassen machte es ihm möglich, ein ansehnliches Truppencorps zu halten: er erklärte sich entschlossen dazu, da es gegen Holland nothwendig sei. Auch die für Salzburg bestimmten Gebiete würden in Abhängigkeit von ihm verblieben sein. Der Kaiser versprach ihm, jeden fremden Anspruch nachdrücklich zurückzuweisen, z. B. den hessischen an Brabant, dagegen die Einrichtung jener Malthefer Zunge in Baiern aufrecht zu halten. Der Besitz der Krone und zugleich des Churfürstenthums würde ihm allezeit einen großen Einfluß in Deutschland gesichert haben, und dabei wäre er der Gefahr, in die unmittelbaren Conflicte zwischen Preußen und Oesterreich verwickelt zu werden, überhoben worden. Lehrbach stellte ihm dies mit der schlauen Umsicht, die ihm eigen war, besonders nachdrücklich vor: es machte auf ihn viel Eindruck.

Aber dagegen: sollte er einen Schritt von so großer Tragweite wagen? sollte er sich aufs neue dem öffentlichen Tadel aussetzen, wie er ihn in dem vorigen Kriege über sich hereingezogen hatte? Er liebte das Lob, wie den Glanz; die Besorgniß vor dem, was die Welt sagen werde, lähmte seinen Ehrgeiz, der auf keine ächte Energie basirt war. Er grollte seinen Verwandten, seinen Umgebungen, aber fürchtete doch ihr Mißfallen zu erwecken. Daß er eine Verpflichtung für das Stammland Baiern empfunden hätte, davon findet sich

keine Spur. Dessen politische Bedeutung und administrative Selbständigkeit zu gefährden, fühlte er keinen Scrupel.

Wohl trat er mit einigen seiner Beamten, namentlich mit Kreitmayr, in Berathung über die Sache: jedoch nur mit halbem Vertrauen, so daß auch der Kanzler an sich hielt. Auf den hatte übrigens die schlechte Verwaltung Carl Theodors und der damit verbundene Verfall des Landes, gegenüber dem soeben aufkommenden Oesterreich, dem das Land doch über kurz oder lang zu Theil werden müsse, so viel Eindruck gemacht, daß er den Plan des Austausches nicht unbedingt verwarf [1]. Mit dem Churfürsten war er hauptsächlich darüber uneins, daß dieser die bairischen Einkünfte nach den Angaben eines früheren Ministers bei weitem höher anschlug, als er sie berechnete. Geringere Angaben, als die vermeinten höheren Erträge, wollte aber Carl Theodor dem österreichischen Gesandten nicht mittheilen.

Zuweilen hat er den Zweifel geäußert, ob es dem Kaiser mit dem Austausch Salzburgs gegen Luxemburg ein Ernst sei; denn wenn er Baiern bekomme, würde er Salzburgs ohnehin sicher sein: werde er nicht Luxemburg für Frankreich vorbehalten wollen? Denn ohne dessen Einwilligung lasse sich die Sache doch schwerlich durchführen, und eben nach Luxemburg stehe der Sinn der Franzosen. Noch öfter tauchte seine Meinung auf, daß er die gesammten Niederlande durch die Abtretung Baierns erlangen müsse.

---

1) Lehrbach versichert, von Kreitmayr und Stubenrauch sei ihm „der sehnliche und wie ihm scheine ungeheuchelte Wunsch zu erkennen gegeben worden, daß die sämmtlichen bairischen Lande unter den allerhöchsten österreichischen Scepter gelangen möchten, indem dieses der einzige Weg sei, wodurch Baiern wieder aufgeholfen werden könnte."

Der Kaiser, der alles wohl überlegt hatte, erklärte, es sei sehr sein Ernst damit, Salzburg auf die angedeutete Weise einzutauschen. Ebenso war er entschieden darüber, auch die Oberpfalz, Neuburg und Sulzbach zu fordern: mehr als eine Million könne und wolle er aber an seinen Einkünften nicht einbüßen. Er stellte eine Art von Ultimatum auf, in welchem er auch darauf bestand, daß die bairischen Schulden auf die Niederlande übernommen werden müßten. Er erklärte zugleich, wenn der Churfürst sich weigere, diese Hauptpunkte anzunehmen — denn über andere lasse sich unterhandeln — so müsse er seinen Antrag zurückziehen, und der Churfürst werde einmal bedauern, so große Vortheile, wie man ihm anbiete, ausgeschlagen zu haben. Gegen Ende September kam es nochmals zu einer ausführlichen Besprechung zwischen dem Churfürsten und Lehrbach. Jener war entfernt, in den streitigen Punkten nachzugeben; mit besonderem Nachdruck betonte er, daß er unmöglich auch Limburg aufgeben und an Salzburg übergehen lassen könne. Ueberdies war ihm der Gedanke gekommen, von dem Kaiser die Ortenau und Falkenstein zu verlangen, was dieser, da er schon ohnehin zu viel zu geben glaubte, nimmermehr zugestehen konnte. Auch gegen die kaiserlichen Werbungen in den Niederlanden setzte sich Carl Theodor, und der Kaiser war nicht abgeneigt, hierin eine Vermittelung anzunehmen, auf die Anwerbung von Eingeborenen Verzicht zu leisten, und Limburg an den Churfürsten zu überlassen. Es war eine Unterhandlung, in der politische und finanzielle Rücksichten auch auf seiner Seite erst nach und nach in Einklang gebracht werden mußten. Einverstanden war man doch eigentlich noch nicht; aber der Churfürst hatte sich genähert, denn der Antrag entsprach dem Wunsche seines Herzens.

Das große Vorhaben erschien in der Hauptsache bereits gesichert. Was den Churfürsten von dem Abschluß zurückhielt, war besonders die Rücksicht auf Zweibrücken. Nachdem er anfangs gebeten, die Sache erst mit ihm abzumachen, ehe mit dem Herzog verhandelt werde, bestand er nunmehr darauf, daß diese Verhandlung einem definitiven Abschluß vorangehen müsse. Er selbst aber wollte sie nicht führen, er überließ sie dem österreichischen Hofe.

Dem stellten sich nun aber neue Schwierigkeiten in den Weg. Der Herzog hielt sich in auffallender Entfernung von dem kaiserlichen Hofe, dessen Ungunst er in seinem persönlichen Verhältniß mit dem Churfürsten erfahren hatte. Der kaiserliche Hof wünschte den Herzog dahin zu bringen, sich ihm anzunähern und mit dem Ausdruck des Vertrauens etwa eine pecuniäre Aushülfe von ihm zu begehren. Ein churkölnischer Hofrath des Namens Maier machte sich nach dem Karlsberg auf, um den Herzog, bei dem er einiges Ansehen genoß, zu einem Anschreiben von solchem Inhalt zu vermögen. Dahin begab sich ebenfalls der Fürst von Waldeck, ein Jugendbekannter des Herzogs, in der Absicht eine Annäherung herbeizuführen. Auch ein russischer Gesandter, Romanzow, der dem Herzog schon bekannt war, stellte sich bei ihm ein. Er hatte den Befehl von seiner Kaiserin, ein gutes Verhältniß zwischen demselben und dem Hofe zu Wien herzustellen; doch maß er seine Schritte auf das vorsichtigste ab, um nicht die Gunst des Herzogs zu verlieren.

So weit kam es denn doch, daß der Herzog bei dem schon erwähnten Todesfall des Prinzen dem Kaiser eine Notification davon zuschickte und zwar in solchen Ausdrücken, welche Kaunitz anständig fand, so daß er nun eine Eröffnung

über den Plan und eine Verhandlung darüber für möglich hielt. Schon war der Herzog — auf geheimem Wege — wenigstens von der Thatsache einer Unterhandlung zwischen dem Kaiser und dem Churfürsten, die auch ihn betreffe, in Kenntniß gesetzt worden. Dies nun in aller Form zu thun, machten nur die Zögerungen des Churfürsten und sein ausgesprochener Wunsch für den Wiener Hof selbst nothwendig. Aber vorher war noch ein anderer vorläufiger Schritt unumgänglich [1]. Man wußte, daß der Herzog ohne Frankreich nichts thun, daß er selbst jede ihm geschehene Eröffnung an Frankreich mittheilen werde, und hielt deshalb für rathsam, das ganze Vorhaben lieber selbst zur Kunde des französischen Hofes zu bringen, „in allianzmäßiger Weise", wie Kaunitz sagt. Denn das durch die Allianz von 1756 begründete gute Vernehmen bestand ja noch.

So war die Lage dieser Angelegenheit in dem Spätjahr 1784. Wie mit Baiern, so waren auch mit Salzburg und Berchtesgaden Unterhandlungen gepflogen worden, die freilich auf die mannichfaltigsten Schwierigkeiten stießen. An den Herzog von Zweibrücken war noch keine eigentliche Mittheilung erfolgt. Der Plan überhaupt war noch in das tiefste Geheimniß verschlossen, so eifrig man ihn auch an einer und der anderen Stelle betrieb. Rußlands war der Kaiser sicher; Frankreich hoffte er zu gewinnen: — als ein unerwartetes Ereigniß noch eine neue Verwickelung herbeiführte, in deren Folge das Geheimniß nicht mehr bewahrt werden konnte.

1) Kaunitz an Lehrbach, 21. October 1784.

Zehntes Capitel.

Streitigkeiten mit Holland; Rückwirkung auf das Verhältniß zu Frankreich und zu Baiern.

Indem Joseph II über die Abtretung der Niederlande verhandelte, war er doch zugleich beschäftigt damit, sie selbst erst vollständig in seinen Besitz zu bekommen. Darin liegt kein Widerspruch, aber es hat auch keinen innern Zusammenhang. Bei dem einen und dem andern Versuche folgte der Kaiser seiner eigensten Sinnesweise, nur das Interesse des Staates im Auge zu haben.

Nur unter sehr lästigen Beschränkungen, auch nach außen hin, besaß er die ehemals spanischen Niederlande. Die nördlichen zur Republik vereinigten Provinzen hatten in dem Frieden von Münster nicht allein ihre Unabhängigkeit von der spanischen Herrschaft zur Anerkennung gebracht, sondern auch ihr mercantiles Uebergewicht über die benachbarten, im Gehorsam der Krone verharrenden Landschaften festgesetzt. Der Ausfluß der Schelde wurde für geschlossen erklärt; denn neben einem blühenden Antwerpen meinte sich Amsterdam nicht behaupten zu können. Der achtzigjährige Krieg war nur durch das Uebergewicht der Seemacht ausgefochten worden, das sich Holland durch den Frieden nicht wollte schmälern

lassen. Spanien fügte sich hauptsächlich auch deshalb, weil es noch einmal gegen Frankreich Front zu machen im Begriff stand, was nur in Verbindung mit Holland möglich war. Aus dieser Allianz der Holländer mit Spanien war dann auch das System der Barriere hervorgegangen, d. i. die Belegung der wichtigsten Grenzplätze mit holländischen Garnisonen; denn Spanien war bei weitem nicht mächtig genug, um für sich selbst ihre Erhaltung zu verbürgen; unter derselben Bedingung nun waren später die katholischen Niederlande an das Haus Oesterreich überlassen worden. Aber man weiß, wie lästig diese Beschränkungen den Herrschern aus dem Haus Oesterreich wurden, als die Lage der Welt sich veränderte. Zu wiederholten Malen waren Carl VI wie Maria Theresia dagegen angegangen: unerträglich fielen sie einem Selbstherrscher wie Kaiser Joseph.

Merkwürdigerweise sind die Engländer, welche die Beschränkungen des österreichischen Besitzes bisher eifrig festgehalten hatten, die ersten gewesen, sie fallen zu lassen. Im amerikanischen Kriege ergriff Holland den Augenblick, den es für günstig hielt, um sich von England zu emancipiren: es machte gemeinschaftliche Sache mit Frankreich und Amerika. Die erste Folge hiervon war, daß die Engländer selbst den Kaiser zum Bruch der ihm durch die alten Tractate auferlegten Bedingungen anregten: sich der Ausflüsse der Schelde gegen die Holländer zu bedienen. Durch die Lords Stormont und Mansfield wurde die Sache in förmliche Anregung bei dem Kaiser gebracht, und dieser schien geneigt darauf einzugehen. Mit all seinem Gewicht setzte sich Fürst Kaunitz dagegen; er zog in Betracht, daß besonders die Allianz Oesterreichs mit Frankreich, welche die Grundlage seiner ganzen

Politik war, gefährdet werden würde. Er führte dem Kaiser auf seine systematische Weise aus, daß jede Sache, die man unternehme, sich rechtfertigen lassen, Aussicht auf Erfolg darbieten und nicht etwa mehr Gefahren als Vortheile in Aussicht stellen müsse: auf diesen Grundsätzen beruhe alles, was er zum Vortheil des Erzhauses eingeleitet und durchgeführt habe. Bei dem vorliegenden Vorschlage aber sei das nicht der Fall. Man würde dabei den Frieden von Münster verletzen und den Unterthanen selbst nur geringen Vortheil und Förderung verschaffen: der Hauptgewinn werde einigen Kaufleuten in Antwerpen zufallen [1].

Und augenscheinlich ist, daß damals unternommen die Sache als ein Beitritt zur Politik von England erschienen wäre und das Bundesverhältniß Oesterreichs zu Frankreich gestört haben würde. Der Kaiser und sein Minister standen zunächst davon ab. Aber zugleich faßten sie einen andern, den alten Tractaten nicht minder zuwiderlaufenden Gedanken: der Barriere ein Ende zu machen. Da fielen jene Bedenken weg, und man hatte alle Aussicht auf Erfolg. England konnte nicht dagegen sein, da Holland mit Frankreich verbündet, noch weniger Frankreich, da die Einrichtung ursprünglich in einem ihm entgegengesetzten Sinne getroffen war. Dem Kaiser schien es Rechtfertigung genug, wenn er erklärte, er wolle überhaupt keine Festungen in diesen Provinzen mehr, da die Allianz von 1756 sie unnöthig mache. Was konnte die Republik dagegen thun? Sie gerieth in ein sonderbares Gedränge, indem sie alle ihre Kräfte zur Seite Frankreichs gegen Eng-

1) Réflexions sur l'idée de retablir le commerce de la ville d'Anvers etc. 21. Jänner 1781. (Staatsarchiv zu Wien.)

land anstrengte, und dagegen von dem besten Verbündeten der Franzosen auf dem Continent, dem Kaiser, aus einem alten Besitz verdrängt werden sollte, der doch ein wesentliches Moment ihrer europäischen Stellung ausmachte. Als das einzige Mittel sich zu behaupten, erschien ihr der Versuch, den Kaiser selbst umzustimmen.

Es war ein alter Bekannter des Kaisers, den dieser einst auf seiner Besitzung in Holland besucht hatte, Herr von Wassenaar tot Wassenaar, den die Holländer als Gesandten an ihn abordneten: Joseph empfing ihn mit einem der genossenen Gastfreundschaft entsprechenden Wohlwollen. Sie tauschten mit einander auch in Bezug auf die öffentlichen Angelegenheiten die freundschaftlichsten Versicherungen aus. Der Kaiser gab seine lebhafte Theilnahme an dem Ruhme der Tapferkeit und Geschicklichkeit, welchen die Holländer so eben in ihren Seegefechten mit den Engländern gewonnen hatten, zu erkennen. In der Sache selbst aber war er nicht geneigt zurückzuweichen, und eben so wenig wie der Kaiser war es der Fürst Kaunitz. Wir berührten schon, wie sehr sich Wassenaar seiner persönlichen Gewogenheit zu erfreuen hatte: bei alle dem bewilligte er demselben doch nicht einmal eine eigentliche Conferenz über sein Ansuchen, welches keine ernstliche Schwierigkeit bilde, da man ja in der obschwebenden allgemeinen Verwickelung zusammengehe. Er gab zu vernehmen, der Kaiser denke an dem Bündniß mit Frankreich festzuhalten, und da dies zugleich in Verbindung mit Holland stehe, auch mit der Republik ein gutes Vernehmen zu pflegen, aber mit Beseitigung der Barriere, was für diese selbst in so fern ein Vortheil sei, als sie dadurch eines erheblichen Kostenaufwands entübrigt werde. Um keinen Conflict hervorzurufen, hielt es die Republik für

das rathsamste, ihre Truppen zurückzuziehen, wiewohl mit Vorbehalt ihres Rechtes; nur wäre ihr an der Behauptung von Namur gelegen gewesen, das ihr durch einen besondern Vertrag erst im Jahr 1757 gesichert worden war. Hierüber kam es bei einer jener Abendgesellschaften im Billardzimmer zu einer Erklärung, die, als sie bekannt wurde, nicht ohne guten Grund ein allgemeines Aufsehen und Erstaunen erregte. Der Gesandte hatte bemerkt, daß ja doch auch das Verhältniß zwischen Frankreich und Oesterreich, auf das man seine Forderung gründe, sich wieder ändern köune: Kaunitz, der die Sache nur von ministerieller Seite ansah, vermaß sich hoch und theuer, daß dies unmöglich sei. Wassenaar bezog sich auf die Verbindlichkeit der geschlossenen Tractate. Hierauf erwiederte Kaunitz ohne Rückhalt, kein Tractat binde länger als das Verhältniß dauere, unter dem er geschlossen sei. Er sagte wörtlich: „Die Barriere existirt nicht mehr. Der Kaiser will nichts mehr davon hören" [1]. Wassenaar, der an sich die Verehrung theilte, welche dem Fürsten Staatskanzler allgemein gezollt wurde, war doch erstaunt, daß er Grundsätze wie diese, in einer so zahlreichen Gesellschaft, in der Jedermann auf ihr Gespräch aufmerkte, unverhohlen aussprach und ihn ermächtigte, seine Worte den Generalstaaten zu melden. Es ist in der Wiener Staatskanzlei gewesen, daß diese Grundsätze, welche die europäische Ordnung der Dinge umstürzen mußten, namentlich wenn es jemals

1) Bericht von einer Unterredung des Fürsten Kaunitz mit dem holländischen Gesandten, Grafen von Wassenaar, über die Barriere-Irrungen. Aus einer Flugschrift der Zeit; gedruckt bei Dohm, Denkwürdigkeiten II, p. 485. Die Stelle steht ziemlich wörtlich in der Depesche Wassenaars vom 15. Mai, doch ist diese um vieles ausführlicher.

wieder zu einem Widerstreit zwischen Frankreich und Oesterreich kam, und den besonders auf Verträge gegründeten Bestand von Oesterreich selbst bedrohten, in einer offiziellen Verhandlung ausgesprochen worden sind.

So weit gingen bereits die Ideen über die absolute Freiheit der Bewegung des Staates nach seinen unmittelbar gegenwärtigen Interessen, ohne Rücksicht auf bestehende Verpflichtungen. Der holländische Gesandte sollte damit nicht verletzt, sondern eher überzeugt werden, daß es nicht eine besondere Feindseligkeit gegen die Republik sei, wenn man die Barriere nicht dulden wollte, sondern daß es in der Natur der Sache liege. Wassenaar weiß nicht genug zu rühmen, wie er von allen Seiten mit Freundlichkeiten überhäuft werde: von den Fürsten Colloredo, Auersperg, Lichtenstein und ihren Familien, den Inhabern der obersten Hofchargen, dem Oberkammerherrn Rosenberg so gut wie den andern, auch dem Feldmarschall Lascy und einigen Generalen; allenthalben finde er einen angenehmen Umgang, frei von aller steifen Förmlichkeit. Dem Fürsten Kaunitz machte er nach wie vor seinen Hof, ohne sich doch, wie er versichert, Niedrigkeiten und Schmeicheleien zu Schulden kommen zu lassen. Auch den Kaiser besuchte er einmal in Laxenburg, und wir dürfen wohl aus seinem Bericht wiederholen, wie es dabei herging. Die eingeladenen Gäste waren bereits im Garten beisammen, als auch Joseph erschien, eben wie ein Privatmann, der seine Freunde bei sich sieht; man bemerkte nichts, was ihn als das Oberhaupt des Reiches gekennzeichnet hätte, weder die ungarische Garde, noch die polnische, noch auch eine deutsche, selbst keine Kammerherrn, keine Pagen. Der Kaiser führte sie in den Speisesaal in dem von ihm bewohnten Hause, das einst der Feldmarschall

Dann inne gehabt hatte. Zu Zeiten seiner Mutter hatte man da auf Tabourets gesessen: er hatte altväterisch bequeme Stühle mit hohen Lehnen angeschafft, auf denen man sich dann um die Tafel her niederließ, wie es einem jeden gefiel; der Kaiser selbst saß zwischen zwei Damen der höhern Gesellschaft, die er gern sah. Man speiste wie in den bessern Häusern, doch nicht so prächtig wie bei dem Erzbischof-Cardinal; nur wenig fremde Weine wurden angeboten, Madeira, Tokay, Champagner; der Kaiser selbst kostete davon nichts, er trank nichts als Wasser. Die Conversation war meistens eine allgemeine, der Kaiser zeigte ein besonderes Talent sie in Gang zu erhalten. Wassenaar rühmt die Leutseligkeit, Offenheit und Freundlichkeit, die derselbe, wie gegen Andere, so besonders auch gegen ihn, den Gesandten, an den Tag gelegt habe. Noch mehr politische Bedeutung hatte ein Spaziergang, den Wassenaar eines Tages im Augarten, der eben von dem Kaiser eröffnet worden war, mit ihm machte. Es war ein schöner Maitag, der die vornehme Welt und das Volk zu vielen Tausenden dahin gelockt hatte. In Mitte der Menge, die ihrem Fürsten Ehrerbietung und Liebe zeigte, stieß Joseph auf Wassenaar, winkte ihn zu sich, und machte mit ihm, nach Entlassung seiner bisherigen Begleitung, die Runde durch die herrlichen Baumgänge auf den größeren Wegen und den kleinen Pfaden. Dabei war nun zunächst die Rede von den Verschönerungen, die der Kaiser in dem Garten angebracht; er verglich sie mit den Anlagen, die er in Holland gesehen, stellte sie jedoch denselben nicht gleich; dann von allen andern Dingen der Welt: der Anwesenheit des Papstes, bei der der Kaiser an das Parturiunt montes und den Unterschied der früheren Zeiten

von den dermaligen erinnerte; von den Friedensverhandlungen zwischen England und Amerika, und der Stellung der verschiedenen Mächte zu denselben: der Kaiser führte dem Gesandten aufs neue die Nothwendigkeit zu Gemüthe, daß die Republik sich gerüstet halte, um das Uebergewicht in der Nordsee zu behaupten. Im Laufe des Gespräches ward denn auch der Barriere gedacht. Der Kaiser wiederholte, was Kaunitz gesagt hatte, daß sie nach der Veränderung des politischen Systems, von der man auch in Frankreich nimmermehr wieder abweichen werde, unnütz sei. Der Gesandte erwiederte: die Republik werde so lange nichts fürchten, als sie der Geneigtheit und Gunst des Kaisers sicher bleibe. „Ich betrachte euch", versetzte Joseph, „als alte Alliirte; seit die Republik besteht, sind wir in gutem Vernehmen gewesen. Ich kann euch nur Gutes gönnen, denn unsere Interessen sind gemeinschaftlich. Ich bin überzeugt, Frankreich wird sich nicht von dem gegenwärtigen, so wohl begründeten System entfernen; sollte es aber dennoch zumal die Niederlande beunruhigen, so muß man ihm auch eine andere Spitze entgegensetzen" [1]. Ueber diese vertraulichen Aeußerungen höchlich erfreut, erwiederte der Gesandte, die Republik werde diese Gesinnung durch entsprechenden Eifer zu verdienen suchen. Den General=

1) Missive van den extraord^r envoyé Graf van Wassenaar tot Wassenaar te Weenen aan den Greffier der Staaten Generaal, dat. 18. May 1782, rec. 26. Juny 1782. Secreet. „Je vous regarde comme mes anciens alliés et bons amis — je ne pourrai pas vous vouloir du mal. Nos interêts sont communs. Je ne vois pas que la France puisse jamais avoir des raisons de s'écarter du sisteme actuel, il est trop bien établi; et en tout cas s'il venoit de troubler vers les pais bas, il faudroit alors opposer une autre pointe à la France."

staaten selbst führt er zu Gemüthe, was alles darin liege: es sei offenbar, daß das Verständniß Oesterreichs und der bourbonischen Mächte keine Beziehung auf die vereinigten Niederlande habe; die Schleifung der Festungen bewirke zugleich, daß der Kaiser in keinen weiteren Hader mit ihnen gerathen werde; und welche Tragweite habe nicht das Wort „eine andere Spitze.“ Darin liege die Andeutung eines neuen Systems.

Ich denke nicht, daß man im Haag die so überaus günstigen und friedlichen Impressionen theilte, denen sich Wassenaar hingab. Denn von Brüssel, wo die Verhandlungen im Einzelnen geführt wurden, liefen Nachrichten sehr entgegengesetzten Inhalts ein.

Sehr verfängliche Andeutungen waren in Wiener Blättern, die man unter der Hand verbreitete, bereits im September 1783 zu lesen. Man konnte sich nicht lange bergen, daß es nun doch auf die Eröffnung der Schelde abgesehen sei. Die Flamänder drangen mit Eifer darauf und boten ansehnliche Beihülfe zur Ausführung des Vorhabens. Der Kaiser sträubte sich, weil dies dem Tractat von Münster zuwiderlaufe: wie sollte aber ein Tractat mehr binden als ein anderer? Wenn man es jetzt unternahm, so geschah es nicht im Einverständniß mit England, also auch ohne Gefahr darüber mit Frankreich zu zerfallen. Joseph begann damit, einige Grenzplätze, auf die er ein Recht zu haben glaubte, ohne weiteres für sich in Besitz zu nehmen. Andere Ansprüche kamen in der Verhandlung zu Brüssel zur Sprache. Er ließ ein Verzeichniß derselben aufstellen: die Holländer antworteten mit ausführlichen Widerreden. Endlich trat der Kaiser mit einem Ultimatum auf, in welchem er alle übrigen Forderungen fallen

lassen zu wollen erklärte, wenn die Republik verspreche, die Schelde zu öffnen, die Schiffahrt auf derselben frei zu geben, und dem unmittelbaren Verkehr seiner Unterthauen mit fremden Welttheilen keine Schwierigkeit entgegenzusetzen.

Auch hiebei wurden sehr weitgehende Maximen adoptirt. Oesterreich rechtfertigte das Vorhaben damit, daß der Kaiser die Niederlande kraft eines Erbrechtes besitze, das durch seine Vorfahren nicht habe mit Beschränkungen belastet werden können. Diesem auf uralte Gerechtsame gestützten Argument fügte man die vor Kurzem in Gang gekommene Doctrin von der unbeschränkten Freiheit der Meere hinzu. Es war im Mai des Jahres 1784, als eben der bairische Tausch ernstlich in Angriff genommen wurde; niemals waren die Entwürfe des Kaisers höher gegangen. Er zählte auf die Unterstützung von Rußland und auf die Connivenz von Frankreich. Der französische Minister Vergennes ließ vernehmen, er halte den Gegenstand für wenig bedeutend: die Holländer würden wohlthun, ohne weiteres nachzugeben. Er meinte selbst, die beste Grenze zwischen den österreichischen und den vereinigten Niederlanden würde der Lauf der Schelde bilden. Vergennes hatte hiebei die Erhaltung und Befestigung des Friedens im Auge; er hielt die Frage für eine solche, an der Frankreich nicht nöthig habe Theil zu nehmen [1].

---

1) Nach einem Schreiben von Kaunitz vom 10. Juni 1784 an den Kaiser meldete Mercy: die Aeußerungen des Grafen von Vergennes über die Händel Oesterreichs mit Holland seien noch immer die vergnüglichsten. „Nicht allein die freie Schiffahrt auf der Schelde sieht dieser Minister als einen Gegenstand von geringer Erheblichkeit für die Vereinigten Niederlande an, über deren Zugestehung sich die General-Staaten seines Ermessens gar nicht aufhalten sollten; sondern selbst bei der Abtretung der holländischen Küste in Flandern machte er eigenmächtig die Erinnerung,

Ganz anders aber, als wie es diesen friedlichen Intentionen entsprochen hätte, wurde die Sache vom Wiener Hofe behandelt. Durch die günstige Lage der politischen Verhältnisse ermuthigt, redete auch Kaunitz nunmehr kräftigen Maßregeln das Wort. Dem Ultimatum des Kaisers wurde die Erklärung hinzugefügt, dieser halte die Sache für entschieden; einer Unterhandlung darüber bedürfe es nicht, jedes Hinderniß, das Holland der freien Schiffahrt fortan entgegensetze, werde er als eine Feindseligkeit, eine Kriegserklärung ansehen [1]. Der Kaiser erachtete dies Verfahren für das einzig geeignete, um zum Ziel zu kommen. Er meinte, die Holländer, die zu einem positiven Aufgeben des bisher geübten Rechtes nicht zu bringen sein möchten, würden doch der Schiffahrt seiner Fahrzeuge sich nicht widersetzen: sie würden, sagte er, dissimuliren: dadurch aber würde er seinerseits in Besitz gelangen, den er dann festzuhalten wissen werde. Eine große Macht müsse so viel Vertrauen in ihre Streitkräfte haben, daß sie ruhig abwarte, ob Jemand die Stirn haben könne — er sagt, die Impertinenz — sie zu beleidigen [2].

daß der Lauf der Schelde den Holländern die natürlichste Grenzscheidung geben würde, anstatt daß die damalige in jenen Gegenden sehr unbestimmt und gar nicht solide wäre. Uebrigens beharrt selber darauf, daß die bona officia, so Frankreich den Holländern angetragen, vollkommen zur bestmöglichen Erfüllung der Allerhöchsten Absichten angewendet werden sollen." — Staatsarchiv in Wien.

1) Graf Belgiojoso fügte dem gemachten Ansinnen noch die bestimmte Erklärung hinzu: der Kaiser stelle die verlangte Freiheit der Schelde nicht als einen Gegenstand neuer Unterhandlungen auf, sondern von jetzt an betrachte er sie als bereits entschieden, und jedes Hinderniß, das man der Schiffahrt seiner Unterthanen auf diesem Strom entgegensetzen würde, werde er von diesem Tage an als wirkliche Feindseligkeit, als förmliche Kriegserklärung ansehen und ahnden. — Dohm a. a. O. S. 198.

2) Selon mon principe, une grande puissance ne doit jamais

Mit dem herrischen Geist, der aus dem Gefühl der Macht entspringt, verbindet sich in Joseph schlaue und kühl erwägende Berechnung der Schwäche des Gegners zu seinem Vortheil. Auf Rußland mit Entschiedenheit zählend, und der Beistimmung Frankreichs, wie er meint, sicher, glaubte er, die Republik werde es nicht wagen, seiner Uebermacht zu widerstreben.

Aber weder er selbst noch auch der französische Minister, wenn dieser jene Aeußerungen in allem Ernste gemacht hat, zogen dabei in Betracht, daß durch diese Anmuthung das eigenste Interesse der holländischen Kaufleute betroffen werde. Amsterdam und Rotterdam glaubten auch jetzt noch, von einer belgischen Handelsmacht den schwersten Eintrag befürchten zu müssen. Die früheren Anmuthungen berührten sie nicht unmittelbar; sie hatten darin nachgeben können: in dieser aber, die sie an der empfindlichsten Stelle verletzte, wollten sie nicht weichen. Auch dem französischen Hofe gegenüber waren sie in ihren Geld- und Handelsangelegenheiten so zäh und unnachgiebig wie alle Zeit und gegen Jedermann. Sie begegneten den Anmuthungen des Kaisers, wie dieser selbst sagt, mit einem entschlossenen Nein: er fügt hinzu, er habe geantwortet: wir wollen sehen.

Er war nun einmal entschieden, es auf den Erfolg ankommen zu lassen. Ich habe, schreibt er der Kaiserin, eine unangenehme Sache mit meinen Nachbarn, den Holländern.

---

faire de ces démonstrations, dont la nullité est bientôt reconnue et qui ne peuvent faire illusion que pour une fois, mais se tenir tranquille et avoir cette assurance de ses forces, qu'on n'osera pas avoir l'impertinence de l'offenser, et si on l'avoit, sans menacer frapper un coup fort. — 30. Juli 1784. Staatsarchiv zu Wien.

Er erläutert ihr dieselbe und berichtet dann, er habe einem und dem anderen seiner Fahrzeuge Befehl gegeben, sich durch keine Protestation oder Drohung der Holländer auf ihrem Wege aufhalten, eher sich mit Gewalt nehmen zu lassen. „Wenn man auf mich schießt, so werde ich antworten“ [1].

Es war am 6. Oktober 1784, daß sich nun eine Brigantine unter österreichischer Flagge in Bewegung setzte, um die Schelde hinunter zu fahren. Von den Holländern aufgefordert, ihnen die gewohnten Angaben zu machen, erwiederte der Kapitän, er habe den ausdrücklichen Befehl, das nicht zu thun. Als er sich anschickte, seine Fahrt fortzusetzen, lösten die Holländer ihre Kanonen; ein paar Schüsse reichten hin, um das kleine Fahrzeug unbrauchbar zu machen; es gerieth in die Gewalt der Holländer.

Der Kaiser vernahm das in weiter Entfernung, in Hatwan. Er eilte sogleich nach Wien; seiner Ankündigung gemäß erklärte er die Handlung der Holländer für einen Friedensbruch, eine ganz besondere, ausgezeichnete Beleidigung, und ordnete Truppenmärsche an, um seine Niederlande militärisch in den Stand zu setzen, den Holländern zu begegnen. Die Sache gewann doch eine größere Bedeutung, als ihr der Kaiser in jenem Schreiben beigelegt hatte; namentlich gerieth man in Frankreich in nicht geringe Verlegenheit.

1) Joseph an Katharina am 4. Oct. 1784, bei Arneth a. a. O. S. 234. — Ob die Anekdote, die auf einem Hörensagen bei Coxe beruht und die selbst Dohm wiederholt, der Kaiser habe im Gegensatz mit Kaunitz gesagt: „Sie werden nicht schießen“, und Kaunitz darauf: „Sie haben doch geschossen“, gegründet ist oder nicht? Mündlich konnten sie damals nicht mit einander verkehren. Die vorliegenden Papiere zeigen keine Opposition von Seiten des Ministers, eher das Gegentheil.

Diese Macht hätte die Nachgiebigkeit der Holländer sich ohne Zweifel gern gefallen lassen: wenn sie aber darüber in offenen Zwiespalt mit dem Kaiser geriethen, so konnte Frankreich nicht für diesen sein. Die Verbindung der Franzosen mit Holland beruhte gerade auf ihrem Einverständniß mit der friedliebenden Bürgerschaft der Stadt Amsterdam: mit der konnten und wollten sie sich nicht entzweien.

Sehr charakteristisch für die Situation und erläuternd für den Vorfall selbst ist ein Zwiegespräch, das in dem Gesellschaftssaal des Fürsten Kaunitz zwischen diesem und dem französischen Botschafter Noailles vorfiel. Es war in der Mitte des Saales; sie sprachen so laut, daß Jedermann sie verstehen konnte.

„Herr Ambassadeur", sagte Kaunitz, „ich habe Ihnen mitzutheilen, daß S. Majestät seinen Gesandten aus dem Haag abberufen, und den Beschluß gefaßt hat, in den Niederlanden 80000 Mann zusammenzuziehen, um sich für den Insult zu rächen, den er von den Holländern erfahren hat."

„Mein Fürst", antwortete Noailles, „ohne Auftrag von meiner Regierung und nur auf die authentische Nachricht einer Resolution der Generalstaaten angewiesen, kann ich nicht finden, daß überhaupt ein Insult vorgekommen ist. Die Brigantine, welche die Schelde herabfuhr, weigerte sich, vor einer dort stationirten Fregatte die Segel zu streichen, wie das doch der allgemeine Seegebrauch ist; das Verfahren des Kapitäns kann nicht als eine Beleidigung des Kaisers angesehen werden."

Kaunitz versetzte, im Munde des Grafen Wassenaar würde er diese Bemerkung natürlich finden; in dem Munde des französischen Gesandten setze sie ihn in Erstaunen. Denn der

Kapitän habe eine geschriebene Ordre des Kaisers vorgewiesen. „Ich hätte nicht geglaubt, daß Ihre Hochmögenden so unvorsichtig sein würden, wie sie gewesen sind: ich machte mich allerdings auf Protestation von ihrer Seite gefaßt, aber ich erwartete, sie würden das Schiff passiren lassen."

Noailles brachte in Erinnerung, daß die Holländer allezeit erklärt hatten, das werde ihnen unmöglich sein. Kaunitz bemerkte, er wundere sich über die eilige Entscheidung der Generalstaaten in diesem Fall, da sie sonst ihre Langsamkeit immer mit ihrer Verfassung zu entschuldigen wüßten. „Das macht", sagte Noailles, „weil sie in diesem Falle nur die allenthalben anerkannten Seegesetze zu befolgen brauchten" [1].

Wassenaar, welcher die Behauptung aussprach, daß das Verfahren des Kaisers selbst in Wien allgemein gemißbilligt worden sei, hat diese politische Conversation nach Hause mitgetheilt; man sieht wenigstens, daß die Franzosen mehr auf Seiten der Holländer als auf der des Kaisers standen.

In große Aufwallung gerieth das französische Ministerium. Vergennes hatte den Frieden zu befestigen gemeint, und durch seine gemäßigten Rathschläge die Gefahr eines Krieges veranlaßt. Ein Memoire von ihm liegt vor, in welchem er vor allen Dingen ausführt, daß Frankreich die Holländer, jetzt seine Verbündeten, nicht der Uebermacht des Kaisers überlassen dürfe. Seiner Meinung nach sollte es vielmehr den militärischen Absichten des Kaisers Coercionsmaßregeln entgegensetzen, was sehr ausführbar wäre, denn Frankreich

1) Conversatie tusschen den ambassadeur van Vrankryk en den Prince van Kaunitz. Samsdag avend den 23. Oct. 1784. In einer Depesche Wassenaars vom 26. Nov.

würde dabei auf Preußen, Sardinien, auch auf Sachsen zählen können, freilich aber auch Oesterreich auf Rußland und vielleicht trotz der großen Erschöpfung der Engländer selbst auf diese, denn sie seien von Rachsucht gegen Frankreich erfüllt [1]. Die Gegensätze von Europa gruppirten sich um dies kleine Ereigniß auf der Schelde. Die Kaiserin Katharina maß die Schuld an demselben den Franzosen bei, welche in aller Welt ihr und dem Kaiser Feindseligkeiten zu erregen bestrebt seien. In Frankreich hat man wirklich einmal erwogen, ob man sich nicht zu einem Kriege zu Gunsten Hollands entschließen solle, und was dazu gehören würde. Vergennes sagt, der König müsse drei starke Armeen, in den Niederlanden, am Niederrhein und in Italien, überdies aber kleinere Truppencorps am Oberrhein und an der Mosel aufstellen. Dazu aber, fährt er fort, sei die finanzielle Lage nicht angethan. Man würde, wie schon so manchmal, aus Mangel an Geld einen nicht gerade ehrenvollen Frieden schließen müssen. Sein Rath war, dem wirklichen Ausbruch eines Krieges durch Vermittelung zwischen dem Kaiser und der Republik vorzubeugen.

Und sollte nicht, so darf man fragen, die Absicht des Kaisers gerade dahin gegangen sein? Nicht etwa, als ob er die Differenz mit Holland zu diesem Zweck in Gang gesetzt hätte: sie beruhte auf seinen eigensten territorialen Tendenzen und war ja nur eine Fortsetzung dessen, was seine Vorfahren immer beabsichtigt hatten. Die Herzhaftigkeit der Holländer, die Kanonenschüsse, obwohl er sie erwartete, scheinen ihn, als sie erfolgten, einen Augenblick aus der

1) Observations de M. de Vergennes sur le coup de canon tiré sur l'Escaut. Ségur, Politique de tous les cabinets III, 208.

Fassung gebracht zu haben. Er erklärte, der Krieg sei so gut wie ausgebrochen; die kaiserlichen Truppen rückten in den Reichskreisen vor. Nimmermehr jedoch konnte es sein ernstlicher Gedanke sein, darüber einen Krieg zu unternehmen. Er war sogleich bereit, auf die Vermittelung von Frankreich einzugehen: nur würden, sagte er, seine Forderungen durch die Kriegsrüstungen, zu denen man ihn nöthige, noch steigen.

Es kann kein Zweifel daran sein, denn er sagt es selbst: der Lärm, den er erhob, war eben darauf berechnet, die Besorgniß der Franzosen vor einem Kriege zu erwecken [1]; er knüpfte die Hoffnung daran, sie in den Dingen, an denen ihm das meiste gelegen war, für seine Pläne nicht sowohl zu gewinnen, als zu benutzen. Nun erst kamen diese zur vollen Reife. Wir wissen, der Kaiser hatte sich bereits an Frankreich gewendet, um dessen Vermittelung in der Sache des bairischen Austausches bei dem Herzog von Zweibrücken nachzusuchen. Da ward nun der Gedanke gefaßt, die holländische Differenz mit dem bairischen Austausch in Verbindung zu bringen und die Pacification mit Holland, welche Frankreich wünschte, zum Preise der Unterstützung desselben bei dem Austausch zu machen. Alle Fäden der österreichischen Politik trafen hierin zusammen: die französische Allianz, die Vermählung einer Erzherzogin mit dem König von Frankreich, die daraus erwachsende innige Beziehung, das Verhältniß der beiden Mächte zu Holland. Es war recht eigentlich ein Product der vielverschlungenen, das Entlegene und an sich Verschiedene zu dem Zwecke der Macht

---

1) C'est dans cette vue seule, que j'ai entretenu toute la querelle avec la Hollande. — Joseph an Katharina 28. December 1784, bei Arneth a. a. O. S. 241.

combinirenden Staatskunst des Fürsten Kaunitz, wenn er den Rath gab, die Königin von Frankreich persönlich in das Geheimniß zu ziehen und ihre Einwirkung auf ihren Gemahl in dieser Sache in Anspruch zu nehmen. Denn in allem Anderen fordere der Kaiser nur, daß Frankreich sich neutral verhalte: in dieser Sache aber bedürfe er der Unterstützung seiner Schwester. Marie Antoinette bekam erst jetzt Nachricht von den Verhandlungen über den bairischen Austausch und von der hierüber an Frankreich gemachten Eröffnung. Ludwig XVI hatte geantwortet, auf den ersten Blick sehe er in dem Entwurfe nichts, was den Interessen von Frankreich direct entgegenlaufe. Diese doch nur sehr vage Aeußerung bezeichnete der Kaiser als eine Billigung seines Vorhabens im Allgemeinen. Der Königin wurde geschrieben, in der That müsse Frankreich dasselbe seinen Interessen sehr angemessen finden: denn dadurch werde ihm das Mittel geboten, nicht allein den Krieg zu vermeiden, sondern auch die Holländer auf immer seiner Nachbarschaft zu entledigen und ihnen einen anderen bequemeren Nachbar zu verschaffen [1]. Wenn Frankreich ihm hierin beitreten und sich bei dem Churfürsten sowohl wie bei dem Herzog dafür verwenden wolle, so sei er bereit, seinen gerechten Widerwillen gegen die Republik fallen zu lassen, voraus-

1) Nach der Vorlage von Kaunitz soll Ludwig XVI aufgefordert werden, non seulement à adopter, mais à appuyer l'idée de l'échange de la Baviere: j'imagine que cet important objet pourrait être (mis) sur le tapis au moyen d'une lettre à la reine. In dem von Kaunitz entworfenen Schreiben heißt es dann: je voudrois que vous tâchiez de savoir, si on regarderoit en France l'idée comme un moyen de prévenir les suites de la guerre et de délivrer les Hollandais de mon voisinage, en leur donnant un voisin, qui pourroit leur convenir bien davantage.

gesetzt, daß sie sich zu einem Schritte entschließe, bei der seine Ehre behauptet werde. Er verwies seine Schwester an Mercy und legte ihr ein Memoire über die Frage bei, von dem sie nach ihrem Ermessen Gebrauch machen könne. „Aber die Zeit drängt", sagt er; „es kömmt mir darauf an, je eher je lieber zu erfahren, woran ich mich zu halten habe."

Alle seine Vorstellungen über die politische Zukunft begegnen sich in diesen Absichten. Er machte die Reflexion, daß es dem österreichischen Staat auch deshalb auf den Austausch ankomme, weil er wohl einmal die Niederlande ohne Entschädigung verlieren könne. Wenn dann der König von Preußen die fränkischen Fürstenthümer und der Herzog von Zweibrücken Baiern erlange, so werde Oesterreich eine untergeordnete Macht werden. Um so mehr liege daran, daß Frankreich ihm verspreche, niemals, weder jetzt noch in Zukunft gegen den Austausch sein zu wollen; in Folge der Streitigkeiten mit Holland sei dies vielleicht zu erlangen, zu einer anderen Zeit wahrscheinlich nicht. Er forderte die französische Regierung auf, seine Entwürfe im Allgemeinen zu genehmigen, und sie vor allem bei dem Herzog von Zweibrücken zu unterstützen. Der Plan, wie er ihn jetzt vorlegte, war einigermaßen verändert. Auf die Eintauschung von Salzburg und Berchtesgaden leistete Joseph zunächst Verzicht; dagegen wollte er Luxemburg und Namur behalten. Zu welchem Zwecke aber? Denn das lag ja am Tage, daß der Besitz dieser Landschaften zu jenen Rücksichten auf Frankreich nöthigen werde, in denen er eine Art von Abhängigkeit erblickte. Und auf der andern Seite, wenn man sie an Frankreich überließ, so konnte man sich dagegen der kräftigsten Unterstützung anderer weiterer Entwürfe versichert halten. In den letzten türkischen Verwicke-

lungen war ein ähnliches Verlangen von französischer Seite geäußert worden. Im Princip war Kaiser Joseph nicht dagegen; aber wie er denn in allem eine kaufmännisch berechnende Ader zeigt, er hielt dafür, daß für eine solche Abtretung die angenommene Vermittelung und selbst ein Geldopfer keine hinreichende Gegenleistung sei: er meinte, sie den Franzosen erst ein andermal gegen einige in Italien zu machende Zugeständnisse zu bewilligen. Auch die mit Kaiserin Katharina besprochenen Entwürfe verlor er niemals aus den Augen. Die orientalische Verwickelung mit ihren schon gewonnenen Erfolgen und weiteren Aussichten spielte unaufhörlich in die occidentalische hinein, die jetzt in ihre Krisis trat.

Da Frankreich in das Geheimniß gezogen war, so konnte es auch dem Herzog von Zweibrücken nicht länger verborgen gehalten werden. Romanzow bekam Befehl, mit einer Eröffnung darüber nicht länger zurückzuhalten.

Elftes Capitel.

Ursprung und Einleitung des Fürstenbundes.

Eine Zeitlang schien es beinahe, als würde Deutschland unmittelbar in die holländische Irrung verflochten werden. Die kaiserliche Armee setzte sich in drei Colonnen von Tyrol und Inneröſterreich her in Bewegung: den Reichskreisen wurde ihr Durchmarsch angekündigt. Dagegen suchten die Holländer die Hülfe deutscher Fürsten nach. Der kaiserliche und der holländische Einfluß arbeiteten einander an den verschiedenen Höfen, z. B. dem landgräflichen in Cassel, lebhaft entgegen. Es schien sehr wohl möglich, daß es selbst zu einem offenen Conflict käme; zugleich aber trug man sich in Holland mit dem Gedanken, bei dem Reiche sowie bei den Garanten der Friedensschlüsse überhaupt über das Verfahren des Kaisers, das allen eingegangenen Verpflichtungen widerspreche, Beschwerde einzulegen. Wir erörtern nicht, ob das etwas wirken konnte; aber zur Verstärkung der allgemeinen Bewegung trug die Sache ohne Zweifel bei.

Wir kennen die Befürchtungen, die man in dem Reiche hegte: jeden Augenblick stiegen sie an. Man gedachte der despotischen Gewalt, die sich der Kaiser in seinen Erblanden, welche doch ein Theil des Reiches seien, anmaße; der unge-

wöhnlichen Autorität, die er unter dem Vorwande der Rechtspflege auf die Reichsgerichte, in den Kreisen, auf dem Reichstage ausübe, und wie er dann doch die Unthätigkeit des Reichstags zu verlängern, die beiden Religionen in Zwietracht zu halten trachte; besonders auch der Versuche, die geistlichen Fürstenthümer an sein Haus zu bringen [1]. Die geistlichen Stände wurden durch die Erneuerung des guten Verständnisses zwischen dem Kaiser und dem Papst, von der man meinte, daß sie bei ihrer letzten Zusammenkunft in Rom zu Stande gekommen sei, nur um so mehr in Besorgniß gesetzt. Aus jenem Gespräch des Fürsten Kaunitz mit Wassenaar zog man den Schluß, daß in Wien der Wille und die Convenienz des Kaisers über alles Herkommen gestellt werde.

Unter diesen Umständen, die zwar Gefahren, aber auch die Mittel ihnen zu begegnen enthielten, ist es gewesen, daß König Friedrich II ernstlicher als bisher den Gedanken wieder aufnahm, dem Kaiser eine Union deutscher Fürsten entgegenzusetzen: nach dem Muster, meinte er, des schmalkaldischen Bundes, denn die großen historischen Erinnerungen schwebten ihm immer vor, nur, wie sich versteht, ohne den Unterschied der Religion. Im October 1784 hat er selbst einen Entwurf dazu aufgesetzt; denn man dürfe, sagt er darin, die Reichsverfassung nicht Stück für Stück zertrümmern, weder die geistlichen Stifter in den Besitz österreichischer Prinzen übergehen, noch die weltlichen Fürsten antasten, noch auch die Reichs-

1) Hofenfels an das preußische Ministerium, bei Schmidt a. a. O. S. 93. Auch das besondre bairische Interesse spielte dabei mit, da die Austauschungen passauischer Grenzbezirke, z. B. Obernbergs im Innviertel, das Interesse des künftigen Churfürsten von Baiern unmittelbar berührten.

gewalt mißbrauchen lassen. Hertzberg säumte nicht, denselben ausführlicher auszuarbeiten. Darauf schwieg jedoch der König wieder; die holländischen Irrungen schienen ihn unmittelbar zu beschäftigen.

Da erfolgte der durch lange Unterhandlung vorbereitete, jetzt durch ein günstiges Zusammentreffen aller europäischen Verhältnisse unterstützte Austauschsantrag in Zweibrücken. Das Jahr 1785 begann damit, daß Graf Romanzow, der bisher hauptsächlich bemüht gewesen war das Vertrauen des Herzogs zu gewinnen, demselben einer ihm nunmehr zugekommenen Weisung gemäß den Plan des Austausches der österreichischen Niederlande gegen Baiern, wie er in einer an Lehrbach in München gerichteten Depesche formulirt war, mittheilte, ohne ihm jedoch eine Abschrift davon in Händen zu lassen. Er forderte die Einwilligung des Herzogs zu dem Austausch und bot ihm eine Million Gulden, wie denn der Churfürst 1½ und Prinz Maximilian ½ Million erhalten sollten. Er versicherte, der König von Frankreich sei im Allgemeinen einverstanden: der Herzog wie der Churfürst würden am besten für sich selbst sorgen, wenn sie einen Antrag, der so höchst vortheilhaft für sie sei, annähmen; später möchte ihnen das Gleiche nicht wieder geboten werden; — möge aber der Herzog einwilligen oder nicht, so werde die Sache doch zu Stande kommen.

Auch hatte der Antrag für den Herzog von Zweibrücken etwas Verführerisches. Denn wie sollte nicht auch für ihn die Aussicht auf ein Königreich, das man schon damals in den Zeitungen als ein Königreich Belgien bezeichnete, einen Reiz haben? Seine Einwilligung wäre das Mittel gewesen, aus den Geldverlegenheiten, die ihn bedrängten, herauszukommen;

als der präsumtive Erbe einer Krone hoffte er eine glänzende Rolle spielen zu können. Bei alle den Ausstellungen, zu denen die moralische und sociale Führung des Herzogs Carl Anlaß gab, muß man es doch als eine politische Handlung, die ihm große Ehre macht, anerkennen, daß er sich nicht berücken ließ. Er war bereits darauf vorbereitet. Hofenfels hatte ihm die Gegengründe in aller ihrer Stärke zu Gemüthe geführt: namentlich wie wenig der finanzielle Vortheil zu bedeuten habe, den man so prahlerisch hervorhob; denn Baiern sei noch unendlicher Verbesserungen fähig, die alles ausgleichen würden; — ferner, wie viel mehr Gewicht es dem Herzog dereinst geben werde, in Deutschland der Uebermacht von Oesterreich entgegenzutreten, als eine unbedeutende Rolle zwischen den westlichen Mächten zu übernehmen. Der Gedanke, daß das Fürstenhaus sich von einer braven und ihm ergebenen Bevölkerung nicht losreißen dürfe, trat in Zweibrücken sehr wirksam im Gegensatz mit Carl Theodor auf: dem dynastischen Gefühl wohnt etwas Aechtes inne. Daß nun mit dem Churfürsten, mit dem er auf das schlechteste stand, verhandelt worden war, erschien dem Herzog als eine Art von Beleidigung. Und wenn man ihm mit der Einwilligung Frankreichs imponiren wollte, so glaubte er daran nicht. Er hatte zu nahe Beziehungen zu Versailles, wie denn Pfeffel von Zeit zu Zeit bei ihm war, als daß er nicht hätte wissen sollen, wie der Kaiser auch dort durch sein eigenmächtiges Gebahren die Antipathien der Minister des Staates gegen sich aufgeregt hatte. Wohl konnte er bei dem Zustande des französischen Hofes auf keine Unterstützung rechnen: aber eine solche war ihm von anderer Seite gewiß. Herzog Carl zögerte keinen Augenblick, dem Grafen Romanzow eine vollkommen abschlägliche Antwort zukommen zu lassen: denn sein

Antrag enthalte nichts Anderes als die Unterdrückung des Schwächeren zu Gunsten des Stärkeren; er würde damit die Wohlfahrt seines Hauses und die deutsche Verfassung untergraben; er könne nicht denken, daß die Kaiserin von Rußland einen Plan befördere, durch den alles vernichtet werden würde, was sie im Jahr 1779 in Verbindung mit Frankreich und Preußen gegründet habe. Gleichzeitig nahm er nun aber die Unterstützung des Königs von Preußen gegen ein Vorhaben in Anspruch, das nur auf eine Entfernung des Hauses Wittelsbach aus Deutschland und dessen Zerstörung gerichtet sei. Er that das in den feurigsten Ausdrücken: er sagte, er werde sich eher unter den Ruinen von Baiern begraben lassen, als dazu einwilligen.

Dem König Friedrich kam die Nachricht sehr unerwartet: in Berlin sagte man, er habe sie Anfangs nicht glauben wollen. Auf den Bericht seiner Minister antwortete er mit ziemlicher Ruhe, er werde alles thun, um den Höfen von Frankreich und von Rußland, die den Frieden von Teschen garantirt hatten, die Augen zu öffnen.

Indem wirkte die Kunde von diesem Vorhaben in Deutschland und Europa wie ein Wetterstrahl. Wie lauten die Zeitungsartikel, in denen von der Sache die Rede war, z. B. in dem Politischen Journal und daraus in der Baireuther Zeitung vom 4. Februar 1785, so aufgeregt und aufregend: das große Vertauschungswerk der österreichischen Niederlande gegen Baiern sei nun wirklich vor sich gegangen; diese Neuigkeit reiße die Gemüther zu allgemeiner Aufmerksamkeit mit sich fort. Man werde ein neues Königreich Belgien sehen; Luxemburg und Namur werde an Frankreich kommen. Die

Thatsache stehe über allen Zweifel hinaus fest: welche Folgen werde das in Deutschland haben. In der Kölnischen Zeitung — damals einem französischen Blatt — las man in einem Artikel aus Leyden die Nachricht, daß am 3. Januar zwischen dem Kaiser und dem Churfürsten von Pfalz-Baiern der Vertrag geschlossen worden sei, nach welchem die Niederlande gegen Baiern und die beiden Pfalzen ausgetauscht und zu einem Königreich Austrasien erhoben werden sollten: der Kaiser habe demselben zugleich seine Ansprüche gegen die Holländer übertragen. Auch aus Wien hörte man, es habe mit dem Tausch seine vollständige Richtigkeit, er sei vortheilhaft für beide Regentenhäuser: Oesterreich nähere sich seiner Abrundungsabsicht und erhalte ein von der Natur gesegnetes Land: der Churfürst bekomme ein Volk, das für seine Fürsten immer die größte Hingebung gehegt habe [1].

In den beiden Ereignissen, der Eröffnung der Schelde unter anfänglicher Connivenz von Frankreich, und der Förderung des Austausches der Niederlande mit Baiern durch Rußland, lag der Triumph der Politik des Fürsten Kaunitz. Oesterreich bekam durch seine Allianz mit den beiden größten continentalen Mächten seine vorwiegende Stellung in Europa, welche durch Preußen geschmälert war, zurück. Von beiden Seiten her unterstützt, und zugleich mit dem Papst in gutem Vernehmen, konnte es um so gewaltiger auf die deutschen Angelegenheiten einwirken. Durch die bourbonische Allianz war es im südlichen, durch die russische auch im nördlichen Europa mächtig und einflußreich. Friedrich sah sich durch die

1) Aus dem Wiener Extrablättl v. 23. Januar.

Schlauheit des Ministers und die Thätigkeit des Kaisers auf allen Seiten überflügelt. Er mußte erleben, daß sich die Allianz von 1756 und 1757 in gewissem Sinne wieder herstellte. Sie war nicht so gefährlich für ihn wie damals: auch auf seinen unmittelbaren Ruin war es nicht abgesehen, denn dazu hätten weder Rußland noch Frankreich die Hand geboten: aber so weit kam es doch bereits, daß man das Resultat seiner letzten Politik und Kriegführung, die Erhaltung der Unabhängigkeit von Baiern, rückgängig zu machen im Begriff stand. Wie hätte er, wenn es geschah, sein Ansehen aufrecht erhalten, wie hätte sich sein Nachfolger in dem erworbenen Besitz behaupten können? Da war nun der Augenblick für die preußische Politik gekommen, mit den Reichsfürsten in Bund zu treten, sowie diese keinen andern Weg sahen, um den Uebergriffen von Oesterreich einen nachhaltigen Widerstand entgegenzusetzen. Es war gleichsam der letzte, der ihm geboten wurde. Denn noch war selbst in Baiern keine definitive Uebereinkunft getroffen. Der Churfürst sagte nicht geradezu die Unwahrheit, wenn er das, was man von seiner Einwilligung in den Austausch sage, für ungegründet erklärte. Selbst seine Hinneigung zu demselben konnte nicht bewiesen werden: so wenig war in der Sache schriftlich verhandelt worden. Aber dem zum Trotz ist doch gewiß, daß gerade der Widerspruch des Herzogs von Zweibrücken den Churfürsten noch geneigter gemacht hatte, die Anträge von Oesterreich anzunehmen; wie denn auch der Kaiser jetzt auf die Abtretung der gesammten Niederlande und die Verwilligung des königlichen Titels unumwundener einging als bisher. Kaunitz forderte den Gesandten auf, in der Sache ja festzuhalten, wenngleich sich die Angelegenheit nicht augenblicklich durchführen

lasse, und den dortigen Ministern sowie dem Adel die Vortheile vorzustellen, die dem Lande aus der Verbindung mit Oesterreich erwachsen, sowie die Gefahren, welche ihm unter einem preußisch gesinnten Fürsten bevorstehen würden [1].

Ohne hievon zu wissen, setzte es Friedrich doch mit Bestimmtheit voraus. Wie sich auch der Churfürst äußere, der ja nur ein schwankendes Rohr sei, so werde Oesterreich doch im Stande sein, den Austausch durchzusetzen, sobald es ihm beliebe. Wenn er sich anfangs von der Einwirkung auf Rußland oder auf Frankreich etwas versprochen hatte, so zeigte sich bald, daß man von Rußland eher das Gegentheil erwarten mußte, und über die Gesinnungen von Frankreich drückte sich der anwesende Gesandte Esterno in einem Gespräch mit Finckenstein so zweifelhaft und ungenügend aus, daß auch von dieser Seite wenig Hoffnungen übrig blieben. Aus dem Cabinetsschreiben Friedrichs, in dem die heftigste Entrüstung athmet — er bezeichnet den Kaiser als einen von einem bösen Dämon Besessenen — erkennt man seine Besorgnisse. „Sie haben ohne Zweifel", schreibt er an Finckenstein, „davon gehört, daß der Kaiser Luxemburg für Frankreich bestimmt haben soll. Leicht möchte dies der Vortheil sein, durch welchen der Cäsar Joseph dasselbe gewonnen hat. Der phlegmatische Ton, mit welchem der französische Gesandte über diese Entwürfe des

1) Schreiben von Kaunitz an Lehrbach vom 9. Febr. 1785: „Künftige Ereignisse sind nicht vorzusehen, die, was jetzt unterbleiben muß, über kurz oder lang thunlich machen dürften." — Schreiben des Kaisers an Lehrbach vom 19. Hornung 1785: „Ich denke noch so wie ehe. Kann der Churfürst dem Herzog endlich die Augen über seine eigenen so ansehnlichen Vortheile öffnen, so bin ich noch zum Tausch bereit, sollte er auch im Ganzen mit Inbegriff von Luxemburg und Namur zu geschehen haben."

besessenen Joseph gesprochen hat, macht mich glauben, daß Frankreich in diesem Augenblick, der für seine Ehre entscheidend ist, keine Energie zeigen wird. Mein Gott, wie sind wir von Feiglingen und Bestechlichen so umgeben! Werden wir allein vermögen, die Verfassung des deutschen Reiches aufrecht zu halten? Aber unerträglich ist die Lage; sie hält mich ab, einige für das Innere des Landes erforderliche Operationen vorzunehmen. Vor allem käme es darauf an, ob Frankreich sich durch das Anerbieten von Luxemburg wirklich hat gewinnen lassen. Wäre dies der Fall, so bliebe uns nur ein Mittel übrig, dessen Durchführung jedoch sehr schwer werden würde. Es wäre dies, die Stimmen von Sachsen, Hannover, Mainz, Trier und anderer Fürsten zu vereinigen, um gegen alles zu protestiren, was der Kaiser im Widerspruch mit der Constitution des Reiches unternehmen will. Auch dies dürfte man nicht zu früh thun, denn es wäre unnütz, wenn Frankreich die Gesichtspunkte des Kaisers nicht wirklich theilen sollte. Und dennoch, wenn man nicht bei Zeiten die Unterhandlungen begönne, so würde es unmöglich sein, so viele Köpfe zu vereinigen: die Sache würde geschehen sein, ehe man zu handeln anfinge." — Wir haben von einem oder zwei Tagen drei Cabinetsschreiben Friedrichs darüber [1]. Er wirft seine Gedanken, so wie sie ihm kommen, auf das Papier. Das Resultat ist immer, daß die Unterhandlung mit den deutschen Reichsfürsten in Gang gesetzt werden soll.

Das Allernächste war, wenn irgend möglich — denn noch schien es sehr zweifelhaft — eine Verständigung mit Hannover

1) Zwei Cabinetsschreiben sind vom 10. Febr. 1785 datirt; ein undatirtes ist den 11. Febr. an Finckenstein gelangt. Sie verdienen mitgetheilt zu werden.

zu Stande zu bringen. Der König wünschte vor allem nur zu erfahren, wie man dort über die Angelegenheit denke. Ohne Verzug wurde hierauf die Anfrage an die hannoverschen Geheimen Räthe gerichtet, ob sie nicht geneigt seien, sich mit dem König gegen die ungerechten Vergrößerungspläne des Kaisers zu gemeinschaftlichen Maßregeln auf dem Reichstage und selbst „zu kräftigeren Mitteln" zu vereinigen. Die eventuellen Entwürfe, die zwischen den minder mächtigen deutschen Fürsten beider Confessionen gepflogen worden waren, kannte der König nicht; aber die Umstände machten es so dringend, die Reichsfürsten zu gewinnen, daß er den früher zurückgewiesenen Antrag seiner Minister, einen besondern Gesandten nach Franken und in die Reichslande zu schicken, nunmehr annahm. Baron Seckendorf, Bruder des ansbachischen Ministers gleichen Namens, wurde dazu ausersehen; und zunächst wandte dieser sich an Carl August von Weimar, dessen Gesinnung ihm im Allgemeinen bekannt war, um ihm von den Ideen des Königs Nachricht zu geben: Friedrich wolle jetzt das Werk seines Lebens mit einer Vereinbarung unter den deutschen Fürsten krönen, unendlich erhaben über die Machinationen Anderer. Er bat den Herzog, ihm über die im Reiche herrschende Denkweise der Fürsten Auskunft zu verschaffen.

Carl August gerieth doch durch diese Eröffnung in eine gewisse Verlegenheit. Denn bis dahin hatte er nur mit dem Prinzen von Preußen in der Sache in Beziehung gestanden. Sollte er nun einem Gesandten des Königs von dem bisher Vorgegangenen Mittheilung machen, oder es ihm verhehlen? Er durfte nicht hinterhaltig gegen den König erscheinen und doch auf keine Weise den Prinzen compromittiren. Er schrieb darüber an seinen Freund von

Dessau: sie würden am besten thun, meinte er, sich zu der allgemeinen Absicht, die Reichsverfassung aufrecht zu halten und sich selbst unter einander zu ernstlichem Widerstand zu vereinigen, offen zu bekennen, von der Theilnahme des Prinzen daran und allem Weiteren so wenig als möglich zu verlautbaren: ohne den Prinzen, auf welchem auch ihre Sicherheit für die Zukunft beruhe, dürfe nichts geschehen.

Aber schon erfuhr man, daß der Prinz von Preußen, Friedrich Wilhelm, ohne von seinem Oheim zur Berathung herbeigezogen zu sein, doch von derselben mit Freuden Kunde genommen hatte. Ein Brief von Schmettau lief ein, in welchem er von einem Auftrag redete, den er nur nicht von dem König selbst habe, bei welchem er, wie Jedermann wußte, nicht in Gnade stand, — dann aber konnte er von Niemand anders kommen, als dem Prinzen — worin dann gleich von den äußersten Möglichkeiten, selbst von einem Kriege die Rede war und die Frage aufgestellt wurde, ob der Herzog mit seinen Soldaten und denen von Gotha — sie werden zusammen auf 3000 Mann angeschlagen — auch etwas für die Rettung der deutschen Freiheit zu thun geneigt sei. Bald folgten andere Mittheilungen, aus denen sich mit Sicherheit ergab, daß der Prinz mit der Sendung Seckendorfs bekannt war und sie höchlich billigte.

Man kann denken, wie glücklich es die kleinen Fürsten machte, daß ihre Entwürfe, selbst ihre geringfügigen Leistungen, nun doch zu einer gewissen Bedeutung kommen sollten. Es ist der Bemerkung werth, wie sich die Ideen des Jahrhunderts und altes deutsches Selbstgefühl in den kleinsten Kreisen verbanden, wie sich eben der ohnmächtigste von Allen vernehmen ließ. „Glück, Heil und Segen", schreibt der Fürst von

Dessau bei der ersten Nachricht von den Absichten des Königs an Herzog Carl August, dem seine Freunde überhaupt die Initiative in dieser Sache zuschreiben, „für und zu Ihrem männlichen Unternehmen und dessen treuer bisheriger Ausführung. Mich soll man nie einer Nachlässigkeit oder Lauheit darin zeihen können. Nur muß man nie vergessen, daß ich Armer nur über das Viertheil einer Stimme am Reichstage verfüge und vielleicht meine Herren Vettern nicht einmal zu vernünftigen Maßregeln zu bewegen vermag." Der Herzog von Gotha ging sogar auf den Antrag einer militärischen Betheiligung ein. „Gewiß", schreibt er an Carl August, „wir müssen uns entweder willig dem Joche darbieten, das unseren Schultern droht, oder endlich kräftige Maßregeln ergreifen. Noch fließt deutsches Blut in meinen Adern und ich will es gern für mein Vaterland vergießen. Wozu freilich hilft mir das Selbstgefühl meines Muthes? Ich wünsche nur, daß andere Fürsten darüber denken wie wir. Und noch giebt es Männer, noch giebt es ruhende Kräfte, die ihrer Entwicklung entgegenharren. Ich bleibe dabei, daß wir deutsche Fürsten eine Armee aufstellen müßten, um unsere Länder und unsere Personen vor dem Joche Josephs zu sichern. Denn an unseren Fesseln wird fleißig geschmiedet. Und wäre die Umwälzung auch wirklich unvermeidlich, würde sie durch uns vielleicht auch beschleunigt, so war es immer der Mühe werth, alles dagegen angewandt zu haben." Er denkt schon daran, wer das Reichsheer zu befehligen habe: „Niemand anders als der Herzog von Braunschweig: ich werde es mir zur Ehre schätzen, unter ihm zu dienen." Er machte die Reflexion, daß die Vorsehung unmöglich die Unterdrückung aller bürgerlichen Rechte billigen könne: „Rechte der

Menschheit können keine Verjährung erdulden;" man habe das schon an dem Beispiele von Amerika erlebt. So eben wurde von den Holländern auch an diesen Höfen wegen Gestattung von Werbungen unterhandelt: die Anträge wurden zurückgewiesen, da sich die Aussicht auf eine viel bedeutendere Action eröffnete. In so fern kamen die vorangegangenen Besprechungen der Union, über die der König durch Seckendorf Nachricht erhielt, seinen Plänen nicht wenig zu Statten. Auch nach einer andern Seite hatten sie den Weg eröffnet. Der König beauftragte Seckendorf, wenn er nach Franken komme, sich mit dem Bischof von Würzburg in Verbindung zu setzen, zugleich um durch ihn die Gesinnungen seines Bruders, des Churfürsten von Mainz, kennen zu lernen. Dafür aber war nun nichts wichtiger, als die Theilnahme des Prinzen von Preußen. War doch schon in den ersten Conferenzen mit den Räthen des Churfürsten von Mainz der Gedanke aufgetaucht, nicht den Prinzen von Toscana, wie der Kaiser wünschte, sondern den Prinzen von Preußen zum römischen König zu wählen: vorausgesetzt, daß sich derselbe zum Katholicismus bekenne. In der Bedingung lag nun auch freilich die Unausführbarkeit des Gedankens. „Die Religionsveränderung", schreibt der Prinz, dem das zu Ohren kam, „wird gewiß nicht geschehen, und dadurch auch ihr Eifer (für den andern Plan) abgekühlt werden, obwohl die katholische Religion nicht gerade Ursache hat, mit dem Schutze, den ihr das Oberhaupt der Welt gewährt, sehr zufrieden zu sein"[1]. Der Thronerbe von Preußen hielt nicht

1) Je suis très flatté de la confiance que ces Messieurs de Maiance me temoignent, comme V. A. S. vient de me le mander; le changement de religion, qui ne se fera certainement pas, met-

gerade das Kaiserthum für das ihm gesteckte Ziel. Auch ohne Rücksicht darauf war er bereit, was für die zu schließende Union sehr wesentlich war, den geistlichen Fürsten eine Zusicherung geneigter Gesinnung zu geben. Der Herzog von Weimar ward zu der Erklärung ermächtigt: wenn die deutschen Fürsten durch ihren Beitritt zu der vorgeschlagenen Union beweisen würden, daß sie sich nicht auf fremde Hülfe verlassen, sondern selbst, wie es Deutschen gezieme, an ihrer Erhaltung arbeiten wollten, so verspreche er nach seiner Thronbesteigung das deutsche Reich gegen alle Anfälle auf seine Freiheit und Verfassung zu schützen und auch selbst nichts dagegen zu thun, sondern sich überhaupt als ein patriotischer deutscher Reichsfürst zu beweisen [1]. Für die Regierung Friedrich Wilhelms II ein maßgebendes Moment; eben jetzt, schon vor seiner Thronbesteigung, ergriff er die Position, die er dann behauptet hat. Besonders mit dem Bischof von Würzburg, der nun auch noch von der andern Seite her angeregt wurde, stand Herzog Carl August in vertraulichem Vernehmen, und es gewann das Ansehen, als ob

troit un grand obstacle à leur zèle, quoique la Religion Catholique n'ait pas lieu d'être fort contentée de la Protection et des distinctions, que le Caput Orbis lui temoigne. Brief des Prinzen von Preußen vom 2. März 1785. — Ich verstehe: daß er die Religion nicht zu verändern gedenke, werde diesem Vorhaben sehr hinderlich sein.

1) So liest man in einem von Carl August eigenhändig verfaßten Schreiben vom 14. April 1785, bei dem die Adresse fehlt; da der Adressat aber darin als einer der ersten und wichtigsten Fürsten des Reiches bezeichnet wird, welcher sich an den Churfürsten von Mainz wenden und diesen durch seinen Einfluß in seinen Gesinnungen bestärken solle, so ergiebt sich, wenn man damit die Notiz bei Schmidt a. a. O. 156 verbindet, unzweifelhaft, daß es an den Fürstbischof von Würzburg gerichtet ist.

man mit der Zeit alles von ihm hoffen könne, wiewohl er sich nicht mit Bestimmtheit äußerte. „Man verspricht hier", schreibt einer der Correspondenten Carl Augusts von dort, „gern recht wenig, ist aber auf entscheidende Augenblicke vorbereitet; ruhig, so lange sie zweifelhaft bleiben, entschlossen wenn sie da sind." Seckendorf, fügt er hinzu, habe den Prinzen geschildert, wie er sei: patriotisch und groß; dort halte man Worte für mißlich, werde aber, wenn es gelte, Gut und Blut einsetzen. Bestimmte Verabredungen verhinderte hier und anderwärts die Ungewißheit über die zwischen Carl Theodor und dem Kaiser getroffene Vereinbarung, die, so weit es auch damit gekommen war, doch noch in Abrede gestellt wurde. Am 12. Februar 1785 erklärte der Churfürst alles für falsch, was von einem zwischen ihm und dem kaiserlichen Hofe „beschlossenen und unterzeichnet worden sein sollenden Länderaustausch" erzählt werde. Die Landstände waren eben mit der Bewilligung der Postulate für das laufende Jahr beschäftigt gewesen, hatten aber mit derselben inne gehalten, als die Gerüchte verlautbarten. Mit dem Zeitungsartikel waren sie noch nicht zufrieden: sie forderten den Churfürsten auf, das gesammte In- und Ausland überzeugend zu beruhigen, „damit die Nachkommen einst den Zeitpunkt segnen mögen, wo die Dauer des Wittelsbachischen Stammhauses gesichert und die Stände vollkommen beruhigt worden, wo sie sich von der einen und der anderen Seite zu wechselseitiger Treue verbunden haben" [1]. Das Land hielt hierin einstimmig zu den Ständen. In der Bevölkerung, den Ständen und der Verwaltung selbst sprach sich die öffentliche Meinung in diesem Sinne mit wach-

1) Vgl. Reuß, Staatskanzlei IX. 490.

fender Entschiedenheit aus. Der Minister, Graf Seinsheim, der bisher nur für die Behauptung der Privilegien der Landstände gesprochen, erschien jetzt an der Spitze derselben, um sich dem Vorhaben unbedingt zu widersetzen. Wie im Jahr 1778, so traten auch im Jahr 1785 die beiden vornehmsten Damen, die verwittwete Churfürstin und die Herzogin Clemens, mit ihrem alten Eifer für das Land hervor. Ob man nicht den Austausch dennoch zu beabsichtigen fortfahre, wurde jenen Erklärungen zum Trotz, die nicht stark genug lauteten, noch immer für zweifelhaft gehalten. Die Thatsache, daß er im Werke gewesen, und die Ungewißheit, ob er aufgegeben worden sei oder nicht, hielten Deutschland in Aufregung. Sie machten der Politik Bahn, welcher der König von Preußen folgte, der keinen Zweifel hegte.

Zwölftes Capitel.

Abschluß des Fürstenbundes.

Nach den mancherlei Plänen, welche gemacht und besprochen, dann aber wieder bei Seite gelegt worden, war dann endlich in Berlin — denn ein bestimmter Impuls gehört immer dazu, um aus dem Bereiche des Möglichen und Wünschenswürdigen in das der Realität zu gelangen — ein solcher Entwurf zu Stande gekommen, der den deutschen Fürsten zur Annahme vorgelegt werden sollte. Es ist der Entwurf einer „reichsverfassungsmäßigen Verbindung der deutschen Reichsfürsten", vom 17. März 1785, bestehend aus 8 Artikeln, verfaßt von Hertzberg, hie und da verbessert von Finckenstein, angenommen vom König. Die meisten Artikel wiederholen nur eben, was schon früher vorgekommen war, daß man für die Thätigkeit der Reichsversammlung sorgen, die obersten Reichsgerichte in gesetzmäßiger Ordnung halten, und einen Verein aller Fürsten und Stände ohne Unterschied der Religion zu diesem Zweck treffen wolle. Der vornehmste ist der fünfte, nach welchem man sich anheischig machen soll, alle Stände, selbst die, die nicht in diesen Bund treten, gegen eigenmächtige Ansprüche, sei es auf Entgliederungen und Säcularisationen geistlicher Stifter oder auf-

gedrungene Vertauschungen alterblicher Lande, zu sichern, und zwar nicht allein durch reichssatzungsmäßige Mittel, sondern auch mit allen Kräften, die man besitzt. Mochte der bairisch-niederländische Austausch auch im Moment zurückgezogen sein — in Berlin zweifelte man nicht, er würde bei der nächsten Gelegenheit erneuert und dann von Rußland unterstützt, von Frankreich nicht gehindert werden: denn das sei der Preis, den der Kaiser bei seiner Unterstützung der russischen Uebergriffe in der Türkei sich ausbedungen habe: das deutsche Reich aber müsse sich mit gemeinschaftlicher Kraft einer Transaction entgegensetzen, welche das Wesen des Friedens von Teschen, den es garantirt habe, vernichten würde: es dürfe auch das immer weiter schreitende Eindringen österreichischer Prinzen in die Stifter des Reiches nicht gestatten. In jeder Vergrößerung Oesterreichs innerhalb des Reiches sah Friedrich zugleich eine eigene Gefahr. Und wie dann, wenn der Kaiser die Truppenbewegung, die er gegen Holland anordne, dazu benutze, Baiern in Besitz zu nehmen? Der Churfürst, der sich allen Wünschen desselben bequeme, werde das leicht selbst fördern, das Land keinen Widerstand dagegen leisten können. Der Kaiser rechne darauf, daß er durch seine niederländische Rüstung vom Westen her die preußische Macht in Zaum halte, während Rußland sie von Liefland und von Polen her bedrohe; England sei erschöpft, Frankreich durch den einflußreichen Gesandten, Grafen Mercy, im österreichischen Interesse. In Wien denke man, der König von Preußen werde sich unter diesen Umständen nimmermehr zum Krieg entschließen. Man werde ihn überdies aber an allen Orten so beschäftigen, daß er nicht Truppen genug habe, um einen Einfall in Böhmen zu wagen. Schwerlich dürfte er sich getrauen, zugleich auch die Feindseligkeit

von Rußland zu bestehen. — So verhielt es sich wohl nun in diesem Augenblicke nicht: diese Pläne waren fürs erste nicht gefaßt. Aber man durfte sie voraussetzen, da sie in der eingeschlagenen Richtung lagen, und hatte alle Ursache, sich dagegen sicher zu stellen. Womit sich König Friedrich von Anfang seiner Regierung an getragen, aber ohne es durchzuführen, die großen Interessen des deutschen Reiches mit dem Bestand und Wachsthum seines Staates zu vereinigen, das wurde jetzt möglich und dringend für beide Theile. Friedrich zählte darauf, daß seine Sache allen deutschen Fürsten gemeinsam, daß sie alle verloren seien, wenn er gestürzt werde. „Bringen wir also", so schließt er die Erörterung an seine Minister, „das Bündniß mit den deutschen Fürsten, das ich schon lange vorgeschlagen habe, zu Stande, und zwar zuerst zwischen den drei Churfürsten, denen sich die Uebrigen anschließen werden" [1].

Die ersten Eröffnungen waren überall gut aufgenommen und von allen Seiten eingehend beantwortet worden. Aber die allgemeine Lage machte es rathsam und die Formen des Reiches brachten es so mit sich, daß sich der König von Preußen, Churfürst von Brandenburg, mit den mächtigsten Nachbarn, Sachsen und Hannover, zu verständigen suchte. Von denen kam nun aber wieder das meiste auf Hannover an.

In dem letzten Jahre hatte der Churfürst von Hannover, König Georg III von England, neuen Einfluß gewonnen. Der Landgraf von Hessen schloß sich ihm unbedingt an, der Herzog von Braunschweig wich ungern von ihm ab; auf Meklenburg hatte er durch seine Gemahlin und ihren Bruder'

1) Der König an Finckenstein, 28. April bei Schmidt a. a. O. 189.

Herzog Carl, vielen Einfluß; von seinem Vorgang nahm Sachsen meistentheils Antrieb und Beispiel. Sollte aber nun Georg III für den preußischen Gedanken zu gewinnen sein? Durch den Frieden von 1762, in welchem er von der Politik seines Vaters abweichend Friedrich allein auf dem Kampfplatz gelassen hatte, war eine Verstimmung zwischen ihnen entstanden, die durch weitere Verwickelungen immer angestiegen war und Hannover im J. 1778 abhielt, sich zu Gunsten Baierns an Preußen anzuschließen. Auch in den Reichsangelegenheiten hatte sich Hannover seit einiger Zeit wieder zur österreichischen Seite gehalten. Sollte es nun jetzt bewogen werden, sich auf die preußische zu schlagen, und einen Vorschlag annehmen, durch den es mit dem Kaiser in Krieg gerathen konnte? Die Gesinnung des hannoverschen Ministeriums ließ das nicht erwarten.

Da war es nun eine eigenthümliche Fügung, daß Carl August von Hardenberg, ein ursprünglich hannoverscher Staatsbeamter, der sich, wie seine ganze dort sehr angesehene Familie, der Abhängigkeit von Oesterreich immer widersetzt hatte, in dem braunschweigischen Dienst, in den er übergegangen, zu einer Stellung gelangte, die ihm einen rückwirkenden Einfluß auf Hannover verschaffte. Hardenberg lebte und webte damals in den Ideen der Territorialmacht deutscher Fürsten: er schrieb selbst über ihr Recht, Bündnisse zu schließen und sich zu bewaffnen. Wenn der Herzog von Braunschweig an den früheren Unionsentwürfen Antheil zu nehmen ablehnte, weil sie zu wenig festen Boden hatten, so änderte sich das, als der mächtige König von Preußen, sein Oheim, in dessen Diensten er stand, sich dahin neigte. Der Herzog hatte die Sache selbst in seinen Briefen in Anregung gebracht. Einverstanden mit

ihm wendete Hardenberg nun seinen Einfluß auf die hannoverschen Minister an, um sie zu Preußen herüber zu ziehen [1].

Dabei war es ein Vortheil, daß der zweite Sohn König Georgs, Friedrich von York, Fürstbischof in Osnabrück, durch gleichartige Bildung und alte Bekanntschaft enge mit Hardenberg verbunden, im Lande verweilte. Er war vor Kurzem in Wien gewesen und daselbst durch alles, was er sah, von Besorgniß vor den weitaussehenden Plänen des Kaisers erfüllt worden. Er wendete sich jetzt in einem dringenden Anschreiben an seinen Vater, in welchem er demselben seine Besorgnisse aussprach und ihn aufforderte, für die Erhaltung der Reichsverfassung als Churfürst des Reiches einzutreten. Er ging mit Hardenberg persönlich nach Hannover, um die dortigen Minister für ihre Ideen zu gewinnen.

Eine besondere Verstimmung erregte noch der damals auftauchende Versuch des Erzherzogs Maximilian, Coadjutors von Köln und Münster, auch die Nachfolge in dem Bisthum Hildesheim zu erlangen. In Niedersachsen wollte man nicht erleben, daß das Haus Oesterreich in die geistlichen Staaten noch einmal sich eindränge, wie einst vor anderthalbhundert Jahren.

So sehr nun auch vermieden wurde, das englische Interesse, von dem König Friedrich immer noch nicht hören wollte, zu erwähnen, so hat es doch einen nicht geringen Einfluß ausgeübt. Wir werden es bald ausführlich zu erörtern haben: hier sei nur bemerkt, daß England in dem fortdauernden

1) Ich denke in Kurzem diese Thätigkeit des späteren Staatskanzlers, auf die er selbst vielen Werth legte, so daß er ein Actenstück darüber zusammenstellte, noch näher zu schildern.

Antagonismus gegen Frankreich sich bewußt ward, eine continentale Allianz zu bedürfen. Der englische Gesandte im Haag, sonst kein Freund Friedrichs, kam mit seinem Collegen in Berlin darin überein, daß der Beitritt des Königs Georg zu dem von Preußen in Antrag gebrachten Bündniß die Grundlage einer noch engeren und umfassenderen Allianz zwischen den beiden Mächten bilden werde.

Unter dieser doppelten Einwirkung der deutschen und der allgemeinen Verhältnisse geschah es, daß Georg III zunächst in einem Briefe, den er an seinen Sohn richtete, seine Geneigtheit das Bündniß einzugehen, in Folge seiner Stellung als Churfürst, selbst mit Nachdruck aussprach. Wenn er betonte, daß England darum nicht in einen neuen Krieg verwickelt werden dürfe, so lag darin zugleich, daß er als Churfürst zu jeder Maßregel, die der Zweck des Bundes nöthig mache, mitwirken wolle. Dadurch aber war dann auch nicht allein über Braunschweig, sondern auch über Hessen entschieden. Der Landgraf hätte eine besondere Vereinigung mit Braunschweig und Hannover ohne Preußen zu treffen gewünscht; er mußte diesen Gedanken aufgeben und nahm nur Bedacht, sich bei dem Bündniß mit Preußen besondere Vortheile vorzubehalten: sein Ehrgeiz war dahin gerichtet, die Churwürde zu erwerben.

In Sachsen, wo schon die ersten vorläufigen Andeutungen eine gute Aufnahme gefunden hatten, wurde man in dieser Gesinnung bestärkt, als nun auch die hannoverschen Geheimen Räthe eine förmliche Eröffnung darüber machten; die Antworten des sächsischen Hofes lauteten sofort sehr eingehend. Wohl ließen es nun die kaiserlichen Minister nicht an Versuchen fehlen, — denn wie hätte ihnen die allgemeine Agitation verborgen bleiben können? — auf die beiden Churstaaten eine

entgegengesetzte Einwirkung auszuüben. In Sachsen suchten sie durch einseitige Begünstigungen den an diesem Hofe mächtigen Marcolini für sich zu stimmen: aber dessen Einfluß war doch nicht in jeder Angelegenheit maßgebend und wurde in dieser durch das Ansehn, welches Gutschmidt und Löben genossen, beseitigt. In der Hauptsache mußten die österreichischen Erklärungen unwirksam bleiben, da sie sich immer auf die Versicherung beschränkten, daß an keine gewaltsame Eintauschung gedacht worden sei; wodurch dann die Absicht, eine freiwillige zu versuchen, so gut wie ausgesprochen wurde. So war es auch zu verstehen, wenn die Kaiserin Katharina versicherte, daß sie den Frieden von Teschen beobachten wolle. Die deutschen Fürsten aber hielten dafür, daß auch ein freiwilliger Austausch demselben entgegenlaufe: denn die bairischen Hausverträge, durch die ein solcher verboten werde, seien in dem Frieden ausdrücklich gewährleistet. Ihr Interesse war gegen eine freiwillige Austauschung so gut wie gegen eine gezwungene.

Wenn nun die drei Höfe in der Sache selbst einverstanden blieben, so konnte ein Abschluß des Bündnisses keine Schwierigkeiten mehr darbieten.

Man dachte Anfangs an eine Zusammenkunft der Minister an einem dritten Orte zu diesem Behuf, etwa Dessau oder Nordhausen [1], fand es aber dann doch am natürlichsten

1) Der würdige Dohm, der, noch jung, Anfangs nach Nordhausen bestimmt wurde, schreibt es fast der Eifersucht Hertzbergs zu, daß dies nicht zu Stande kam. Aber die Acten erweisen, daß Sachsen einen Beamten zweiten oder dritten Ranges, wie Dohm damals war, bei den Verhandlungen nicht zulassen wollte. Und Hertzberg wollte der König nicht missen. Aus den Correspondenzen ergiebt sich, daß Dohm überdies zu

und leichtesten, die Conferenzen in Berlin zu halten. Ein sächsischer Minister, Zinzendorf, war hier schon anwesend; der hannoversche, Beulwitz, traf am 24. Juli ein. Da ist nun das Bemerkenswerthe, daß Beulwitz die Leitung der Sache in die Hand nahm, und zwar gestattete man ihm das preußischerseits mit Absicht: der Prinz von Preußen billigte es, weil sonst der alte Kaltsinn der Hannoveraner wieder erwachen könnte: eigentlich von Beulwitz stammt der ganze Text des Vertrages. Die Hertzbergischen Artikel wurden deshalb bei Seite gelegt, weil sie die allgemeinen Reichsanliegen und die jetzt vorliegenden besonderen Fragen vermischten: Beulwitz sonderte sie von einander. Sehr bedeutend ist es für die Epoche, wie die weltlichen Churfürsten, im Gegensatz gegen das Reichsoberhaupt, die Reichsverfassung auffassen: seit Jahrhunderten gestiftet, mit großer Aufopferung erhalten, bilde sie die vornehmste Grundlage der Sicherheit und Freiheit der Stände nicht allein, sondern ganz Europas. In diesem Augenblick war nicht mehr wie bei den früheren Entwürfen von der Wiederherstellung der Activität des Reichstags die Rede. Denn bereits waren — wir werden noch darauf zurückkommen — die vornehmsten Schwierigkeiten der Thätigkeit des Fürstencollegiums beseitigt: und zwar durch die geistlich-weltliche Opposition gegen Oesterreich, welcher sich auch der hannoversche Gesandte, der von dem österreichischen mißachtet zu sein glaubte, anschloß. Mit Selbstgefühl bemerkt der preußische, daß die Sache doch von ihm

---

schwach und unselbständig für eine solche Verhandlung erschien. Selbst in eigenen Angelegenheiten ist ein gleichzeitiger Geschichtschreiber zuweilen nicht hinreichend unterrichtet. An Unwahrhaftigkeit ist hier nicht zu denken.

auf Befehl des Königs durchgeführt worden sei. Jetzt kam es nur noch auf die Art und Weise dieser Thätigkeit und auf die Autorität des Reichstags an. Für diese Fragen war es nun von besonderem Gewicht, daß der hannoversche Minister Beulwitz, bisher selbst in Regensburg thätig, der dortigen Angelegenheiten ohne Zweifel kundiger war als die preußischen. Er legte minderen Werth auf die Recurse als Hertzberg: er erwähnte sie nur eben, denn die Autorität der Reichsgerichte an sich dürfe nicht geschmälert werden. Die Hauptsache war ihm die Entfernung der Eingriffe der gerichtlichen Autorität in die Rechte der Reichsversammlung selbst, die er mit dem den staatsrechtlichen Lehren der Zeit entsprechenden Ausdruck als die gesetzgebende Gewalt bezeichnete. Was schon vor dem Ausbruch des dreißigjährigen Krieges den Widerspruch erregt hatte, die Anmaßung der Gerichte die Gesetze auszulegen, bildete nochmals eine große Beschwerde: denn auch auf die Satzungen des westphälischen Friedens war sie angewandt worden. Wie vor Zeiten, so beklagte man sich auch ferner über unbefugte Cognitionen und verfassungswidrige Executionen mit Verletzung der ständischen Gerechtsame; nur war der Unterschied, daß die Beschwerde, die früher einseitig von den Protestanten und Weltlichen erhoben worden war, und zwar hauptsächlich im Gegensatz gegen die geistlich-katholische Mehrheit des Reichstags, welche diese Uebergriffe begünstigte, sich jetzt unter Theilnahme der Geistlichen selbst gegen den Kaiser wandte, der den vorherrschenden Einfluß auf die Gerichte besaß. Besonders hob man die Rechte der Kreise des Reiches hervor. Wenn Hertzberg besonders eigenmächtige Einquartierungen in den Kreisen vermieden wissen wollte, so stellte Beulwitz die Freiheit ihrer innerlichen Militär-, Civil-

und ökonomischen Verfassung voran. Man kam dann auf den unmittelbaren Zweck des Bundes, die Stände sämmtlich in dem Besitz ihrer Lande und Gerechtsame, bei ihren eigenen Hausverfassungen zu schützen. Gegen jede Verletzung derselben will man sich vereinigen und auf der Reichsversammlung davon abmahnen: sollte das aber nichts fruchten, über weitere kräftige und wirksame Mittel der Reichsverfassung gemäß sich einverstehen und dieselben alsdann in Ausführung bringen. In jedem Wort erkennt man die Feder eines in den Reichsgeschäften geübten Staatsmannes. Ein Vertrag, wie dieser, konnte von jedem Stande, mochte er sich zu den obschwebenden besonderen Fragen verhalten, wie er wollte, angenommen, er konnte allenfalls dem Kaiser selbst vorgelegt werden. Anders verhielt es sich mit den Artikeln, die als abgesonderte oder als geheime erscheinen. Die besonderen (Separatartikel) beziehen sich auf die eigentlichen churfürstlichen Angelegenheiten, die eventuelle Wahl eines römischen Königs, die Wahlcapitulation, und die Errichtung einer neuen Churwürde, von der viel die Rede war. In alledem verpflichten sich Sachsen, Hannover und Brandenburg, nach gemeinschaftlicher Uebereinkunft zu Werke zu gehen. Hannover schlug vor, gegen das Eindringen der Erzherzoge in die geistlichen Stifter Vorkehrungen zu treffen und die Besetzung derselben aus dem Reichsadel zu empfehlen. Dem widersprach Sachsen: wie ja ein sächsischer Prinz selbst zum Besitz einer der vornehmsten geistlichen Würden, des Churfürstenthums Trier und zugleich des Bisthums Augsburg, gelangt war. Sachsen bemerkte, daß in dem kund gewordenen Verfahren Oesterreichs doch nichts Ungesetzliches liege. Eine nicht ungegründete Einwendung, durch welche die beiden An-

deren bestimmt wurden, die Sache fallen zu lassen, mit dem Vorbehalt, sich darüber mit einander zu vereinbaren. In dem Vertrage wurde nur nach dem ursprünglichen Entwurf von Hertzberg gegen Zergliederungen und Säcularisationen der Stifter Einspruch erhoben. Dagegen stimmte Sachsen dem Widerspruch gegen den versuchten Austausch vollkommen bei und versprach, sich einem solchen, wenn er wiederholt werden sollte, mit den beiden Anderen zugleich zu widersetzen [1]. Man sprach aus, der Austausch laufe in Bezug auf die Niederlande dem Barriere-Tractat, in Bezug auf Baiern dem Frieden von Teschen entgegen: er würde für die Sicherheit der nächstgelegenen Kreise und die Verfassung überhaupt höchst gefährlich sein [2]. Gleich im Anfang der Unterhandlung wurde von Hannover der Vorschlag gemacht, daß man den Widerstand hiergegen auf die Reclamation der Agnaten, namentlich Zweibrückens, begründen solle. Gegen die Ansicht seiner Minister nahm König Friedrich das an: man vereinigte sich, diese Reclamation bei der Reichsversammlung auf das wirksamste zu unterstützen und kräftige Mittel dafür zu vereinbaren.

Welches aber sollten diese sein? Darüber wurde in einem „geheimsten Artikul" Bestimmung getroffen. Wenn es denn so weit gekommen, selbst in dem Falle, den Friedrich befürchtete, nicht sowohl eines Austausches, als einer Occupation von Baiern, wollen sie mit allen Kräften und vereinigter

---

1) Es ist der Artikel: Wie die bekanntermaßen u. s. w., auf welche Anfangsworte später vielfach Bezug genommen wird.

2) Wie ... die intendirte Austauschung ... an sich und in ihren Folgen für die ganze Verfassung des deutschen Reiches, für die Freiheit der angelegenen Kreise und für die Sicherheit aller Stände nicht anders als höchst gefährlich und verderblich sein kann....

Macht dagegen angehen, vornehmlich auch, wenn einer von ihnen deshalb angegriffen würde, einander mit Heeresmacht unterstützen. Hannover brachte die Bestimmung eines Contingents von 15000 Mann, die jeder Theil auf eigene Kosten ins Feld bringen würde, in Antrag: so nahmen Sachsen und Brandenburg an. Wohl hatte Sachsen, weil es einem österreichischen Angriffe zunächst ausgesetzt sein würde, einige Bedenken: Friedrich ermächtigte seine Minister, Sachsen noch durch einen besonderen Allianztractat seiner Hülfleistung in diesem Falle zu versichern. Aber auch die preußischen Minister hatten eine Erinnerung zu machen. Da nach dem ursprünglichen Entwurf die gegenseitige Hülfleistung auf die Reichslande eines jeden beschränkt wurde, so würde sich König Friedrich keine Hülfe haben versprechen dürfen, wenn sein Königreich Preußen oder sein souveränes Herzogthum Schlesien, die nicht in den Reichsverband gehörten, angegriffen worden wären. Und dennoch konnte man den Anderen nicht wohl zumuthen, ihre Hülfleistung auch dahin zu erstrecken: der König selbst hätte das nicht einmal gewünscht. Man kam auf die Auskunft, daß, wenn ein solcher Angriff — wo auch immer — geschähe, die beiden anderen Fürsten dem König zum Schutze seiner Reichslande zu Hülfe kommen sollten [1].

So vereinbarten die drei Churfürsten am 23. Juli 1785. Es war noch einmal ein großes und bedeutendes Werk, das da unter den Auspicien Friedrichs zu Stande kam. Geht

1) Das will es sagen, wenn es heißt: „zu der wechselseitigen Vertheidigung Ihrer in dem deutschen Reichsverband begriffenen Lande und in dem Bezirk derselben, insofern es die Beschützung der eigenen Grenzen und das davon abhängende gemeinsame Wohl der übrigen verbundenen Mächte gestattet."

man demselben auf den Grund, so ist das Wesentlichste eine Vereinbarung zwischen Brandenburg und Hannover. Georg III fühlte zugleich als König von England in allgemeinen und als Churfürst von Hannover in deutschen Beziehungen die Nothwendigkeit einer Verständigung mit Friedrich. Der Churfürst von Sachsen trat den beiden Andern bei, zögernd und für sich besorgt, aber doch zuletzt entschlossen, selbst für den Fall, daß es zu einem Kriege zwischen Preußen und Oesterreich gekommen wäre.

Daran nahmen nun die minder mächtigen deutschen Fürsten, welche die ersten Berathungen gepflogen, keinen Antheil; doch hatten sie den Weg gebahnt, und man konnte mit Sicherheit auf ihre Betheiligung rechnen. Man verlor keine Zeit, ihnen den Hauptvertrag zu diesem Behuf mitzutheilen.

Von allen Accessionen deutscher Fürsten war keine so wesentlich wie die von Pfalz-Zweibrücken. Denn auf dem Versprechen des Herzogs, niemals in einen Austausch wie der vorgeschlagene zu willigen, beruhte die Uebereinkunft, namentlich auch das in dem geheimen Artikel vorgesehene Verfahren. Auf der andern Seite war man von der Drohung zurückgekommen, auch ohne die Einwilligung des Herzogs vorzuschreiten: Katharina behauptete, das sei nie ihr Sinn gewesen. In den letzten Monaten war denn nichts unversucht geblieben, um den Herzog zu einer freiwilligen Annahme des Entwurfes zu vermögen: die mit seinen fortdauernden Geldverlegenheiten zusammenhängenden Einflüsse maßgebender Persönlichkeiten an seinem Hofe schienen noch immer dazu führen zu können. Der Möglichkeit dieser Entschließung sagte nun der Herzog ohne Bedenken ab. Es entsprach doch der Grundrichtung seiner eigenen Politik, wenn er sich ausdrück-

lich verpflichtete, zu keiner Zeit und unter keiner Bedingung in einen Austausch der pfalz-bairischen Erblande zu willigen, sondern sie unveräußert auf seine Nachkommen zu bringen. Dem schloß sich auch Prinz Maximilian Joseph, wie er sagt, „mit gutem Willen und Vorbedacht durch feierliche Erklärung" an und übernahm die gleiche Verpflichtung. Hiedurch trat das Haus Zweibrücken gegen die drei Churfürsten in ein der Hülfleistung derselben entsprechendes Verhältniß; der Vertrag erlangte damit eine der Reichsverfassung gemäße Grundlage.

Von wenigstens nicht mindrer Wichtigkeit war aber noch eine andere Accession: die des Reichserzkanzlers Churfürsten von Mainz. Sie war durch die Verhandlungen Carl Augusts bereits eingeleitet. In dem Augenblick der Entscheidung in Berlin besuchte ein kaiserlicher Gesandter, Graf Trautmansdorf, den Churfürsten, um ihn von jeder Conföderation, die dem Kaiser entgegengesetzt werde, abzumahnen. Wir kennen seine Differenzen mit dem kaiserlichen Hofe in Bezug auf die Reichsgerichte, seine amtliche Stellung überhaupt. Er antwortete, er wisse von keiner Conföderation: aber bei allem Vertrauen, das er zu den reichsväterlichen Gesinnungen des Kaisers hege, könne er doch nicht bergen, daß er durch die Tauschverhandlungen und andre in die Reichsverfassung eingreifende Maßregeln desselben aufmerksam und besorgt geworden sei: er könne nicht mißbilligen, wenn von anderen Ständen die Aufrechterhaltung der auf Gesetzen, löblichem Herkommen und uraltem Besitz ruhenden Reichsverfassung angestrebt werde. Von französischer Seite ist ihm dann der Rath ertheilt worden, eine vermittelnde Stellung zwischen Oesterreich und Preußen einzunehmen. Wir wissen, wie unangenehm man es in Versailles empfand, daß die reichsständische

Opposition gegen den Kaiser Miene machte, sich an Preußen anzuschließen. Der Gedanke, das deutsche Reich sowohl von Oesterreich als von Preußen zu sondern, ist eigentlich in diesem Augenblick entsprungen. Auf deutscher Seite ist ein ähnlicher damals in Hessen gefaßt worden: schon wirkte Frankreich auch in Dresden dafür. Es ist der Gedanke, der späterhin in den Kriegen der Revolution ergriffen worden und den Rheinbund unter französischer Protection herbeigeführt hat. Damals konnte der Vorschlag schon deshalb keinen Eingang finden, weil die französische Politik unter dem Einfluß von Oesterreich stand und wenigstens keinerlei Schutz gegen diese Macht gewährte. Eine mittlere Partei auf eigene Hand zu bilden, fühlte sich der Reichserzkanzler bei weitem zu schwach. Ein Motiv und zugleich Hülfsmittel dafür hätte in der religiösen Differenz und den daraus entspringenden Besorgnissen liegen können; diese wurden jedoch durch die allgemein bekannten Gesinnungen des Königs von Preußen, seine Erklärungen und die Versicherungen seines Nachfolgers gehoben. Man wußte, daß sie die Behauptung der deutschen Verfassung mit allem Ernst übernehmen würden. Schon war der Churfürst von Mainz durch den Herzog von Weimar, der bei Gelegenheit einer Badereise ihn nochmals aufsuchte, und durch Edelsheim aufs neue von dem Gange der Verhandlungen unterrichtet und in seiner Gesinnung bestärkt worden. Das Entscheidende geschah dann durch die preußischen Bevollmächtigten Böhmer und Stein, von denen der erste, der vornehmere, geschäftskundig und ruhig die Unterhandlungen mit einer der Sache entsprechenden Ueberlegenheit führte, und der andere ihn durch Gewandtheit unterstützte. Ein Moment, das den Wechsel der Zeiten bezeichnet, aber bleibt es immer, daß der Churfürst von Mainz, indem

er sich von dem Kaiser abwandte, auch von aller Verbindung mit Frankreich absah und dem von Preußen angebahnten System beitrat. Man sagte in Berlin, er gefalle sich in der Rolle, die er neben dem großen Friedrich im Reiche spielen werde [1]. Es war am 18. October 1785, daß der Churfürst von Mainz nicht allein dem Hauptvertrag, sondern auch den besonderen Artikeln beitrat, nur nicht dem geheimsten. Bei den Accessionen, die nun allenthalben erfolgten, machte man allezeit den Unterschied zwischen diesen. Friedrich scherzte wohl darüber, wenn etwa das damals sehr ohnmächtige Baden auch dem geheimsten Artikel beitrat und sich zu einer Hülfleistung verpflichtete. Daß aber die anderen angenommen wurden, war ihm höchst angenehm; bei keinem mehr als bei dem Churfürsten von Mainz. Er wußte es zu würdigen, daß die verbundenen Fürsten durch dessen Beitritt die Majorität im churfürstlichen Collegium erlangten. In der Hierarchie des Reiches ward ihnen dadurch das Uebergewicht zu Theil, selbst über den Kaiser.

Anfangs hatte Friedrich davon geredet, daß man eines Bundes bedürfe, wie einst der schmalkaldische gewesen war: Andere hatten auf die Union im Anfang des 17. Jahr-

1) L'Electeur a été déterminé à cette forte resolution par son envie de briller avec Votre Majesté dans un rôle aussi patriotique et populaire, par la haine personnelle, qu'il a contre l'Empereur, par leurs disputes sur ses droits d'Archi-Chancelier de l'Empire, par l'influence de ses parents, la famille de Coutenhoven, qui est fort opposée à la Cour de Vienne malgré le procès important, qu'elle a au Conseil Aulique et dont le C. de Trautmannsdorf leur a annoncé le gain ou la perte selon leur conduite, et enfin par les conseils de ses trois ministres de Deel, de Heims et de Strauss, qui ont tous voté pour l'occasion malgré toutes les menaces du ministre autrichien... Finckenstein an den König 31. Oct. 1785.

hunderts provocirt. Wie ganz anders aber war nun die Association beschaffen, die wirklich zu Stande kam. Bei den früheren Bündnissen lag das in jener Epoche höchlich gefährdete protestantische Interesse zu Grunde: mitten im Kampf dafür waren sie auseinander gesprengt worden. Auch die Union, wie sie der Fürst von Waldeck [1] in der Zeit des großen Churfürsten in Vorschlag brachte (1653), war doch dem ursprünglichen Plane gemäß lediglich auf die weltlichen und protestantischen Fürsten abgesehen: die Erhaltung des Protestantismus bildete den Hauptgesichtspunkt. Ganz anders die damalige, welche von einer Gefährdung des größten katholischen Churfürstenthums und einer inneren Bewegung unter den geistlichen Fürsten herrührte.

Die Associationen, mit denen Friedrich während des österreichischen Erbfolgekrieges umging, hatten schon einen verwandten Charakter, doch scheiterte alles an der Vorliebe der katholischen Fürsten für Oesterreich. In den Jahren 1748—51 ist eine Unterhandlung verwandten Zweckes von den katholischen Fürsten selbst angeregt worden. Sie war vornehmlich gegen die Kreisassociationsbündnisse gerichtet, die damals vom kaiserlichen Hofe betrieben dahin zielten, die einzelnen Fürsten von den in den Kreisen durch Mehrheit zu Stande gebrachten Schlüssen abhängig zu machen. Die drei Churhöfe von Köln, Baiern und Pfalz wollten sich dem nicht unterwerfen: sie behaupteten, daß nach Herkommen und Verfassung die Mehrheit der Stimmen in den Kreisen unstatthaft sei. Im Gegensatz gegen die Kreisassociationen wollten sie einen Bund mit einander schließen, an dessen Spitze sich

1) Erdmannsdörfer, Georg Friedrich von Waldeck S. 178.

der König von Preußen stellen sollte: man wollte damit zugleich in den Stand kommen, dem Reichshofrath zu widerstehen. Das fiel aber in die Zeit der engen Verbindung zwischen Oesterreich und England: man konnte nicht hoffen, die Fürstenhöfe, die von England abhingen, zu gewinnen. Friedrich sagte nur, er habe nichts dagegen (16. Mai 1749), wenngleich er hoffen ließ, sobald es so weit sei, seinerseits hervorzutreten. Sein Hauptgesichtspunkt war, die Wahl Josephs II zum römischen König, um die sich Georg II eifrig bemühte, zu hintertreiben. Zu einem Resultat gelangte man nicht.

Im Jahr 1785 ging der Impuls von ihm selber aus; der König von England war nicht allein nicht dagegen, sondern dafür. Von der andern Seite kam dem das katholische Interesse der geistlichen Fürstenthümer selbst entgegen.

Am meisten innere Verwandtschaft hat, wenn ich nicht irre, die Vereinbarung von 1785 mit dem Verständniß, welches Churfürst Moritz von Sachsen im Jahre 1552 durch den Passauer Vertrag mit den katholischen und geistlichen Reichsfürsten traf. So war der Fürstenbund auf die Erhaltung eines katholischen Reichsfürstenthums und der Integrität der Reichsstifter gerichtet. Wie in jener Zeit Carl V unter Mitwirkung des deutschen Hauses Oesterreich von dem Reiche ausgeschlossen wurde, so vereinigten sich jetzt die Stände gegen das deutsche Oesterreich, wie es unter Joseph II auftrat.

Dreizehntes Capitel.

Momente der allgemeinen Lage. Politik Friedrichs II in seinen letzten Lebensjahren.

Kommen wir nun auf die schon angedeutete Verflechtung der europäischen Angelegenheiten mit den deutschen und die Beziehungen Friedrichs dazu. Durch den Austauschsentwurf wurden die europäischen Staatenverhältnisse wieder an sich sehr empfindlich berührt. Denn nur mit allgemeiner Anstrengung waren die katholischen Niederlande gegen Frankreich behauptet und in den Besitz von Oesterreich gebracht worden. Die Unabhängigkeit dieser Landschaften von Frankreich zu erhalten, bildete aber von jeher ein wesentliches Moment der englischen Politik. Zu dem altenglischen System gehörte es, die westlichen niederländischen Provinzen zwar nicht unmittelbar zu besitzen — das würde das Parlament nicht einmal gern gesehen haben — aber sie gegen die französische Uebermacht in Krieg und Frieden in Schutz zu nehmen. So lange sie österreichisch waren, wiewohl mit Vorbehalt ihrer althergebrachten Gerechtsame, da verschaffte dies Verhältniß den Engländern einen nicht geringen Einfluß auf das Haus Oesterreich, welches denselben ohne sie doch niemals eine voll-

kommen ausreichende Sicherheit zu gewähren im Stande war [1]. Man kannte die Schwierigkeiten, die daraus erwuchsen, sobald sich Oesterreich zu Frankreich neigte: eine noch viel größere aber sah man von dem Austausch voraus. Die Vorfechter des alten Systems in England hätten so viel nicht dagegen gehabt, wenn der Kaiser im Besitz von Luxemburg und Namur geblieben, dann aber zugleich mit dem neu zu errichtenden Königreich Burgund und mit Holland in enge Allianz getreten wäre. Alsdann meinten sie, würde das alte System sich behaupten lassen. Wie aber die Sache angegriffen wurde, war das nimmermehr zu erwarten. Frankreich würde wahrscheinlich selbst Luxemburg mit Namur erlangt und das neue Königreich unbedingt beherrscht haben. Joseph II war, wie erwähnt, von selbst auf diesen Gedanken gekommen, wofern ihm namentlich in Italien eine Gegenbewilligung gemacht würde. Aber außerdem ließ die enge Allianz zwischen Frankreich und Oesterreich keinen Zweifel darüber aufkommen, daß die neue Combination dem französischen Interesse zu gute kommen werde.

Wenn nun der Widerspruch gegen den Austausch eine natürliche Verbindung zwischen Preußen, das denselben aus deutschen, und England, das ihn aus europäischen Gesichtspunkten verwarf, hervorbrachte, so trat ein ähnliches Verhältniß auch in der Republik Holland ein. Es trug jedoch wieder einen ganz verschiedenen Charakter. Für die letzten Zeiten Fried-

---

1) Its existence has ever been deemed essential to the interests of Europe in general, and to those of England in particular, but it is destroyed the moment the Low Countries either belong to France directly or are governed by a Sovereign devoted to her influence... Diaries of Malmesbury II. 50.

richs und die ersten seines Nachfolgers, so wie für die allgemeine Politik ist es so wichtig, daß wir ihm eine eingehende Erörterung widmen müssen.

Seit Jahrhunderten hatte die englische Politik in der engsten Beziehung zu der Republik der vereinigten Niederlande gestanden; damals gewann es den Anschein, als ob dieselbe in die französischen Verbindungen, die sich über die österreichischen Provinzen ausbreiteten, gezogen werden würde.

In den vereinigten Niederlanden waren die alten Streitigkeiten zwischen dem Erbstatthalter und der städtischen Aristokratie, welche von jeher das innere Leben der Republik bestimmten, wieder erwacht. Die Partei, welche 1747 erlegen, aber nie vernichtet worden war, regte sich bei dem Ausbruch des amerikanischen Krieges, der bald ein europäischer wurde, mit aller ihrer Stärke. Der Statthalter wünschte die Neutralität zu erhalten: in dem Lande entstand in Folge von mancherlei Unbill, die es damals von England erfuhr, eine Bewegung zu Gunsten Frankreichs. Das Selbstgefühl des Landes sträubte sich schon längst gegen die untergeordnete Rolle, die es seit der Revolution von 1688, zu deren Durchführung die Republik mächtig beigetragen hatte, neben England spielte. „Was könne man nicht in dem gegenwärtigen Moment, in welchem England so viele Feinde zähle, gegen dasselbe ausrichten! Nicht weniger vielleicht als hundert Jahre früher.“ Besonders in den Provinzialstaaten von Holland bekam eine Partei das Uebergewicht, welche diese populare Bewegung mit der Antipathie gegen den Statthalter Wilhelm V, der durch seine nahen verwandtschaftlichen Beziehungen, Sinnesweise und Lebensgewohnheiten an England geknüpft sei, verband. Im Widerspruch mit ihm kam es zum Kriege,

in welchem die Holländer große und schwere Verluste erlitten, sowohl bei seinem Ausbruch, als auch bei dem Frieden, aber auch durch einige ihrer alten Zeiten würdige Handlungen ihren Ruhm erneuerten und ihr Selbstgefühl verstärkten. Auch nach dem Frieden war Antipathie gegen England und Hinneigung zu Frankreich das vorherrschende Gefühl; zwischen der Republik und dem Hof von Versailles ward eine Allianz unterhandelt, durch welche die Feindseligkeit gegen England erst recht positiven Grund und Boden erlangen mußte.

Einen unangenehmen Zwischenfall bildeten hiefür die Mißhelligkeiten, die bei dem Versuch, die Schelde zu eröffnen, zwischen dem Kaiser und der Republik ausbrachen. In Frankreich, wo man das Verfahren des Kaisers mißbilligte, sah man doch die Nothwendigkeit ein, zwischen dem Verbündeten, von dem man sich nicht trenne, und dem andern, den man erst recht an sich zu knüpfen suche, zu vermitteln.

In den letzten Monaten von 1784, den ersten von 1785 war der Erfolg davon nicht abzusehen: der Kaiser traf Anstalten, Holland in der That mit Krieg zu überziehen und seine Forderung mit Gewalt durchzusetzen. Hier, wo man nicht geneigt war nachzugeben und nicht die Kraft fühlte zu widerstehen, wandte man seine Augen naturgemäß auf König Friedrich II.

„Ich kann Ew. Majestät versichern", schreibt ihm der Erbstatthalter, „unter allen Parteien herrscht nur Eine Meinung, den Prätentionen des Kaisers den kräftigsten Widerstand entgegenzusetzen, und mit allen Mitteln, welche die Vorsehung unserm Staate gegeben hat, einen ungerechten Angriff zurückzuweisen; — ich verbinde meine Bitte mit der

des Staates um Ew. Majestät mächtige Protection, dann werden wir nicht genöthigt sein zu weichen"[1].

Friedrich stand auch sonst in nahem Bezug zu den Verhältnissen und Kriegen der Republik.

Wilhelm V war der Sohn eines Paares, dem er allezeit mit der innigsten Freundschaft zugethan gewesen war, Wilhelms IV und der Prinzessin Anna von England; er war mit der Nichte des Königs Friederike Wilhelmine vermählt, die dieser, wie sein Briefwechsel mit ihr zeigt, wie sein eignes Kind betrachtete. Es berührte ihn sehr nahe, wenn in der Republik die dem Erbstatthalter entgegengesetzte Faction das Uebergewicht davontrug und demselben Schritt für Schritt die Vorrechte entriß, die ihm entweder ausdrücklich bewilligt worden waren, oder die er stillschweigend in Besitz genommen hatte. Die immer wachsende Bewegung und die Gegenwirkungen von Seiten des Prinzen machten ihn unruhig. Er nahm, wie er sagt, die aus Holland eingehenden Depeschen nie ohne Besorgniß in die Hände. Er fürchtete darin von Thätlichkeiten gegen seine Nichte und ihren Gemahl lesen zu müssen; er warnte sie, nicht das Volk zu reizen, dessen anscheinende Trägheit, wenn es in Feuer gesetzt werde, in wilde Gewaltsamkeit übergehe, wovon die Witts ein Zeugniß gäben. Wenn er nun in den inneren Angelegenheiten zur Mäßigung ermahnte, um kein Unglück zu erleben, so war er noch weniger geneigt, in die äußeren einzugreifen. Seiner Nichte bemerkte er, daß Holland doch nicht so viel zu fürchten

1) Guillaume V à S. M. le roi de Prusse, im Archiv vom Haag. Die Correspondenz des Prinzen mit dem König befindet sich im oranischen Hausarchiv; die der Prinzessin wurde dort bisher noch vergebens gesucht. Doch finden sich einige Stücke derselben in Berlin.

habe, als sie wohl meine; denn der Kaiser werde mit seinen Drohungen schwerlich Ernst machen; er werde einsehen, daß er dadurch einen allgemeinen Krieg veranlassen könne, was er doch gewiß nicht wünsche. Auch er aber, ihr Oheim, König von Preußen, wünsche einen solchen nicht; denn hauptsächlich ihm würde derselbe zur Last fallen; bei seinem Alter dürfe er sich darauf nicht einlassen. Und der Republik selbst fühlte er sich weder persönlich noch auch politisch verpflichtet. Er hatte ihr noch nicht vergessen, wie zweideutig, ohne Rücksicht auf das System, dem sie beide angehörten, sie sich während des siebenjährigen Krieges gehalten hatte: da habe sie das Haus Oesterreich mit großen Geldsummen unterstützt. Dem Prinzen erwiederte er, nicht an ihn dürfe sich die Republik wenden, er habe ihr keinen der Verträge garantirt, welche der Kaiser über den Haufen zu werfen suche: aber mit Frankreich stehe sie im Bunde; von dieser Macht seien jene Tractate garantirt, sie habe also auch die Pflicht, dieselben aufrecht zu halten; an den Hof von Versailles müsse die Republik sich wenden. Jedermann billige die Festigkeit, mit welcher sie auftrete; sie werde derselben die Behauptung ihrer Freiheit verdanken; überdies aber könne man die Hoffnung hegen, daß sich während des Winters alles beruhigen werde[1].

Friedrich glaubte genug zu thun, wenn er die Werbungen der Republik im Reiche nicht allein gestattete, sondern auch begünstigte; er wiederholte den Rath, den er ihr schon oft gegeben, sich in einen respectablen Stand zu setzen, da-

1) C'est un devoir indispensable de la cour de Versailles de soutenir la république son alliée et les actes solennels qui assurent ses possessions et ses droits (8. Nov.)

mit ihre Existenz nicht demnächst wieder bedroht werde [1]. Für damals erwartete er alles von dem Erfolg der Unterhandlungen, die zwischen Frankreich und Oesterreich bereits im vollen Gange waren.

Eine andere Meinung herrschte hierüber bei den Engländern vor. Denn nothwendig mußte die Intervention von Frankreich zu Gunsten der Republik, das Verdienst, das es sich durch die Abwehr der vom Kaiser gedrohten Thätlichkeiten um dieselbe erwarb, auch den Einfluß seiner Politik in Holland verstärken und dazu beitragen, seine Beziehungen zu den Niederlanden zu befestigen. Der Antagonismus, der in dem amerikanischen Kriege zwischen den beiden Mächten zum Ausbruch gekommen war, setzte sich nach dem Frieden fort; die beiden Niederlande, am meisten die Republik, waren damals der vornehmste Schauplatz desselben.

Hier aber umfaßte er nun zugleich die innern und die äußern Angelegenheiten.

Denn wie der Statthalter Wilhelm V hauptsächlich dadurch mit der öffentlichen Meinung in Holland zerfallen war, daß er Anlaß gab, ihm englische Gesinnung zuzuschreiben, so hielten sich seine Gegner, welche nicht allein ihn bekämpften, sondern die erbstatthalterische Macht überhaupt in die engsten Schranken einzuschließen beabsichtigten, ohne allen Rückhalt an Frankreich. In ihrem Uebergewicht sahen die Engländer zugleich einen Vortheil für diese Macht, den sie ihr nicht gönnten.

1) Friedrich 22. Nov. Je me flatte, qu'au printems qui vient tous ces troubles seront appaisés, et que la république jouira de l'heureuse tranquillité que je lui souhaite, mais que cette échauffure devienne pour elle un motif pour se tenir à l'avenir dans une situation plus respectable.

Im December 1784 erschien ein neuer englischer Gesandter, Sir James Harris — später Lord Malmesbury — im Haag, der sich recht eigentlich zum Träger dieses Gedankens machte. Er war von Fox, der denselben ursprünglich gehabt zu haben scheint, zu diesem Posten bestimmt, und obgleich er mit der Coalition votirte, von dem eben zu seiner großen Stellung emporkommenden William Pitt in demselben bestätigt worden. Harris nahm bei seiner Ankunft eine allgemeine Antipathie gegen England wahr. Da diese sich zugleich gegen den Statthalter richtete, so fühlte er sich um so mehr veranlaßt, dessen Sache zu der seinen zu machen. Er faßte den Gedanken, eine statthalterische Partei um sich zu sammeln, und sie wieder ans Ruder zu bringen, um sich mit ihr dem französischen Einfluß entgegenzusetzen und das Uebergewicht von England wieder herzustellen.

An sich keineswegs mit Friedrich befreundet, eher mit ihm zerfallen — er gehört zu den wenig zahlreichen Zeitgenossen, die Friedrich nicht bewunderten, — meinte er doch in dem verwandtschaftlichen Verhältniß desselben zu dem Erbstatthalter ein Motiv zu sehen, um sich seiner Mitwirkung zu versichern. Ueberhaupt war es der Gedanke der englischen Politik, eine continentale Allianz mit Preußen, Holland und Dänemark zu Stande zu bringen, deren Spitze alsdann gegen Frankreich gerichtet sein würde.

Sollte nicht Friedrich die Hand dazu bieten, da er sich von der Allianz Oesterreichs auf der einen Seite mit Rußland, auf der andern mit Frankreich bedroht sah?

Wir wissen, welchen Eindruck diese Verbindung auf Friedrich machte, als sie zuerst in den Gesichtskreis trat; sie erinnerte ihn an 1756, und bildete einen der vornehmsten

Antriebe für die deutsche Union. Aber unmittelbar bedroht fühlte er sich nicht. Ueber Frankreich, wo in den ministeriellen Kreisen eine für ihn günstige Stimmung herrschte, hatte er sich nicht zu beklagen; er mußte nur sich selbst hüten, dieser Macht zu Mißvergnügen und Entfremdung Anlaß zu geben, wodurch die österreichische Partei gefördert und ihm in den deutschen Angelegenheiten die widerwärtigste Einwirkung verursacht werden konnte.

Im Herbst 1785 stellte sich der Herzog von York mit einigen englischen Offizieren, unter denen Cornwallis war, der in dem amerikanischen Krieg zwar unglücklich gefochten, aber kriegsmännischen Ruf davongetragen hatte, bei den preußischen Herbstmanövern in Schlesien ein. Nicht dort — denn inmitten der technisch-militärischen Thätigkeit fand sich keine Gelegenheit dazu, — aber nach der Rückkehr nach Sanssouci (es war in dem Zimmer des Herzogs von Braunschweig und in dessen Gegenwart) sprach Friedrich mit Cornwallis über die allgemeine Lage. Seine Aeußerungen sind so bezeichnend und eingehend, daß wir ihrer ausführlich gedenken dürfen. Friedrich sagte: Bei aller Geneigtheit, die er habe, in Verbindung mit England zu treten, müsse er doch bedenken, daß Preußen sowohl wie England sehr isolirt seien. Frankreich dagegen, sagte er, Spanien, Oesterreich und Rußland stehen in Allianz, Holland unter dem Einfluß von Frankreich. Diesem Uebergewicht würden Preußen und England nicht gewachsen sein. England würde abermals mit den Flotten von Frankreich, Spanien, Holland zu kämpfen haben; Preußen mit der Landmacht von Frankreich, Oesterreich und Rußland. Einmal (im siebenjährigen Kriege) sei das allerdings möglich gewesen; aber es sei ein zu gefährliches Spiel, als daß man

es wiederholen könne. Er erinnerte an das Motiv des Bündnisses zwischen Frankreich und Oesterreich, welches darin liege, daß Frankreich gegen einen continentalen Krieg gesichert sei, um alle seine Macht zur See entwickeln zu können. Man höre bereits, daß die Revenue, welche der künftige König von Burgund aus den Niederlanden zu beziehen habe, ihm von Frankreich garantirt, diese Macht dagegen in den Besitz von Luxemburg und Namur gesetzt werden solle: Rußland seinerseits werde von Oesterreich durch die orientalischen Entwürfe beeinflußt. Diese große Combination würde zur Thätigkeit erwachen, wenn ein Bund zwischen England und Preußen zu Stande käme. „Ich betrachte den König von England als meinen Verbündeten; ich will jeden guten Dienst, den ich vermag, ihm leisten und ihm von allem Nachricht geben, was ich in Erfahrung bringe, inwiefern es auf ihn Bezug hat. Ich denke, er würde dasselbe von seiner Seite für mich thun. Noch besteht ein Vertrag zwischen uns, der uns verpflichtet und den ich noch heute für genügend halte." Man hatte wohl gemeint, er sei mit den Maßregeln der Franzosen in Holland sogar einverstanden. Er erkenne recht wohl, sagte er, daß sie für Preußen ebenso nachtheilig seien, als für England, denn Frankreich denke die Generalstaaten durch einen Gesandten zu regieren. Um es nicht dahin kommen zu lassen, werde er alles thun, was in seinen Kräften stehe, sowohl in Holland als in Frankreich. Aber gewaltsame Mittel dürfe man nicht hervorkehren, da man nicht die Macht habe, sie durchzuführen. In Holland eine populare Bewegung gegen die französische Partei hervorzurufen, würde gegenwärtig nichts nützen, da die französischen und österreichischen Truppen in der Nähe seien, um sie zu ersticken. Die einzige Hoffnung,

eine Veränderung der allgemeinen Lage hervorzubringen, schien ihm darin zu liegen, daß man Rußland von Oesterreich trenne. Er hielt das nicht für unmöglich, wenn man die Kaiserin überzeuge, daß es des Kaisers Ernst nimmermehr sein könne, sie gegen die Türken zu unterstützen; denn wie sollte Joseph einen so mächtigen Nachbar wie Rußland gegen einen so schwachen wie die Türkei eintauschen wollen? Eine Tripelallianz zwischen Rußland, England und Preußen einzugehen, sei er sehr bereit. Er erinnerte die Engländer an die Gefahr, die ihnen vielleicht in Indien und selbst in Irland, wo Frankreich rührig arbeite, bevorstehe. Hoffentlich würden sie da keine inneren Unruhen zum Ausbruch kommen lassen, denn deren würde sich Frankreich auf der Stelle bedienen. Mit großem Lob und Beifall gedachte er der finanziellen Maßregeln, durch welche soeben William Pitt den Credit von England wieder herstellte, so daß dies Reich wieder zu seiner alten politischen Bedeutung gelange [1]. Man sieht, alles stand ihm vor Augen, besonders auch die Bedeutung, welche eine Unterwerfung Hollands unter Frankreich für Europa überhaupt herbeiführen würde. Dem alten System des Widerstandes gegen die französische Uebermacht hing er um so mehr an, da jetzt Oesterreich auf französische Seite getreten war. Nur eins war ihm verborgen, daß eine Zeit kommen könne, wo Frankreich durch revolutionäre Stürme veranlaßt sein würde, sich von Oesterreich los-

1) Heads of what the King of Prussia said to Lord Cornwallis at Sans-Souci the 17th of September 1785, gedruckt bei Ross, Correspondence of Cornwallis Vol. I. p. 201. Auch in Diaries of Malmesbury II. 101 mit dem Zusatz: sent by Mr. Ewart to Sir James Harris; aber dieser Abdruck ist unvollständig.

zureißen. Kein menschliches Auge wäre fähig gewesen, das vorauszusehen. Wenn nun beide mit einander verbunden blieben, so zweifelte er nicht, mit England vereinigt gegen sie angehen zu können, nur nicht, so lange Rußland an der österreichischen Allianz festhalte.

Wie die Dinge standen, hielt Friedrich die Erhaltung des Friedens für eine unbedingte Nothwendigkeit, namentlich für seinen Staat und die eben begründete Association Deutschlands.

Indem er redete, bemerkte Cornwallis den Widerspruch seiner körperlichen Hinfälligkeit mit der geistigen Energie, welche jede seiner Aeußerungen athmete.

Anders aber war es nun nicht: die Dinge vollzogen sich in der Weise, die er voraussah, und der er sich, wiewohl mit Widerwillen, unterwarf.

Die französischen Minister, von der Königin Marie Antoinette angetrieben, die selbst in Antrag gebracht hat, die Holländer ihrem Schicksal zu überlassen, wenn es zu einem Bruch komme, boten zu allem die Hand, was der Kaiser definitiv verlange; von keiner Macht der Welt unterstützt, und ihrerseits in dem Bewußtsein ihrer Schwäche, unterwarfen sich die Holländer dem Ausspruch derselben.

Kaiser Joseph, der den Hader zugleich als eine Ehrensache behandelte, forderte vor allem Weitern eine in diesem Punkt genügende Erklärung der Holländer; in einem Briefe an die Kaiserin Katharina, die ihn mit dem Gewicht ihrer Autorität auch hiebei unterstützt hatte, drückte er die Genugthuung aus, mit welcher es ihn erfüllte, daß die Holländer sich entschlossen hätten, ihm zu diesem Zwecke eine Deputation zu schicken.

Es war bereits im Juli 1785, daß zwei Abgeordnete vor ihm erschienen, um ihm im Namen der Generalstaaten zu erklären, daß es bei Behauptung unleugbarer Rechte doch niemals ihre Absicht gewesen sei, ihn zu beleidigen. Der Kaiser erwiederte das mit freundlicher Begegnung und ließ nun die Unterhandlungen wieder angehen, indem er jedoch nach dem Rathe seiner Schwester einen bestimmten Termin, Mitte September, nach welchem sie beendigt sein müßten, festsetzte. Seinem Gesandten Mercy gelang es, eine Entschädigung selbst noch von höherem Betrage, als Kaunitz angegeben hatte, — man würde sich in Wien mit 8 Millionen holländischen Gulden begnügt haben, erhielt deren aber 10 — auszuwirken. Niemals hatte sich das enge Verhältniß zwischen Frankreich und Oesterreich auffallender herausgestellt: um den Kaiser zu befriedigen, übernahm die französische Staatskasse beinahe die Hälfte der stipulirten Zahlung, 4½ Million. Alles andere ward leicht erledigt: in den Präliminarien vom 20. September wurde der Republik die ihr in dem Frieden von Münster eingeräumte Befugniß, die Schelde verschlossen zu halten, gelassen, und auf diesen Grund der Friede wieder hergestellt.

Nicht allein Freundschaft für den Kaiser aber war es, was die französischen Minister zu dieser kostspieligen Vermittelung bewog. Die Abkunft war die Bedingung der Allianz zwischen Frankreich und Holland, die nun im November abgeschlossen wurde [1], und von der Niemand bezweifeln konnte, daß sie hauptsächlich gegen England gerichtet war. Für jeden

1) Traité d'accord définitif entre S. M. Impériale etc. et les Etats-Généraux des Provinces Unies signé à Fontainebleau le 8. Nov. 1785, bei Martens Recueil IV. 55.

künftigen Krieg versprachen König Ludwig XVI und die Republik einander ihren Beistand. Eine bedeutende Seemacht, 30 Linienschiffe, wurde dadurch den Franzosen zur Verfügung gestellt. Auch der in dem letzten Kriege aufgestellte Grundsatz des Seerechtes in Bezug auf neutrale Schiffe wurde darin sanctionirt. Frankreich bekam das Recht, ansehnliche Streitkräfte nach dem Cap und den Küsten von Ceylon zu schicken, welche noch einmal die Oberherrschaft Englands in Indien zweifelhaft machen konnten [1].

Man begreift es, in welche Aufregung die Engländer hierüber geriethen. Sie fanden es besonders anstößig, daß nicht einmal ein Angriff von ihrer Seite vorausgesetzt war, so daß dem Bündniß eine offensive Tendenz zu Grunde liegen müsse. Sie meinten gegen die Gefährdung ihrer Seeherrschaft, die hierin lag, noch einmal alles einsetzen zu müssen. Der Gesandte bekam Befehl, entweder die Ratification zu hindern, oder, wenn dies nicht möglich sei, der herrschenden Partei eine solche Opposition zu erwecken, daß der Zweck des Tractates vereitelt werde [2]. Da das Erste nicht zu erreichen war, so ergriff Harris mit doppeltem Eifer das Zweite. Ein anderes Mittel aber gab es für ihn nicht, als sich der Ansprüche des Statthalters gegen die herrschende Partei nach besten Kräften

1) Traité d'alliance défensive entre S. M. le roi très chrétien et les Etats-Généraux des Provinces-Unies signé à Fontainebleau le 10. Novembre 1785, bei Martens Recueil IV p. 65. — Vergl. Flassan VIII. 408.

2) Caermarthen an Harris 17. November: it must then become our care to endeavour to excite such an opposition to the ruling party who have brought it to perfection, as at least to render the effects of it as little pernicious as possible to our own prosperity and safety; in Diaries of Malmesbury II. 125.

anzunehmen: er wünschte nichts mehr, als daß auch der König von Preußen sich seiner Nichte und ihres Gemahls ernstlich angenommen hätte. Aber wie wäre das vollends nunmehr von Friedrich und seinen Ministern zu erwarten gewesen? Diese meinten, das Andrängen der Engländer habe nur den Zweck, einen Bruch zwischen Frankreich und Preußen herbeizuführen, um dadurch jene Allianz, mit der sie schon lange umgingen, zu Stande zu bringen. Der König bemerkte, er würde dadurch Europa in Feuer und Flamme setzen; seine Minister, man könne Preußen nicht zumuthen, sich auf die Bresche zu stellen [1]. Der König war nicht unempfindlich für seine verwandtschaftlichen Pflichten [2], er hatte herzliche Zuneigung für seine Nichte; aber das Schwert für sie zu ziehen und seinen Staat damit in Gefahr zu setzen, war er nicht gemeint. Er glaubte dem erbstatthalterischen Paare nur im Einverständniß mit Frankreich nützlich werden zu können. Sein Gedanke wäre gewesen, daß dem Prinzen alle seine Ehrenrechte gelassen, dagegen seine politischen Handlungen durch einen ihm zur Seite zu setzenden Rath, von dessen Mehrheit die Entscheidung abhängig gewesen wäre, beschränkt werden sollten. Die Absicht, von der man geredet hat, seiner Nichte die Autorität in die Hände zu bringen, lag ihm ferne: er ermahnte sie vielmehr zu Mäßigung und Geduld. Zuweilen ist es eben in einem Augenblicke geschehen, als der Statthalter und sie selbst Beleidigungen erfuhren. Sie sagte, sie fühle ihr Herz bei seinen Briefen erstarren; aber sie

---

1) Finckenstein und Hertzberg an den König, 18. Januar 1786.

2) Kabinetsschreiben vom 14. Dezember 1785... les liens du sang, qui m'unissent à ma nièce, m'obligent de lui donner tous les secours, qui dépendent de moi...

folgte dem Rathe des Oheims, von dem sie wohl wußte, daß eine politische Nothwendigkeit ihn zu seinem so höchst vorsichtigen und maßvollen Betragen nöthige.

Der vornehmste Gesichtspunkt König Friedrichs war immer, mit Frankreich, dem Bündniß dieser Krone mit dem Haus Oesterreich zum Trotz, in leidlich gutem Vernehmen zu stehen. Auch begriffen das die französischen Minister. Sie sagten unter anderm dem Prinzen Heinrich, der damals eine Reise nach Frankreich machte: käme es auf sie an, sie würden das Bündniß mit Oesterreich nicht schließen; da es aber einmal geschlossen sei, so müsse es beobachtet werden. Den ursprünglichen Zweck, zu dem es geschlossen worden, behielten sie jedoch dabei vor Augen. Ein Memoire des leitenden Ministers Vergennes liegt vor, worin König Ludwig XVI erinnert wird, daß Frankreich darum jene Allianz geschlossen habe, um gegen die maritime Uebermacht Englands freie Hand zu behalten: wenn nun dieser Zweck durch den unruhigen Ehrgeiz Josephs II gestört werde, oder die österreichische Politik im Orient den französischen Interessen entgegenwirke, so sei man vollkommen berechtigt, sich dem Gegner Oesterreichs, dem König von Preußen, zu nähern.

Es hängt mit jener vornehmsten immer noch maßgebenden Absicht zusammen, daß Frankreich so viel Werth auf die Allianz mit Holland legte. Es übernahm die lästige Vermittelung, weil, wenn die Holländer mit dem Verbündeten Frankreichs, dem Kaiser, nicht pacificirt wurden, die Engländer in diesen Irrungen ein Mittel gefunden haben würden, die Republik auf ihre Seite zu ziehen.

Für den König von Preußen trug es wenig aus, ob sich Holland in dem maritimen Wettstreit auf die Seite Eng=

lands oder Frankreichs neige. Die Holländer anzufeinden, weil sie die Franzosen den Engländern vorzogen, würde er für die größte Thorheit gehalten haben, die er hätte begehen können: genug, wenn Frankreich nicht Holland aller Selbständigkeit beraube und von da her den Continent zu überwältigen oder einen widerwärtigen Einfluß auf Deutschland auszuüben suche.

Diesem maßvollen Betragen verdankte es Friedrich, daß Frankreich dem Fortgang des Fürstenbundes kein Hinderniß in den Weg legte. Er hatte das Vergnügen, zu vernehmen, daß der Beitritt des Herzogs von Braunschweig zu demselben von dem Minister Vergennes nicht allein nicht gemißbilligt, sondern sogar gelobt worden war. Kaiserin Katharina verfehlte nicht, die Gegenwirkung des Kaisers gegen den Fürstenbund zu unterstützen. Auf ihr Geheiß waren ihre Gesandten in Deutschland dafür thätig: aber schon richteten sie nichts mehr aus. Romanzow war fast verwundert — denn er hielt sich für einen Mann von unwiderstehlicher Liebenswürdigkeit — wenn er bei den weiteren Begegnungen mit dem zweibrückischen Hofe eher Zurückweisung erfuhr, als das frühere Entgegenkommen. Auch bei dem Prinzen Maximilian fand er keinen Eingang. Daß sich dieser Prinz damals mit einer Prinzessin von Darmstadt vermählte, beruhte in der politischen Combination, welche eine lebensfähige Nachkommenschaft erheischte, die den Erbanspruch aufrecht hielt. Es war ein allgemeines Interesse, daß der Prinz eine Ausstattung bekam, die ihm einen eignen Haushalt einzurichten verstattete. Auch hierin schied sich das österreichische Interesse von dem französischen: Ludwig XVI rieth dem Prinzen freundschaftlich und dringend, sich zu vermählen.

Einen nicht unwichtigen Incidenzpunkt in diesen Verhandlungen bildet der unerwartete Tod des Landgrafen Friedrich von Hessen, der damals eintrat. Bei Tafel zwischen zwei Damen, mit denen er schwatzte, sitzend, war er von einem apoplektischen Schlage getroffen worden, der seinem Leben ein Ende machte. Sein Nachfolger Wilhelm, der schon in Hanau, wo er selbständig regierte, besonders durch den Markgrafen von Baden und den Herzog von Zweibrücken in ein Verhältniß zu dem Bunde gezogen war, gab dann den kaiserlichen Abmahnungen, die ihm Graf Trautmannsdorf überbrachte, kein Gehör, obwohl sie durch den Churfürsten Maximilian von Köln, Bruder des Kaisers, der im Jahre 1784 in Besitz gelangt war, verstärkt wurden. Man soll ihm eine sehr bestimmte Aussicht auf die Erlangung der Churwürde gemacht haben. Allein diese war seinem Vater doch auch von der anderen Seite als Preis seines Beitritts in Aussicht gestellt worden. Unter der Einwirkung des preußischen Bevollmächtigten, Boehmer, geschah, daß sich der neue Landgraf dem Associationstractat anschloß und nicht allein den Hauptvertrag, sondern auch den geheimen auf Baiern bezüglichen Artikel unterzeichnete. Dem geheimsten jedoch beizutreten und auch seinerseits ein bestimmtes Contingent zu versprechen, konnte er sich nicht entschließen: er verschiebe das, sagt er, bis auf die Zeit, wenn der Fall eintrete: dann werde er auch Anspruch auf Subsidien machen.

In dem damaligen Augenblick aber, der ersten Hälfte des Jahres 1786, war kein ernstliches Zusammentreffen zu erwarten. Der Sturm entlud sich in halbofficiellen Flugschriften, die von beiden Seiten gewechselt wurden [1].

1) Wer sich die Mühe nimmt, diese Schriften, von denen die von

Noch einmal hatte der König in dieser letzten Phase seiner Thätigkeit in Deutschland die Oberhand über Oesterreich behauptet. Der unaufhörlich beweglichen, weltumfassenden, weitausgreifenden Politik Josephs II war er durch seinen ruhigen Widerstand, der die Dinge kommen ließ, dann im entscheidenden Augenblick mit Energie zu Werke ging, überlegen geblieben. Die Association war noch erfolgreicher ohne Waffen, als der Friede von Teschen, der durch eine Kriegsanstrengung der gesammten Macht herbeigeführt worden: der Fürstenbund befestigte und vollendete diesen Frieden.

Nun aber trat noch eine andere, die orientalische Frage immer dringender und drohender in den Gesichtskreis. In der Krim und dem Kaukasus stießen die beiden einander entgegengesetzten Völkersysteme in offnen Conflicten auf einander. Wenn man in Wien annahm, Friedrich lasse die Osmanen unter der Hand zu Feindseligkeiten gegen die beiden Kaiserhöfe aufreizen, so findet das in authentischen Actenstücken keine Bestätigung. Friedrich befahl sogar seinem Gesandten, dem Divan keinerlei Rathschläge zu geben: denn er habe zu seinem Schaden die Indiscretion der Türken kennen gelernt: das mindeste Wort, das er äußere, werde von ihnen öffentlich kund gegeben.

Ohne daß er daran Theil genommen hätte, wuchsen die Animositäten zwischen den beiden Mächten aus Gründen, die nicht im Bereich diplomatischer Einwirkung lagen, wie wir noch weiter erörtern werden, in einem solchen Grade, daß der Krieg auf die Länge unvermeidlich erschien.

Gemmingen verfaßte österreichische und die preußische von Dohm die merkwürdigsten sein dürften, zu durchlaufen, wird ohne Parteilichkeit der letzteren den Vorzug geben müssen.

Für den König von Preußen, der den Frieden vorzog, lag doch auch in dieser Aussicht nichts Beunruhigendes. Denn wenn es zum Bruch zwischen Rußland und der Pforte komme, so sei der Kaiser gehalten, der Kaiserin Hülfe zu leisten, und es werde ihm schwer, alsdann zugleich die Freundschaft von Frankreich zu behaupten. Er werde in der Nothwendigkeit sein, zwischen beiden zu wählen [1]. Sollte er Rußland nicht kräftig unterstützen, so werde er sich mit demselben entzweien: wenn er es aber thue, so überwerfe er sich mit Frankreich; — denn Jedermann wußte, daß Frankreich mit einer Erweiterung der russischen Macht im Orient keineswegs einverstanden sei. Die anti-österreichische Partei im französischen Cabinet war, wie angedeutet, der Meinung, daß man durch ein entschiedenes Vorgehen Josephs II im russischen Sinne berechtigt werde, sich an Preußen zu wenden.

Für die preußische Politik bildete es bisher immer eine günstige Constellation, wenn die beiden großen Westmächte, mit einander in Entzweiung, die Unterstützung einer dritten Macht in ihrer Nähe bedurften und suchten, wobei sie sich dann vornehmlich auch an die preußische wenden mußten. Ihre politische Uebereinstimmung wird dagegen drückend auf Preußen einwirken: nur daß dieses darum nicht ihre Zerwürf-

1) La Russie sera en droit de demander l'assistance de l'Empereur: s'il ne l'assiste pas contre les Turcs, que doit il attendre de son alliance avec la Russie? Si d'autre part il veut assister la Russie, premierement il se brouillera avec la France et en second lieu, dès que cela en viendra à regler le partage des dépouilles, ces deux Cours deviendront necessairement ennemies. Schreiben Friedrichs v. 14. Nov. 1785.

nisse zu befördern braucht, welche immer die halbe Welt in die Kreise ihres Wellenschlags zu ziehen drohen. Friedrich erwarb sich damals das Verdienst um Europa, einem solchen durch seine ruhige Haltung in den holländischen Irrungen vorzubeugen.

Für ihn bildete es immer die vornehmste Rücksicht, daß sein natürlicher Gegner, der Kaiser, weder an der einen noch der andern eine Unterstützung fand, die für ihn gefährlich werden, oder ihm wie die Sachen standen, in seinen Gegenbestrebungen hinderlich werden konnte.

Hätten sich Oesterreich und Frankreich zu einer engern und thätigen Allianz vereinigt, wie sie dem Kaiser und seiner Schwester, der Königin, vor allen dem Fürsten von Kaunitz im Sinne lag, so würde er sich mit England näher verbunden und der holländischen Angelegenheiten wärmer angenommen haben, auf die Gefahr hin, darüber mit Frankreich zu zerfallen; der Conflict zwischen den beiden Westmächten, den man in Frankreich mit vielem Eifer vorbereitete, und den England, sobald es einigermaßen zu innrer Consistenz gelangt, nicht von der Hand gewiesen hätte, würde alsdann zu vollem Ausbruch gekommen sein.

Aber Friedrich gelüstete es nicht, in einem allgemeinen Kriege nochmals eine Rolle zu spielen und an dem Preise des Reichthums und der Weltherrschaft, um welche die großen Mächte rangen, Theil zu nehmen. Er fühlte sich wohl in dem Erreichten, selbst bei der Beschränktheit seiner Mittel.

Mit einer Art von moralischem Schwung, wie er seiner Jugend eigen war, spricht er sich einmal in einem Briefe an den vertrauten Herzog von Braunschweig über den seit der

Eroberung von Ostindien zunehmenden Reichthum von England aus. Er findet denselben schädlich für die Nation und für die Regierung: denn dadurch werde Luxus und Käuflichkeit befördert, die früher gewiß achtungswürdige politische Haltung gehe verloren. „Ich ziehe", so schreibt er, „unsere Einfachheit und unsere Armuth den Reichthümern vor. Unser Schmuck sei Ehre, Muth und Uneigennützigkeit. Man muß den Menschen in dem Menschen suchen; nicht in den Aeußerlichkeiten, die ihm nicht gehören"[1]. — Er ist zufrieden mit sich, daß er seine Kräfte der Gesellschaft, der er angehöre, gewidmet, Gerechtigkeit geübt, Ordnung erhalten und die Armee in den Stand gesetzt habe, durch den sie anderen überlegen sei.

Aus einer nicht leichter Hand abzuweisenden Mittheilung stammt die Nachricht, den beiden Kaiserhöfen sei es bei ihrem Vorhaben, die Türkei zu bekämpfen, doch nicht rathsam vorgekommen, den König von Preußen ganz vorbeizugehen: sie wären dann, in Besorgniß vor seiner kräftigen Gegenwirkung, auf den Gedanken zurückgekommen, der einst in Josephs II Kopfe entsprungen war, den König durch einen ihm zuzugestehenden Vortheil zu befriedigen und dadurch zu ruhigem Zusehen bei den Erschütterungen im Orient, mit denen man umging, zu vermögen: sie hätten ihn zu einer Abkunft über

1) Vous dans Votre basse Saxse et moy dans ma sablonniere, nous n'avons rien a craindre que l'opulance degrade les sentimens de nos concitoyiens et je prefere notre simplicité meme notre pauvreté a ces maudites richesses qui pervertissent la dignité de notre espesse, Notre parure doit estre l'honneur, le courage la magnanimité, le dessinteressement et avec cela nous serons preferables a tous les millonaires et a tous les Cresus de l'univers, il faut chercher l'homme dans l'homme et non pas dans des dehors, qui l'environnent mais qui ne sont pas a luy. (1. April 1782. — abgedruckt nach dem im Archiv zu Wolfenbüttel befindlichen Original.)

eine fernere Theilung von Polen eingeladen und ihm dabei die ansehnlichsten Gebietserweiterungen in Aussicht gestellt.

So versichert der englische Gesandte in Petersburg von dem preußischen Geschäftsträger, Hüttel, der sehr in dem Vertrauen Friedrichs stand, vernommen zu haben — eine zweite Theilung Polens wäre schon damals im Werke gewesen: — Friedrich habe den Antrag doch abgelehnt.

Und sicherlich entsprach dies seiner damaligen Sinnesweise. Er war mit seiner westpreußischen Erwerbung zufrieden, da sie dem wesentlichen Bedürfniß seines Landes und Staates genügte: um zu einer Erweiterung derselben zu gelangen, hätte er sich gewiß an einem Unternehmen, das den allgemeinen Frieden gestört, und zuletzt doch das Uebergewicht der österreichischen Macht über die seine herbeigeführt hätte, in keiner Weise betheiligt.

Als historisch gewiß darf man jedoch diese Ablehnung nicht betrachten. Die bisherigen Forschungen in den Archiven in Wien und Berlin haben die Angaben Hüttels nicht bestätigt. Wenigstens müßte der Antrag früher geschehen sein: damals glaubte Friedrich noch nicht an einen Ausbruch des Krieges, und noch entfernter war er, eine Theilnahme des Kaisers an demselben zu fürchten.

Wie sehr ihn auch die Nachrichten aus Constantinopel dies erwarten lassen konnten, so beruhigte ihn doch der Bericht seines Legationsrath Hüttel aus Petersburg, daß sich in Rußland nicht die mindeste Bewegung zeige; die Kaiserin habe zu viel mit allen ihren Nachbarn, unter andern auch

1) Bericht von Fitzherbert an Caermarthen, 8. Aug. 1786. Bei Herrmann, Russische Geschichte. Ergänzungsband 646.

mit den Persern, zu schaffen, als daß sie daran denken könne, die Pforte anzugreifen. Schon war viel von einer neuen Zusammenkunft zwischen dem Kaiser und der Kaiserin die Rede; man sprach davon, daß sie in Cherson stattfinden werde. Auf Friedrich machte das keinen besonderen Eindruck: denn die Interessen der beiden Kaiserhöfe seien zu verschieden, als daß sie sich leicht vereinigen würden: der Kaiser wünsche die Kaiserin in die deutschen Angelegenheiten zu verwickeln, was diese vermeide; der Kaiser würde gern in ihren Entwürfen gegen die Türkei gemeinschaftliche Sache mit ihr machen und die Spolien mit ihr theilen, aber er müsse auch andere Rücksichten nehmen, nicht allein auf Frankreich, sondern selbst auf die steigende Gährung in Ungarn.

Für sich selbst stand er damals gut mit Rußland; ein Streit über die Zollstätte von Fordun mit der Stadt Danzig hatte eine momentane Verstimmung veranlaßt, russischer Seits ließ man die Sache fallen.

Hüttel beschäftigte sich viel mit der Zwistigkeit zwischen Potemkin und Besborodko, die damals den russischen Hof aufregte; Friedrich nahm daran wenig Antheil, da doch die Lage der Angelegenheiten, wer auch die Oberhand behalte, nicht verändert werde. Er begnügte sich damit, daß er auf die Anhänglichkeit des Großfürsten rechnen konnte.

Sehr charakteristisch ist der letzte Brief, den er am 15. Aug. 1786 an Hüttel richtete. „Ich stimme da mit Ihnen ganz darin überein, daß der Kaiser sich nicht beeilen wird, den Krieg mit der Türkei anzufangen, und daß die beiden Kaiserhöfe nichts weniger als ein blindes Vertrauen zu einander hegen. Uebrigens beschäftigen Sie sich zu viel mit den Händeln der Günstlinge, da man doch ein für allemal weiß,

daß das nichts zu bedeuten hat. Weiter habe ich für heute nichts zu sagen."

In diesem Styl waren seine Bescheide überhaupt.

Von dem kleinen Landhaus, in welchem er einsam klösterlich lebte, wo ihn aber Nachrichten aus aller Welt aufsuchten, die, wenn sie auch nicht das Geheime enthüllten, doch immer die Kunde des zum Vorschein Kommenden brachten, überschaute er die europäische Welt und ihre Bewegungen. Nicht alles und jedes beschäftigte ihn; nur darauf wandte er sein Augenmerk, was seinen Standpunkt irren konnte und seine Einwirkung unabweislich herausforderte. Sein Blick ward durch keine fremdartige Rücksicht getrübt, noch durch das Alter geschwächt; sein Gedanke war souverän und richtig. Der politische Genius Friedrichs hat in der modernen Staatengewalt kaum seines Gleichen gehabt. Durch die Mäßigung und Umsicht, mit welcher der König auftrat, gelang es ihm wirklich, die feindseligen Elemente, die allenthalben zum Kampf gegen einander gerüstet waren, noch von demselben zurückzuhalten. Damals lauteten — wie Hertzberg, der zugegen war, versichert — alle eingehenden Briefe friedlich und befriedigend.

Die Aufmerksamkeit Europa's war immer auf Sanssouci gerichtet, damals jedoch nicht allein darauf, was dort gethan und beabsichtigt werde, sondern fast noch mehr darauf, wie lange der Geist noch walten werde, den Jedermann verehrte oder fürchtete.

Was man hörte, ließ schon seit ein paar Jahren den baldigen Tod Friedrichs erwarten. In einem Moment der Anerkennung hat Kaiser Joseph einmal gesagt, der Tod scheine vor den grauen Haaren des Helden Respect zu haben.

Friedrich war auf seine Weise auf sein Ende gefaßt. Seinem Bruder Heinrich schreibt er einmal, er beklage sich nicht über seine Leiden, denn die alte siebenzigjährige Maschine sei nun verbraucht. Wenn man die Welt kennen gelernt habe, könne man sich ruhig anschicken, sie zu verlassen; man verliere wenig dabei. Jugend und Unerfahrenheit möge sich an das Leben halten: aber Wahrheit und Erfahrung enttäusche gar bald. „An Stelle des vermeinten Glückes sieht man das Nichts der menschlichen Eitelkeit. Unser Dasein ist weniger als ein Zwickern unsrer Augen, zu gering, um bemerkt zu werden. Wer sollte glauben, daß ein erbärmliches Wesen, in dem elendesten Zustand vegetirend, in seinem Stolz sich den Göttern gleichstellt?"

Geradezu als Materialismus darf man es nicht bezeichnen, wenn Friedrich in seinem Testament sagt: „Ohne Bedauern gebe ich den Lebenshauch, der mich beseelt, der wohlthätigen Natur zurück, die mir ihn verliehen, und meinen Körper den Elementen, aus denen er zusammengesetzt ist." Denn was ist die Natur, die ihm den vom Körper geschiedenen Geist verliehen hat?

Wie sich aus den am meisten durchdachten Briefen Friedrichs ergiebt: eine höchste Intelligenz nahm er an, und stellte sich ihr Verhältniß zu dem Universum vor wie das der Seele zum Leibe. Bei dem Testament mag es ihm begegnet sein, daß er Natur nannte, was andere Gott nennen. Das geheimnißvolle Ich aller Existenz, welches der Welt verschwindet, indem es sie erfüllt, verehrte er als über das Menschenwesen unendlich erhaben. Die mystischen Beziehungen, durch welche die Religion Gott und Mensch vermittelt, hielt er für eingebildet; für ihn bestand diese Kluft in ihrer alles Sinnens der Ver-

nunft spottenden, geistig unausfüllbaren Weite; von der Offenbarung im Wort wollte er nichts hören.

Mit dem Ewigen verband ihn nur die ungeschriebene Offenbarung desselben in jeder Seele, das moralische Pflichtgefühl, welches bei ihm in der Sorge für den Staat und dessen Angehörige, der weisen und sichern Leitung des von ihm beherrschten Gemeinwesens erschien.

Im Sommer 1786 hatte Friedrich wie gewöhnlich einige Freunde bei sich, die er nicht mehr bei Tafel um sich sah, wie er sonst sehr liebte. Er versammelte sie aber zu anderen Stunden des Tages, wo denn alle Dinge der Welt besprochen wurden, die politischen Ereignisse, die Erscheinungen der Literatur, Landwirthschaft und Gartenkunst; seiner Krankheit, obgleich sein Chirurgus ihn täglich besuchte, geschah jedoch nie Erwähnung. Denn nur an andere Dinge wollte er denken, nicht an sein hinfälliges Selbst. Eine weitere Beschäftigung gewährte ihm die fortgesetzte Lectüre ausgezeichneter Werke, vornehmlich aus der alten Literatur und Geschichte, nach seiner Wahl — denn er kannte sie alle — in französischen Uebersetzungen, die ihm vorgelesen wurden.

Aber das Wichtigste blieb die Vollziehung seines königlichen Amtes, dem er, durch Krankheit und Schmerzen nicht unterbrochen, mit voller geistiger Kraft oblag.

Er las nach wie vor die eingehenden Berichte seiner Gesandten, die militärischen Rapporte, die Eingaben der Civilbehörden, Privatschreiben und Bittschriften; alle Morgen bereits halb 5 Uhr erschienen die drei Kabinetssecretäre, um die Antworten des Königs auf die eingegangenen Eingaben, ein jeder in seinem Fache, aus seinem Munde niederzuschreiben.

Gegen Abend mußten sie bereits ausgefertigt sein und zur Unterschrift vorgelegt werden.

Noch am 15. August waren die Kabinetssecretäre zur gewohnten Stunde erschienen. Friedrich hatte jene an seinen Legationsrath in Petersburg gerichtete Depesche dictirt, mit der vollen Energie seines Geistes. Am Abend zur gewohnten Zeit unterzeichnete er die Ausfertigungen, die ihm vorgelegt wurden; das wurde ihm bereits nicht mehr leicht. Und gleich darauf verfiel er in einen Zustand, der zwischen Wachen und Schlafen schwankte, und der ihn den Tag darauf nicht wieder verließ. Sein Leiden war in diesem Augenblick, was man Koma nennt, lethargische Schlafsucht, die in ihren höheren Graden zum Tode führt. Am 16. gegen Mittag will man bemerkt haben, daß Friedrich halb erwacht seine Kräfte noch einmal zu der gewohnten Arbeit aufzuraffen versuchte. Aber schon war seine Krankheit stärker als sein Wille und seine Gewohnheit. Am 17. August, bald nach 2 Uhr des Morgens, auf seinem Lehnstuhl sitzend, in den Armen eines Kammerlakaien, der ihn emporhielt, um ihm die Respiration zu erleichtern, hat Friedrich seinen letzten Athemzug gethan: sein Schlummer verwandelte sich in den Schlaf des Todes.

Der Minister Hertzberg, der eben in Sanssouci wohnte und noch in dem letzten Momente herbeigerufen wurde, verließ die Zimmer nicht, ehe der Nachfolger eingetreten war, der an dem Fuß des Ruhebettes, auf das man den entseelten Körper gelegt hatte, denselben einige Minuten mit wehmüthigster Theilnahme betrachtete und sich dann mit dem Minister entfernte, nachdem sie die Zimmer hatten versiegeln lassen.

Ein großes Leben, einzig in der Geschichte, war geendet.

Am 18. August waren die sterblichen Reste Friedrichs in dem Stadtschloß zu Potsdam in Parade aufgestellt. Sein Degen und sein Krückstock lagen neben ihm. Unter denen, die dem Verstorbenen die letzte Huldigung darbringen wollten, erschien auch das erste Gardebataillon, Offiziere und Gemeine. Sie brachten Lorbeerzweige mit sich, mit denen sie seinen Körper und das Bett schmückten. Dann traten sie zurück und sanken in ihre Kniee. Ein Gebet haben sie nicht gesprochen, aber auch sonst kein Wort hervorgebracht. Die hellen Thränen rollten über die Wangen der tapferen Kriegsleute.

Vierzehntes Capitel.

Regierungsantritt Friedrich Wilhelms II.

Das Regentenleben Friedrichs II wird durch drei Handlungen erfüllt, die Eroberung von Schlesien, die Erwerbung von Westpreußen, die Aufrechthaltung des deutschen Reichssystems. Dadurch hat er seinen Staat zu einer selbständigen Potenz unter den Mächten von Europa erhoben und die autonome Stellung errungen, welche die Summe des preußischen Ehrgeizes ausmacht. Alle Welt bewunderte das Resultat; das Staatswesen jedoch, wie es nun während seines Lebens zu Stande gekommen, und wie man es vor sich sah, besaß bereits nicht mehr die Sympathie der Zeitgenossen.

Friedrich hielt sich für den ersten Beamten des Volkes, an dessen Spitze er durch den Zufall der Geburt gestellt sei: verpflichtet, alle seine Thätigkeit dem allgemeinen Wohl zu widmen; und deshalb allerdings für verantwortlich, jedoch nicht gerade gegen lebende Persönlichkeiten. Das Gefühl der Pflicht verschmolz in ihm mit der freien Action der unbeschränkten Monarchie. Da er das allgemeine Wohl in der Unabhängigkeit des Staates erblickte, welcher, weniger auf alte Berechtigung und Würde, als auf effective Macht gegründet war, so hielt er sich für schuldig und befugt,

alle Kräfte zu diesem Zweck anzustrengen. Von den Einkünften des Landes, die zuletzt etwa 20 Millionen Thaler betrugen, verwandte er dreimal mehr auf das Militär, als auf den Civildienst und den Hof. Und weil es nothwendig war, die Mittel nicht allein zu einer raschen Mobilmachung, sondern auch für ein paar Feldzüge bereit zu halten, so mußte ein beträchtlicher Theil der finanziellen Erträge in einen Schatz, der dazu hinreichen konnte, vereinigt werden. Dabei ward doch die Idee des Privatlebens, die späterhin auf dem Continent fast abhanden gekommen ist, möglichst gewahrt; die Bevölkerung sollte nicht durch das militärische Bedürfniß erschöpft werden, was ja die Selbständigkeit des Landes in andrer Hinsicht gefährdet hätte. Seine Kriege wollte Friedrich mit dem Ueberschuß der Kräfte des Landes führen, ohne damit den friedlichen Einwohnern in ihrer Behausung oder ihrem Gewerbe zur Last zu fallen [1]. Er behielt die Staatsverwaltung, wie sie sein Vater mit Umsicht und Sinn eingerichtet hatte, im Ganzen bei; er scheute sich, an die bürgerlichen Verhältnisse zu rühren: auch die religiöse Organisation ließ er seiner Skepsis zum Trotz bestehen, wie er sie vorfand. Ideen einer allgemeinen Reform lagen ihm ferne: aber innerhalb des Kreises der herkömmlichen Regierungsgewalt folgte er nur seinen eigenen Intentionen, die er mit rücksichtsloser Beharrlichkeit festhielt; unter allen Umständen sollte die Administration die für das Heer und seine Kriegs-

1) Testament politique de 1768. Si nous n'avons pas toute l'Europe à combattre, nous pouvons garder les frontières de telle sorte que le paisable citoyen tranquille et sans être vexé dans sa demeure ignorerait que la nation se bat, s'il n'en apprenait pas les nouvelles par les relations de campagne.

bereitschaft erforderlichen Mittel liefern. Er verband gerechte Landesväterlichkeit und wohlwollende Fürsorge mit einseitig durchgreifender Anordnung, die nicht immer ihr Ziel erreichte, und eisernem Gebot.

Der preußische Staat bildete das eigenthümlichste Ganze, in welchem ein Moment das andere bedingte, eines in das andere eingriff, alle zu dem Zwecke der Macht zusammenwirkten, ein Gemeinwesen, das aber keineswegs durch freien Entschluß aus der Nation hervorgegangen, sondern aus dem Gefühl der Gesammtstellung, die sich in der Persönlichkeit des Fürsten concentrirte, erwachsen war: zwangsvoll und drückend für die Individualitäten, die aber wieder durch die politische Bedeutung, an der sie Antheil hatten, befriedigt wurden. Eine Art von Cultus, den man dem König widmete, von dem man wußte, daß er nur in dem öffentlichen Dienst lebte und webte, bedeckte alle Mängel.

Für den preußischen Staat war die Frage nicht so sehr, ob er das einmal Errungene zu behaupten im Stande sei, was gleichwohl Einige bezweifelten, sondern in wie fern sich mit derselben eine popularere und minder drückende Verwaltung würde vereinigen lassen. Sie wurde gleichsam am Fuß des Katafalks, den Tag nach dem Tode Friedrichs, von einem der namhaftesten Männer des Jahrhunderts dem Thron gegenüber in aller ihrer Stärke zur Sprache gebracht.

In der französischen Literatur, von welcher Friedrich ursprünglich seine Impulse empfangen, herrschte der Geist Voltaire's nicht mehr vor: die alten Maximen der Staatsverwaltung, denen theilweise auch Friedrich angehangen, wichen vor dem physiokratischen Systeme zurück.

Einer der vornehmsten Träger dieser Gedanken, obgleich

auch er noch nicht zu den äußersten Consequenzen fortging, Mirabeau, befand sich zur Zeit in Berlin und hielt sich für berufen, sie öffentlich kund zu geben. Mit einer Mission, die nicht eigentlich officiell war, betraut, hatte er um so mehr Gelegenheit, mit Menschen aus den verschiedensten Ständen in Verbindung zu treten. Noch sprach man so viel und so gut französisch in Berlin, daß es ihm leicht wurde, sich durch Conversation zu unterrichten, die er denn, seinem Auftrag gemäß, dazu benutzte, die Zustände des Landes bei dem Thronwechsel, den Jedermann voraussah, kennen zu lernen: er verstand es zu fragen und hörte mit Aufmerksamkeit; einige ausgezeichnete Beamte zweiten Ranges gaben ihm gleichsam Unterricht; auch lernte er so viel deutsch, um einschlagende Druckschriften lesen zu können. Die Ideen der Zeit und seine persönlichen Ueberzeugungen, angewandt auf das, was er sah und hörte, und belebt dadurch, legte er nun dem neuen Herrscher vor, in dem Moment der Thronbesteigung in einer ausführlichen Denkschrift [1].

Er forderte ihn auf, nicht nach Kriegsruhm zu trachten — eine Bahn, auf der man jetzt nur noch die zweite Stelle erreichen könne — sondern nach dem Lob einer erleichterten und wohlthätigen organisirenden Thätigkeit: er habe die Macht, alles zu thun, eine Macht furchtbar selbst für den, der sie besitze; er möge sie dazu anwenden, um die Liebe des Volks zu erwerben: auch wichtige Reformen, die Regeneration großer Reiche könne nur von absoluten Fürsten ausgeführt werden.

Man hat damals die Schrift eine Satyre auf Friedrich II

1) Lettre remise à Frédéric-Guillaume II roi régnant de Prusse le jour de son avènement au trône, par le comte de Mirabeau. 1787.

genannt; sie verdient diese Bezeichnung nicht, aber wahr ist es: sie ist in allen ihren Theilen gegen die Regierungsweise des eben verstorbenen Königs gerichtet.

Auf das dringendste und in seinem beredten Ausdruck warnte Mirabeau den neuen Fürsten, nicht zu viel zu regieren. Denn wozu wolle er in die bürgerlichen Angelegenheiten eingreifen, wenn sie in einen Stand gebracht seien, daß sie von selbst gehen können. Eben das machte man dem Verstorbenen zum Vorwurfe, daß er von seinem Kabinet zu viel habe anordnen, regieren wollen, sich in alles gemischt habe.

Vor allem Andern greift er das Militärsystem, die Grundlage der ganzen Einrichtung, an. Das Cantonswesen, worauf es seit Friedrich Wilhelm I beruhte, bezeichnet er als eine militärische Sklaverei, die so viel Jahre dauernde Dienstpflicht als eine Schmach für das Volk. Die Neigung, namentlich der jungen Leute, sich der Vertheidigung des Vaterlandes zu widmen, sei so natürlich: wie habe die Tyrannei so schwachsinnig sein können, eine Last daraus zu machen? Er räth dem König, Nationalgarden in den Pfarren einzurichten: aus deren Reihen nach ihrer Wahl möge er dann die Rekruten für seine Regimenter nehmen; jeder Abgang werde von den Eingesessenen, und zwar nicht durch Offiziere und Beamte, sondern durch Stimmenmehrheit ersetzt werden.

Den Vorzug des Militärs vor dem Civil will er abgestellt wissen: es sei eine Manie Friedrichs II gewesen, fortwährend die Uniform zu tragen.

Hauptsächlich aus militärischen Rücksichten hatte Friedrich II den Unterschied des Adels und der Bürgerlichen auch bei dem Ankauf der Güter festgehalten: denn in den Edelleuten

sah er die Pflanzschule für seine Offiziere, wogegen er auch wieder den Landbesitz der Bauern gewahrt wissen wollte und auf eine Erleichterung der Frohndienste drang, weil er sonst keine Soldaten finden würde; übrigens aber behauptete er die Prärogative des Adels altväterisch unbeugsam. Von dem Motiv des Verfahrens hatte Mirabeau keine Vorstellung: er kehrte nur die unleugbaren Mängel desselben hervor, vor allem seine nachtheiligen Folgen für die Nationalwirthschaft, sowie seinen schädlichen Einfluß auf die Entwickelung der beiden Stände, denn der Adel werde dadurch stumpf und bleibe arm; Bürgerliche von einigem Wohlstand, die das Land blühend machen könnten, veranlasse man auszuwandern und sich in benachbarten Gebieten niederzulassen [1].

Friedrich hatte gemeint, durch Verbote fremder Waaren und durch Monopole für die einheimische Production die innern Kräfte zu wecken, die bereits vorgeschritten sein müßten, um auf dem Weltmarkt zu concurriren; die indirecten Auflagen hatte er den directen, die er überhaupt nicht vermehren mochte, auch deshalb vorgezogen, weil der gemeine Mann sie weniger empfinde; daher denn seine vexatorische Beaufsichtigung des mercantilen Verkehrs, sein System von Accise und Douanen, zu dessen rücksichtsloser Durchführung er sogar Fremde berufen hatte, die sich den allgemeinen Haß zuzogen. Mirabeau war im Sinne der Physiokraten für eine Auflage auf Grund und Boden; er hing der Theorie an, daß zuletzt jede Auflage auf das Land zurückfalle; er führt aus, welche Vortheile eine derselben entsprechende Einrichtung für Preußen

1) Le Meklenburg n'est-il pas rempli des marchands de Stettin et de Königsberg, qui ont employé les profits, que leur a valus la dernière guerre maritime à l'achat des terres de la noblesse de ce pays?

herbeiführen, und welche unendliche Erleichterung sie gewähren würde: jetzt sei die Steuer weniger durch ihren Betrag lästig, als durch die Art ihrer Eintreibung. Das Gedeihen des Handels, das man durch die Monopole zu befördern denke, werde dadurch eher gehindert. Wie ganz anders werde man denselben emporkommen sehen, wenn man sie aufheben wollte. Die Kaufleute würden gern durch freiwillige Beiträge das Deficit ersetzen, welches die Abschaffung der Monopole zunächst allerdings in den Kassen hervorbringen dürfte.

Davon durchdrungen, daß der Nationalreichthum in dem Product des Bodens liege, nicht in dem Metallgeld, das nur zur Vermittelung diene, erhebt sich Mirabeau mit feuriger Heftigkeit gegen das Thesauriren des Königs, seinen Staatsschatz, der nur dazu diene, das Gold, dessen Umlauf für den innern und äußern Verkehr unentbehrlich sei, gleichsam gefangen zu halten [1].

Und habe nun etwa Friedrich mit allen Anstrengungen seine Staaten reich, blühend und glücklich hinterlassen? Leicht sei ein Schatz zerstreut; nehme man dann die militärische Reputation hinweg, so sei Preußen sehr schwach. Eine Armee könne nicht lange die Grundlage der Macht bilden. Die verderblichen — er sagt mörderischen — Hülfsmittel des fiscalischen Regiments seien erschöpft; das System müsse geändert werden. Der Nachfolger müsse seiner Macht die festere und solidere Grundlage geben, welche eine gute Administration darbiete; der große Schatz, den er besitze, mache es ihm möglich, auch mit

---

1) Lettre remise etc. S. 47. Noch stärker spricht er das aus in der Histoire secrète de la cour de Berlin II, 4.

einigen Opfern seinen Staat, der nur ein großes Feldlager bilde, zu einer haltbaren Monarchie, die sich auf Eigenthum und Freiheit gründe, umzubilden.

In alle dem ist gar Manches, was allgemein gefühlt und gesagt wurde, doch hatte es Mirabeau nicht blos auf gute Rathschläge abgesehen; sein Schreiben ist zugleich die Manifestation des neuen Systems von politischen Ideen, das den Anlauf nahm, sich Bahn zu machen. Der Grundgedanke ist, daß der Staat sich auf eine freie Theilnahme der Nation und eine lebendige Bewegung aller Kräfte gründen müsse. Von constitutionellen Formen oder gar republikanischen Idealen war dabei nicht die Rede. Mirabeau zählte auf die höchste Autorität des Königs, und wie gesagt, selbst auf den Schatz, den er zertrümmern wollte. Er fordert Friedrich Wilhelm II auf, seinen Unterthanen alle die Freiheit zu geben, die sie ertragen können. Ein mit vielem Bedacht gewählter Ausdruck, welcher die monarchische Gesinnung verräth, die Mirabeau sein ganzes Leben hindurch mit einem gleichwohl sehr weitgreifenden Liberalismus verband. Wie die in Frankreich herrschende Meinung gegen die intermediären Gewalten, den hohen Adel und den hohen Klerus anstrebte, so ruft Mirabeau den König auf, sich von der Rücksicht auf seinen Adel loszumachen. Die Aristokratie erdrücke von einem Ende der Erde zum andern das menschliche Geschlecht: das Interesse der Könige liege in popularen Maximen; denn woher stamme sonst die Macht und der Glanz des Fürstenthums als von dem Volk? Den Aristokraten liege nur daran, daß der König der erste unter ihnen, aber doch ihnen gleich sei: dagegen finde auch die absoluteste Monarchie einen Rückhalt in der Nation.

Diese Ideen trägt nun Mirabeau, ziemlich in dem Umfang, in dem sie damals zur Geltung kamen, vor. Er fordert die Unabsetzbarkeit der Richter, eine unbeschränkte Toleranz, welche auch den Juden bürgerliche Freiheit gewähren müsse, die vollständige Freiheit der Presse, die den Fürsten selber erleuchte und belehre, die Abschaffung der Todesstrafe. Genug, die Summe der neuen Ideen, welche die Welt in Gährung setzten, stellte Mirabeau dem preußischen Staat, wie er damals war, zugleich als den Ausgangspunkt und das Ziel der vorzunehmenden Reformen entgegen. Es ist, als sähe man den Genius der Zeit neben dem eintretenden König erscheinen, um ihn in seine Bahnen zu reißen.

Abgesehen aber von dem Ton, den die Schrift gegen den großen König anschlug, dem darin Beschränktheit, geistige Verirrung, Manie und Tyrannei vorgeworfen werden, konnte auch ihr Inhalt überhaupt keinen günstigen Eindruck machen. Auf die Motive der bestehenden Einrichtungen wurde darin keine Rücksicht genommen: sie waren dem Autor größtentheils unbekannt. Er schien fast mehr gekommen zu sein zu lehren, als zu lernen. Die Umgestaltung der militärischen Verfassung, die er forderte, würde, wenn man sie unternahm, die Macht des Staates in Frage gestellt, die der finanziellen wahrscheinlich zunächst destruirend gewirkt haben. Joseph II konnte ähnlichen Tendenzen Raum geben, weil sie seiner Absicht, den Particularismus der Provinzen zu zerstören, entsprachen. In Preußen hätten sie den Nerv, auf welchem die Individualität des Staates und seine Weltstellung beruhte, unmittelbar gebrochen.

Darum dürfte man doch die Bedeutung dieser Schrift nicht leugnen. Sie stellt die Aufgabe des preußischen Staates dar,

die Entwickelung der Macht und die öffentliche Wohlfahrt zu vereinigen, die friedericianischen Formen nicht als die unbedingt bindenden anzusehen, den begründeten Forderungen der fortschreitenden Zeit gerecht zu werden. Eine Aufgabe, welche die folgenden Zeiträume beherrscht hat, und deren Lösung das innere Leben des Staates ausmacht.

Schon damals hatte man sie ins Auge gefaßt. In jener Denkschrift, welche Hertzberg einst dem Prinzen einreichte, der jetzt den Thron bestieg, bekämpfte er den Gedanken, als schreibe sich die Macht nur von dem großen Talent Friedrichs her, und führte aus, daß Preußen noch stärker werden könne, wenn es nur seine Hülfsquellen benutze. So hoch er die Armee stellte, so dachte er doch, daß ihr ein mehr national-preußischer Charakter gegeben werden müsse. Denn schon empfand man das Unangenehme und Zweifelhafte der Anwerbungen: jeden Augenblick brachten die Desertionen, die nur allzu oft vorkamen, deren Mängel zur Anschauung. Hertzberg meinte wohl, man solle den Soldaten gestatten, sich zu verheirathen, und dann ihre Kinder mit Hülfe des Staates erziehen: man könne dieselben bei den Bauern in Pflege geben; dann werde man eingeborene Rekruten finden, so viele man wolle. Indem er ferner eine bessere Besoldung der Subalternoffiziere in Antrag brachte, verlangte er doch auch für die höheren eine gewisse Ausdehnung ihrer Selbständigkeit: der Hauptmann müsse mit seiner Compagnie in unzertrennlicher Verbindung stehen: man werde das Land erleichtern, wenn man die Beschaffung von Pferden und Fourage mehr in die Hände der höheren Offiziere bringe. Wir brauchen uns nicht mit diesen Einzelheiten zu befassen: das Wichtigste ist der Grundgedanke, der Armee einen nationalen Charakter zu geben und

zugleich der Bevölkerung eine Erleichterung von den mit ihrer Erhaltung verknüpften Lasten zu verschaffen. Hertzberg erwarb sich ein Verdienst, indem er diesen Gedanken dem künftigen Regenten im voraus nahelegte. Auch noch andere auf die Landesverwaltung bezügliche Vorschläge hat er damals in Antrag gebracht. Er verwarf die großen und allzu umfassenden Pachtungen der Domänen: sein Rath war, sie zu parcelliren und einer größeren Anzahl von Bauern in Erbpacht zu geben, was dann auch auf den Gütern der Edelleute nachgeahmt werden sollte. So wollte er die immer drückender werdenden Monopole und die Handelsinstitute des Staates beschränkt oder aufgelöst sehen: denn die Erfahrung zeige, daß der Handel von Einzelnen besser besorgt werde als von Behörden.

Von philosophisch-reformatorischen Ideen ging Hertzberg dabei nicht aus; aber er kam denselben entgegen, wenn auch nur wenige und sorgfältig abgemessene Schritte; die Macht ließ er nicht allein unerschüttert, er zeigte einen Weg, sie auf der bestehenden Grundlage zu beleben und zu verstärken.

Von großem Werth war es nun, daß dieser Minister das Vertrauen des neuen Monarchen im hohen Grade genoß und einige Jahre hindurch behauptete.

Persönlich konnte eine größere Veränderung kaum gedacht werden, als die, welche mit dem Regierungswechsel von 1786 eintrat. An die Stelle Friedrichs, der nichts kannte als die Geschäfte seiner Regierung, die er zurückgezogen, fern von jeder Beziehung, die einen Einfluß hätte ausüben können, verwaltete, fast ohne Bedürfnisse für sich selbst, denn er machte keinen Aufwand — sein Körper, schon lange durch die Mühseligkeiten der Kriegsjahre angegriffen und erschöpft, war endlich in sich selbst zusammengebrochen, als er dem Geist, der

ihn belebte, nicht mehr dienen konnte — trat ein junger Monarch in der Blüthe der Jahre, von imponirender Gestalt, der zwar herrschen und seine Pflicht erfüllen, aber auch das Leben genießen wollte; er hatte sich in Liebeshändel und sehr anstößige Verhältnisse verstricken lassen. An Stelle der kalten Skepsis hegte der Nachfolger religiöse Ideen mit einer starken Neigung zur mystischen Schwärmerei. Von des Oheims glänzenden Gaben zurückgedrängt, galt er doch für einen jungen Mann von gesundem Urtheil, klaren Begriffen und ehrenhaften Gesinnungen. Mirabeau sagt: wie die Natur entsprechende Eigenschaften der Seele mit körperlicher Schönheit zu vereinigen pflege, so nehme man in Friedrich Wilhelm die Züge von Ruhe, Sanftmuth und angeborner Güte wahr, einen richtig denkenden Geist und eine treffende Weise sich auszudrücken. Freilich sagt er dies ihm selbst: indem er den Oheim mit Tadel überhäuft, hebt er fürs erste die guten Seiten des Neffen hervor. Er sieht in der Zurückhaltung, die derselbe lange Jahre vorher zu beobachten genöthigt gewesen sei, einen Vortheil: da habe man gesehen, daß er sich selbst zu beherrschen wisse. „Sie sind nicht erzogen, aber auch nicht verdorben worden." Nicht Jedermann, fügt er hinzu, bedürfe der Unterweisung; eine energische Natur empfange solche von den Dingen, und das sei die rechte, man verliere sie nicht wieder.

Es steht dahin, wie der junge König diesen Ausdruck der Hoffnungen, die man auf ihn setzte, aufgenommen hat. Unmöglich aber konnte es ihm gefallen, wenn Mirabeau den Prinzen Heinrich, der das Vertrauen von Europa besitze und die Eigenschaften eines Helden mit dem Geiste eines Weisen verbinde, als seinen Mitarbeiter und Rathgeber, als einen Freund darstellte, den die Natur ihm darbiete in dem

Augenblick, wo er eines solchen am meisten bedürfe. Auch König Friedrich, der von seinem Neffen lange Zeit eine sehr geringe Meinung hegte, hatte einmal gewünscht, ihm unter irgend einer gültigen Form seinen Bruder, den Prinzen Heinrich, als Gehülfen beizuordnen; das widersprach jedoch dem Geiste der erblichen Monarchie viel zu sehr, als daß es nur hätte versucht werden können. Und in den letzten Jahren war der König in seiner Politik mit seinem Nachfolger sogar zusammengetroffen: er hatte angefangen, ihn höher anzuschlagen. Hertzberg versichert, Friedrich habe die Fortsetzung seiner Politik mit Bestimmtheit von dem Prinzen erwartet.

Kommen wir aber wieder auf den Moment zurück, in welchem Friedrich Wilhelm II, dort in Sanssouci, die höchste Gewalt in dem preußischen Staat übernahm.

Er war mit Hertzberg bei der Einleitung der Union in eine Verbindung getreten, die um so enger wurde, je mehr sie vor Friedrich geheim gehalten werden mußte, und hatte viele Hochachtung für ihn gefaßt. Als sie damals, wie berührt, mit einander die Gemächer des Verstorbenen verließen, um sich in das Zimmer zu begeben, welches Hertzberg bewohnte, überreichte er ihm die Insignien des schwarzen Adlerordens, die sich dort vorgefunden, mit der Bemerkung, er habe diese Auszeichnung längst verdient[1]. In Hertzbergs

1) Hertzberg an Thulemeyer, seinen besonderen Freund (Gesandten im Haag), 19. Aug.: J'ai fermé les yeux au defunt grand roi et j'ai appellé quelques moments après son successeur au throne. J'ai aussi expédié tous ses premiers ordres dans ma chambre. En y passant de la chambre funéraire il m'a donné le cordon, en me disant quo c'étoit la première marque de reconnoissance qu'il me pouvoit donner, ce que j'avois mérité plus tot.

Wohnzimmer wurden die Verfügungen entworfen und ausgefertigt, die der Regierungswechsel unmittelbar nöthig machte: Ordres an alle militärischen und bürgerlichen Behörden, die Anschreiben an die verschiedenen Höfe. Nur nach Schweden, Holland und England wurden besondere Botschafter geschickt, weil die Fürsten zur Familie gehörten; nicht an den Kaiser, noch an Frankreich, weil diese Höfe derartige Missionen ebenfalls unterlassen hatten. Die Kaiserin von Rußland hatte erklärt, sie wünsche eine solche nicht. Den deutschen Fürsten, namentlich denen, welche zu dem Bunde gehörten, gingen die Notificationen in den freundschaftlichsten Formen zu.

Auch einige der eben eingegangenen Depeschen wurden eröffnet, und ein Kabinetssecretär herbeibeschieden, um das Dictat der Antworten aufzunehmen. Dabei machte Hertzberg eine Erinnerung von Wichtigkeit, welche sehr zur Sache traf.

Seit langen Jahren hatte Friedrich zur Seite der ministeriellen Correspondenzen noch eine besondere persönliche mit den auswärtigen Gesandten eingerichtet, von der er seinen Ministern zwar in der Regel Kunde gab, aber nicht immer: was denn deren Geschäftsführung nicht wenig drückte und erschwerte. Hertzberg ersuchte nun den neuen Monarchen, hievon abzustehen, wie es auch früher nicht der Fall gewesen sei: die beiden Minister für die auswärtigen Geschäfte sollten an den Tagen, welche dem Gang der Posten entsprachen, die Depeschen dem König zur Unterschrift vorlegen, er sollte sie entweder billigen oder ihre Abänderung befehlen. Der König ging darauf ein. Das hat nicht die Folge gehabt, daß er die Führung der Angelegenheiten den Ministern überlassen hätte. Die Acten sind voll von seinen Randbemer-

kungen und seinen Handschreiben: wir werden manchen und zwar sehr entscheidenden Entschließungen begegnen, die einzig ihm selber angehören; aber die laufenden Geschäfte kamen doch unter die Einwirkung der Minister, die ihren Zusammenhang besser übersahen [1].

Das Verhältniß des Kabinets und der Ministerien auszugleichen, bildete überhaupt eine der schwierigsten Aufgaben der preußischen Staatsverwaltung, nachdem das persönliche Regiment noch einmal zu einer so starken und ruhmwürdigen Repräsentation gekommen war.

Am Morgen des 18. August erschien der neue König, von Möllendorf und dem Prinzen Friedrich von Braunschweig, die ihm nach Zehlendorf entgegengekommen waren, begleitet, in der Hauptstadt, um vor allem den Schwur der Armee zu empfangen. Den versammelten Offizieren imponirte seine Erscheinung, als er unter sie trat. Er gab seiner Genugthuung mit dem Zustande der Armee, der ihm wohl bekannt war, Ausdruck: den Ruhm, den sie sich erworben habe, denke er nicht allein zu behaupten, sondern zu vermehren: er werde zu bestrafen wissen, aber auch zu belohnen. Den Ministern des Kriegs- und Domänendirectoriums sagte er, dem verstorbenen König habe man manche unangenehme Wahrheit verheimlicht; er wünsche alles zu erfahren. Besonders gnädig äußerte er sich gegen den geistlichen Minister Zedlitz: er habe einen herrlichen Beruf, den er erfüllen möge, wie bisher; er möge weder Ungläubige anstellen noch auch Fanatiker. Ein ungemeines Aufsehen machte

---

1) Ich entnehme dies aus einer gegen die Vorwürfe des Prinzen Heinrich gerichteten Apologie Hertzbergs, welche mit dem Précis (bei Köpke und Schmidt) zuweilen wörtlich übereinstimmt, aber doch noch Einiges mehr enthält.

es, als am nächsten Sonntag, 20. August, der König von Preußen wieder in der Kirche erschien: Die Bevölkerung gab eine herzliche Freude darüber kund [1]. Am folgenden Sonntag wurde der König in der Predigt in einer Weise bewillkommnet, die ihm Thränen in die Augen trieb. Dabei wurden die Arbeiten in der hergebrachten Weise vollzogen. Zur gewohnten Stunde stellten sich die Kabinetssecretäre ein. Einem Minister, der seinen Vortrag mit der Bemerkung anfing, er habe so viel vorzulegen, daß die Zeit nicht ausreichen werde, erwiderte der König, er seinerseits habe keine Abhaltung, und behielt ihn ein paar Stunden bei sich.

Friedrich Wilhelm II hatte das Glück, seine Regierung mit Abstellung von Einrichtungen beginnen zu können, deren Druck in dem Lande schwer empfunden wurde und dem großen Vorgänger, den man mehr bewunderte als liebte, seine Popularität gekostet hatte.

Die verhaßte Regie der Accisen und Zölle, welche Friedrich II, um seinen finanziellen Zweck um so sicherer zu erreichen, aus Fremden und zwar aus Franzosen, die er dazu herbeizog, zusammengesetzt hatte, wurde unverzüglich aufgehoben und eine neue Administration geschaffen, die dem Generaldirectorium hinzutrat, welches Friedrich Wilhelm II den ursprünglichen Anordnungen seines Großvaters, in so weit davon abgegangen worden, wieder annäherte. Die Beamten bekamen die Weisung, den Vortheil des Staates mit dem der Einwohner in Einklang zu bringen: wie in einer wenige Monate spätern Verordnung der Zweck der Verwaltung in

1) So berichten die Briefe des holländischen Gesandten, Reede, an den Erbstatthalter.

beides gesetzt wird, die Sicherung der unentbehrlichen Staatseinkünfte und Verbesserung des allgemeinen Nahrungsstandes. Möglichste Gleichheit der Auflagen, Erleichterung der Dürftigen sollen das Augenmerk der Behörden bilden. Vor allem dachte man auf die Abstellung des Schleichhandels, welcher zu einer Art von Wissenschaft geworden und durch keinen noch so spitzfindigen Eifer bei der Entdeckung zu beseitigen gewesen wäre. Man hoffte durch die Belebung des Transitohandels den Wohlstand von Berlin, das dafür vortrefflich gelegen sei, zu heben.

In der Verwaltung wurde die gegenseitige Unabhängigkeit der Behörden, wie sie sich durch die unmittelbare Leitung Friedrichs II gebildet hatte, um nicht mannichfaltige Widersprüche hervorzurufen, möglichst gehoben, und eine Art von Collegialsystem hergestellt: die Beamten, der verhaßten Fremdlinge erledigt und mehr sich selbst überlassen, wie denn ihr Gemeingefühl für den Staat unbezweifelt war, athmeten auf.

Berühren wir noch einige Züge, durch welche sich eine neue Regierungsweise in den verschiedenen Zweigen ankündigte.

Einem vertrauten Offizier, der bei der Veränderung seines Wohnortes eine Vermehrung des Vorspanns begehrte, verweigerte das der neue König mit der Bemerkung, daß er die Lasten der Unterthanen auf diese Weise vermehren würde. Eine Begnadigung, die man ihm vorschlug, lehnte er ab, weil er ja nicht deswegen auf den Thron gekommen sei, um die Bosheit zu begünstigen. Man sieht wenigstens die Grundsätze, die er sich gebildet hatte. Für die öffentliche Moral war es eine Art von Befriedigung, daß er den Soldaten, die bisher mit ihren Liebsten sehr unregelmäßig gelebt

hatten, die Erlaubniß gab, sich mit denselben zu verheirathen, und die Versicherung, ihnen einen Haushalt möglich machen zu wollen. Hätte er nur nun auch selbst in seinem ehelichen Verhältniß einen regelmäßigen Wandel geführt. Aber gleich die ersten Monate seiner Regierung waren mit den Verhandlungen über eine Ehe zur linken Hand angefüllt, welche manche angesehene Mitglieder des Hofes sogar wünschten, um andere Unordnungen zu verhüten [1].

An die Generalinspecteure der Armee erging im Januar 1787 ein Circular, in welchem die Mißbräuche bei den Anwerbungen und die harte Behandlung des gemeinen Mannes, so wie andere Aeußerungen der Willkür und Herrschsucht gerügt wurden. Man sah die Bevorzugung, deren sich der als human betrachtete Möllendorf erfreute, als ein Zeichen der neuen Richtung an.

Möllendorf wurde mit dem Prinzen von Braunschweig an die Spitze des Oberkriegscollegiums gestellt, das der König im Juni 1787 schuf. Darin sollten alle Zweige der

1) So versicherte der treffliche Carl Graf Voß, der Neffe der Dame, die zuerst in dies Verhältniß trat. Welcher Art dieses war, ergiebt sich aus einem Schreiben, in welchem der König nach dem frühen Tode derselben (sie führte den Titel Gräfin Ingenheim) um die Hand der Gräfin Dönhof warb. Darin heißt es: „Je suis separé de la reine: je suis veuf de M[me] Ingenheim, et je vous offre mon coeur et ma main.“ In neuern Zeiten ist die Behauptung aufgetaucht, das Consistorium habe in aller Form seine Einwilligung zu diesen Verbindungen ausgesprochen: vergeblich aber hat man nach einem Actenstück dieser Art gesucht; wahrscheinlich ist dabei der Kreis privater Besprechung nicht überschritten worden. Nur das deutete Mirabeau an; mehr sagt auch Dampmartin nicht, der sonst gern aufträgt. Bekanntlich rühmt Kant, der Philosoph, den König, bei dem er nicht in Gnaden stand, als „einen tapfern, redlichen, menschenfreundlichen, abgesehen von gewissen Temperamentseigenschaften, durchaus vortrefflichen Herrn.“ (Streit der Facultäten.)

militärischen Verwaltung, Werbung und Cantonswesen, Armatur, Remonte und Verpflegung, vereinigt sein; erst dadurch wurde eine Uebersicht der gesammten Einrichtung, die Friedrich II sich selbst vorbehalten hatte, auch für Andere möglich: man konnte das Widersprechende in Uebereinstimmung bringen. Der König eröffnete das Collegium durch eine Anrede, in der er noch besonders die Versorgung der Invaliden und die Erziehung der Soldatenkinder zur Sprache brachte.

In den Zeitungen las man im September 1786 einen Briefwechsel zwischen Gleim und dem König über die Förderung der deutschen Muse. Sie hätte, sagt der Poet, den Ruhm Friedrichs des Einzigen verewigen wollen, aber er habe sie durch die Vorliebe für die ausländische zum Verstummen gebracht: dem antwortete nun König Friedrich Wilhelm, er werde mit Vergnügen ihr Beschützer sein, besonders wenn die deutschen Poeten einem Gleim gleichen wollten; was nun freilich kein eigentliches Mitgefühl mit dem Aufschwung der deutschen Poesie, die bereits andere Bahnen eingeschlagen hatte, ankündigt, aber doch viele Befriedigung erweckte. Den allgemeinen Sprachmeister Adelung ließ der König bei Ueberreichung seines Buches über den deutschen Styl wissen, er wünsche nichts mehr, als die deutsche Sprache zu der Reinheit gebracht zu sehen, welcher dieselbe bei ihrem Reichthum an bezeichnenden und zweckmäßigen Ausdrücken fähig sei.

So wurde, wie ein Artikel der Zeitung rühmt, für den edelsten Zweck, den Unterricht der Jugend, ein eigenes Landescollegium errichtet, und demselben eine erhebliche Geldsumme angewiesen. Das Schulcollegium sollte „die gesammte Nationalerziehung" sowohl für die gelehrten Stände, wie für das

Volk heben, und besonders auf die Volksschulen hinwirken [1]. Den meisten Beifall bei dem König fand das schlesische Seminar, bei welchem die Absicht, den jungen Gemüthern die Lehren der christlichen Religion einzuflößen, festgehalten wurde. Er selbst versicherte, er hasse allen Gewissenszwang, doch werde er nie leiden, daß man dem Volke die Bibel verächtlich mache und das Panier des Unglaubens aufpflanze.

Mit alle dem hängt es zusammen, wenn die Akademie der Wissenschaften, die bisher blos französisch redete, auch deutsche Mitglieder nach ihrer Wahl in ihre Mitte aufnahm. In Berlin ward das mit Recht als ein Ereigniß von Bedeutung betrachtet.

Ich erschrecke fast, wenn ich den Widerspruch dieser Zusammenstellung mit dem Eindruck vergleiche, den die Berichte Mirabeau's über die Anfänge dieser Regierung machen. Mirabeau's Denkschrift hatte keine Berücksichtigung gefunden, was er dem allerdings überwiegenden Einfluß Hertzbergs zuschreibt, den er dafür mit bitterem Hasse verfolgt; er pflog den intimsten Verkehr mit den Franzosen der Regie, die er anfangs getadelt hatte, nunmehr aber als Opfer des Nationalhasses betrachtete; er versteigt sich so weit, ihre Entfernung der sicilianischen Vesper zu vergleichen. Seine Mittheilungen sind mehr ein Product der üblen Nachrede und des vielzüngigen umlaufenden Gerüchts — wie denn ähnliche bei großen Veränderungen in Preußen fast allemal hervorgetreten sind — als das Werk zuverlässiger Kunde von Personen und Dingen. Der Herzog von Weimar erscheint bei Mirabeau als einer der Visionäre, welche den Staat zu regieren suchen.

1) Berlinische Nachrichten von 1787, Nr. 77, 98 u. 114.

Dem König macht er zum Vorwurf, daß er sich auf den niedrigen Standpunkt seiner Nation stelle und Leute von Geist vermeide [1].

An Geist und Energie fehlte es dem neuen Fürsten nicht; aber die Verbindung schwärmerischer Anwandlungen mit sinnlichen Gelüsten kündigte nicht viel Gutes an. Der positiven Religion, die er in Schutz nahm, konnte diese Abweichung ihres Protectors nach zwei entgegengesetzten Richtungen nicht anders, als wieder zu schwerem Nachtheil gereichen. Bald wurde auch die ächteste wissenschaftliche Forschung mit mißverstandenen Repressionen heimgesucht. Unwürdige Menschen untergeordneter Natur, welche die Hinneigungen des Königs theilten, oder nur benutzten, erwarben sein Vertrauen. Diener, welche in die Kategorie der Dienstboten gehörten, gewannen Einfluß. Jedoch darf man nicht jedem Gerüchte, das von Mund zu Munde ging, Glauben schenken. In denselben Tagen, in denen Mirabeau von einer Vernachlässigung der Geschäfte gehört hat [2], welche Unfähigkeit zu denselben beweisen würde, berichtet der Oberst Stein [3], der König sei

1) Il se rabaisse au niveau de sa nation, au lieu de l'élever. —

2) Schreiben Mirabeau's 4. October 1786: „Il est impossible d'exagérer la turpitude des détails de son interieur quant au désordre et à la perte du tems. Les serviteurs redoutent sa violence, mais ils sont les premiers à tourner en dérision son incapacité. Pas un papier n'est en ordre, pas un mémoire apostillé, pas une lettre passablement correcte, nulle puissance humaine ne lui feroit lire quarante lignes de suite.

3) In einem im tiefsten Vertrauen an den Herzog von Weimar gerichteten Schreiben des Oberst Stein: — pour vous seul au monde, Monseigneur. Potsd. 6. Oct. „Was bisher geschehen, zeigt einen wahren Drang zur Thätigkeit, und wirklich ist der König thätig, thätiger wie sein unsterblicher Vorfahr, thätiger wie ein König noch je auf Erden war.“

überaus thätig und zwar aus innerem Drange dazu, thätiger, als je ein König auf Erden; — über das, was geschehe, schlage zuweilen das Herz vor Freuden, bald aber erschrecke man wieder. Hertzberg sagt sogar einmal, der neue Fürst übertreffe den Vorgänger, denn er sei eben so thätig wie dieser, aber zugleich gerechter.

Denn nach ihren verschiedenen Standpunkten pflegen die Zeitgenossen zu urtheilen. Die historische Betrachtung, die sich über die Einseitigkeiten zu erheben hat, ohne doch gerade sie im einzelnen zu würdigen, nimmt in diesem Falle vor allem den Entschluß wahr, die Monarchie in dem Besitz ihrer Machtstellung zu erhalten, zugleich aber die Absicht die Handhabung der Autorität zu erleichtern, sie popularer und nationaler zu machen. In dem, was Mirabeau sagt, liegt etwas Wahres: das deutsche Element erhob sich dem eingedrungenen oder vielmehr aufgenommenen französischen gegenüber zu voller Selbständigkeit in der Literatur und Verwaltung; der Bürgerstand gelangte mehr zu der Anerkennung, die ihm gebührt; auch in kirchlicher Hinsicht mußte der Staat, selbst als solcher, wieder auf die religiöse Grundlage zurückkommen, welche die früheren Jahrhunderte gelegt hatten, um mit der Nation vollkommen eins zu werden. Bei allen Mängeln darf man sich die Augen dagegen nicht verschließen, daß dieser Thronwechsel eines der wichtigsten Momente in der preußischen Geschichte bildet. Auch für die Entwickelung der auswärtigen Verhältnisse schlug man, den vornehmsten Gesichtspunkt festhaltend, neue Bahnen ein.

Fünfzehntes Capitel.

Gedanke einer Aussöhnung zwischen Oesterreich und Preußen. Ansichten Hertzbergs.

Vom Fürsten Kaunitz sagt man, er habe bei der Nachricht vom Tode des Königs, dem er alle Zeit seines Lebens widerstrebt hatte, den Ausruf vernehmen lassen: wann werde wohl ein anderer Fürst dem Diadem ebenso zur Ehre gereichen wie dieser? Die Sage ist, er habe das sogar in Josephs II Gegenwart geäußert: gleich als hätte er ihm ins Angesicht den persönlichen Vorzug Friedrichs andeuten wollen. Joseph und Kaunitz waren aber damals fern von einander. Kaunitz meldete dem Kaiser schriftlich die soeben durch den Gesandten, Fürsten Reuß, eingesandte Nachricht mit der trockenen Bemerkung, man habe den Todesfall schon seit einiger Zeit erwarten müssen. Joseph ließ sich in seiner Antwort mehr heraus. „Als Militär," sagt er, „beklage ich den Verlust eines großen Mannes, der in der Geschichte der Kriegskunst auf immer Epoche machen wird. Als Staatsbürger aber bedaure ich, daß dieser Todesfall nicht dreißig Jahre früher eingetreten ist. Im Jahr 1756 wäre derselbe auf eine ganz andere Weise vortheilhaft gewesen als im Jahr 1786" [1].

1) Joseph an Kaunitz: Mon cher Prince! Comme militaire je plains la perte d'un grand homme et qui fera époque à jamais

Vielleicht ein Widerspruch in sich; denn erst nach 1756 hatte der König den hohen Kriegsruhm erworben, der ihn unsterblich macht: aber richtig für Oesterreich; denn damals wäre es noch möglich gewesen, durch die von allen Seiten vorbereiteten Allianzen Preußen niederzuwerfen und demselben Schlesien wieder zu entreißen. Was hätte in jenen Zeiten erfolgen müssen, wenn Friedrich von einem Unfalle betroffen worden und ein minder fähiger Fürst an seine Stelle getreten wäre. Seitdem war die preußische Macht in Krieg und Frieden erst zu ihrer vollen Entwickelung gelangt, und viel zu gut befestigt, als daß man an eine baldige Ueberwältigung derselben hätte denken können, wenn sie auch nicht mehr von jener gewaltigen Hand zusammengehalten und gelenkt wurde. Dieser Meinung war auch Kaiser Joseph. Eines Tages hörte er sagen, man würde jetzt nach dem Tode Friedrichs nur vorzurücken brauchen, um Schlesien wieder zu nehmen. „Ja wohl", warf er ein, „wenn die preußische Armee eine Krankheit hätte, wie der König." Ueber Friedrich Wilhelm hatte man in Wien noch keine feste Ansicht. Kaunitz meinte, man müsse erst erwarten, wie er sich selbst erkläre: das Betragen des Kaisers gegen den König hänge von dem Betragen des Königs gegen den Kaiser ab: das letzte müsse dem ersten zur Richtschnur dienen. Und wisse man dann, woran man mit ihm sei, so würde mit den beiden Alliirten Berathung gepflogen und ihnen angedeutet werden müssen, wie sich der Kaiser gegen den neuen König zu stellen gedenke [1].

---

dans l'art de la guerre. Comme citoyen (soll doch wohl heißen als Oesterreicher) je regrette qu'elle est arrivée cette mort 30 années trop tard. L'année 1756 elle auroit été autrement avantageuse qu'en 1786.

1) Kaunitz an Joseph, 21. August 1786.

Nicht von Berlin, aber von Rußland ist dem Kaiser ein Impuls gekommen, der ihn in seiner Haltung zweifelhaft machte. Denn so verhielt es sich ohne Zweifel, wie Friedrich II voraussetzte, daß die neuen Entzweiungen zwischen Rußland und der Pforte, und die Aussicht, mit jenem gemeinschaftliche Sache machen zu sollen, dem Kaiser nicht gerade angenehm war. Im September 1786 ging ein Brief der Kaiserin an ihn ein, in welchem sie ihm die Lage der Dinge und die Gefahr eines Bruches schilderte: noch suche der französische Hof in den Irrungen zu vermitteln; das werde aber erst Eindruck auf die Pforte machen, wenn auch der Kaiser wie bisher seine Verwendung in vollkommenem Einverständniß mit dem russischen Gesandten eintreten lasse. Sie berührte dann ihre Absicht, in dem nächsten Jahre nach ihren südlichen Provinzen und nach Cherson zu reisen, und deutete an, daß sie dort mit dem Kaiser zusammenzutreffen hoffe. Auf Joseph machte dieser Brief einen ungünstigen Eindruck. Er fand es sonderbar, daß er abermals in die orientalische Verwickelung eingreifen sollte, nachdem er das schon einmal mit so großem Erfolge gethan habe, ohne dafür zu einem entsprechenden Vortheil gelangt zu sein. Es schien ihm genug, daß Frankreich die Sache in die Hand nehme. Und daß kurzweg am Ende des Schreibens seine Reise nach Cherson gleichsam vorausgesetzt wurde, verletzte seinen Stolz; er meinte wohl, die Prinzessin von Zerbst, die sich jetzt Katharina nenne, sollte mehr Rücksicht beweisen und nicht so leichthin über ihn verfügen [1]. Kaunitz wurde von dem Ton

1) Elle (sc. ma réponse) sera honnête, courte, mais elle ne laissera pas de faire sentir à la Princesse de Zerbst Catherinisée

dieses Briefes, den ihm der Kaiser mittheilte, unangenehm betroffen. Er fand das Schreiben der Kaiserin den Umständen ganz entsprechend. Der Kaiser dürfe nicht durchblicken lassen, daß er schon genug für Rußland gethan zu haben glaube: er dürfe nicht Eifersucht etwa darüber, daß Katharina sich zuerst an Frankreich gewendet habe, verrathen, was unter seiner Würde sei, noch ihr auch die Dienste, die er ihr in Bezug auf die Krim geleistet, gleichsam vorrücken: noch habe er sich nicht über sie zu beklagen [1]. In diesem Sinne sprach er dann auch mit dem Kaiser und bewog ihn, einen andern Brief zu schreiben, der keine Spur von Gereiztheit enthält, vielmehr die gewohnten Ausdrücke vollkommenster Freundschaft und Hingebung [2]. Von den zartesten Momenten eines persönlichen Verhältnisses, die doch auch ein Mißverständniß veranlassen können, wohnte dem Minister überhaupt kein Mitgefühl bei: der Prinzessin von Zerbst wollte er nicht

---

qu'elle doit mettre un peu plus de considération et d'empressement pour disposer de moi. Joseph an Kaunitz, 9. Aug. 1786. Arneth a. a. O. 278, Anmerkung.

1) Bref, cette Lettre, qui est de six pages, avec la permission de V. M., n'a pas merité une réponse de sept ou huit lignes; laquelle même par là fera de la peine à l'Impératrice, si elle ne fait pas pis, qui marque une petite jalousie de ce qu'elle s'est addressée à la France, qui est au dessous de V. M., qui suppose une médiation dont il n'a jamais été question, et qui contient une espèce de reproche sur l'utilité dont lui a été V. M. à l'occasion de la Crimée qu'elle n'a pas mérité jusqu'ici, et qui est de la nature de ceux qui comme mieux que moi sait V. M. I. font ordinairement un mauvais effet plûtôt qu'un salutaire. Kaunitz an Joseph, 20. Sept. 1786.

2) Der Brief Josephs vom 17. Sept. 1786 — denn so war er doch wohl ursprünglich datirt — bei Arneth a. a. O. S. 279 wird nach den Andeutungen des Ministers von dem Kaiser abgeändert worden sein.

mehr gedacht wissen. Er sah in Katharina nur die mächtige Selbstherrscherin, und fürchtete jede Möglichkeit einer Unterbrechung der Allianz, auf die er seine ganze Politik gründete.

Friedrich und Joseph haben das gemein, daß sie mit ihren Ministern correspondiren, und für die Staatsverwaltung lag vielleicht ein Vortheil darin, daß die wichtigsten Angelegenheiten von den doch immer noch verschiedenen Standpunkten des Souveräns und des Ministeriums betrachtet wurden. In Preußen war bisher der Gedanke des Souveräns eigentlich alleinherrschend, nicht nur in Folge der natürlichen Stellung des Fürsten, sondern auch vermöge der Ueberlegenheit des Geistes, mit welcher Friedrich, einem erfahrenen Steuermann gleich, jede Abwandlung in den politischen Fluctuationen wahrnahm und die Consequenz des einmal eingeschlagenen Laufes mit sicherem Tacte festhielt. In Oesterreich waltete dagegen mehr der Minister vor. Namentlich in den auswärtigen Angelegenheiten betrachtete der Kaiser den Staatsmann, von dem seit langen Jahren die Geschäfte mit systematischer Umsicht und großem Erfolg geführt wurden, beinahe als eine Autorität.

Sonst hätte er wohl die Versuchung gefühlt, nach den Anschauungen, die ihm aus der Lage des Moments entsprangen, in die Geschäfte einzugreifen: wie wir das so eben bei der Correspondenz mit Rußland sahen.

Damit im Zusammenhang trat bald nachher eine Differenz der Ansicht von ungleich größerer Bedeutung zwischen dem Souverän und dem Minister ein.

Man hatte in Wien dem preußischen Gesandten oft gesagt, wenn Friedrich einmal gestorben sei, werde der Kaiser

mit dem Nachfolger in ein gutes Verhältniß zu treten suchen. So wurde denn auch der Gesandte nach dem Regierungswechsel mit einer ungewöhnlichen Aufmerksamkeit behandelt; er bekam Aufträge, die der Intention jener Aeußerung entsprachen.

Gegen Ende des Jahres 1786 hat dann der Kaiser alles Ernstes den Gedanken gehegt, mit dem Hause Brandenburg in ein unmittelbares Verhältniß der Freundschaft und des Vertrauens zu treten. Er faßte seine Ansichten darüber in einer Denkschrift zusammen, die er am 6. December dem Fürsten Kaunitz vorlegte und die eine weite Aussicht für die allgemeine Politik eröffnet.

Der Grundgedanke derselben ist, daß eine Verständigung der Häuser Brandenburg und Oesterreich ihnen das oberste Ansehen in Europa verschaffen werde. „Wenn sie sich aufrichtig mit einander verbinden und im Einverständniß mit einander handeln, haben sie nichts weiter zu fürchten, weder von einer einzelnen Macht, noch von einer Verbindung mehrerer: sie werden die Schiedsrichter sein, nicht allein in Deutschland, sondern in Europa. Alle Mächte werden sie suchen; sie werden keine andere Macht zu suchen brauchen. Der allgemeine Friede wird nur von ihnen abhängen [1]. Eine der anderen versichert, werden sie das Glück ihrer Unterthanen, die Blüthe ihrer Staaten bewirken, und sich gegenseitig alle die Vortheile

1) ... elles devront être recherchées de toutes les Puissances et ne seront point dans la nécessité d'en rechercher aucune; la paix générale et universelle ne dépendra que de leur volonté... Réflexions (ad billet de l'Empereur au Prince de Kaunitz) du 6. Dec. 1786. Staatsarchiv zu Wien.

verschaffen können, die sie für sich nöthig erachten, ohne anderen mehr gewähren zu müssen, als ihnen gut scheint."

„Wenn dies nun eine unleugbare Wahrheit ist, so muß man eingestehen, daß die Fortsetzung der Feindschaft den beiden Staaten alle diese Vortheile raubt und die entgegengesetzten Nachtheile zuzieht. Sie schwächen sich gegenseitig durch die ungeheuren Aufwendungen, zu denen ihre Eifersucht sie nöthigt, durch die Demüthigungen und Niedrigkeiten, mit denen sie die eine der anderen ihre verschiedenen Alliirten, oftmals kleine Prinzen, zu entreißen suchen; dabei müssen sie denn eine Menge von Dingen, die ihnen vortheilhaft wären, vernachlässigen, schädliche dagegen nicht allein dulden, sondern fördern."

Der Kaiser ist der Meinung, daß man mit einer Einleitung der Verständigung zwischen den beiden Häusern nicht lange zögern dürfe, denn sonst könne es anderen Mächten, welche die Möglichkeit eines solchen Einvernehmens einsehen und sie fürchten, gelingen, ihnen die größten Vortheile, die aus demselben erwachsen können, im voraus zu entziehen.

Daß die wahre Lage bisher nicht erkannt wurde, erklärt er sich daher, „daß die Fürsten, welche über die Politik der Staaten zu entscheiden haben, Menschen sind und ihre Vorurtheile hegen." Die Kaiserin-Königin konnte nie vergessen, daß ein Theil des Erbes ihrer Vorfahren ihr entrissen worden war; die Hoffnung auf die Wiedereroberung von Schlesien wollte sie niemals aufgeben. Der König von Preußen, der es erobert, konnte nach den blutigen Kriegen, die man ihm deshalb erweckt, und alle den Mitteln, die man dafür in Bewegung gesetzt hatte, niemals glauben, daß sie ehrlich darauf Verzicht geleistet habe. Man mußte den Tod dieser

Hauptpersonen erwarten, ehe man hoffen durfte, daß die Vortheile einer gegenseitigen Freundschaft zwischen den beiden Staaten ins Auge gefaßt werden könnten. Aber die Sache ist so wichtig, das Glück so vieler Millionen Menschen hängt davon ab, daß man bei dem Anlaß, den die Thronbesteigung eines neuen Königs in Preußen darbietet, nicht umhin kann, diese Betrachtungen zu machen. Es kann keine Allianz geben, die eine solidere Grundlage und einfachere Bedingungen hätte als diese. Das wahre Interesse beider Monarchien besteht in ihrer Vereinigung: keine von beiden kann ein Bündniß eingehen, welches den Nachtheil ihrer Entzweiung unter einander aufwöge. Nur muß eine jede von ihnen alle Vergrößerungsabsichten zum Nachtheil der andern fallen lassen, sie müssen einander den ruhigen Besitz ihrer gegenwärtigen Staaten gewährleisten und die Feinde der einen auch als die der andern betrachten. Der Kaiser läßt nicht unerwähnt, daß die beiden Häuser zu einer Nation gehören, dieselbe Sprache reden, daß zugleich dieselben Religionen das Bekenntniß in den beiderseitigen Staaten bilden; was denn alles die gegenseitigen politischen Convenienzen fördere und verstärke und auch der Gesinnung der höchsten Persönlichkeiten Dauer verleihe. „Nur von dem festen Willen und der vollkommenen Ueberzeugung der beiden Souveräne kann diese Union ausgehen. Sie wird Europa in Erstaunen setzen und die Segenswünsche der Unterthanen, der jetzigen und der künftigen Generationen hervorrufen."

Erwägungen, in denen zugleich ein Geist der Humanität und der menschenfreundlichen Fürsorge für das Wohl der Unterthanen athmet. Welch eine ganz andere Wendung würden die großen Angelegenheiten genommen haben, wenn der eifer-

süchtige Haß zwischen den beiden Mächten geschwunden wäre. Die Bemerkungen Kaiser Josephs zeugen von dem Schwunge, dessen er fähig war, und von dem Bewußtsein einer Gemeinschaft der Interessen, die sich allen Streitigkeiten zum Trotz fühlbar machte.

Kaunitz erstaunte, als er diese Mittheilung empfing. Er bat sich, ehe der Kaiser mit ihm über die Sache spreche, einige Tage Bedenkzeit aus, um ihm seine Gedanken darüber schriftlich und im Zusammenhange vorzulegen. Doch fragte er schon vorläufig an, wie sich der Kaiser zu seinen beiden bisherigen Allianzen, mit denen die dritte im Widerspruch stehen würde, zu verhalten gedenke. In jeder Sache, die er einmal ergriffen hatte, eifrig, erklärte Joseph, die eine neue Allianz würde ihm genügen, wenn er nur wüßte, daß es der König von Preußen damit ebenso ernstlich meine wie er. Man möge sie demselben antragen, selbst auf die Gefahr hin, daß sie den beiden andern bekannt werde und ihr Mißvergnügen erwecke. Denn Frankreich verdiene nach den vielen Beweisen von Unzuverlässigkeit, die es gegeben, keine besondere Rücksicht, und Rußland bedürfe Oesterreichs im Orient. Die Antwort des Fürsten ist vom 10. December. Er leitet sie damit ein, daß seine Obliegenheit gegen das Vaterland, den Kaiser, mit dem er es wohl meine, und gegen sich selbst ihn verpflichte, seine Meinung mit vollkommener Freimüthigkeit auszusprechen. Auf die Sache kommend, stellt er vor allem die Ersparnisse in der Verwaltung, die man durch eine Verbindung mit Preußen für beide Staaten zu bewirken meine, in Abrede. Denn namentlich Oesterreich werde andere Feinde bekommen; es werde einen seiner bisherigen Alliirten oder vielleicht beide verlieren und nur um so stärker zu rüsten genöthigt sein.

Es werde wahrscheinlich die entlegenen Provinzen, Niederlande, Italien, selbst Vorderösterreich, aufgeben müssen und die neuerworbenen polnischen Provinzen schwerlich behaupten können. — Denn die einen waren im Einverständniß mit Rußland gewonnen; die anderen konnten jeden Augenblick von den Franzosen überfluthet werden. — Er bemerkt weiter, daß auch von gemeinschaftlich zu erringenden Vortheilen keine Rede sein könne; denn jedwede der beiden Mächte werde immer so viel verlangen, als der anderen zu Theil werde, und dieser kein Uebergewicht zugestehen wollen. Man werde im Vergleich mit dem gegenwärtigen Zustand um nichts gebessert werden. Wie lasse sich aber denken, daß die beiden Staaten immer einverstanden bleiben würden? Sehe doch schon ein einzelner Mensch die Dinge zu verschiedenen Zeiten verschieden an: wie viel mehr sei das bei den wechselnden Verhältnissen von zwei Fürsten und zwei Staaten zu erwarten! Und ohne andere Mächte würde man trotz dieser Verbindung nichts ausrichten, vielmehr ihrer Hülfe oder wenigstens Beistimmung immer bedürfen: man habe sogar eine Verständigung aller Anderen gegen die beiden neu Verbündeten zu erwarten. Jedem von diesen sei sein gegenwärtiger Besitz durch das Interesse der anderen und das eigene Machtverhältniß ohnehin gesichert. Daß das Vorgegangene, d. h. das Unrecht, welches gethan oder erlitten worden, wahrhaft vergessen werden und die beiden Mächte jemals Vertrauen zu einander fassen sollten, erklärt Kaunitz für unmöglich. Die bisherige Politik hält er für durchaus gerechtfertigt; man werde sie so lange beibehalten, als der durch das Jahr 1740 herbeigeführte gewaltsame Zustand bestehe. Eine wirkliche Aenderung lasse sich nur dadurch erreichen, wenn von den beiden Staaten der

eine in ein subalternes Verhältniß zu dem andern gebracht werde. Ihre Interessen seien einander diametral entgegengesetzt: das einzige Gemeinschaftliche zwischen ihnen liege in dem Bestreben eines jeden, den anderen so weit herabzudrücken, daß ihm derselbe nicht mehr gefährlich werde. Daß ein neuer König in Preußen regiere, mache darin keinen Unterschied. Kaunitz widerräth jede Unterhandlung mit Preußen in diesem Sinne; denn sie werde nicht allein unnütz, sondern verderblich wirken.

So trat dem Auffluge des Monarchen, in welchem sich wenigstens eine Ahnung von einer die deutschen Staaten umfassenden Gemeinschaft regt, die erfahrungsmäßige Erwägung des in der Praxis der Geschäfte ergrauten Ministers entgegen, der davon nichts erwartet und wie bisher so auch fortan die Politik der beiden Mächte für unvereinbar erklärt, bis auf den Tag, wo die eine oder die andere von der entgegengesetzten in ein Verhältniß wirklicher Unterordnung herabgedrückt werde.

Man darf nicht läugnen, auch für die Ansicht des Staatskanzlers läßt sich etwas sagen. Zwischen den beiden Tendenzen haben sich seitdem die deutschen Geschicke bewegt.

Wie gewöhnlich trat der Kaiser mit seinen fast jugendlichen Ideen vor dem Gewichte der auf Erfahrung begründeten Anschauungen des Ministers zurück. Er dankte ihm für die freundschaftliche Freimüthigkeit, mit der er sie ihm auseinandergesetzt habe. Denn in seiner Natur lag es, einen Gedanken mit Lebhaftigkeit zu ergreifen und ihn dann doch leichthin wieder fallen zu lassen. Seine Idee bezeichnete er als eine Chimäre, deren Ausführung wünschenswerth, aber unmöglich

sei: er gab es auf, darüber in Berlin einen Antrag zu machen [1]. Wenige Tage nachher (22. Dec.) hat er der Kaiserin von Rußland gemeldet, daß er nach Cherson kommen wolle.

In Berlin hatte man auf die annähernden Eröffnungen des kaiserlichen Hofes in entsprechender Weise geantwortet. Friedrich Wilhelm II versicherte, man habe seinen Oheim verkannt, wenn man ihn als einen geschworenen Feind Oesterreichs betrachtet habe; sein eigener Sinn sei es, mit Oesterreich in ein freundschaftliches Verhältniß zu treten, wenn man es ihm nur möglich mache. Gegen Ende des Jahres ist auch in Berlin der Gedanke einer Annäherung an Oesterreich einmal aufgetaucht, wie ein Meteor, um sogleich wieder zu verschwinden. Man sah sehr wohl, daß der Kaiser keine besondere Lust habe, an einem Türkenkriege, durch den er sich im besten Fall einen unbequemen Nachbar schaffen würde, thätigen Antheil zu nehmen; aber man fürchtete, er werde sich des Königs von Preußen nur bedienen wollen, um andere Entwürfe seines unruhigen Ehrgeizes durchzuführen [2]: wahrscheinlich liege ihm die Auflösung der deutschen Union und der Eintausch Baierns noch immer im Sinn. Welchen Eindruck es gemacht haben würde, wenn die Ideen des Kaisers ohne Rückhalt und in überzeugender Weise in Berlin vorgelegt worden wären, wer will es sagen? Da das nicht geschah, so blieb die feindselige Richtung der Politik überwiegend. Ein Gutachten liegt vor, welches Hertzberg einige Monate später seinem König eingereicht hat, worin er an

1) Ich theile diese Gutachten, deren Wortlaut Jedermann kennen zu lernen wünschen wird, in den Analecten mit.

2) So fortwährend die Berichte von Podewils.

das frühere von 1779 anknüpfend die maßgebenden Gesichtspunkte der preußischen Politik erörtert. Auch er hält für unmöglich, daß Oesterreich Schlesien vergessen oder jemals auf die Ausdehnung seiner Herrschaft in Deutschland Verzicht leisten werde. Er ist überzeugt, das Haus Oesterreich wolle nicht allein die deutsche Krone behaupten, sondern auch die polnische erwerben: durch seine Allianzen mit Frankreich und Rußland werde es fähig, nach der Universalmonarchie auf dem europäischen Continent zu streben: seine Politik sei rührig, fein in italienischer Art und jeden Augenblick zu fürchten. Dem gegenüber sei Preußen auch nach dem Tode des Mannes, der ihm seine unabhängige Stellung zwischen den Mächten der Welt verschafft habe, recht wohl fähig, dieselbe zu behaupten: gerade in der Rolle, die es in ihrer Mitte spiele, liege seine Stärke; auf dem Einfluß, den es in dem deutschen Reiche gewonnen habe, beruhe das allgemeine Gleichgewicht. Aber Preußen müsse immer stark und wachsam sein: durch einen Unfall, den es erfahre, würde es, da es aus verschiedenartigen Landestheilen bestehe, auf welche von anderen Seiten her Anspruch erhoben werde, in die Klasse einer Macht dritten Ranges herabgedrückt werden [1].

Nochmals erörtert Hertzberg die oft erwogene Frage, ob nicht die eine oder die andere der mit Oesterreich verbündeten

---

1) La Prusse peut et doit continuer à jouer le rôle d'une puissance du premier ordre: une fois montée à ce premier rang, elle ne peut en descendre sans descendre dans la troisième classe de la Suède, du Danemarc etc. — Mémoire politique que le ministre d'Etat C. de Hertzberg a donné au prince de Prusse; es ist ohne Zweifel an Friedrich Wilhelm II, erst nach seiner Thronbesteigung, im Jahr 1787 gerichtet. — Im braunschweigischen Nachlaß zu Weimar.

großen Mächte von dieser Allianz abgezogen werden könne. Von Frankreich erwartet er das nicht, trotz der Versicherung, die man von dort her empfange, daß Preußen keine Feindseligkeit zu befürchten habe, so lange es sich nicht mit England verbinde; denn in Versailles werde immer der Einfluß der Königin, der vor Kurzem durch die Geburt eines Dauphins befestigt worden sei, auf die Politik einwirken: das Bündniß von 1756 werde auch fortan bestehen. Er hält für möglich, daß Frankreich in einen Austausch der österreichischen Niederlande gegen Baiern doch noch zuletzt einwillige: habe doch Vergennes selbst geäußert, für Frankreich könne es erwünscht sein, einen schwachen Nachbar in den Niederlanden zu haben: die Clientel, in welche ein solcher gerathen müsse, werde den Franzosen zugleich das Uebergewicht in Holland sichern — ein für sie unendlich wichtiger Gewinn, da ihre Absicht noch immer dahin gehe, eine große mit England rivalisirende Seemacht zu bilden. Hertzberg ist der Meinung, daß das ein vergebliches Bemühen sei: denn Frankreich habe in den beiden Indien nicht so viel Ansiedelungen, um dazu befähigt zu werden. Aus alle dem, zusammengenommen mit der Verwirrung in den Finanzen, zieht Hertzberg den Schluß, daß es unnütz wäre, nach einer Allianz mit Frankreich zu streben. Viel eher hält er, wie einst Friedrich, eine Trennung Rußlands von Oesterreich möglich. Auch er ist der Meinung — und wir werden noch sehen, wie gut begründet sie war, — daß Oesterreich kein Interesse habe, die russischen Entwürfe auf die Türkei zu begünstigen: sobald dies aber zu Tage komme, meinte er, werde es mit der Allianz ein Ende nehmen. Denn Rußland müsse, so wie Preußen, beflissen sein, den österreichischen Einfluß in Polen auszuschließen: es

habe mannigfaltige Interessen mit Preußen gemein und große Vortheile seinem guten Verhältniß zu Preußen zu verdanken. Hertzberg verzweifelt nicht, im Einverständniß mit Rußland zu der Ergänzung der Erwerbungen in Polen zu gelangen, welche er für unentbehrlich hält.

Vornehmlich aber bleibt er doch dabei stehen, daß eine Allianz mit England für Preußen am wünschenswürdigsten wäre: sie werde dem Staat an sich bei weitem nützlicher werden als eine Allianz mit Frankreich. Erst durch die Verbindung mit England erhalte der deutsche Fürstenbund eine wahre Festigkeit. Hertzberg hatte überdies die Idee eines nordischen Bundes zwischen Rußland, Preußen, England und Holland gefaßt: er denkt, daß auch Holland in die große deutsche Association eintreten dürfte.

Die Politik Friedrichs II jedoch war das bereits nicht mehr. Wir wissen, wie sehr dieser jede Irrung mit Frankreich, jede Verwickelung mit den französischen Machtbestrebungen vermied. Mit Friedrichs Tode war nun aber auch in Preußen der Moment eingetreten, wo ein Minister, der bisher in den Staatsgeschäften mit Erfolg gearbeitet, einen seinen persönlichen Anschauungen entsprechenden Einfluß auf die Politik ausüben konnte. Ohne eigene Erfahrung in den Geschäften, war der neue König bei den auf der Stelle hervortretenden politischen Veränderungen — denn kein Moment ist dem andern gleich — auf den Mann angewiesen, der dafür galt, daß er eine solche habe, den Minister Hertzberg, dem der große Vorfahr selbst ein unbezweifeltes Vertrauen bewiesen hatte. In dem aber war das Gefühl des Gegensatzes der beiden Mächte nicht minder stark, als in dem Fürsten Kaunitz; beide hielten daran als den Angelpunkt der Politik fest.

Oesterreich richtete nun damals sein ganzes Augenmerk auf Rußland: Preußen, ohne auf Rußland Verzicht zu leisten, das seine vornehmlich auf England. Es liegt wohl am Tage, daß sie sich hierbei in Beziehungen mit fremden Angelegenheiten brachten, von der möglicherweise ihre Gesammtpolitik bestimmt werden konnte. Für Oesterreich war die Frage, inwiefern es den Absichten Rußlands gegen die Türkei Einhalt thun oder sie unterstützen: für Preußen, ob es auf die den Franzosen entgegengesetzten Machtbestrebungen Englands eingehen würde.

Für die preußische Politik, und im Laufe der Zeit für die europäischen Angelegenheiten überhaupt, ist das Verhältniß entscheidend geworden, in welches Friedrich Wilhelm II zu Holland trat.

Sechzehntes Capitel.

Einschaltung über die Irrungen in Holland.

Wir kennen bereits den in Holland ausgebrochenen Streit. Es war der alte Gegensatz der republikanischen Partei und des Erbstatthalters mit seinen Anhängern, welcher das innere Leben der Republik bestimmte. Eine mächtige Faction, die hauptsächlich in den Staaten von Holland ihren Sitz hatte, erhob sich gegen die Vorrechte, die dem Statthalter im Jahre 1747 aufs neue eingeräumt und 1766 bestätigt worden waren. Eine eigenthümliche Beziehung zu den in Europa zur Geltung kommenden staatsrechtlichen Theorien gewann dieser Streit durch die Behauptung der Stände, die Souveränetät ausschließend zu besitzen, so daß der Statthalter als ihr Beamter erschien, während man von der anderen Seite festhielt, daß ein Theil der Souveränetät an den Erbstatthalter übertragen und mit seiner Würde verbunden sei. Einen anderen Grund hatte die Frage in den historischen Thatsachen. Sie entsprang aus der natürlichen Verschiedenheit der durch die Union vereinigten Provinzen; die Macht des Statthalters erwuchs aus dem Bedürfniß einer gemeinsamen Action, für welche die Generalstaaten zu schwach organisirt waren; der aber setzte sich dann wieder die mächtigste der Provinzen, die allein so

viel leistete wie die übrigen zusammengenommen, entgegen; die Provinzialstaaten von Holland und die statthalterische Macht bildeten zwei einander entgegengesetzte Pole, um welche die übrigen Mitglieder der Union gravitirten. Ihre Differenz hatte etwas Unvermeidliches; doch würde sie uns nicht beschäftigen, hätte sie nicht durch die Theilnahme, die ihr die beiden großen westlichen Mächte widmeten, eine allgemeine Bedeutung bekommen. Die Patrioten, wie sich die Anhänger der in den Provinzialstaaten von Holland formulirten Ansprüche nannten, damals in Folge des amerikanischen Krieges bei weitem die mächtigere Partei, wurden von Frankreich unterstützt; England nahm sich des Erbstatthalters an. Aus den Berichten, welche der damalige englische Gesandte in Holland, Sir James Harris, an seine Regierung erstattete, sieht man, mit welchem Eifer sich derselbe angelegen sein ließ, dem Statthalter erst wieder eine Partei zu werben [1] und mit derselben dem Uebergewicht der anderen entgegenzutreten. Seine vornehmste Intention war dabei gegen Frankreich selbst gerichtet: denn durch die patriotische Partei beherrsche Frankreich die Republik der vereinigten Provinzen: es suche sich ihrer Seemacht zu bedienen, um zuerst auf Ostindien einzuwirken und alsdann den großen maritimen Krieg, der eben beendigt war, mit voller Kraft zu erneuern.

1) to collect and rally a party, to unite the friends of the old system. Harris an Caermarthen 1. Mai 1787, eines der merkwürdigsten Schreiben in der Sammlung der Correspondence II, 255. Ueber den Rechtsgrund ist eine Auseinandersetzung von Thurlow, damals Lordkanzler, an Eden von Wichtigkeit. Wir enthalten uns, auf die Verhandlungen von Görtz, dessen Denkwürdigkeiten noch mancher Ergänzung bedürften, näher einzugehen, da sie, ohne die Schuld des Mannes, scheitern mußten, und gescheitert sind.

Eben dies universale Verhältniß hielt Friedrich II ab, in diese Angelegenheiten entschieden einzugreifen. Er wollte den allgemeinen Krieg, der darüber ausbrechen konnte, nicht über sich selbst hereinziehen. So war nun auch Friedrich Wilhelm II im Anfange seiner Regierung gesonnen.' Er hielt die Absicht fest, mit der sich schon sein Vorgänger getragen hatte, eine Abkunft zwischen den beiden streitenden Parteien hervorzubringen, und schickte dazu einen besonderen Gesandten, den Grafen Görtz, nach Holland. Man darf jedoch von vornherein bezweifeln, ob das bei der Stärke der obwaltenden Gegensätze überhaupt möglich war.

Und grade damals, im September 1786, kam die Entzweiung zwischen dem Erbstatthalter und den Ständen zu vollem Ausbruch. Unter der Einwirkung von Harris wurden ein paar kleinere Ortschaften in Geldern, Elburg und Hattem, die sich den Holländern zuneigten, von den geldrischen Provinzialständen, welche von den holländischen vollkommen unabhängig zu sein behaupteten, überzogen, gezüchtigt und besetzt. Darüber aber flammte das Selbstgefühl der Provinzialstaaten in Holland auf. Auf den Grund, daß der Prinz zu den Waffen gegriffen habe und auch sie bedrohe, suspendirten sie ihn von seiner Würde als Generalcapitän und setzten sich in Kriegsverfassung gegen ihn. Der Prinz hatte dies vorausgesehen und war darauf gefaßt.

Nothwendig erfolgte, daß die Franzosen, die den englischen Einfluß dabei voraussetzten, zu den preußischen Vermittelungsvorschlägen nicht so bereitwillig, wie man erwartet hatte, die Hand boten.

Die Erbstatthalterin, Schwester des Königs von Preußen, war ebenso entschieden dagegen, wie ihr Gemahl. Was auch

geschehen mochte, so rechnete sie darauf, daß ihr Bruder zuletzt nicht gegen sie sein werde; wie dieser ja einmal, wenngleich nur im Laufe des Gesprächs, geäußert hatte [1]. Der Prinz ließ vernehmen, seine einzige Stütze sei der König von England.

Eigentlich entschlossen, sich seiner Sache mit Nachdruck anzunehmen, war aber die englische Regierung damals noch nicht.

Als Harris den leitenden Minister William Pitt aufmerksam machte, daß es jetzt mehr bedürfe als allgemeiner Zusicherungen, um die Anhänger des Statthalters zusammenzuhalten, zeigte sich derselbe von der Wichtigkeit der Angelegenheit zwar ebenfalls sehr durchdrungen, doch wünschte er das Aeußerste vermieden zu sehen: denn England sei zur Zeit nicht im Stande, einen neuen Krieg zu führen. Und selbst wenn es nur auf Geldzahlungen ankomme, so wollte er solche, um derenwillen man an das Parlament gehen müsse, schlechterdings vermieden wissen. Er gestattete nur, den Credit der Regierung zu einer kleinen Anleihe zu benutzen, wohlverstanden jedoch, ohne sie zu compromittiren [2].

Dabei ward auf Preußen noch wenig gerechnet. Das politische System Englands war überhaupt noch nicht scharf umgrenzt. Ob man sich lieber an Oesterreich, das man von Frankreich zu trennen hoffte, oder an Preußen wenden solle,

1) Diaries and correspondence of James Harris, first Lord of Malmesbury, II, 137. Er behauptet, the plan of the french and patriotic party for annulling the stadholderian influence or rather for getting it into their own hands.

2) W. Pitt an Harris: any support from us, which too openly and actively avowed itself, would commit the honour of this country.

lieber an den zweiköpfigen als an den einköpfigen Adler, darüber war man noch unentschieden.

Auf die im Ganzen doch eingehende Antwort Pitt's gestützt, schritt nun Harris auf dem eingeschlagenen Wege muthig fort. Er verwendete zunächst das Geld, das er zu unbestimmten Ausgaben hatte, um die Anhänger des Prinzen in stattlichen Gelagen um sich zu vereinigen. Ein guter Koch, sagt er, richte oft mehr aus als ein guter Sekretär. Er ließ vernehmen, er wolle das Haupt der Partei werden.

Einer der vornehmsten Gedanken war nun, der Verbindung der Patrioten gegenüber eine statthalterische zu gründen, die man auf englische Weise Association nannte. In ihrem Programm heißt es, daß die alte Constitution und Unabhängigkeit der Republik aufrecht erhalten werden solle. Die Mitglieder verpflichten sich zu einer gegenseitigen Garantie, wegen der Verluste, die sie dabei erleiden könnten. Diese Association wurde in Seeland und dann auch in Geldern mit Freuden unterzeichnet; das ganze Bestreben des Gesandten war dahin gerichtet, ihr auch in Holland, wo der Prinz manche Freunde, und Anhänger in Menge zählte, Theilnahme zu verschaffen. Die Absicht hierbei war die sehr präcise: die gegnerische Mehrheit der Ständeversammlung, welche das Land beherrschte, zu zersprengen. Das konnte aber nur dadurch geschehen, wenn man den Anhängern des Prinzen größeren Einfluß auf die Deputationen bei der Ständeversammlung im Haag verschaffte. Besonders in den beiden großen Plätzen, Amsterdam und Rotterdam, hoffte man dies zu erreichen.

Nothwendig mußte das einen städtischen Parteikampf veranlassen, der zuerst in Amsterdam zum Ausbruch kam. Die Bürgerschaft war in ihrer Mehrzahl ohne Zweifel patri=

otisch und in diesem Sinn militärisch organisirt: auch von den übrigen Städten gingen die entschlossensten „Freicorpisten" dahin ab: sie waren von Frankreich unterstützt.

Ob ein paar Magistratspersonen von Amsterdam in ihren Stellen bleiben würden oder nicht, bedeutet an sich sehr wenig; es war aber in diesem Augenblick fast eine europäische Frage. Denn sie gingen damit um, die städtische Deputation in den Staaten zu ändern, was eine Umwandlung der patriotischen Majorität in eine statthalterische zur Folge gehabt haben würde. Diese würde dann mit der Association zusammenwirkend einen allgemeinen Umschlag der Dinge zu Gunsten des Statthalters hervorgebracht haben. Damit aber griffen wieder die Interessen der beiden vorwaltenden Reiche zusammen.

Für den Statthalter war es ein Unglück, daß sich seine Anhänger nicht vereinigen konnten. Ihm selbst wenigstens ist keine Schuld beizumessen: er willigte in einige Concessionen, die ihm seine Freunde in Amsterdam zur Bedingung machten. Aber es gab eine populare Partei in der Stadt, welche orangistischer war, als der Prinz von Oranien selbst. Sie bestand hauptsächlich aus der beim Schiffbau beschäftigten Menge, welche alle und jede Schmälerung der statthalterischen Autorität verwarfen, die Magistrate, wiewohl sie jetzt für den Prinzen gewonnen waren, als Feinde desselben anzusehen fortfuhren und sich nicht für sie rühren mochten. So geschah es, daß die Patrioten und die Freicorps die stärkeren blieben. Sie besetzten das Stadthaus, sie drangen selbst in den großen Saal ein und wichen nicht von der Stelle, bis der Magistrat die Orangisten, ihrer neun an Zahl, aus seiner Mitte entfernt hatte. (Am 21. April 1787.) Zwei Tage darauf erlebte

man ein ähnliches Ereigniß in Rotterdam, wo die Orangisten noch stärker waren und bereits eine Remonstration gegen die Staaten in Gang gesetzt hatten. Wir werden versichert, daß es für den Magistrat, welcher dieser Partei angehörte, nur geringer Vorsorge bedurft hätte, um sich zu behaupten. Auch hier aber wurde durch die Freicorps eine Aenderung erzwungen: sieben Mitglieder mußten ausscheiden [1]. Man ernannte dann in der That eine neue Deputation, aber sie fiel im patriotischen Sinne aus. Indem nun diese, wiewohl nicht ohne heftigen Widerspruch und Hader, in den Provinzialstaaten, die sich als die Inhaber der Souveränetät betrachteten, Sitz und Stimme bekamen, so erlangten die Patrioten, die man hatte beschränken wollen, nunmehr ein befestigtes Uebergewicht.

Sehr wahr, daß das Eingreifen der Freicorps, durch die doch alles entschieden worden, auf der andern Seite die Meinung hervorbrachte, daß die Zusammensetzung der Stände eine ungesetzliche und daß man ihnen keinen Gehorsam schuldig sei. Das hatte aber auf diese selbst keine Rückwirkung. Die Stände von Holland verstärkten die militärischen Anstalten an den Confinien ihrer Provinz. Anfang Mai kam es sogar zu einem Zusammentreffen der statthalterischen Truppen, indem sie eine militärisch-bedeutende Position in der Landschaft von Utrecht einnehmen wollten, mit den patriotischen, durch die sie daran gehindert wurden. Die Stände von Holland behaupteten, der Prinz habe durch dies eigen-

1) Mémoire sur la révolution de Hollande, par le citoyen Caillard cy-devant chargé d'affaires à la Haye — der Ausdruck der französischen Ansicht, wie wir bei Harris die englische finden, aber doch gewiß sehr einseitig — das beste Stück in Segurs Histoire des principaux évènements du règne de Fréd. Guillaume II. (I, S. 254.)

mächtige Vorgehen seine Amtsbefugnisse überschritten und hiedurch das Grundgesetz der Union der vereinigten Staaten factisch aufgelöst. Noch fehlte es nicht an Widerspruch gegen diese Ansicht und gegen die vermeinte Souveränetät der Provinzialstaaten. Ihre Truppen hatten zugleich den Generalstaaten und der Union geschworen, und unter den Offizieren derselben waren viele doch nicht geneigt, das Verhältniß zur Union dem zur Provinz geradezu aufzuopfern. Die holländischen Staaten trugen kein Bedenken, alle die ihres Dienstes zu entlassen, welche der Provinz den Eid verweigerten. Sie waren zu dem Aeußersten entschlossen, und gaben dem General Ryssel, der ihren Cordon commandirte, den Befehl, sich jeden Augenblick zu einer militärischen Action bereit zu halten.

In dieser Lage wendete sich der Erbstatthalter mit immer dringenderen Gesuchen an den König von Preußen. Denn es leuchte ein, daß bei solchen Vorgängen die Union nicht länger bestehen könne: die holländischen Staaten, ungesetzlich zusammengesetzt wie sie seien, würden die Herrschaft über alle anderen Provinzen erhalten. Er bat um effective Unterstützung.

In Berlin hielt man die Sache noch nicht für so dringend. Soeben näherte sich der französische Geschäftsträger mit ungewohntem Vertrauen dem preußischen Ministerium, und dieses faßte die Hoffnung, mit den bereits entworfenen Artikeln friedlicher Aussöhnung nunmehr durchzudringen [1].

---

1) Der Vorschlag auf den Grund einer Depesche von Montmorin war: que si le roi promettoit d'engager le prince à renoncer à toute tentative de révolution, la France promettroit d'arrêter toute entreprise ultérieure des patriotes contre le stadhouderat et de faire redresser les dernières violences commises à Rotterdam et Amsterdam. Der König ging darauf ein; aber nicht der Statthalter. La cour

Ganz anders war der Eindruck, den die Engländer empfingen. Sir James Harris sah in dem Ereigniß eine Gefahr für England selbst: er behauptete, Amsterdam sowie Rotterdam sei nur durch französische Einwirkung revolutionirt worden: nicht allein sei der Rheingraf von Salm mit der von Frankreich unterhaltenen Truppe, die man eine Legion nannte, noch eben zur rechten Zeit dazu eingetroffen: er habe auch bedeutende Summen Geldes mitgebracht und vertheilt. Wenn nun aber Frankreich bei dem zerrütteten Zustande seiner Finanzen für diesen Zweck so viel aufwende, so liege dabei eine umfassende Absicht zu Grunde. Es denke sich zum Meister von Holland zu machen, und mit holländischer Hülfe England anzugreifen. Eine sehr entlegene Beziehung spielt in diese Sache herein. Ueber die Artikel des letzten Friedens (14 und 15) waren Streitigkeiten ausgebrochen. Die Franzosen verstärkten ihre Befestigung in Pondichery; sie standen mit Tippo Saheb in Verbindung; sie schienen sich ihres Einflusses auf Holland zur Herstellung ihrer Seemacht und ihrer Autorität in dem entfernten Orient bedienen zu wollen [1]. Noch waren die Verhältnisse von Ostindien nicht entschieden, viel weniger befestigt: man hielt sich überzeugt, daß Frankreich unter der Hand, eben von Holland aus, dort einzugreifen gedenke: die Absicht sei, eine Anzahl deutscher Truppen — eben waren ein paar Tau-

---

de Nimègue ne fait rien que refuser nos propositions et considérations, sans vouloir rien proposer que la restitution simple du stadhouderat, et vouloir négocier après son retour à la Haye. (Hertzberg an Thulemeyer, 5. Mai 1787.) Thulemeyer schreibt am 15. Mai: J'espère qu'il y aura encore moyen de prévenir l'éclat funeste d'une guerre civile.

1) Stanhope, Life of Pitt I, 342.

send Würtemberger angelangt — von Holland aus nach Ostindien zu werfen. Dürfe England dem zusehen, und warten, bis es vollzogen sei? In dem Gefühle der allgemeinen Wichtigkeit dieser Sache begab sich Harris, in der zweiten Hälfte des Mai, nach England, um durch persönliche Vorstellung ein entscheidendes Eingreifen Englands in die holländischen Angelegenheiten auszuwirken. Er ward dabei von der Prinzessin von Oranien unterstützt, welche weit entfernt, auf die Ausgleichungspläne Hertzbergs einzugehen, eine vollständige Herstellung der statthalterischen Gewalt hauptsächlich von England erwartete, und zwar von dessen Einwirkung nicht allein auf Holland, sondern auch auf den Berliner Hof: sie gab dem Gesandten ein sein Vorhaben dringend empfehlendes Anschreiben an den König von England mit. Die Hauptfrage war, wie die leitenden Staatsmänner die Sache ansehen würden. Die alten politischen Freunde von Harris traten seinen Absichten nicht bei: selbst Fox hielt sie für unausführbar. Und sehr zweifelhaft erschien es doch, ob das Ministerium, das zunächst die Behauptung des Friedens zu seinem Zweck gemacht hatte, sich für einen Vorschlag erklären würde, der zuletzt zum Kriege führen konnte.

Aber die Vorstellungen des Gesandten waren so überzeugend und hoben die eigensten englischen Interessen so dringend hervor, daß er sich Gehör verschaffte. Der Lordkanzler Thurlow und mehrere andere Mitglieder des Ministeriums meinten sogar, man müsse sofort deutsche Truppen werben, und ließen eine Landkarte herbeibringen, um die Operationen zu überlegen, die nach Holland hin vorzunehmen sein würden. Ruhiger und vorsichtiger sprach sich der Mann aus, von dem alles abhing: William Pitt; aber in

der Hauptsache trat auch er nach kurzem Bedenken dem Gesandten bei. Er faßte die Hauptfrage in dem Sinne desselben, wie schon die Worte, die er wählte, zeigen: ob es besser sei, Frankreich in den Schritten, mit denen es den Krieg vorbereite, aufzuhalten, oder zu warten, bis es wieder in den Stand gesetzt sei den Kampf mit Erfolg zu beginnen. Pitt erklärte, die Erhaltung Hollands als unabhängiger Staat habe einen eminenten Werth für England. Es sei nicht wahrscheinlich, daß das Eingreifen Englands unmittelbar zum Kriege führen werde, aber doch möglich, und schon das mahne zur Vorsicht, denn noch sei England zum Kriege nicht vorbereitet. Wenn er aber früher eine geheime Unterstützung der statthalterischen Partei für rathsam erklärt hatte, so ging er jetzt, wiewohl sehr bedachtsam, einen Schritt weiter. Harris wünschte die Provinz Geldern in den Stand gesetzt zu sehen, die Truppen, die aus dem Dienst von Holland in den ihren treten dürften, zu besolden, wozu eine verhältnißmäßig geringe Geldsumme hinreiche; und darauf nun ging Pitt ein. Denn da die Staaten von Geldern, Utrecht, Seeland für den Prinzen und in Friesland ebenfalls eine Mehrheit für ihn sei, so werde er sich behaupten können, wenn man ihn auf die angegebene Weise unterstütze. Zu diesem Zweck wurden doch nicht mehr als 20000 Pfd. für erforderlich gehalten und bewilligt. Und noch mehr als durch das Geld, mußte die statthalterische Partei durch die Gewißheit, daß England für sie sei, in ihrem Widerstande bestärkt werden [1].

Der nächste Erfolg, Anfang Juni, nachdem Harris

1) Minutes of cabinet, 23. 26. Mai, in der Correspondenz von Harris II, 261.

zurückgekommen, war dann, daß die Generalstaaten den Beschluß faßten, den für die Union geleisteten Eid aufrecht zu erhalten, so daß die Offiziere, die von Holland entlassen würden, doch ihre Anstellungen behalten sollten. Die Provinzialstaaten zögerten nicht, entgegengesetzte Beschlüsse zu fassen und die Truppen anzuweisen, keinen Befehl von den Generalstaaten anzunehmen. Aber schon gewann doch das Ansehen der letzteren das Uebergewicht: die Offiziere gingen zahlreich zu den Generalstaaten über. Harris meinte, alles zu erreichen, wenn die dem Erbstatthalter befreundeten Provinzen sich enge vereinigten und zugleich in den holländischen Staaten eine starke Minderheit erhalten bliebe: dann werde die Gesammtheit sich für den Erbstatthalter entscheiden. Dieser selbst und seine Gemahlin waren hierin ganz mit ihm einverstanden.

Auf die Hülfe Preußens durften und wollten sie sich hierbei nicht verlassen. Die englische Regierung hätte es im Juni 1787 nicht einmal gern gesehen. Sie erklärte, daß die Verbindung der Prinzessin mit König Friedrich Wilhelm II in den Briefen der ersteren, die ihr zugekommen waren, zu stark ausgedrückt werde: England seinerseits könne von einer solchen keine Notiz nehmen.

Im Lande selbst stand noch alles zweifelhaft. Jede Stunde konnten die holländischen und die statthalterischen Truppen handgemein werden. Bei dem Schwanken aller Verhältnisse hatten auch die befreundeten Mitglieder der Generalstaaten doch nicht den Muth zu einem entscheidenden Schritte.

In diesem Augenblick nun faßte die Prinzessin Friderike Wilhelmine von Oranien den Entschluß, persönlich einzugreifen.

Man dürfte nicht sagen, daß sie preußisch, noch weniger daß sie englisch gesinnt gewesen sei. Sie hatte sich ganz mit

der Sache ihres Gemahls identificirt und seiner Partei einen Halt geboten, selbst als er noch hin und her schwankte. Ein Vorschlag, der ihr wohl früher gemacht worden ist, selbst die Zügel im Namen ihres Sohnes zu ergreifen, so daß ihr Gemahl hätte abdanken müssen, hatte doch bei ihr keinen Anklang gefunden. Ihr Ehrgeiz ging dahin, die Rechte der Statthalterschaft zu behaupten, oder vielmehr wieder herzustellen; sie meinte das selbst ihren Kindern schuldig zu sein. Sie war wahrhaft, zuverlässig, und zugleich unternehmend, voll von Feuer und Entschlossenheit: sie haßte Frankreich und verachtete die Patrioten: der Gedanke, persönlich einzutreten, entsprang ganz in ihr selbst. Von England her ward wohl die Meinung kund gegeben, die Zeit zu einer activen Operation sei gekommen, und Harris hegte die Absicht, an den statthalterischen Hof zu gehen, um da über die gemeinschaftlich zu ergreifenden Maßregeln Verabredung zu treffen, als ohne sein Vorwissen die Prinzessin selbst den Entschluß gefaßt hatte, nach dem Haag zu gehen. Ihre vertrauteste Umgebung erstaunte, als sie denselben eines Abends kund gab. Ihr Gedanke war, daß die Popularität, deren der statthalterische Name und sie selbst genoß, benutzt werden müsse, um eine Entscheidung der Angelegenheiten herbeizuführen, und zwar noch ehe es zum Blutvergießen komme. Einige Einwendungen wurden in ihrer Umgebung erhoben: sie fragte, ob Jemand einen besseren Plan habe; irgend etwas aber müsse geschehen. Man hatte die Idee, daß der Prinz ihr eine Vollmacht geben solle; er wies das jedoch von der Hand: denn sie sei seine Gemahlin, sie könne nicht sein Gesandter sein: nur zögernd gab er das Unternehmen zu. Noch wurde der Vertraute Carl Gisbert Hogendorp nach dem

Haag geschickt, um die dortigen Führer um ihre Meinung zu befragen. Von dem erst erfuhr der englische Gesandte das Vorhaben. Harris fürchtete, die Prinzessin dürfte ihre Feinde zu niedrig anschlagen und von ihren Freunden zu viel erwarten [1]. Aber da die Uebrigen alle dafür waren, so wollte er nicht dagegen sein. Mit diesem Bescheid kehrte Gisbert Hogendorp nach Amersfort zurück, wo sich die Prinzessin befand. Er traf ein, als sie eben in der Kirche war. Beim Heraustreten sagte sie ihm: „ja oder nein?" — er antwortete: „ja, ganz allgemein;" ihr funkelten die Augen bei den Worten. Ohne auf die Besorgniß von Harris Rücksicht zu nehmen, ließ sie nach dem Haag melden, man möge sie Donnerstag Abend im Haus van Bosch erwarten. „Ich fühle," sagt Harris, „einen chevaleresken Anflug in mir, und will sie mit dem größten Eifer unterstützen: wenn sie es dahin bringt, den Hochmögenden, was ihnen Gott versagt zu haben scheint, einzuflößen, so daß sie wie Männer handeln, so will ich sie anbeten wie einen Engel."

Ihre Freunde, ausgenommen Harris, der vielmehr, um sich nicht bloßzugeben, für diesen Abend eine Einladung bei dem französischen Gesandten annahm, sollten sie im Haus van Bosch erwarten; darauf wollte man den Generalstaaten von ihrer Ankunft Nachricht ertheilen. Daß die Bevölkerung sie mit Jubel empfangen würde, ließ sich nicht

1) Höchst willkommen für die Kunde der Persönlichkeiten und Ereignisse ist: „Brieven en Gedenkschriften van Gijsbert Karel van Hogendorp, uitgegeven door zijn jongsten zoon," — einen ächten Holländer von altem Schroot und Korn, Friedrich von Hogendorp. 1866.

bezweifeln. Die eifrige geldrische Deputation sollte nachfolgen, um in den Generalstaaten Platz zu nehmen und ihnen einen neuen Impuls zu geben.

Sollten nun aber die Gegner das abwarten? Sollten sie ihr die Reise durch das Land gestatten, das ihr Cordon umfaßte? Wohl wurde diese Schwierigkeit erwogen; man schlug eine Reise zu Wasser vor, welche geheim gehalten werden könne; aber die Prinzessin wollte jeden Schein von Besorgniß vermeiden: und überdies herrschte noch die Meinung vor, einer Prinzessin von Oranien, Schwester des Königs von Preußen, würde man nichts anhaben wollen, man würde die Reisende ziehen lassen.

Es ist ein Ereigniß von Bedeutung für die Epoche, daß dies dennoch nicht geschah. Am 28. trat die Prinzessin mit einem geringen Gefolge, einer Dame und drei Cavalieren (Bentink, Randwyk und Stamford) ihre Reise von Nimwegen aus an. Anfangs schien sich ihre Erwartung zu erfüllen: die erste Wacht bei Schonhoven öffnete ihre Barriere und erwies der Erbstatthalterin sogar die gewohnte militärische Begrüßung. Anderthalb Stunden darauf aber jenseit Schonhoven änderte sich die Scene. Der wachthabende Hauptmann erklärte, er habe den gemessenen Befehl, Niemanden ohne Wissen des Generals, der in Wörden sei, durchzulassen. Die Vorstellung, daß sich dies auf jeden Andern, aber nicht auf die Erbstatthalterin beziehen könne, fand keine Beachtung. Die Prinzessin, die nicht auf offener Straße halten bleiben konnte, wurde in ein Pachthaus bei Goverwellesluis geleitet, um die Antwort des Generals abzuwarten; doch sah es aus, als ob sie eine Gefangene wäre, die man zu bewachen habe: es war ein Gelärme, sagt Stamford, als hätte eine Räuber=

bande einen großen Fang gemacht [1]. Die Freicorpisten, denen sie in die Hände gerathen war, gehörten zu den erklärten Gegnern des Hauses Oranien. Der gutmüthige Hauptmann bot der Prinzessin Wein, ihrer Umgebung Pfeifen und Tabak an; aber er hielt es für sein Recht, neben ihr Platz zu nehmen: sie war blaß und erschüttert. Am Abend erschien dann eine Commission von Wörden, um sie über die Absicht ihrer Reise zu befragen: sie antwortete, es sei ein letzter Versuch, den Bürgerkrieg zu vermeiden und die Ruhe herzustellen: — die Weiterreise wurde ihr verwehrt.

Die Prinzessin hätte gewünscht, die Nacht in dem nahen Gouda zuzubringen: auch das aber fand die Commission nicht rathsam, weil es die Bevölkerung der Stadt, die gut oranisch gesinnt war, in Bewegung gesetzt haben würde. Es war kein Mittel: sie mußte nach Schonhoven zurückgehen, wo man die Thore schloß und ihre Wohnung mit Wachtposten umstellte: es ward verboten, ihr Pferde zu geben.

Man kann denken, welche Aufregung es hervorbrachte, als im Haag, wo man sie erwartete, ihre Zurückweisung bekannt wurde. Die Autoritäten der Provinz waren entfernt davon, einen Gegenbefehl zu erlassen: denn wie leicht, daß die Ankunft der Prinzessin die Bevölkerung zu ihren Gunsten anrege. In der That hatten ihre Freunde einen Augenblick den Gedanken, im Haag eine Volkserhebung zu veranlassen; aber der Ort war militärisch zu gut besetzt, als daß man sich Erfolg davon hätte versprechen dürfen.

1) Reis der Prinses van Oranje van Nijmegen naar 's Gravenhage, door den General van Stamford beschreven — bei Hogendorp, Brieven en Gedenkschriften II, 119.

Eher hielt man für möglich, die Generalstaaten, an die sich die Prinzessin unmittelbar nach ihrer Ankunft in Schonhoven gewendet hatte, zu einem eingreifenden Schritt zu vermögen. Allein sie waren viel zu furchtsam dazu und nur unvollständig unterrichtet.

Auch an den Pensionarius der holländischen Staaten hatte die Prinzessin geschrieben und ihm die Erwartung ausgedrückt, sie würden das Vorgefallene mißbilligen und jedes Hinderniß ihrer Reise nach dem Haag beseitigen; aber das war keineswegs die Ansicht dieser Versammlung. Die Ritterschaft trug allerdings darauf an, sie durch eine Deputation zur Fortsetzung ihrer Reise einzuladen: aber die Mehrheit der Provinzialstaaten billigte vielmehr die Schritte der Commission. Der Pensionarius antwortete ihr, man könne über die Sache selbst nicht sofort einig werden und werde darüber bei den einzelnen Ständen sich Raths erholen.

Es war noch für ein Glück zu halten, daß man sie ungehindert nach Nimwegen zurückreisen ließ, was sie am 30. des Morgens that, und zwar auf den Rath des englischen Gesandten, damit sie nicht etwa der Salm'schen Legion in die Hände fallen oder sonst ein schweres Unglück erleben möchte.

Harris gab ein tiefes Mißvergnügen kund: denn man habe damit den in den Generalstaaten gewonnenen Boden verloren, — und überdies, wie wenig Sympathie sei ihr von der Partei bewiesen worden, die sie zu ihren Anhängern rechne. Die andre Partei habe der Königin Schach geboten: noch ein Zug, so sei sie Matt.

Man hat wohl gemeint, bei dem Unternehmen sei es darauf abgesehen gewesen, da man das Mißlingen desselben

vorausgesehen habe, den König von Preußen zu entschiedener Parteinahme für seine Schwester zu bewegen. Von einer bewußten Absicht dieser Art findet sich keine Spur: daß es jedoch der Erfolg sein mußte, liegt am Tage.

„Schach der Königin!“ antwortete der Minister Caermarthen dem Gesandten: „ein Ritter kann sie decken. So sehr ich die Unannehmlichkeit bedauere, die der hochherzigen Prinzessin zugestoßen ist, so kann sie doch zu etwas Gutem führen. Wenn ihr Bruder, der König von Preußen, nicht ein Elender ist, so muß er sie rächen, koste es ihm was es wolle.“

Siebzehntes Capitel.

Feldzug in Holland.

Dem König Friedrich Wilhelm II hatte seine Schwester von ihrem Vorhaben unmittelbar vorher, am 27. Juni, Nachricht gegeben; nicht etwa weil sie ihn für einverstanden hielt oder um ein solches Einverständniß zu erzielen, sondern nur um ihn in Kenntniß zu setzen. „Die Umstände lassen mich hoffen", sagt sie, „daß meine Anwesenheit in dem Haag einigen Nutzen stiften werde: morgen um 5 reise ich ab." Der König billigte das eigentlich nicht; er meinte, seine Schwester werde im Haag in Verhältnisse gerathen, denen sie nicht gewachsen sei. Davon aber kam ihm so wenig wie ihr selbst ein Gedanke, daß sie auf dem Wege aufgehalten und mit offener Gewalt, ihre Reise auszuführen, verhindert werden könne: denn darin läge ein Insult gegen die Schwester des Königs von Preußen, zu dem ihre Gegner doch nicht vorschreiten würden. Daß das nun dennoch geschehen war, empfand der König als eine Beleidigung seiner eigenen Person, und war auf der Stelle entschlossen, es nicht ungeahndet zu lassen. Unter den Bericht, den ihm sein Gesandter von dem Vorfall gab, schreibt er mit den großen etwas schwerfälligen Schrift=

zügen mit Blei, die ihm eigen sind: er werde dafür eine glänzende Genugthuung von der Republik verlangen.

Damit war nun noch nicht gesagt, daß er seine allgemeine Politik wegen dieses Vorfalls zu ändern gedenke. Noch immer bildete die Aussöhnung der Parteien den vornehmsten Gegenstand seiner Unterhandlungen: er wünschte an der Mediation Theil zu nehmen, um welche die holländischen Stände den französischen Hof ersucht hatten. Dabei beharrte er auch fortan; aber jetzt verband er damit die Forderung der Satisfaction, welche vor allem darin bestehen müsse, daß man seine Schwester einlade, sich nach dem Haag zu begeben [1]. Und zugleich ließ er in dem benachbarten Cleve Truppen zusammenziehen und militärische Veranstaltungen treffen. Als der französische Gesandte den preußischen fragte, zu welchem Zweck dies geschehe, antwortete dieser: einmal um die Genugthuung auszuwirken, und sodann um die beabsichtigte Mediation der Höfe von Berlin und Versailles zu unterstützen. Ein neuer französischer Gesandter, des Namens Bourgoing, der soeben angekommen war, so daß man voraussetzte, er werde die Absichten seines Hofes genau kennen, schloß sich diesem Verlangen an. Er erklärte, die Prinzessin solle nach dem Haag zurückkommen; nur müsse man gegen allzu feurige Demonstrationen zu ihren Gunsten Vorkehrung treffen.

So viel Einfluß hatten jedoch die vereinigten Bemühungen

1) Schreiben des Königs vom 9. Juli an Thulemeyer: Il me faudra une satisfaction, et si les Etats d'Hollande la refusent ou cherchent de l'éluder par de belles phrases, il sera nécessaire d'y insister fortement et de venir à des démonstrations sérieuses pour les mettre à la raison. La meilleure satisfaction pour ma soeur serait, si on pourrait porter les Etats d' Hollande à l'inviter de se rendre à la Haye.

der beiden Gesandten in Holland nicht, um dies auszuwirken. Die bewaffneten Bürgerschaften der patriotischen Partei hätten es nicht dazu kommen lassen, selbst wenn die Stände eingewilligt hätten. Ihre Kundgebungen gegen diese sind so stark, daß die Engländer meinen, niemals habe sich eine Civilinstanz von der bewaffneten Menge so viel bieten lassen, wie die Provinzialstände von den Freicorpisten. Der König empfing Antworten, die ihm nimmermehr genügen konnten. In Amsterdam machte man einen Unterschied zwischen der Prinzessin, Schwester des Königs von Preußen, und der Prinzessin, Gemahlin des Erbstatthalters: nur von der letzteren Qualität derselben könne hier die Rede sein; die Absicht, den König zu beleidigen, habe man niemals gehabt [1]. Ob wohl König Friedrich sich eine solche Unterscheidung würde haben gefallen lassen? Friedrich Wilhelm II, der noch keinen Namen besaß und für schwach und unentschlossen galt, den die ganze Welt in seiner Schwester für beleidigt hielt, und dessen eigenste Empfindung das war, wollte es nicht, und konnte es vielleicht auch nicht: man sieht es aus jener Aeußerung des englischen Ministers.

Aber die Frage hatte auch er zu erwägen, wie weit er seinen Gefühlen Raum geben dürfe, da er darüber mit Frankreich in offenen Hader zu gerathen besorgen mußte. Er meinte das noch vermeiden zu können. Indem er Genugthuung für seine Schwester forderte, war er noch immer geneigt, Beschränkungen der statthalterischen Macht, wofern dieselbe nur in ihrem Wesen erhalten werde, nachzugeben. Aber was diplomatische Logik scheiden konnte, vermischte sich doch in den

1) So meldet Thulemeyer 7. Sept. 1787.

popularen Bewegungen. Unaufhörlich griffen die Freicorpse um sich: sie nahmen damals Franecker in Besitz: die Parteien stießen so heftig auf einander, daß eine Sonderung des persönlichen und des constitutionellen Momentes weder auf der einen noch auf der andern Seite durchzuführen gewesen wäre. Auch die Prinzessin wünschte die Satisfaction, die der König ihr zusagte, mit der Herstellung ihres Gemahls in seine volle Macht zu verbinden. Wenn aber diese Momente zusammenfielen, so war eine Entzweiung zwischen Frankreich, das zu den Patrioten hielt, und Preußen, das die Sache der Prinzessin führte, unvermeidlich. Schon erlebte man, im Gegensatz mit den in Cleve angeordneten militärischen Veranstaltungen, daß unfern der Grenze bei Givet französische Truppen zusammengezogen wurden. Friedrich Wilhelm II mußte die Wahrscheinlichkeit eines Conflicts mit Frankreich, den sein Vorgänger so sorgfältig vermieden hatte, ins Auge fassen. Sein kriegskundiger Oheim, Prinz Heinrich, der alten Politik getreu und an sich den Franzosen geneigt, sprach sich unter allen Umständen dagegen aus. Andere aber hielten das nicht allein für möglich und thunlich, sondern sogar für rathsam.

Schon in seinem ersten Memoire hatte Hertzberg, die allgemeinen Verhältnisse erwägend, die Meinung geäußert, man dürfe Holland nicht unter den französischen Einfluß gerathen lassen, und das zweite mit einer Warnung gegen diese Eventualität geschlossen; es ist eben unter der Einwirkung der holländischen Irrungen abgefaßt worden. Auch andere Gutachten dieser Ansicht liegen vor, die in den maßgebenden Kreisen verbreitet und erwogen wurden. Das Bemerkenswertheste in denselben dürfte sein, daß der Antagonismus gegen Oesterreich auch hier eine Rolle spielte.

Nicht als ob man den Kaiser Joseph, wiewohl sein Gesandter im Haag viel mit den Patrioten umging, einer besondern Theilnahme für dieselben, die ihm fern lag, hätte zeihen können. Der vornehmste Gesichtspunkt war ein ganz allgemeiner. Man erinnerte, daß die Allianz von Versailles, welche dem Kaiser zu seinem besten Rückhalt diene, noch bestehe; auch von den mit der österreichischen Politik nicht einverstandenen französischen Ministern vernehme man, daß dieser Tractat nicht zurückgenommen werden könne. Wenn man zulasse, daß Frankreich durch Herabwürdigung des Statthalters sich der leitenden Autorität in Holland bemächtige, so werde das auch dem Kaiser zu Gute kommen, der ohnehin durch die inneren Reformen, die er vornehme, und durch seine Sparsamkeit einen Zuwachs an Macht gewinne, welcher ihn demnächst für Preußen höchst gefährlich machen werde.

Indessen war noch kein Entschluß gefaßt; was auch im diplomatischen Verkehr vorübergehend geäußert worden sein mag, zu einer Verständigung mit England war es noch nicht gekommen. In Berlin meinte man vielmehr, der leitende Minister William Pitt sei nicht dafür: Harris sagt sogar einmal, England könne jetzt wählen zwischen Oesterreich und Preußen. Und da der König geäußert hatte, er wolle sich nicht wider seinen Willen in Krieg verwickeln lassen, so fürchtete der statthalterische Hof in Nimwegen jeden Augenblick, die in Cleve vereinigten Truppen würden wieder zurückgezogen werden.

Da langten nun aber von der englischen Regierung die entschiedensten Anträge an. Die Motive zu denselben sind so umfassend, und ihre Erfolge so weittragend, daß wir sie auch in einer vorzugsweise deutschen Geschichte, die ja von der allgemeinen nicht zu scheiden ist, erörtern müssen.

Die Hauptsache ist: die englische Nation hatte mit dem ihr inne wohnenden Gesammtgefühl ihrer großen Interessen Partei für die Aufrechthaltung des Stadhouderats genommen[1]; William Pitt konnte es nicht darauf ankommen lassen, daß sich die Opposition dieser Stimmung bemächtigte. Doch ging auch seine eigene politische Ueberzeugung dahin.

Denn überaus hoch schlug er es an, wenn es den Franzosen gelingen sollte, bei den holländischen Unruhen, in denen sie den Patrioten leicht den Sieg verschaffen könnten, durch das Uebergewicht derselben zu einem leitenden Einfluß in der Republik zu gelangen. Sie würden dann, wie überhaupt, so durch die überseeischen, namentlich die ostindischen Besitzungen derselben ihre maritime Macht wesentlich verstärken.

Diese Rücksicht auf Indien bildete, wie bei Harris, so auch bei William Pitt eines der wichtigsten Momente für seine Entschlüsse. Er gab dem Gouverneur von Indien, Lord Cornwallis, den Auftrag, sich Trinconomale's und des Caps der guten Hoffnung zu bemächtigen, wenn es zum Kriege komme.

Und auf der andern Seite bemerkte Jedermann die zunehmende Schwäche von Frankreich. Die Folge der ersten Versammlung der Notabeln lag eben darin, daß die finanzielle Verwirrung dieses Staates, und seine Unfähigkeit, auf gewohntem Wege derselben ein Ende zu machen, offen zu Tage kam. Die französische Regierung gab zwar den Wunsch zu erkennen, die Irrungen der Republik durch gemeinschaft-

---

1) Hogendorp in dem Aufsatz: de la part des trois puissances aux affaires de la république: Brieven II, 138. „Il n'y avoit qu'un cri en Angleterre en notre faveur."

liche Vermittelung beizulegen: aber bei den nähern Erörterungen stellte sich doch heraus, daß sie noch immer die Absicht hegte, die Autorität des Statthalters wesentlich zu schmälern, was man in England nun einmal schlechterdings nicht zugeben wollte. Die Versuche der Annäherung veranlaßten vielmehr größere Entfremdung und riefen die alte Eifersucht wach. England ließ seine Flotte im Canal kreuzen, auch in den französischen Häfen rüstete man; die gegenseitige Gereiztheit hatte einen hohen Grad erreicht.

Indem William Pitt die Gefahr eines Bruches, die hieraus hervorgehe, obgleich derselbe sich vielleicht noch vermeiden lasse, erörtert, gedenkt er auch des Königs von Preußen, der, nachdem er anfangs dem Statthalter geneigt geschienen, dann aber unter französischem Einfluß geschwankt habe, jetzt in Folge der seiner Schwester widerfahrenen Beleidigung entschiedener auftrete; noch giebt er jedoch mehr die Hoffnung kund, ihn zu gewinnen, als daß er davon überzeugt wäre [1].

Einige Zeit vorher hatte Harris in seinem persönlichen und nationalen Selbstgefühl vernehmen lassen, England werde für eine Verbindung mit Preußen wenigstens nicht den ersten Schritt thun. Das geschah nun doch: der englische Hof ließ dem König von Preußen seine Beistimmung, wenn er auf Genugthuung dringe, aussprechen; er bezeichnete den Vorfall von Schonhoven als ein gegen den König selbst in der Person seiner Schwester vollzogenes Attentat [2]. Mit dem persönlichen Motiv verknüpfte er den politischen Antrag, für die

1) Right honourable Will. Pitt to Earl Cornwallis. 2. Aug. 1787. In der Correspondence of Cornwallis I, 321.

2) l'attentat atroce commis contre V. M. dans la personne de Madame sa soeur.

Herstellung des Statthalters in seine constitutionellen Rechte zusammenzuwirken [1].

In Berlin gerieth man darüber in nicht geringe Verlegenheit. Denn der König wünschte in den allgemeinen Verwickelungen freie Hand zu behalten [2]; die Minister, die noch immer an Mediation dachten, theilten die mit Frankreich gepflogenen Unterhandlungen an England, so wie die englische Eröffnung an den Hof von Versailles mit.

Aber es zeigte sich, daß damit in England nichts mehr zu erreichen war: denn Frankreich trachte nur darnach, Zeit zu gewinnen, was man ihm nicht gestatten könne. In Preußen fühlte man, daß man zwischen den Sympathien für Frankreich oder für England wählen müsse, was dann — wer könnte sich darüber wundern — Bedenklichkeiten erregte. Der statthalterische Hof ließ nichts unversucht, um die Zögerungen des preußischen Ministeriums zu beseitigen und die letzten Scrupel des Königs zu heben. Das Ministerium suchte er zu überzeugen, daß es nimmermehr zu erreichen sei, wie Frankreich beabsichtige, die constitutionelle Frage durch Discussion zu entscheiden. Die Prinzessin wendete sich an Hertzberg, um ihn zu erinnern, welch ein Verdienst er sich erwerbe, wenn hauptsächlich durch ihn ein engeres Verhältniß zwischen England und Preußen angebahnt werde [3]. In Bezug auf den König

1) Das Versprechen lautet: d'assister V. M. de tout ce qui sera nécessaire pour procurer à M[me] la princesse une satisfaction suffisante et pour retablir le stadhouderat dans un état constitutionel.

2) Eigenhändiger Bescheid für Finckenstein: Le point le plus essentiel pour moi c'est de garder les mains libres et d'éviter d'être entrainé à des démarches qui me compromettent.

3) le mérite d'avoir retabli par lui-meme les relations plus étroites entre les cours de Berlin et de Londres.

machte sie geltend, daß der deutsche Fürstenbund, der demselben vor allem Andern am Herzen liege, durch die nähere Vereinigung mit England gewinnen müsse. Sie hat die englischen Minister aufgefordert, von diesem Beweggrund möglichsten Gebrauch zu machen und sogar mit der Auflösung des Bundes — denn das Verhalten von Hannover wurde von England aus dictirt — zu drohen, wenn sich Preußen weigern sollte, zu Gunsten des Erbstatthalters mitzuwirken. Ich finde nicht, daß diese Drohung geäußert worden sei; wahrscheinlich bedurfte es ihrer nicht. Denn daß das Verhältniß zu England auf die deutsche Union zurückwirken würde, lag auf der Hand.

Der Druck der allgemeinen Lage, die dynastischen Beziehungen, welche eine Art von Ehrenpunkt in sich schlossen, die brüderlichen Gefühle, die deutschen Verhältnisse bewogen Friedrich Wilhelm II, sich zu Gunsten Englands zu entscheiden. Ein Schritt von größter Tragweite, durch welchen die Linie der Politik, die sein großer Vorgänger innegehalten hatte, verlassen und eine abweichende Richtung eingeschlagen wurde. Der König beschloß, in den holländischen Angelegenheiten ohne weitere Rücksprache mit Frankreich zu Werke zu gehen, und nun auch seinerseits mit der Satisfaction für seine Schwester die Forderung der Herstellung der statthalterischen Rechte in Verbindung zu bringen. Wenn ihm England seine Unterstützung bei der Satisfaction versprach, so trug er kein Bedenken, sich seinerseits der englischen Ansicht in Bezug auf das Stadhouderat anzuschließen. Gegen Ende August erklärt sich Pitt überzeugt, daß der König zu einer vollen Herstellung der statthalterischen Rechte mitwirken wolle; wogegen er dem König auch für alle Folgen, welche aus seinem Ent-

schluß entspringen könnten, die Unterstützung Englands zusagt [1].

War aber der Entschluß gefaßt, so ward er auch auf das rascheste ins Werk gesetzt.

Der natürliche Vermittler der Beziehungen des welfischen Hauses zu dem brandenburgischen, Herzog Carl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig, der zur Ausführung der militärischen Maßregeln bestimmt war, traf im Anfang des September mit der Prinzessin von Oranien in Cleve zusammen [2].

Noch einmal war den Provinzialstaaten von Holland die Forderung der Satisfaction vorgelegt worden: eine genügende Erklärung von ihrer Seite hätte noch alles aufhalten und zweifelhaft machen können. Aber sie hatten von der Combination, die sie bedrohte, doch keinen deutlichen Begriff. Sie entschuldigten das Vorgefallene mit der Nothwendigkeit, inmitten einer allgemeinen Volksgährung eine Explosion derselben durch die Zurückweisung der Prinzessin zu verhindern [3]. Wohl erklärten sie sich bereit, die Prinzessin zur Rückkehr nach dem Haag einzuladen; aber erst dann, fügten sie hinzu, wenn die öffentliche Ordnung eine solche Reise zulasse [4]; eine Erklärung,

1) Der König an Thulemeyer: la cour d'Angleterre m'a fait assurer de la manière la plus positive, qu'elle étoit prête d'agir dans un parfait concert avec moi pour le maintien de la constitution et de l'indépendance de la république de Hollande, ainsi que pour la satisfaction à procurer à la princesse d'Orange.

2) Diary of Malmesbury II, 298.

3) ne pouvant répondre de la fermentation d'une populace égarée.

4) dèsque la tranquillité publique permettra de l'entreprendre. — Extrait du registre des résolutions etc.

die, wie man sieht, in höflicher Form abschläglich war. Die Resolution war am 8. September gefaßt und wurde am 9. dem preußischen Geschäftsträger überreicht. Schon aber hatte dieser eine Weisung bekommen, die ihn nöthigte, den Unterhandlungen auf eine sehr unerwartete Art ein Ziel zu setzen. Soeben war bei ihm eine Ordre eingegangen, nach der die holländischen Stände aufgefordert werden sollten, sich über die Annahme der preußischen Propositionen definitiv zu erklären und zwar binnen vier Tagen. Wir erfahren, daß die Ordre ohne eine Bezeichnung der Zahl der Tage, welche die zur Annahme oder Ablehnung der preußischen Forderungen gestattete Frist ausmachen sollten, abgegangen war. In Cleve hatte man geschwankt, wie viel Tage man dafür festsetzen solle: die Prinzessin hatte auf der kürzeren Frist bestanden. Auf diese Eröffnung antwortete der Pensionar der Stände mit der Frage, ob der Herzog von Braunschweig nach Ablauf der vier Tage in Holland einrücken werde: der Gesandte erwiederte, er zweifle nicht daran: hierauf gab der Pensionarius zu erkennen, daß diese Drohung in den Beschlüssen der Stände keine Aenderung hervorbringen werde. Und so geschah es denn auch. An dem vierten Tage, dem 12. Oct., erklärten die Stände, daß sie eine Gesandtschaft nach Berlin schicken würden, um den König von dem Vorgefallenen und von ihrer Lage genaueren Bericht, als er erlangt haben werde, erstatten zu lassen. Sie glaubten wohl selbst nicht, daß diese Erklärung die preußischen Waffen aufhalten würde: aber sie erwarteten noch, daß Frankreich, wie denn der letzte Gesandte bei seiner Abreise bestimmte Aussicht dazu gemacht haben soll, ihnen zu Hülfe kommen werde. Einige ihrer vornehmsten Führer eilten persönlich nach Paris: ihr Antrag war, daß der

König von Frankreich an Stelle der Mediation unverzögerte Hülfsleistung eintreten lassen möge.

Da schien es denn doch, als die Preußen nun am 13. die holländische Grenze überschritten, als ob es sofort zu Feindseligkeiten zwischen Preußen und Frankreich kommen würde. Noch in diesem Augenblick erklärte sich der französische Minister Montmorin mit Entschiedenheit im Sinne der holländischen Patrioten; er billigte die auf die preußischen Noten gegebenen Antworten, und sprach unumwunden aus, wenn Preußen seinen feindseligen Demonstrationen weitere Folge gebe, dann sei Frankreich in der Nothwendigkeit, in seiner Qualität als Verbündeter der Republik, der Provinz Holland den Beistand zu leisten, den ihre gefährdete Lage erheische [1]: Frankreich dürfe nicht unthätig bleiben: es werde diese Provinz weder dem König von Preußen auf Gnade und Ungnade überlassen, noch auch den Waffen dieser Macht Einfluß auf die innere Einrichtung Hollands gestatten. Die Forderungen, welche Preußen und England vereinigt in Versailles aufgestellt hatten, lehnte Montmorin ab: vor allem die Entwaffnung der Freicorps. Er behauptete vielmehr die Rechtmäßigkeit der in Holland geschehenen Magistratsveränderungen und hielt fest an dem Rechte, französische Truppen in Holland einzuführen. Er meinte sogar, der ganzen Sache werde am besten durch die Abdankung des Statthalters zu Gunsten des Erbprinzen abgeholfen werden. So lautet seine confidentielle

1) Le comte de Montmorin à M. Barthélemy, le 13. Septbr. 1787. Journal and corresp. of Lord Auckland, I, 523. Ce devoir (das der Allianz) oblige S. M., si le roi de Prusse donne suite à ses démonstrations hostiles, d'accorder à la province de Hollande toute l'assistance que sa position vraiment alarmante exige.

Note vom 4. September; am 13. unter dem Eindruck des dringenden Ansuchens der holländischen Stände wiederholte er unzweideutig, daß Frankreich Holland unterstützen müsse, wenn die Preußen einrücken sollten.

Da dies nun doch geschah, was hat die Franzosen abgehalten, ihrer Erklärung Folge zu geben? Gewiß, ihre Finanzen waren in Verwirrung, ihre inneren Angelegenheiten überhaupt in tiefer Gährung. Aber sie verfügten doch über ein sehr stattliches Heer, das auch noch bezahlt wurde, und eine Reflexion war gemacht worden, die einen Schein von Wahrheit hat, daß nämlich ein äußerer Krieg die innere Lage verbessern könne. Hätten sie es mit Preußen allein zu thun gehabt, so würden sie sich wahrscheinlich dazu entschlossen haben. Allein in diesem Augenblick wurden sie inne, daß sie zugleich mit England zu kämpfen haben würden. Eines der wichtigsten Schreiben William Pitt's ist das, welches er am 14. September an den englischen Gesandten in Frankreich, Mr. Eden, erließ. „Die Sachen", sagt er, „nähern sich einer Krisis: ich muß mich darüber einfach erklären. Wenn der französische Hof sich entschließt, auf die Absicht einer Vergrößerung seines Einflusses in den vereinigten Provinzen durch die Veränderung der Constitution derselben Verzicht zu leisten und uns den Vortheil gönnt, den wir von der Erhaltung der dortigen Macht in den Händen, in denen sie bisher war, ziehen können, so werden wir uns leicht verständigen. Aber dies können wir nicht aufgeben, vor allem nicht die militärische Gewalt des Statthalters, noch auch, bevor er wieder hergestellt ist, eine Veränderung der Reglements. Die Autorität, welche ihm die Ernennung zu Aemtern und Stellen verleiht, sein ganzes altes Gewicht in den Generalstaaten und

den Staaten von Holland muß ihm verbleiben. Will Frankreich diese Grundsätze nicht annehmen, so muß die Frage durch Krieg entschieden werden. Ich kenne den vollen Werth des Friedens für England: aber um deswillen können wir nicht zulassen, daß Frankreich seine Absicht in Holland erreiche: Frankreich muß seinen vorherrschenden Einfluß in der Republik aufgeben, oder aber es muß dafür schlagen." Und zugleich drang der Minister auf unverzügliche Entscheidung. Denn die Verzögerung würde Frankreich zu einem Vortheil gereichen, den man ihm schlechterdings nicht lassen könne. Am 19. September wiederholte William Pitt diese Erklärung. In den Formen, sagt er, können wir uns nachgiebig erweisen: in der Sache selbst müssen wir uns auf unserem Grund und Boden behaupten.

Auf ein so entschiedenes Vorgehen war Frankreich nicht gefaßt. Der Unterstützung des Prinzen von Oranien durch preußische Hülfe wollte es eine Unterstützung der Patrioten durch französische entgegensetzen. Aber einen Krieg mit England, der ein Kampf auf Leben und Tod werden mußte, wie er jetzt in Aussicht trat, den wollte man nicht bestehen [1]. Die revolutionären Zeiten haben dazu gehört, um einen solchen Entschluß hervorzurufen: damals lag er außerhalb der Möglichkeit der Dinge.

Und in Holland war indessen alles bereits entschieden. Am 13. früh, noch ehe die Antwort der Stände eingetroffen,

1) Bei der Frage über die Formation des Lagers von Givet ist die Hauptsache entschieden worden. Montmorin hat später behauptet, daß er dafür gewesen sei, auch nachdem sich England dagegen erklärt hatte, allein er sei überstimmt worden. (Journal of Lord Auckland I, 269.)

aber nachdem die bestimmte Frist verstrichen war, setzte sich die Knobelsdorf'sche Division von Zyfflich in Bewegung und überschritt auf der großen Straße nach Nymwegen die holländische Grenze. Man wollte auch nicht einen Tag länger zögern, weil man den Erfolg der vorbereiteten Ueberschwemmungen befürchtete. Fürs erste hatte man davon noch nichts zu besorgen: der August war sehr trocken gewesen: das Wasser war allenthalben seicht und ward durch einen anhaltenden Ostwind noch seichter: es war Neumond, in welcher Zeit die Fluth weniger wirksam zu sein pflegt. Der Herzog empfing erst in Nymwegen, wo er bei dem erbstatthalterischen Hof freudig empfangen wurde, die ausweichende Antwort der Stände, zugleich mit der Nachricht, daß man sich beeifere, die Dämme allenthalben zu durchstechen. Bei einem Versuch dieser Art stieß ein preußischer Rittmeister mit einem feindlichen Trupp zusammen, der nicht Stand hielt: die bei der Arbeit beschäftigten Bauern liefen auseinander. Indessen hatten sich auch zwei andere Colonnen in Bewegung gesetzt und rückten ohne Widerstand vor.

Die Stände, die sich eifrig gerüstet und mit allem Nöthigen versehen hatten, meinten ihre Defension auf die Grenzen von Holland und den alten Cordon zu beschränken. Sie rechneten dabei besonders auf Utrecht, das in der Mitte der Linie, zur Vertheidigung in Stand gesetzt, den Cordon nach rechts und links hin verstärken konnte. Utrecht nun war jenem Rheingrafen von Salm und seiner Legion, auf die man sich unbedingt verließ, anvertraut worden. Der Rheingraf aber war nicht der Meinung, daß es sich behaupten lasse: schon einige Tage vorher hatte er der Defensions-Commission angezeigt, daß das unmöglich sein werde. Daß die

Preußen eine Richtung auf Gorkum nahmen, scheint ihn noch besonders erschreckt zu haben. Ueberhaupt war er nicht der Mann dazu, um die Vertheidigung eines Landes mit Nachdruck zu führen. Friedrich von Salm-Kyrburg gehörte zu den Deutschen von hoher Herkunft, denen erst wohl wurde, wenn sie sich aus ihrer Heimath, in der es ihnen zu enge war, in die Bewegung der französischen Hauptstadt gestürzt hatten. Er baute sich dort ein Hotel, und gewann auch eine gewisse Anerkennung in der Gesellschaft, ohne jedoch von ihr als einen geistig Gleichen anerkannt zu werden. Es geschah in Verbindung mit Calonne, daß er sich in die holländischen Unruhen warf: seine Stellung als kleiner Dynast hinderte ihn nicht, für die Patrioten Partei zu nehmen: als Führer einer ansehnlichen Freischaar, geschickt und beredt, von angenehmer Geselligkeit für Große und Geringe, wußte er sich bei den Einen und bei den Andern geltend zu machen, ihr Vertrauen zu gewinnen [1]. Dabei gelangte er zu höheren militärischen Stufen und zu einer politischen Thätigkeit in dem wichtigsten Geschäft, das damals vorlag. Er eignete sich den französischen Gesichtspunkt an, welcher dahin ging, den Statthalter auf ein geringeres Maß von Macht zu beschränken, und ihn zugleich von seiner Umgebung zu trennen, so daß er dem französischen Einfluß nicht mehr widerstreben werde. Er hat einmal dem erbstatthalterischen Hofe Vorschläge in diesem Sinne gemacht, mit der Versicherung, daß sich alsdann die Patrioten ihm zu

1) Caillard bei Segur (I, 349): Général au service de la ville d'Utrecht, simple colonel au service de la province de Hollande, il eut l'art de déterminer le ministre de France à lui conférer le grade de maréchal des camps et armées du roi.

Füßen werfen würden [1]: wolle sich der Prinz der Aristokraten entschlagen, so werde er alle Demagogen für sich haben, und durch diese wieder hergestellt werden [2]; — gleich als wäre es denkbar gewesen, daß der Prinz seine Partei, die zugleich die englische war, verlassen und zu der entgegengesetzten, welche immer die französische blieb, hätte übertreten können. Für sich selbst würde Salm mit einer ansehnlichen Geldentschädigung und einem hohen Rang in der preußischen Armee zufrieden gewesen sein. Die Prinzessin sah es unter allen Umständen nicht gern, daß man mit ihm verhandelte: würde er vollends nach Berlin kommen, sagte sie, so würde er gegen sie wirken. Auf der andern Seite hat der Graf den Patrioten den Antrag gemacht, ihn zum Generalissimus zu ernennen; denn nur ungern fügte er sich den Anordnungen der Commission, die er nicht selten mißbilligte: aber wie hätten ihm die republikanischen Magistrate eine so ungeheure Gewalt, im Widerspruch mit ihrer eignen, anvertrauen sollen? Mit den Entwürfen eines lebhaften, nach den verschiedenen Seiten hin ausgreifenden Ehrgeizes beschäftigt, und noch der Meinung, daß die Preußen nicht sobald vordringen würden, was man ihm vor kurzem von Versailles her versichert hatte, wurde er nun durch den doch wirklich erfolgten Einmarsch überrascht und außer Fassung gebracht. Sollte er Utrecht, das nicht einmal verproviantirt war, in der sichern Voraussicht, es nicht behaupten zu können, zu vertheidigen unternehmen? Er würde weder für

1) Voorwaarden vroeger door den Rhijngraaf gesteld. 15. Nov. 1786. Hogendorp Brieven II, 220.

2) Nach den Mittheilungen der Prinzessin: qu'il proposait à condition que le prince abandonnât les aristocrates, de lui mener les démagogues qui le retabliroient dans tous ses droits.

seine Sicherheit gesorgt, noch seinen abenteuernden Gelüsten genügt haben. In einem großen Kriegsrath setzte er die Ansicht durch, daß Utrecht nicht vertheidigt werden könne; die Räumung des Platzes ward in aller Form beschlossen [1]. Hierauf ließ der Rheingraf die in ansehnlicher Zahl vorhandenen Geschütze vernageln, und führte seine Truppen gegen Amsterdam hin ab. Ob er meinte, da alle Inundationsversuche in der Nähe mißlangen, daß nur Amsterdam, wo dies Vertheidigungsmittel mit Erfolg in Ausführung gebracht werden konnte, sich werde behaupten lassen? Allein sich nun hier in die Stadt einzuschließen und Leib an Leib zu schlagen, war er nicht gemeint. Wir finden ihn noch einmal in der Nähe von Amsterdam: als es dort Ernst wurde, verschwindet er auch da: er kehrte in sein Hotel in Paris zurück.

Daß nun aber auf diese Weise Utrecht aufgegeben wurde, machte das ganze Defensionsproject unausführbar. Am 15. des Morgens verließ der Rheingraf die Stadt: hierauf bekam die oranische Partei in derselben die Oberhand: noch an dem nämlichen Tage zog der Erbstatthalter, der im höchsten Grade erstaunt war, als er davon hörte, in Utrecht ein. In welche Bestürzung aber mußten die im Haag dominirenden Patrioten bei dieser Nachricht gerathen; es leuchtete ein, daß sie sich nicht einen Augenblick würden halten können. Ihr erster Gedanke war, die Versammlung der Stände nach Amsterdam zu verlegen: aber man hegte Zweifel, ob die Constitution das erlaube. Und da zugleich die im Haag garnisonirenden Truppen

1) Von einer Bestechung von preußischer Seite ist doch nichts Ueberzeugendes zum Vorschein gekommen; Caillard, ein großer Gegner des Rheingrafen, sagt nichts davon.

weggezogen werden sollten, um anderweit verwandt zu werden, so widersetzten sich dem die fremden Gesandtschaften, weil der Abzug der Truppen den Freicorps, die sich schon sehr unbotmäßig erwiesen, freie Hand verschaffen und bei der Aufregung der Einwohner einen Straßenkampf veranlassen würde. Diese Unschlüssigkeit selbst führte die Entscheidung herbei. In der allgemeinen Unruhe erwachte die statthalterische Partei, und man sah bald, daß sie die stärkere war: die Freicorpisten flüchteten oder wurden entwaffnet. Und diesen Moment ergriff nun der englische Gesandte, um die Sache mit einem Schlage zu Ende zu bringen. Er forderte seine Freunde in den Ständen von Holland auf, bei der herrschenden „Panik" den entscheidenden Streich zu führen, den Prinzen zurückzurufen und die alte Constitution wieder herzustellen [1]. Er ist selbst erstaunt, wie vollkommen und rasch das gelang.

Am 18. bereits war es, daß die Ritterschaft den Antrag dazu machte und demgemäß die Provinzialstände beschlossen, die Rechte des Statthalters, wie sie 1747 bestimmt und 1766 bestätigt waren, aufs neue anzuerkennen. Bei weitem der größte Theil der städtischen Stimmen erklärte sich dafür. In Versammlungen dieser Art ist es mehr allgemeine Strömung, als die individuelle Ueberzeugung, was den Ausschlag giebt. Die bisher niedergehaltene Partei gewann die Oberhand. Am 20. kehrte der Erbstatthalter unter unbeschreiblichem Jubel des

1) Thulemeyer resumirt die Beschlüsse in den Worten: Abolition de la suspension du capitaine général, recouvrement du commandement de la Haye, l'invitation faite au prince d'Orange de se rendre sans perte du temps dans cette residence des états pour retablir l'ordre et raffermir l'ancienne constitution (Schreiben vom 18. Sept.)

Volks nach dem Haag zurück. Die Generalstaaten und die Staaten von Holland, alle constituirten Körperschaften begrüßten ihn mit feierlicher Anerkennung seiner Rechte [1].

Indessen rückten die preußischen Truppen siegreich vor: eine Festung nach der andern unterwarf sich durch Capitulation. Die Franzosen haben gesagt, sie würden den Holländern gegen den preußischen Einfall haben beistehen müssen, wenn diese sich nur eine kurze Zeit zu wehren vermocht hätten. Jetzt aber war, wenngleich unter fremdem Einfluß, aber doch durch eignen Entschluß der in sich selbst umgewandelten Stände, die statthalterische Regierung hergestellt. Sie erklärten, der Mediation von Frankreich seien sie nun nicht mehr bedürftig. Es machte Eindruck in Versailles, wenn man den Ministern sagte, ihre Allianz mit Holland verpflichte sie zu nichts, da dieselbe mit den Generalstaaten abgeschlossen worden, diese aber mit dem Verhalten der holländischen Stände niemals einverstanden gewesen seien; — gleich als hätten nicht der Allianz allgemeine politische Tendenzen zu Grunde gelegen. Aber in der französischen Regierung gab es Niemand, der dieselben festzuhalten vermocht hätte; sie ließ sich die schwache Entschuldigung gefallen. Mit der halben Welt zu schlagen, um eine bereits besiegte Partei zu unterstützen, daran konnte man in jenem Augenblick nicht denken.

Doch noch war nicht alles vollendet. Noch hielt sich Amsterdam, wo die Männer vorwalteten, die in den Apriltagen gesiegt hatten, unüberwunden. Dahin waren alle Führer

1) Harris 20. Sept. 1787. He was again invested by them with every right and privilege, which had before been suspended or taken from him.

der Partei und die Vertheidigungscommission geflüchtet. Hier gelangen die Inundationen auf das beste, und es konnte wohl die Frage sein, ob der Herzog von Braunschweig es unternehmen würde, die preußischen Truppen zur Unterwerfung der Stadt zu verwenden. Denn formell war sein Auftrag durch den Beschluß der Stände und die Rückkehr der Prinzessin nach dem Haag, die auf die Einladung derselben bereits erfolgt war, in der Hauptsache erledigt. Nachdem die Situation von Amsterdam militärisch recognoscirt worden war, hielt es der Herzog Carl Wilhelm Ferdinand für nöthig, noch einmal mit dem fürstlichen Paar, den vornehmsten Freunden und dem englischen Gesandten Rücksprache zu nehmen [1]. Gegen Ende September begab er sich insgeheim nach dem Haag: die Besprechung über die Geschäfte fand in den inneren Gemächern der Prinzessin, ihrem Ankleidezimmer, statt. Der Herzog setzte die Schwierigkeiten der Unternehmung auseinander; eine andere Stimme drückte Mitleiden mit dem schweren Geschick, das eine Eroberung über die Stadt herbeiziehen werde, aus; eine dritte die Hoffnung, durch Einwirkung auf die Einwohner eine Umstimmung herbeizuführen. Das alles aber verwarf der englische Gesandte: denn die Stadt verweigere noch die Satisfaction, die der König nun einmal gefordert habe. Allerdings war eine Deputation erschienen, die aber nichts weiter anbot, als was in den früheren Erklärungen bereits enthalten war. Harris bemerkte, es würde den Ruhm der Truppen verdunkeln, wenn sie vor dem Widerstand der Gegner, der sich in dieser Stadt concentrire, zurück-

1) Dem Letztgenannten verdanken wir denn auch unsere vornehmste Kunde davon. Diaries II, 348.

wichen: da seien die vornehmsten Feinde, namentlich die, durch welche die Prinzessin insultirt worden: wolle man sie frei ausgehen lassen? Auch der Herzog wurde überzeugt. Er forderte aber Eile, weil der eintretende Herbst ein Unternehmen gegen Amsterdam sonst alle Tage schwieriger mache. Der Beschluß war, daß der kurz vorher eingegangene Stillstand auf der Stelle abgebrochen und von den umherlagernden Truppen ein allgemeiner Angriff ohne Zögern unternommen werden solle.

Die Schwierigkeit lag nun darin, daß die ganze Umgegend Amsterdams vom Zuyder See bis zum Harlemer Meer durch Inundation unter Wasser gesetzt worden war. Nur sieben schmale Straßen zogen sich durch die Fluth, welche sie noch nicht bedeckte: und diese waren allenthalben mit Verschanzungen und Batterien zur Gegenwehr eingerichtet [1]. Man konnte nicht absehen, wie eine Truppenschaar sich formiren und gegen sie anrücken könne, ohne der Fluth oder den Kanonen zur Beute zu werden.

Am 30. September, früh am Morgen, ward dennoch der allgemeine Angriff unternommen: drei Meilen in die Weite sah man allenthalben das Feuer der Kanonen aufblitzen. Die patriotischen Truppen, in ihrem letzten Zufluchtsort bedrängt, zeigten allen möglichen Eifer und hinlängliche Geschicklichkeit: an den verschiedenen Punkten gleichmäßig fortgesetzt, würde der Angriff ohne Zweifel fruchtlos geblieben sein. Aber nur an Einer Stelle, wo der Herzog selbst commandirte, war das Unternehmen ernstlich gemeint und wurde

1) Pfau, Geschichte des Preußischen Feldzugs in der Provinz Holland 1790), verbreitet sich besonders über die Geschichte dieser Belagerung.

durch eine glückliche Diversion unterstützt. Der Herzog erstaunte, als er vernahm, daß die Holländer es versäumt hatten, ihre rechte Flanke, die an das Harlemer Meer reichte, durch bewaffnete Fahrzeuge zu sichern. Durch einen seekundigen Offizier, welcher in der holländischen Marine gedient und in Ostindien Erfahrungen erworben hatte, wurde die Möglichkeit gezeigt, eine Truppenabtheilung über das Harlemer Meer nach einer Stelle des Ufers zu bringen, von wo man die Straße von Harlem nach Amsterdam erreichen könne, so daß es möglich werde, der bedeutendsten holländischen Verschanzung Amstelveen in den Rücken zu kommen. Gegen diese Befestigung nun setzte sich der Herzog noch in der Nacht mit aller denkbaren Vorsicht in Bewegung: er überschritt einige Brücken, Wracke, Traverse. Als er aber bei den Verschanzungen anlangte, welche den Weg mit ihren Kanonen beherrschten, mußte er inne halten; manche Vorkehrungen, die er getroffen, zeigten sich unanwendbar; nur eine einzige Haubitze führte er herbei, deren Feuer nicht unwirksam blieb, jedoch keinerlei Entscheidung herbeiführen konnte. Indem entwickelte sich jedoch die beabsichtigte Diversion. Den Tag vorher waren ein paar Bataillone der Armee unter den Majoren Götz und Hirschfeld über das Harlemer Meer an jene Stelle, welche man dienlich befunden, übergesetzt worden [1]. Diese

---

1) .. „Auch wurde ein Versuch auf Muyden gemacht. Das Grenadierbataillon von Burghagen und 2 Compagnien von Marwitz wurden zu Alsmeer eingeschifft, um sich über das Harlemer Meer übersetzen zu lassen; die 2 Compagnien von Marwitz besetzten den Posten von Schlotten, das Bataillon von Burghagen war bestimmt, eine Batterie mit 200 Mann an der Schleuse im Rücken zu nehmen, das darauf befindliche Geschütz umzudrehen, alsdann Posto zu fassen und mit einem Detachement die Sparrendammer Schleuse zu besetzen. Das Bataillon

hatten dann ihren Marsch in den Rücken der Schanzen von Amstelveen unternommen. Er war unendlich beschwerlich, denn auch da fehlte es nicht an Gegenanstalten der Holländer: man mußte wasserreiche Wiesen passiren: an vielen Orten waren Durchstiche gemacht, und wenn die Leute sich in das Wasser warfen, um es zu durchwaten, so erwies sich das unmöglich. Ein Glück, daß man ein hinreichend langes Brett

---

von Langlois wurde ebenfalls zu Alsmeer eingeschifft, um von da durch das Harlemer Meer in das neue Meer zu gehen und allda zwischen der Amsterdamer Vorstadt, der Overtoom genannt, und den hintersten feindlichen Verschanzungen in der Nacht zu debarquiren. Diese Gegend war vorher durch den Major von Götz, Hauptmann von Hirschfeld und den engl. Obersten von Gordon, welcher sich freiwillig dazu angeboten, sehr genau untersucht. Zwei Compagnien von Langlois wurden in einer in der Gegend belegenen großen Cattunfabrik postirt, um dem übrigen Theil des Bataillons, welcher die Posten auf dem Amstelveener Wege angreifen sollte, den Rücken gegen Amsterdam zu decken. Zwei Compagnien von Marwitz, unter Anführung des Majors v. Hausstengel, besonders aber unter Leitung des Majors v. Götz, welcher vorher alles genau recognoscirt hatte, wurden bestimmt, von Alsmeer aus auf einem kleinen Fußsteige zwischen dem Alsmeerer und Harlemer See die vordersten feindlichen Posten zu umgehen und eine allda befindliche von dem Feinde abgebrochene Brücke wieder herzustellen. Des Herzogs Durchl. gingen mit 3 Bataillonen u. s. w. gerade längs dem Damm von Kuydelstaedt auf die Tete der feindlichen Posten... Der Feind verließ sofort einen sehr stark gemachten Verhack. Hinter diesem Verhack war ein Durchstich des Dammes und hinter diesem eine starke Brustwehr. Alles warf sich nunmehr in den Ort Amstelveen, vor welchem sich eine mit 4 Zwölfpfündern besetzte Zugbrücke befand, welche den ganzen Damm bestrichen. Da dieser Ort gar nicht zu umgehen ist, so entstand von beiden Seiten eine ziemlich heftige Kanonade, welche 4 Stunden dauerte. ... Während dieser Zeit hatten unsere Truppen die feindlichen Posten zwischen Amstelveen und Amsterdam angegriffen und über den Haufen geworfen. Gegen 10 Uhr trafen die Teten beider Corps in Amstelveen zusammen ...." Aus dem Schreiben eines preuß. Offiziers vom 1. Oct. 1787. Nr. 122 der Berlinischen Nachrichten von Staats- und gelehrten Sachen. Anfang October 1787.

mitgenommen hatte, auf welchem man die Durchstiche überschreiten konnte. Die Straße zwischen Amstelveen und Amsterdam wurde an zwei verschiedenen Punkten erreicht, eine vorliegende Brustwehr erstürmt, und dann der vornehmste der auch hier verschanzten Posten im ersten Schrecken der überraschten Besatzung genommen. Wie fuhr ein Salm'scher Reiter zusammen, der sich von den Schanzen nach der Stadt verfügte, als er plötzlich in die Mitte der Preußen gerieth. Die geschickt angelegte, mit gewohnter Beharrlichkeit ausgeführte Unternehmung verdient nicht vergessen zu werden, da sie den Erfolg des Tages und dadurch den Krieg entschied. Die Patrioten in Amstelveen sprengten auseinander, als sie in ihrem Rücken von preußischen Jägern und Scharfschützen angegriffen wurden, denen geschlossene Züge folgten: die Spitzen der preußischen Truppen begegneten sich, von entgegengesetzten Seiten kommend, in den Verschanzungen. Der Herzog konnte, nachdem er alles niedergeworfen, seinen Weg gegen Amsterdam fortsetzen: er nahm sein Hauptquartier in Overtoon, in der Nähe der Stadt. Hier stellten sich am anderen Morgen die Deputirten derselben mit der Meldung ein, daß sie sich zu der für die Prinzessin geforderten Satisfaction verstehen werde. Allein damit war der Herzog noch nicht zufrieden. Denn die in Amsterdam vorherrschende Faction verwarf doch noch die indessen im Haag gefaßten Beschlüsse, welche schon deshalb illegal seien, weil das Land in diesem Augenblick als ein erobertes und unfreies betrachtet werden müsse. Wie es sich auch immer hiermit verhalten mochte, man wollte und konnte es nicht weiter darauf ankommen lassen. In der Accession zu den Haager Beschlüssen lag die Vollendung des Ereignisses überhaupt: man mußte darauf

bestehen. Erst als der Herzog Anstalt machte, die Stadt mit einem Bombardement heimzusuchen, fügte sie sich; die patriotische Partei sah jetzt, daß sie verloren war. Nach dem Einzug der Preußen wurden die am 21. April abgesetzten Magistrate wieder hergestellt: wie denn die Umkehr in dem ganzen Lande darin lag, daß die patriotischen Behörden entfernt und statthalterische an ihre Stelle gesetzt wurden.

Mit dem Fall von Amsterdam war nun die holländische Angelegenheit in sich entschieden: es erscheint jedoch fast noch als ein Bestandtheil derselben, wie England, von dessen Antrieb die Hauptsache ausgegangen war, und welches dabei, seine allgemeinen Interessen niemals aus dem Auge verloren hatte, die Ausschließung des französischen Einflusses aus Holland durch bestimmte Festsetzungen zu erreichen suchte.

Daß in dem Verhalten der Engländer ein Act der Rache wegen des Friedens von Versailles, wenigstens eine erste Rückwirkung dagegen lag, scheinen die leitenden Staatsmänner in Frankreich nicht einmal recht empfunden zu haben. Denn indem die großen Interessen mit einander in Conflict geriethen, herrschten äußerlich friedliche und selbst freundliche Verhältnisse vor. Der englische Gesandte in Frankreich war überall gern gesehen, er stand in den freundschaftlichsten Beziehungen zu den französischen Ministern. Seine Stimmung war der ihren ziemlich analog.

Dieser Gesandte, Mr. William Eden, erschrak bei dem Gedanken William Pitts, es auf einen Krieg mit Frankreich ankommen zu lassen. Er meinte, die Verhältnisse von England seien noch nicht dazu angethan, um einen solchen zu führen. Er ging gern darauf ein, wenn ihm die Franzosen von der Nothwendigkeit der gegenseitigen Entwaffnung sprachen

und an der Befestigung der holländischen Zustände selbst Antheil zu nehmen wünschten. Aber die englischen Minister mochten davon nichts hören. Ehe sie entwaffneten, wollten sie die Sicherheit haben, daß Frankreich sich niemals wieder in die holländischen Angelegenheiten mische und nicht etwa dann doch Feindseligkeiten gegen Preußen ausübe. Vor einer Uebereinkunft, durch welche Preußen gesichert werde, wollten sie sich auf nichts einlassen. In dem Gefühl ihrer Ueberlegenheit forderten sie eine förmliche Declaration von Frankreich über diese beiden Punkte.

Der Gesandte, der den Minister Montmorin gerne bei sich sah, und es liebte an dem Hofe zu verkehren, wo zwar die Königin schwieg, aber deren Damen ihm Anzüglichkeiten über das gehässige Verhalten seiner Regierung gegen die französische zu hören gaben, empfand es selbst sehr unangenehm, daß er nun noch neue Forderungen aufstellen mußte. Aber William Pitt, der Minister der auswärtigen Geschäfte Caermarthen, und Sir James Harris im Haag waren unerbittlich. Harris formulirte die Declaration, welche Frankreich ausstellen sollte, dahin, daß es sich verpflichte, keine Partei in der Republik zu unterstützen, und von jeder feindseligen Handlung gegen die eine oder die andere der betheiligten Mächte abzustehen [1]. Caermarthen schrieb dem Gesandten: wie man ohne Zweifel zu den Waffen gegriffen haben würde, wofern Frankreich sich verpflichtet geglaubt hätte, seine Partei in Holland zu unterstützen, so könne man auch jetzt die Waffen nicht

1) .... from any other hostile appearances towards any of the Powers who have taken a part in this business. Journal of Auckland I, p. 219.

niederlegen, ohne die Sicherheit zu haben, daß das nicht in der Folge geschehe. So ließ sich auch William Pitt mit Nachdruck vernehmen. Er könne, sagte er, die Mischung von gesundem Menschenverstand und schlechtem Humor, welche die Franzosen zeigten, nicht verstehen. Jetzt werde von ihnen die Miene angenommen, keine definitiven Erklärungen abgeben zu wollen, bevor die preußischen Truppen aus Holland weggezogen seien: das könne aber, im Vertrauen gesagt, doch eher nicht geschehen, als bis in Holland alles so eingerichtet sei, daß ihr Abzug keine schädlichen Folgen nach sich ziehe: wenn Frankreich nicht auf das bündigste erkläre, daß es in die holländischen Angelegenheiten nicht weiter einzugreifen gedenke, so sei die Ursache des Streites nicht gehoben und es bleibe unmöglich zu entwaffnen. Dies ist der Moment, auf den es ihm ankommt. Er sagt dem Gesandten, ein preußischer Minister werde in kurzem in Paris eintreffen und mit ihm gemeinschaftlich arbeiten: dieser müsse überzeugt werden, daß England den preußischen Interessen seine volle Aufmerksamkeit zuwende und den feindseligen Intentionen Frankreichs sowohl gegen Preußen wie in Holland entgegentrete. Montmorin sagte einmal, das Beste würde sein, wenn Truppen des Statthalters in Amsterdam eingelagert würden: Eden erwiederte ihm, die holländische Miliz sei noch nicht im Stande, die nöthige Sicherheit zu gewähren. Anfangs bezeichneten die Franzosen den Abzug der preußischen Truppen, deren Anwesenheit die innere Animosität nähre, als die erste Bedingung für jede weitere Verhandlung: allmählich gaben sie darin nach; denn sehr ernstlich wünschten sie eine engere Verbindung mit England, und waren nicht geneigt, Preußen zu reizen: endlich gingen sie auch auf die Ausstellung der geforderten Declaration

ein: nur sollte nichts weiter gesagt werden, als was diese beiden Mächte beruhigen könne. Bei der Verhandlung haben einige Worte Anstand gemacht[1]; doch kam man darüber hinweg. Die Erklärung von Frankreich enthält einmal, daß die dem Hofe von London früher gemachte Mittheilung eine Intention ausdrücke, deren Motiv nicht mehr vorhanden sei und die also keine weitere Folge haben werde; ferner daß Frankreich nach keiner Seite hin irgend eine feindselige Absicht hege, daß man von französischer Seite auf alle weiteren Rüstungen Verzicht leiste. Die Erklärung wurde den Franzosen unendlich schwer. Ihre Demüthigung, die sie sehr zu empfinden schienen, — wie der englische Gesandte sagt, ihre Mortification — that diesem selber leid. Er erzählt, einer seiner französischen Freunde, der bei der Unterhandlung betheiligt war, sei darüber in ein Fieber verfallen. Indem Montmorin sich fügte, sagte er, es komme ihm sehr schwer an, die Sache in ihrem rechten Lichte zu betrachten: er wollte die Verantwortlichkeit dafür persönlich nicht auf sich nehmen. Man bemerkte eine sehr unerwartete Wendung der Stimmungen. Der englische Gesandte bedauerte die französischen Minister, indem er ihnen den Willen von England aufnöthigte: der französische Minister sprach Bewunderung für die englischen Staatsmänner aus, denen er sich unterwerfen mußte.

Man darf nicht vergessen, daß dies die Zeiten waren, in denen die Regierung in Frankreich sich entschloß, zur Be-

1) z. B. qu'elle (la France) ne serve nulle part aucune vue hostile relativement à ce qui s'est passé en Hollande; die Franzosen hätten nulle part lieber weggelassen. Die Aktenstücke und die erläuternden Correspondenzen von Harris-Malmesbury und besonders von Eden-Auckland.

rufung der Generalstände zu schreiten, in der Hoffnung, über die finanziellen Schwierigkeiten, welche ihre Action lähmten, hinweg zu kommen. Es war der Druck des englischen Uebergewichts, das Gefühl der Machtlosigkeit, unerträglich den Franzosen, was sie dazu vermochte. Niemand konnte eine Ahnung haben, wohin das führen sollte. Die Engländer meinten, möchten doch die französischen Minister auch fortan mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben.

Eben hauptsächlich in Folge derselben war es England gelungen, zu einem Uebergewicht zu gelangen, welches mit inem Male wieder Orient und Occident umfaßte. Vor allem lag ihnen nun an einer Befestigung der Zustände in Holland und einer Erneuerung ihrer alten Verhältnisse zu diesem Lande. Das französische Bündniß mit Holland war vernichtet; ein englisches sollte an dessen Stelle treten. Mit Freuden boten die Holländer die Hand dazu. Denn eben die alten Freunde von England waren nun in den Besitz der Autorität in den verschiedenen Provinzen gelangt. Man vereinigte sich zu einer Abkunft, in welcher sie sämmtlich die angefochtene Autorität des Erbstatthalters, wie dieselbe 1747 und 1766 constituirt war, anerkannten und einander angelobten, dieselbe aufrechtzuhalten. Durch die Garantie der beiden Mächte, welche den Umsturz der patriotischen Partei hatten bewirken helfen, ward dann die nunmehrige Gestaltung der Dinge befestigt und zugleich zwischen diesen selbst ein enges Verhältniß geknüpft, das sich bald noch weiter entwickeln sollte.

Achtzehntes Capitel.

Befestigung des Fürstenbundes. Coadjutorwahlen.

Indem sich diese Unternehmung, die einen wesentlich europäischen Charakter trug, in wenigen raschen Schlägen vollzog, ward Deutschland wenigstens im Westen und Süden durch eine Controverse von weiter Aussicht für die kirchliche Verfassung aufgeregt.

Die vier Erzbischöfe des Reiches — die drei geistlichen Churfürsten und Salzburg — vereinigten sich, um dem Eingreifen der päpstlichen Nuntien in ihre kirchliche Jurisdiction ein Ende zu machen.

Den Anlaß gab der Versuch des vierten katholischen Churfürsten, Carl Theodor von Pfalzbaiern, seine gesammten Gebiete alten und neuen Besitzes eben von dieser Jurisdiction seiner geistlichen Collegen und Nachbarn frei zu machen. Er folgte auch seinerseits der herrschenden Tendenz der Territorialpolitik, nur wollte er sie nicht wie Joseph im Gegensatz mit dem päpstlichen Hofe, wozu er bei weitem zu schwach gewesen wäre, sondern im Verein mit demselben durchführen. Er erlangte in Rom die Errichtung einer neuen Nuntiatur für sein Gebiet, deren kirchliche Befugnisse, erweitert und

verstärkt durch die weltliche Gewalt, den Erzbischöfen, in deren Sprengel sie eingriffen, empfindlichen Eintrag gethan hatten.

Ohnehin sahen sie die ihre kirchliche Gewalt beschränkenden Nuntiaturen, die in Wien, Luzern und Cöln ihren Sitz hatten, sehr ungern; sie ergriffen den Augenblick der Errichtung einer neuen, um gegen das ganze Institut zu protestiren und das Bestehen desselben als eine Beschwerde der deutschen Nation, im alten Sinne der Gravamina, zu bezeichnen. Die Punctation, zu der sich ihre Bevollmächtigten auf einem Congreß zu Ems, 25. Aug. 1786, vereinigten, bildet wohl das merkwürdigste Document, das seit der Reformation aus dem Schooße der deutschen katholischen Kirche hervorgegangen ist.

Es bewegt sich großentheils in derselben Richtung, die durch den Kaiser in seinen Erblanden eingeschlagen worden war. Nach dessen Vorbild, den von ihm gebrauchten Ausdruck wiederholend, wollten die Erzbischöfe in den päpstlichen Nuntien nur noch politische Gesandten, ohne alle jurisdictionelle Befugnisse sehen. Und wie sie von dem Kaiser überhaupt aufgefordert waren, die Eingriffe des päpstlichen Hofes in ihre Rechte und in die gute Ordnung „hintanzuhalten“ [1], so gingen sie über die nächste Frage weit hinaus; ebenfalls im Anschluß an das von Joseph selbst gegebene Beispiel. Auch sie läugnen die Verbindlichkeit päpstlicher Bullen und Breven ohne vorgängige Genehmigung; sie verbieten den Mönchsorden ihren Zusammenhang mit Generalen und Generalcapiteln außerhalb Deutschlands; sie verlangen die Abschaffung des Vasalleneides der Bischöfe, zumal da diese darin Ver-

1) Amtsschreiben Kaiserlicher Majestät an Kurmainz vom 12. Weinmonat 1785.

sprechungen machen müssen, deren Erfüllung durch die Verfassung des Reichs unmöglich ward, und beantragen die Aufstellung eines andern, welcher den Rechten des Primats, die sie jedoch beschränken, und den bischöflichen zugleich entspreche; sie remonstriren gegen die Geldentrichtungen, welche der römische Hof durch Annaten und Palliumsertheilungen ziehe. Indem sie auf die ursprünglichen Concordate deutscher Nation zurückkommen und ihre Herstellung begehren, erklären sie mit Beibehaltung ihrer Subordination unter den römischen Stuhl, doch ihr Amt unter dem Schutz des Kaisers ausüben zu wollen, und fordern denselben auf, zur Hebung ihrer Beschwerden ein Concilium, wenigstens ein nationales, binnen zwei Jahren zu Stande zu bringen. Sie schlagen ganz den Ton an, der vor den Zeiten der Kirchenreformation in dem Reiche der herrschende gewesen war [1].

Eine verbreitete Erwartung war, daß der Kaiser sich an die Spitze der kirchlichen Bewegung auch im deutschen Reiche stellen und der katholischen Kirche die nationale Unabhängigkeit, nach der sie vor Jahrhunderten getrachtet hatte, zurückgeben werde. Und sollte das nicht selbst in dem Interesse des Kaisers gelegen haben? Es konnte scheinen, als würde er seine eigenen kirchlichen Neuerungen dadurch auf immer sichern und die mächtige Geistlichkeit, auf die er sonst nicht mehr zählen durfte, unbedingt verpflichten.

Immer merkwürdig, daß die Idee eines Conciliums, wie soeben im Gegensatz gegen den Kaiser, nun auch in einem

---

1) Art. 23 der Punctation. „Da das Concordatum Aschaffenburgense (abweichend von den früheren selbst eine der großen Beschwerden) nur bis zum nächst gehofften Concilium eingegangen." (Münch Konkordate. I s. 418.)

für ihn günstigen Sinne zur Sprache kam. Allein auch so fand sie in Wien keine Stätte.

Fürst Kaunitz erklärte sich mit überlegener Einsicht gegen ein allgemeines Concilium. Denn da würde die besonders aus italienischen und spanischen Bischöfen bestehende Mehrheit die Belästigung der deutschen verdoppeln. Und welche gehässige Entscheidungen würde das weltliche Fürstenthum von einem Schwarm von Bischöfen zu besorgen haben, der von curialistischen Vorurtheilen eingenommen und mit den Anfangsgründen des Staatsrechts unbekannt sei.

Auch ein Nationalconcilium aber, so fährt der Staatskanzler in seinem in der Sache an den Kaiser erstatteten Bericht fort [1], würde zu bedenklichen Uneinigkeiten führen. In der Punctation bemerkt er den Widerspruch, daß indem man sich dem Papst widersetze, man doch die schlimmsten pseudoisidorischen Grundsätze anerkenne. Besonders anstößig ist es ihm, daß die hohen Geistlichen sich nicht einmal für befugt halten, eine solche Versammlung aus eigner Macht zu berufen: sie wollen dabei den Kaiser vorschieben, dem daraus nur Verlegenheiten erwachsen würden.

Und sehr unzulässig findet er die Ansprüche, welche die Punctation auf die dem Beruf der Bischöfe innewohnenden Befugnisse gründet, gleich als ob auch das äußerliche Religionswesen ihnen unterworfen sei: ganz gegen die Ansicht, die bei den vom Kaiser eingeleiteten Reformen vorherrschte; er mißbilligt, daß die Gültigkeit päpstlicher Bullen eben nur von ihrer eigenen Genehmigung abhängig sein solle.

1) Ich will denselben in den Analecten mittheilen.

Für den kaiserlichen Hof war auch in den Emser Erklärungen das clericale Element doch noch viel zu stark, als daß er sich zu Gunsten derselben hätte entscheiden mögen. Doch hielt er nicht für rathsam, noch auch für nöthig, den Erzbischöfen geradezu entgegenzutreten. Dem Staatskanzler schien es genug, sie auf eine Uebereinkunft mit den andern deutschen Bischöfen zu verweisen, von der er jedoch bemerkte, daß sie nimmermehr zu erwarten sei. Denn im Gegensatz mit dem Nuntiaturrecht suchten die Erzbischöfe den Instanzenzug im Wege der Hierarchie zu verstärken, worin ihnen die Bischöfe nimmermehr beistimmen konnten. Große Herren, wie diese waren, zogen sie die entfernte Instanz von Rom der nähern ihrer Metropolitane und Erzbischöfe vor.

Wenn die Bildung einer deutsch-katholischen Kirchengemeinschaft dem päpstlichen Hofe gegenüber als eines der großen Anliegen der Nation betrachtet werden kann, so war sie doch unter den damaligen Umständen nimmermehr zu erreichen; die Beschlüsse von Ems bilden eine Manifestation der deutschen Erzbischöfe, in einem Sinne, der hauptsächlich ihnen selbst und ihrer geistlichen Verwaltung, über die sie sich sehr ausführlich verbreiten, zu Statten gekommen wäre.

Man schreibt dem Churfürsten Erzkanzler die Absicht zu, den leitenden Einfluß, eine Art Tiara, in der deutschen Kirche zu erwerben. Wie wenig waren die Verhältnisse dazu angethan, um ein solches Ziel zu erreichen. Die Erzbischöfe hatten die Stellung nicht, den Widerspruch unter den mächtigen, über ihnen oder unter ihnen stehenden Gewalten zu beseitigen. Und überdies die Kräftigung der kirchlichen Hierarchie hätte zur Wiederbelebung der nationalen Ideen doch nur wenig beitragen können, da sie das mächtige protestantische

Element zur Seite hatte: von dem Kaiser und dem Haus Oesterreich ohnehin bedroht, und nun in der wichtigsten Angelegenheit sich selbst überlassen, fühlte sich der hohe deutsche Klerus vielmehr auf die Stütze angewiesen, die ihm Preußen anbot.

Wir kennen den Antheil, den Friedrich Wilhelm II schon als Prinz an der Stiftung des Fürstenbundes genommen hatte; mit alle dem Eifer, den man einer Sache widmet, die man als sein eigenes Werk betrachtet, in deren wachsender Bedeutung man seine Ehre sieht, ließ er sich die Erhaltung und Ausbildung des Bundes angelegen sein.

Im Anfang des Jahres 1787 trat ein territoriales Ereigniß ein, in welchem er diese Gesinnung energisch an den Tag legte.

Einer der ansehnlichsten Mitverbündeten, der Landgraf von Hessen-Cassel, ließ bei dem Absterben des Grafen von Lippe-Bückeburg den lippischen Antheil der Grafschaft Schaumburg im westphälischen Kreise, die bei ihm zu Lehen ging, mit seinen Truppen besetzen. Denn die Grafen, den letztverstorbenen eingeschlossen, seien aus einer nicht ebenbürtigen Ehe mit einer Dame von niederm Adel entsprossen und daher nicht lehensfähig. Diese Ehe war aber von den Reichsgerichten bestätigt, und die Succession von den frühern Landgrafen anerkannt worden: wogegen der damalige, Wilhelm IX, einwandte, daß er gegen die Reichsgerichte Recurs ergriffen habe und die Anerkennung seiner Vorfahren ihn nicht binden könne. Jedermann merkte auf, nicht allein wegen der Sache, sondern weil sie dem Grundsatz des Bundes, den Besitzstand eines jeden Reichsstandes aufrecht zu halten, entgegenlief. Man traute dem König kaum zu, daß er sich der Rechte eines un-

bedeutenden Erben gegen einen der mächtigern Reichsstände, dessen er in dem Bunde nicht entbehren konnte, annehmen werde. Aber Friedrich Wilhelm war voll Entrüstung darüber. Er hielt eine Einladung an den Landgrafen, die man schon vorläufig beschlossen hatte, zurück[1], und erinnerte ihn in einer zwar freundschaftlichen, dabei aber sehr ernsten Zuschrift, daß er gehalten sei, die rechtlichen Handlungen seiner Vorfahren anzuerkennen: glaube er einen Anspruch zu haben, so möge er denselben reichsconstitutionsmäßig verfolgen, oder seine, des Königs, Vermittelung annehmen. Die Anmahnung hatte die Wirkung, daß der Landgraf seine Truppen zurückzog. Man fürchtete wohl, er werde deshalb aus dem Bunde treten: das war jedoch seine Gesinnung nicht[2].

Indem aber trat eine andere Gefahr der Union heraus, die um so bedeutender in das Gewicht fiel, da sie eben den Reichserzkanzler betraf, dessen Theilnahme dem Bunde seinen allgemeinen reichsständischen Charakter gab. Der Churfürst von Mainz war von einer lebensgefährlichen Krankheit heimgesucht worden: man sprach davon, ihm einen Coadjutor und künftigen Nachfolger zu bestimmen; wie aber, wenn das Capitel einen Domherrn der österreichischen Faction, die in seinem Schoße sehr stark war, erwählte, die soeben eingeleitete deutsche Politik der Krone Preußens wäre dadurch untergraben worden.

---

1) „Denn bei so bewandten Umständen würde dessen Gegenwart nur embarassiren.“ Hofnachricht, dem Herzog von Weimar mitgetheilt von Stein.

2) Le roi risquoit de le perdre pour l'union germanique: mais ce prince a eu la générosité de rester dans cette association malgré ce petit désagrément.

Einen eigenthümlichen Bestandtheil des deutschen öffentlichen zugleich und privaten Lebens bilden noch im achtzehnten Jahrhundert die Höfe der geistlichen Fürsten, deren Zusammensetzung es mit sich brachte, daß auch untergeordnete Persönlichkeiten und Beziehungen zu dem Ganzen wirken konnten, und die politische Verhandlung bei jedem Schritte zu behutsamer Vorsicht genöthigt war.

Vor kurzem hatte das Kaiser Joseph erfahren: durch seine rücksichtslosen Neuerungen hatte er die besten Freunde des Hauses Oesterreich, das demselben ergebenste Interesse entfrembet. Man sagte von ihm, er streite wider sich selbst.

Indem nun Friedrich Wilhelm den Gedanken faßte, auf das Mainzer Capitel so weit einzuwirken, daß der Churstaat dem eingegangenen Bündniß nicht wieder verloren gehe, hielt er doch für nothwendig, diese Absicht selbst seinen Ministern verborgen zu halten und die Sache zunächst als eine persönliche zu behandeln. Wenn sich Hertzberg in dem Momente der Thronbesteigung eines Andern zu versichern gemeint hatte, so stellte sich in einer von ihm selbst beförderten Angelegenheit doch sofort heraus, daß die Cabinetsregierung mit Vorbeigehung der Minister nicht vermieden wurde.

König Friedrich Wilhelm, dessen vertrauter Rathgeber und Gehülfe Carl August von Weimar war, nahm die Wahl eines Coadjutors von Mainz in seine eigene Hand. Und zwar versuchte er, sie in mehr als einer Richtung anzubahnen. Die Hauptsache blieb immer das Capitel zu Mainz: aber man mußte auch den römischen Hof gewinnen, dessen Beistimmung schon bei den vorbereitenden Schritten unentbehrlich war. Wenn die Irrungen zwischen Wien und Rom dem König von Preußen dabei zu Statten kamen, so traten ihm

dagegen die Zwistigkeiten, die zwischen Mainz und Rom in Folge der Emser Punctation ausbrachen, hindernd in den Weg. Der König betraute einen Italiener, dem er besonderes Vertrauen schenkte, — es war der letzte der literarischen Umgangsgenossen Friedrichs II, ein Mann von universaler Bildung und diplomatischer Begabung, Marchese Lucchesini, — mit dem zarten und schwierigen Geschäft, eine Auskunft darüber in Rom zu bewirken.

Auch die nächsten Mitglieder des Bundes konnte man nicht vorbeigehen. Der König ersah sich einen seiner Kammerherrn, Studiengenossen seiner Jugend, Philipp Carl von Alvensleben, der selbst aus Hannover stammte, um dahin zu gehen, jedoch nicht etwa um den dortigen Ministern eine Mittheilung zu machen, sondern um den Herzog von York, den Sohn des Königs von England, zu Eröffnungen an denselben zu gewinnen [1]. Man weiß, welche Rolle Lucchesini und Alvensleben später im preußischen Dienst gespielt haben: in dieser geheimen Verhandlung gelangten sie zuerst zu Wirksamkeit und Bedeutung.

In Mainz selbst war neben Carl August noch der Landjägermeister Johann Friedrich von Stein thätig, der ältere Bruder des nachmals so berühmt gewordenen Ministers, jedoch eine ganz andre Natur als dieser: leichter, beweglicher, bei weitem mehr ein Weltkind, von mehr gesellschaftlichem Geist und Talent.

Und schon hatte man auch den Mann gefunden, der für die Stellung eines Coadjutors sich einzig eignete. Es war Carl von Dalberg, in dem sich der Ruf seines altbe-

1) Instruction secrète à mon chambellan le baron Alvensleben Fevr. 1787.

rühmten Geschlechts im Sinne der Zeit erneuerte. Auf protestantischen Hochschulen gebildet, und dann in die Laufbahn eingetreten, welche die geistlichen Stifter jungen Männern von vornehmer Herkunft öffneten, konnte er als der Repräsentant der gemäßigten Reformpartei unter den deutschen Katholiken gelten. In diesem Sinne hat er Jahre lang an der Regierung Franz Ludwigs von Erthal, Fürstbischofs in Würzburg und Bamberg, Antheil genommen. Man ging zu weit, wenn man ihn als den Urheber der dortigen Veränderungen in Kirche und Schule betrachtete: Franz Ludwig konnte sich, so kirchlich er auch war, mit Recht rühmen, daß das Lob großentheils ihm selber gebühre. Schon in Würzburg schlug Dalberg auch die politische Richtung ein, welche ihm die Aufmerksamkeit von Preußen verschaffte. In den Zeiten, daß der österreichische Hof sich um die deutschen Bisthümer ernstlich zu bewerben anfing, hat sich König Friedrich mit ihm in Verbindung gesetzt und über den Gedanken, die deutschen Stifter in den Händen des hohen Adels zu conserviren, verständigt. Dalberg erklärte, er habe alle Verehrung für das Haus Oesterreich, aber der Stifter dürfe sich dasselbe nicht bemächtigen: denn dabei könne die Verfassung des Reichs nicht bestehen. „Ich bin ein deutscher Edelmann", sagte er damals; „ich liebe mein Vaterland und will mich lieber aufopfern, als die Verfassung desselben vernichten lassen." Es machte ihn glücklich, daß der große König an ihn denke: er versichert, und vielleicht darf man es ihm glauben, an seiner eigenen Beförderung liege ihm dabei nichts, sondern nur an der Erhaltung der allgemeinen Unabhängigkeit dem überwiegenden Einfluß des Wiener Hofes gegenüber.

Seitdem war er als Statthalter des Churfürsten von

Mainz an die Spitze der Regierung in Erfurt getreten, und da mit den Koryphäen der Literatur, die sich in Thüringen zusammengefunden hatten, in Verbindung gekommen. Es bezeichnet ihn, daß er Wieland zum Director der Universität Erfurt machen wollte, an welcher derselbe einst mit andern Führern der philosophischen literarischen Bewegung der Zeit einer reactionären Partei hatte weichen müssen. Einmal in ihrem wesentlichen Bestand gestört, lassen sich aber die Pflanzstätten geistiger Cultur nicht so leicht wieder herstellen. Mit dem, was man in Weimar that, war Dalberg nicht immer zufrieden; er war sittig, überschwänglich und sentimental, mehr ein Freund Schillers, als Goethe's, und obwohl theilnehmend an der Literatur, doch niemals in ihrem Gesichtskreis befangen; er brachte das Gespräch gern auf allgemeine bürgerliche Verhältnisse. Von Anfang an war er ein Anhänger der Association der deutschen Fürsten gewesen. Er billigte es vollkommen, daß der Churfürst von Mainz derselben beitrat, und ließ vernehmen, jeder künftige Churfürst werde die nämliche Politik beobachten müssen. Eine Erklärung in ähnlichem Sinn hatte er schon das Jahr zuvor an Friedrich Wilhelm, ehe derselbe noch König war, gelangen lassen, und zwar durch Carl August von Weimar, mit dem er in engem freundschaftlichen Verhältniß stand. Zur Freundschaft gehört es nicht, daß man unbedingt und in allen Stücken billige was der Andre thut. Denn wo käme man hin, oder wo bliebe man selbst, wenn ein Jeder sich nur mit dem Vollkommenen befreunden wollte. Aber in den Idealen des Lebens und den auf das Allgemeine gerichteten Intentionen muß man einverstanden sein.

Es war nichts Neues, wie man sieht, sondern vorbereitet ehe man daran gedacht hatte, wenn nun Carl August seinen Nachbar,

den Statthalter von Erfurt, für die Stelle eines Coadjutors in Mainz in Vorschlag brachte. Friedrich Wilhelm II, in welchem eine Ader schlug wie in seinem Zeitgenossen, ging mit Vergnügen darauf ein.

Um die Sache aber ins Werk zu setzen, wurde das tiefste Geheimniß und die sorgsamste Vorsicht für erforderlich gehalten.

Es ist charakteristisch für die Zeit und der Erwähnung selbst im Einzelnen werth, wie man dabei verfuhr.

Würde die Absicht nicht vielleicht haben geahnt werden können, wenn Carl August von Berlin unmittelbar nach Mainz gegangen wäre? Man fand den Vorwand, daß seine Anwesenheit in Karlsruhe durch seine nahen Beziehungen zu dem markgräflichen Hofe nöthig gemacht werde. Der Markgraf wurde veranlaßt, dem Herzog eine Aufforderung, ihn zu einem bestimmten Zweck zu besuchen, zugehen zu lassen.

Der Courier, der dieselbe brachte, mußte sich damit erst nach Weimar und nach Dessau begeben. In Berlin wollte sie hierauf der Herzog dem König öffentlich mittheilen; sie sollte allgemein bekannt werden: die diplomatischen Agenten würden alsdann davon nach Hause schreiben: Niemand würde daran zweifeln. So kam man im November 1786 überein. Ende December finden wir den Herzog zunächst bei dem Statthalter in Erfurt. Auch dem sagte er nichts von dem eigentlichen Zweck seiner Reise: er suchte sich nur seiner Gesinnung zu versichern und über die eben obwaltenden Zustände in Mainz zu unterrichten. Dalberg äußerte, wenn der Churfürst seiner letzten Krankheit erlegen wäre, so würde die Wahl wahrscheinlich auf ihn, den Statthalter, gefallen sein: jetzt sei derselbe genesen und die Lage schon wieder zu

seinem Nachtheil verändert. Er lehnte es ab, über die deutsche Union eine schriftliche Erklärung von sich zu geben: mündlich aber sprach er sich dafür mit einem Nachdruck aus, der den Stempel der vollen Wahrhaftigkeit an sich trug. Der Herzog nahm den Weg über Mainz, um, seiner Ankündigung gemäß, nach Karlsruhe zu gehen, von wo er nach kurzem Aufenthalt wieder nach Mainz zurückkehrte. Er sprach mit dem Churfürsten zunächst nur über die Anliegen des Bundes überhaupt; dann mit dessen Nichte, Frau von Coudenhoven, die in allen Geschäften ihre Hand hatte, und mit ihrem Bruder, dem Grafen Hatzfeldt über Dalberg, den er wieder in ein gutes Vernehmen mit dem Churfürsten zu bringen den Auftrag und den Wunsch habe. Der Plan, denselben zum Coadjutor zu machen, konnte nur in Aussicht gestellt, nicht in unmittelbare und dringende Anregung gebracht werden: und auch schon damit erregte der Herzog vielen Anstoß; man fand, er sei viel zu warm für Dalberg. Zunächst blieb alles in Weitem: auf den Bericht des Herzogs erklärte sich König Friedrich Wilhelm nur eben bereit, Jeden anzunehmen, den das Capitel wählen würde, vorausgesetzt die Sicherheit, daß derselbe einst der Union anhangen werde[1]. Wenn von der Ernennung eines Coadjutors überhaupt die Rede sein sollte, so mußte man bei einem Candidaten, den der Churfürst und seine Umgebung allen Anderen vorzog, des Namens Dienheim, stehen bleiben. Von dem Landjägermeister Stein, der damals aus Nassau herbeikam, liegt ein Brief an Frau von Coudenhoven vor, in welchem er die Unterstützung des Königs für Dienheim zusagt. Denn vor allem darauf kam es an, den ent-

1) qu'un jour il vouloit en tout adhérer au systême de l'union.

gegengesetzten Candidaten, den Dechanten des Capitels Fechenbach, der zur österreichischen Partei gehörte und dem preußischen Interesse so wenig zugesagt hätte wie dem Churfürsten selbst, auszuschließen.

Die Verhandlungen hatten eine besondere Schwierigkeit darin, daß der Churfürst von Mainz die Emser Beschlüsse festzuhalten suchte, indem er der Einwilligung des römischen Hofes für die Coadjutorwahl bedurfte. Seine Meinung war, daß Lucchesini das Eine und das Andere betreiben solle: gleich als wäre es möglich, Zugeständnisse zu erlangen, indem man fortfährt zu beleidigen. In Berlin machten die kirchlichen Noten des Churfürsten, die dahin mitgetheilt wurden, wenig Eindruck; man meinte darin eine Mischung von Pfaffenstolz und persönlichem Dünkel zu finden; man urtheilte, daß alles, was darin vorkomme, von Febronius bereits besser gesagt sei: man war um so weniger geneigt, ihm beizutreten, da von den westphälischen Bischöfen Briefe umliefen, welche fast ein Schisma innerhalb der deutschen Kirche befürchten ließen. Lucchesini erhielt eine Instruction, deren Inhalt bewies, daß der König in der Sache zwischen den Erzbischöfen und dem Papst vollkommen neutral blieb und kaum eine Entscheidung nach der einen oder der andern Seite wünschte, sondern den bestehenden Zustand aller Veränderung vorzog [1].

Man war nur glücklich, daß noch Niemand von dem Vorhaben in Bezug auf die Coadjutorwahl eine Ahnung

1) So wörtlich meldet Stein dem Herzog Carl August, 24. Februar 1787. Er hat das Schreiben an Lucchesini aufgesetzt, „welches völlig approbirt wurde."

hatte. Auftauchende Gerüchte, welche das Gegentheil befürchten ließen, waren in kurzem wieder verschwunden.

Während sich Lucchesini nach Rom begab, konnte man sich in Mainz des Ausfalls der Wahl wenigstens vorläufig versichern.

Der Churfürst hielt noch immer an Dienheim fest und hatte eine gute Anzahl Stimmen für ihn gewonnen. Aber eine nicht minder starke Partei war für Fechenbach. Stein, der im rechten Augenblick nach Mainz, wo auch Dalberg eingetroffen war, zurückkam, fand den Churfürsten entschlossen, keinen Coadjutor anzunehmen, der der Gegenpartei angehöre, und lieber die ganze Sache aufzugeben. Dalberg verfügte über fünf Stimmen, mit denen er allerdings nicht in den Kampf um die Mitra eintreten konnte, aber sie gaben ihm so viel Gewicht, daß die Entscheidung zwischen den beiden Parteien von ihm abhing. Der Churfürst war noch unversöhnt mit ihm, doch zog er ihn seinen ausgesprochenen Gegnern vor und wurde durch seine Umgebung, auf welche die erste Verhandlung Carl Augusts immerhin einen gewissen Eindruck gemacht hatte, darin bestärkt. Der Churfürst war geneigt, obwohl er ihn nicht liebte, ihn dennoch anzunehmen, wenn er nur so viel Selbstbeherrschung habe, um nicht seinen Gegnern die Majorität zu verschaffen. Das konnte man Dalberg jedoch nicht sagen, weil es, wenn es bekannt wurde, die eigene Partei des Churfürsten irre gemacht hätte. Man ergriff das sonderbarste Mittel, das sich denken läßt. Der gewandte Stein führte Dalberg zu Frau von Coudenhoven, die noch zu Bette war, aber trotzdem den Besuch der beiden Herren annahm. Sie wandte alles an, um Dalberg zu bestimmen, mit seiner Partei wenigstens nicht auf die Seite der

Gegner zu treten. Sie that das mit der geübtesten Ueberredungsgabe, ohne ihm doch ihr Geheimniß zu verrathen. Für Stein, der es kannte, ein Augenblick außerordentlichen Vergnügens, zu sehen, wie sie in äußerster Besorgniß und zitternd, sich zu verrathen, den Statthalter von Erfurt durch alle anderen Gründe zu überreden suchte, den Gegnern nicht beizutreten. Nur den sagte sie nicht, der ihn wirklich hätte bestimmen müssen. Aber auch die andern genügten. Gegen Mittag versammelte sich die Gegenpartei, welche die Mehrheit gehabt haben würde, wenn sich Dalberg mit seinen Stimmen ihr beigesellt hätte. Dazu aber war dieser nicht zu bewegen, er hielt das der Frau von Coudenhoven gegebene Versprechen, ohne daß er, so werden wir versichert, noch gewußt hätte, wie viel ihm selbst darauf ankam. Denn auch ihm waren die alten Emmericianer und Fechenbach widerwärtig.

Unter allen Umständen mußte ihm daran liegen, die entgegengesetzte Partei nicht zum Erzkanzleramt im Reiche gelangen zu lassen. So hatte er sich immer ausgesprochen: es war sein Lebensgrundsatz; in jedem Falle wollte er das Seine zur Aufrechthaltung der Union beitragen. Durch dies Verhalten und die Gemeinschaft des Interesses wurde nun Churfürst Friedrich Carl gewonnen. Denn welcher Beunruhigung würde er sein ganzes Leben hindurch ausgesetzt gewesen sein, wenn ein Gegner des Fürstenbundes gewählt worden wäre? Am Palmsonntag 1787 versammelte er seine eigenen Anhänger und forderte sie auf, ihre Stimmen dem Statthalter von Erfurt zu geben. Dalberg selbst war überrascht, und empfing die Entscheidung als einen Beweis der wiederkehrenden Gnade. Der kaiserliche Gesandte, der zu-

gegen war, hatte von alle dem keine Ahnung; er wähnte, es sei von der Wahl eines preußischen Prinzen zum Coadjutor die Rede, wofür allerdings keine Aussicht dagewesen wäre. Man sah ihn in der entscheidenden Stunde sein Pferd vor den Fenstern der Dame tummeln, der er huldigte.

Um so zufriedener war die entgegengesetzte Partei. Mit frohlockender Genugthuung meldete Frau von Coudenhoven dem Herzog von Weimar den Erfolg, der hauptsächlich ihm zu danken sei. Seiner früheren Anwesenheit, die Anfangs nicht zum Ziel führte, schreibt sie einen nach der Hand wirksam gewordenen Einfluß auf die Entschließung des Churfürsten zu [1].

Diesen selbst weiß der Landjägermeister Stein — ich nenne ihn so, denn zum Gesandten war er nicht ernannt — der früher keine große Meinung von ihm gehabt hatte, nicht genug zu loben. Er habe sich mit einem patriotischen Heroismus entschlossen, trotz mancherlei früher ausgesprochener Gründe und persönlicher Abneigung dennoch im rechten Momente für Dalberg zu entscheiden. Als es ihm klar geworden sei, daß Dienheim nicht durchdringen würde, habe er die für denselben gewonnenen Stimmen mit resoluter Geschicklichkeit zu Dalberg übergeführt.

Kein Zweifel, daß der Gedanke der deutschen Union hiebei das wirksamste Moment gebildet hat. Denn wie berührt, niemals hätte Carl Friedrich einen Coadjutor von entgegengesetzten Ansichten neben sich dulden können. Von Dalberg ward auch jetzt keine ostensible Declaration gefordert. Aber in dem Danksagungsschreiben, welches er für seine Beförderung an

1) Rapport au roi, Avril 1787. In den Analecten.

den Churfürsten richtet, drückt er sich unumwunden darüber aus. Er wünsche nichts als ein Instrument in seinen Händen zu dem Zwecke zu sein, zu dem er sich dem Fürstenbunde angeschlossen habe, der Erhaltung der deutschen Verfassung. Dies sei der wahre Weg, um den Gesetzen ihre Kraft zurückzugeben und die deutsche Freiheit zu sichern [1]. Jede Gelegenheit, dazu beizutragen, werde unendlichen Werth für ihn haben. Dieses Schreiben wurde nach Berlin und nach Hannover vertraulich mitgetheilt.

Nach der ersten war noch eine zweite Wahlhandlung vorläufiger Natur vonnöthen. Der Churfürst von Mainz war zugleich Bischof von Worms, und auch hier mußte nun auf die Ernennung eines Coadjutors Bedacht genommen werden. Auf die meisten Stimmen konnte hier ein Herr von Hohenegg zählen; der aber hatte durch sein Verhalten bei der Mainzer Wahl das Vertrauen des Churfürsten verloren, und trat jetzt freiwillig zurück. Leicht würden nun alle Stimmen sich auf den jüngeren Hatzfeldt, Bruder der Frau von Coudenhoven, vereinigt haben, wenn der Churfürst gewollt hätte. Er trug aber Bedenken, denn das Bisthum Worms war nicht so reich dotirt, um von Mainz getrennt einen fürstbischöflichen Hof mit dem erforderlichen Anstand zu erhalten. Ein schwacher Bischof von Worms aber würde in Abhängigkeit von

1) L'union proposée par Frédéric le grand, adoptée par plusieurs princes respectables, et à laquelle V. A. Electorale a donné par son accession la plus forte sanction, cette union, dis-je, est le vrai moyen de rendre la vigueur aux lois et d'assurer la liberté de l'Allemagne. Cetté union conforme aux lois de l'Empire et utile pour ses effets a toujours fait mon admiration, et toutes les occasions de contribuer à son maintien me seront infiniment prétieuses.

dem Churfürsten von der Pfalz gerathen sein. Friedrich Carl hielt für nothwendig, Worms mit Mainz verbunden zu halten. Er verwandte sich nun auch in Worms für Dalberg, wo dieser ohnehin durch die Verdienste, die sich seine Altvordern in Stift und Land erworben hatten, empfohlen war, und setzte ihn ohne Mühe durch.

Es ist auffallend, daß Frau von Coudenhoven, die alles bei dem Churfürsten vermochte, sich nicht für ihren Bruder, den sie liebte, bemüht hat. Aber bei aller Wunderlichkeit und selbst Anstößigkeit ihrer Verhältnisse hatte sie eine gewisse Erhebung in ihrem Geist, so daß sie der sonst sarkastische Stein einmal als ein seltenes Weib bezeichnet. Die Coadjutorwahl hatte viel Geld gekostet. Denn man mußte erst die Stimmen für Dienheim und die nämlichen dann auch wieder für Dalberg gewinnen, was denn nach der altherkömmlichen Weise nicht ohne Geldgeschenke geschehen konnte. Der König von Preußen hatte dazu eine ansehnliche Summe bestimmt, mit deren Verwendung im Einzelnen aber sein Bevollmächtigter sich nichts zu schaffen machte. Nur der Frau von Coudenhoven, welcher der günstige Erfolg größtentheils zuzuschreiben war, wurde von Stein im Namen des Königs ein Geschenk, welches der Monarch mit einem Briefe begleitet hatte, angeboten. Sie lehnte es ab. Denn sie wollte nicht auch zu den Bestechlichen gezählt werden.

Noch war aber das ganze Geschäft nicht zu Ende gebracht, so lange das Breve der Eligibilität Dalbergs nicht von Rom eingetroffen war. Nicht um ein solches auszuwirken, aber um es abzuholen, und Lucchesini über die geschehene Wahl Dalbergs zu verständigen, wurde Johann Müller, der Historiker, nach Rom geschickt. Denn eines durchaus sicheren und einverstandenen

Mannes bedurfte es hiezu. Müller hielt es für der Mühe werth, die Reise, die ihm den Anblick der Stadt Rom verschaffen sollte, zu übernehmen, zumal da er zugleich beauftragt war, die Zweifel, die sich gegen die Rechtgläubigkeit Dalbergs regen konnten, im Namen des Churfürsten zu zerstreuen. Müller war nicht gerade ein Anhänger Dalbergs, aber eifrig für den Dienst des Churfürsten, der ihn bei sich aufgenommen und zu seinem Bibliothekar gemacht hatte, er lebte und webte in den Ideen, aus denen der Fürstenbund hervorgegangen war. Eine der besten historisch-politischen Schriften, welche wir überhaupt besitzen, ist die Arbeit Johann Müllers über den Fürstenbund; er verknüpft darin das Ereigniß des Tages mit dem geistlich-weltlichen Herkommen im Reiche und den Weltbegebenheiten der letzten Jahrhunderte. Er hat sie im Auftrag des Churfürsten Carl Friedrich geschrieben, der ihn dann als seinen Staatsrath in die Geschäfte zog. Müller gehörte seiner Gesinnung und Bildung nach in den Kreis der Männer, die in dieser Sache zusammenwirkten und gab ihm Glanz durch sein Talent: mit Stein war er innig befreundet.

Einen Nachweis der Rechtgläubigkeit Dalbergs, die man doch nicht ernstlich in Zweifel ziehen konnte, bedurfte es in Rom nicht; man hatte hier nur das Dringendste, die Fragen über den Emser Congreß, vor Augen.

Da hatte nun Lucchesini von dem Churfürsten Aufträge erhalten, wie sie den Instructionen des Königs entsprachen. Auch in Mainz bestand man auf den Emser Beschlüssen nicht mehr unbedingt, da der Kaiser sie nicht unterstützte und der König von Preußen sie mißbilligte: wenn nur die Besorgniß einer Schmälerung der Diöcesanrechte durch römische Einwirkung, wovon alles ausgegangen war, gehoben wurde.

Lucchesini empfing die Versicherung, daß die erzbischöflichen Rechte von Mainz in der Rheinpfalz unverändert erhalten und die Anträge des Churfürsten von Pfalz-Baiern, die auf eine Beschränkung der Diöcesanrechte in seinen Landen gingen, kein Gehör finden sollten. Dagegen sagte er zu, daß der Churfürst den Beschlüssen des Emser Congresses keine weitere Folge geben und sich in Bezug auf die Kirchendisciplin an den bestehenden Zustand, den status quo, halten werde[1]. Man wünschte in Rom selbst eine Garantie des Königs von Preußen, den man erst jetzt officiell als König anerkannt hatte, und Lucchesini hatte kein Bedenken dawider. Gegen Dalberg hatte man nichts einzuwenden, nur sollte er sich zur Beobachtung der vereinbarten Bedingungen verpflichten.

In Mainz waren die geistlichen Räthe mit denselben nicht ganz einverstanden. Sie meinten bei dem Ausdrucke status quo Mentalreservation und Erneuerung unerträglicher Ansprüche fürchten zu müssen. Auch Stein war mit dem Worte nicht zufrieden: wie es denn in der ursprünglichen Instruction vermieden worden war; er mißbilligte, daß es Lucchesini angewandt hatte. Da es nun aber einmal angenommen war, so hielt er für gut, in der Formel, die nach Rom zurückging, es dennoch beizubehalten. Nach manchen Conferenzen ward diese durch den Churfürsten selbst angenommen.

---

1) Lettre de Mr de Lucchesini à S. A. E. de Mayence, Rome 18. Avril 1787: A laisser sans poursuite les conclusions arrêtées au congrès d'Ems, et à se contenter de conserver le statu quo dans les affaires de discipline ecclésiastique. Die Angaben Pacca's (Memorie storiche 74) sind nicht falsch, aber im römischen Sinne ausgedrückt.

Nun erst war das Breve der Eligibilität, welches Müller zurückgebracht hatte, eigentlich wirksam. Dalberg selbst nahm die Verpflichtung, die ihm für die Zukunft auferlegt wurde, mit Vergnügen an. Nach einiger Zeit wurde die Wahl in aller Form vollzogen. Das Auffallende und politisch Bedeutende war, daß ihm in Rom, wie Lucchesini berichtet, das Festhalten an der Union deutscher Fürsten ausdrücklich zur Bedingung gemacht wurde. Eben dahin ging die päpstliche Politik, den Uebergriffen des Kaisers durch ein gutes Verhältniß mit dem Bunde und eine Begünstigung desselben entgegenzutreten. Eine Combination der unerwartetsten Art trat ein: da Papstthum und Protestantismus verbunden erschienen. Eine Denkschrift, welche handschriftlich und anonym in diesen Tagen verbreitet wurde, liegt vor, worin die ältere Geschichte des Reichs und der Päpste mit den damaligen Zuständen in Bezug gesetzt wird [1]. Die Bestrebungen Kaiser Josephs, der über die päpstlichen Rechte und die geistliche Verfassung in seinem Machtbereich ohne Rücksicht verfügte, und einen Anlauf nahm, das Kaiserthum zur vorwaltenden Macht in Europa zu erheben, riefen die längst verschwundene Weltstellung der salischen und der staufischen Kaiser ins Gedächtniß zurück. Gegen deren Uebermacht habe der Papst an dem deutschen Fürstenthum und dieses wieder an dem Papstthum Stütze und Rückhalt gefunden. In dieser

1) Mémoire sur la convenance et les moyens d'attacher les Princes Ecclésiastiques d'Allemagne au système de l'Union. In dem weimarischen Archiv. Den Autor, der diese einleuchtenden, aber ungewöhnlichen Gedanken hatte und sich sehr wohl ausdrückt, wüßte ich nicht anzugeben.

Gegenseitigkeit sei im Laufe der Zeiten die deutsche Reichsverfassung gegründet worden, erst die Reformation der Kirche habe eine Veränderung darin hervorgebracht. Denn in seiner religiösen Stellung angegriffen, habe sich das Papstthum unter dem Einfluß der Jesuiten mit dem Haus Oesterreich alliirt, und daraus sei dann die engste Verbindung von Oesterreich mit den deutschen Hochstiftern hervorgegangen. Oesterreich habe die Bischöfe gesetzt und darum auch beherrscht: es habe sich ihrer Länder in seinen Kriegen und ihrer Stimmen in der Reichsversammlung bedient. Das ganze Uebergewicht dieses Hauses in Deutschland schreibe sich von diesen Beziehungen her. Der erste wahre Widerstand hiegegen, — so heißt es weiter, — sei von preußischer Seite gekommen. In dem damaligen Augenblick, in welchem Oesterreich und die bourbonischen Höfe gemeinschaftlich dem Papstthum ihren Willen auferlegten, und das erste den Anlauf nahm, ihm in Italien selbst durch die Synode von Pistoja enge und verhaßte Schranken zu ziehen, war man in Rom sehr geneigt, mit dem König von Preußen, dem protestantischen Bekenntniß desselben zum Trotz, in ein Verständniß zu treten. Die deutsche Association war dort willkommen. Es gereichte für den Churfürsten von Mainz und seinen Coadjutor zur Empfehlung, daß sie ihr beitraten. Jedermann fühlte durch, daß sie der deutschen Hierarchie zur Schutzwehr diente, wie ja auch dieser Gesichtspunkt bei ihrer Gründung sehr wirksam gewesen war. Man zweifelte nicht und war fern davon es zu mißbilligen, daß die übrigen geistlichen Fürsten sich dem Erzkanzler des Reiches hierin anschließen würden. Eine große Rolle schien dem neuen Coadjutor bestimmt zu sein. Bei den bevorstehenden Vacanzen in Constanz und selbst in Eichstädt hat man seine Augen

auf ihn gerichtet. Besonders hätte daran gelegen, auch die Abtei Fulda für ihn zu sichern, von wo ihm dann die nöthigen Mittel zu einer anständigen Unterhaltung, ohne fremde Beihülfe, hätten zufließen können. Bemerkenswerth ist, daß auch Fechenbach, da ihm die österreichische Protection so wenig geholfen hatte, eine Hinneigung zur Union und zu Preußen kund gab: er wurde bereits damals zum Nachfolger in Würzburg ausersehen.

Man hoffte durch Waldendyl, Capitular in Mainz und in Trier, doch den Churfürsten von Trier zu gewinnen.

Eine Umgestaltung der deutschen Angelegenheiten eigenthümlichster Art, aber ohne Erschütterung der Standesverhältnisse, trat damit in Aussicht. Das gesammte deutsche Gemeinwesen, eingeschlossen die geistlichen Fürstenthümer und den hohen Reichsadel, aus dessen Mitte mit besonderer Rücksicht auf das Herkommen von altem Blut die Capitel besetzt wurden, während der kaiserliche Hof den neueren Adel begünstigte, schien einer Regeneration unter dem Vortritt der preußischen Macht entgegengeführt zu werden. Das Vorgehen Kaiser Josephs, das alle bedrohte, gab ihnen ein gemeinschaftliches Interesse. Vor allem trat die Thatsache hervor, daß damit dem religiösen Hader, der an sich nicht zu überwinden war, seine die Gemüther zersetzende Schärfe genommen wurde. Papst Pius VI und sein Staatssecretär Buoncompagni waren mit dem Princip der Toleranz einverstanden, inwiefern eine Anerkennung desselben von bischöflicher Seite auch zugleich eine Sicherung der geistlichen Verfassung in sich schloß. Freilich strebte der deutsche Geist noch weit über die Toleranz hinaus. Er arbeitete in allen Landschaften, den Universitäten, den Regierungen daran, ein inneres Verständniß hervorzu-

bringen. Verkennen wir nicht, daß sich der nationale Gedanke in diesen Jahren kräftig regte. Man dachte, solche Einrichtungen zu treffen, durch welche man über alle kleinen Streitigkeiten und Parteiungen hinwegkommen dürfte: unter einer Föderation von Fürsten, welche Recht und Gesetz allenthalben zur Geltung bringe, werde der Deutsche inne werden, daß er ein Vaterland habe.

Neunzehntes Capitel.

Ideen einer Reichsreform im Fürstenbunde. Belebung des Reichstags.

Schon die ersten Versuche, enger zusammenzutreten, hatten eine günstige Rückwirkung in Regensburg ausgeübt: die vornehmsten Hindernisse der Gesammtberathung waren hinweggeräumt worden. Doch war die Gegenwirkung Oesterreichs, dem sich die meisten von Denen anschlossen, welche dem Bunde nicht beitraten, noch allezeit zu empfinden. Auch in den Jahren 1786 und 1787 betrafen die Verhandlungen doch nur unbedeutende Gegenstände: die Beiträge etwa zu dem Bau eines Archives zu Wetzlar, womit eine Reihe von Sitzungen hingebracht wurde; die Promotion zu dem Reichsgeneralat, die in einer Zeit, wo von keinem Reichsfeinde die Rede war, eine untergeordnete Bedeutung hatte, und nur dazu diente, die alten Gegensätze zwischen evangelischen und katholischen Ständen bei der Reichsbewaffnung hervorzurufen. Die beiden Generale, die den meisten Anspruch hatten, waren Protestanten: es schien, als ob ihnen unter dem Einfluß Oesterreichs und seiner Anhänger Katholiken vorgezogen werden sollten: der feurige und wachsame Schwarzenau drohte mit dem äußersten Mittel, einer Itio in partes, wenn man diesem Vorhaben

weitere Folge gebe. Es wurde in der That rückgängig, und dem Dienstalter blieb sein Vorzug gewahrt. Sehr zufrieden damit führt doch der preußische Gesandte seinem Hof immer zu Gemüth, wie viel wichtigere Gegenstände in Bezug auf Rechtspflege und Gesetzgebung vorgenommen werden sollten [1].

Nun aber hatte sich in dem Fürstenbunde durch den Beitritt des Churfürsten von Mainz, dem als dem Reichserzkanzler die Einleitung der Reichsverhandlungen zukam, ein andrer Mittelpunkt gebildet, von dem für diese Angelegenheiten ein neuer Antrieb ausgehen mußte.

Nachdem die Coadjutorwahl definitiv vollzogen worden, begab sich Carl August Anfang Juni 1787 nach Aschaffenburg, um den deshalb veranstalteten Festlichkeiten beizuwohnen. Er fand das Verhältniß zwischen dem Churfürsten und dem Coadjutor nicht so, wie sich wünschen ließ. Ueber die für den letzteren erforderliche Ausstattung war eine Verstimmung eingetreten, die durch andere Mißverhältnisse an dem churfürstlichen Hofe genährt wurde. Wie sich aber dabei doch Churfürst Carl Friedrich die möglichste Mühe gab, jeden Anstoß zu vermeiden, so setzte sich nach einiger Zeit alles ins Gleiche. Der Churfürst führte seinen Adoptivsohn, wie man Dalberg nannte, in das Geleise der von ihm eingeschlagenen Politik ein. Dalberg erschien als der Schüler, der Churfürst als der Lehrer, und zwischen beiden bildete sich besonders über die Fortentwickelung der Union ein vollkommenes Einverständniß.

Die Stellung, welche der Herzog von Weimar, dessen

1) Die Berichte J. B. von Schwartzenau's, besonders vom 11. Mai 1786, 4. März 1787; doch müssen sie alle consultirt werden.

man sonst nur in literarischen Beziehungen gedenkt, in der Mitte der deutschen Fürsten einnahm, wuchs von Tage zu Tage an politischer Bedeutung. Zuerst an ihn wendete sich der Churfürst mit seinen Entwürfen für Wirksamkeit und Befestigung des Bundes.

Damals bezogen sich diese besonders auf zwei Punkte, von denen der eine, indem man dabei von dem allgemeinen Bedürfniß der Vertheidigung ausging, doch zugleich ein territoriales Interesse hervorhob; er war besonders auf die dem Churstaate Mainz zu gebende Wehrverfassung gerichtet. Graf Hatzfeldt, General in mainzischen Diensten, machte darauf aufmerksam, wie leicht die Festung Mainz den Franzosen, die man sich dabei noch als Verbündete von Oesterreich dachte, in die Hand fallen könne. Sie würden sich dann an Rhein und Main ungehindert ausbreiten, dort ihre Magazine anlegen und für den Fall einer unglücklichen Wendung ihres Angriffs für ihren Rückzug gesichert sein: leicht könne damit ein Unternehmen des Kaisers auf Baiern und Pfalz in Verbindung treten. Auch des Landgrafen von Hessen sei man nicht so vollkommen sicher, daß man nicht einen Anfall von seiner Seite zu besorgen habe. Gegen alles dies würde die Herstellung der Festung Mainz und die Vermehrung der mainzischen Truppen auf das Doppelte Schutz gewähren. Die churfürstlichen Landschaften aber seien unfähig den hierzu erforderlichen Aufwand zu bestreiten, und nur Subsidien der größeren Höfe würden es möglich machen.

Wie wichtig die Verstärkung der Festung von Mainz für Deutschland überhaupt war, haben spätere Ereignisse an den Tag gelegt und konnte man sich schon damals nicht verbergen. Aber an den Festungswerken hat es eigentlich nicht

gefehlt, sondern an dem Geist und dem Willen, sie zu vertheidigen. Auf den Entwurf des Churfürsten und seines Generals in dieser Hinsicht ging nun Carl August nicht ein. Er bemerkte, genügende Bewaffnung sei für einen geistlichen Staat, wo der Soldat nicht geehrt und das Commando nach Gunst vergeben werde, fast unmöglich. Sollten Subsidien gezahlt werden, so würden sie viel besser bei dem Herzog von Braunschweig angebracht sein, der dann auch den Landgrafen im Zaum halten könne. Wollte man in Mainz zu Rüstungen schreiten, so würde man das Reich in eine allgemeine Aufregung setzen und allen ferneren Beitritt zu dem Bunde verhindern. Auch entspräche das nicht der Aufgabe des Reichserzkanzlers. Der sollte vielmehr seine ganze Aufmerksamkeit auf die Reichsverfassung richten; vor allem dahin arbeiten, daß der Kaiser nicht mehr durch den Reichshofrath auf die kleineren Fürsten und den hohen Adel einen nur ihm vortheilhaften Druck ausüben könne; ferner die Visitation des Reichskammergerichtes in Gang setzen; endlich die Verbesserung der Reichsgesetze in Angriff nehmen. Zu dieser Thätigkeit, die bei der Aufnahme des Reichserzkanzlers in den Bund vornehmlich ins Auge gefaßt worden war, suchte Carl August denselben anzuhalten.

Bei dem Ausbruch der Irrungen in Holland, die auch den Herzog von Weimar als preußischen General ins Feld riefen, nahm er mit Einwilligung des Königs seinen Weg nochmals über Aschaffenburg: er blieb einen oder zwei Tage bei dem Churfürsten. In ihren Conferenzen wurde nun vornehmlich der andere von Mainz in Anregung gebrachte Entwurf erwogen. Derselbe ging auf die Berufung eines Congresses der Verbündeten nach Mainz, an welchem auch die minder mächtigen

Mitglieder auf eine oder die andere Weise theilnehmen könnten und dem Bunde eine gemeinschaftliche politische Action verschafft werden sollte. Ohne dessen Zustandekommen, sagte der Churfürst, würde die Union nur eben ein schöner Gedanke bleiben, wie andere, die mit der Zeit in Nichts zerfallen seien: die verbündeten Fürsten würden das Vertrauen verlieren, wenn man nicht baldigst dazu schreite. Und darauf nun ging der Herzog mit allem seinem Eifer ein; er schrieb dem König darüber von Frankfurt aus [1]. Noch vollständiger erhellt seine Idee aus einem Schreiben, das er an Hardenberg, damals noch braunschweigischen Minister, in der Sache richtete.

Den Congreß, sagte er, zu Stande zu bringen, würde ein großer Schritt sein, um die deutsche Reichsverfassung zu befestigen und zu verbessern und Deutschland von der Herrschaft der Indolenz und Ungerechtigkeit zu befreien. „Es ist Ihnen nicht unbekannt, daß durch die Langsamkeit des Reichstags, das was man thun möchte, verhindert wird. Die Uebelgesinnten bedienen sich dieser Stagnation, um ihre schlechten Zwecke zu erreichen. Der gegenwärtige Reichserzkanzler und sein Coadjutor, die thätigsten, welche Deutschland jemals besessen hat, wünschen nun, daß die zur Erhaltung ihrer Existenz verbündeten Fürsten, durch zuverlässige Minister vertreten, sich in Mainz vereinigen, um die

1) Von diesem Schreiben lagen mir der Entwurf in Weimar und die originale Abschrift, die an den König eingesendet wurde, vor. Die Sorgfalt, mit der der Herzog arbeitet, läßt sich daraus abnehmen, daß er das Wort, das er dem Churfürsten in den Mund legte: notre Union n'est qu'une belle image, in dem Schreiben selbst treffender ausdrückt:.. n'est qu'une belle ébauche.

Anträge vorzubereiten, die man an dem Reichstage gemeinschaftlich durchzuführen beabsichtigt. Man wird daran gehen, unsere Gesetzgebung zu verbessern, die Visitationen unserer Reichstribunale wiederherzustellen, den Doctrinen des kaiserlichen Hofes und seinen Usurpationen zu widerstehen und alle Streitigkeiten, welche die Reichsstände entzweien, zu beseitigen. Diese Vorarbeiten würden auf den Reichstag zurückwirken: man würde sich dort leichter über jeden Artikel verständigen. Der Congreß würde sich damit beschäftigen, auch die übrigen Fürsten zur Union herbeizuziehen. Die Unterscheidung zwischen Churfürsten und einfachen Reichsfürsten würde dabei wegfallen; jedes Mitglied der Union würde so gut eine Stimme haben wie die anderen." Ein Entwurf, wie man sieht, von der größten Tragweite, der, indem er für den Bund eine gleichmäßigere, den Formen des Reiches nicht durchaus entsprechende Verfassung in Aussicht nahm, demselben zugleich eine entscheidende Einwirkung auf die Reichsangelegenheiten verschaffen sollte. Darin lag die vornehmste historische Frage, in wie fern eine enger zusammenschließende Gestaltung von Deutschland mit den bestehenden Formen der Reichsverfassung sich würde vereinigen lassen oder nicht.

Die nächste Absicht des Herzogs und des Churfürsten war, daß Stein, zum Gesandten des Königs ernannt, die Direction der ganzen Angelegenheit in die Hand nehmen sollte. Der Herzog wollte ihm einen Secretär seiner eignen Wahl beigeben [1].

1) Daß er sich dazu eines Mannes bedienen wollte, der damals in Hardenbergs Diensten stand, gab den Anlaß zu dem erwähnten Briefe, der sich zufällig in den zerstreuten Papieren zu Neu-Hardenberg gefunden hat. Die Antwort Hardenbergs hat sich noch nicht gefunden.

Die Ernennung Steins ging nicht ohne einigen Widerstand von Seiten der alten Diplomaten durch; sie war hauptsächlich das Werk des Herzogs: in kurzem finden wir Stein in öffentlich anerkannter Wirksamkeit in Mainz. Für den Mann selbst ein prächtiger Wechsel. In Berlin lag ihm amtlich unter anderem das Geschäft ob, die königlichen Schlösser mit dem erforderlichen Brennholz zu versorgen: jetzt trat er in eine großartige, die Zukunft des Reichs betreffende Thätigkeit.

Carl August hatte bereits einen Plan ausgearbeitet und in Mainz vorgelegt, nach welchem die Sache angegriffen werden möge. Sehr umfassend waren seine Vorschläge. Er dachte ein allgemeines deutsches Gesetzbuch für Civilrecht und Criminalrecht, eine durchgreifende Verbesserung der Rechtspflege überhaupt zu veranlassen: womit dann der Austrag der Frage über Visitation der Reichsgerichte und Recurse an den Reichstag zusammenhing. Carl August meinte, die unirten Fürsten sollten einen gemeinschaftlichen Antrag zu diesem Zweck am Reichstage stellen, und zwar bereits einen sehr ausgearbeiteten: auch die Rechtsgelehrten der verschiedenen Landschaften wären aufzufordern, ihre Gutachten darüber abzugeben.

Der Churfürst von Mainz machte einige Einwendungen: der Entwurf erschien ihm zu umfassend, und ein gemeinschaftlicher Antrag sogar gefährlich. Denn schon sei das Reich zwischen den beiden Confessionen zerspalten; neben diesen werde die Union als dritter, ohne gebeten zu sein, „reformiren wollender Reichstheil" erscheinen, was nur den übelsten Eindruck machen könne. Seine Meinung war, daß man bei dem unmittelbar Vorliegenden stehen bleiben und nur zunächst auf die Visitation der Reichsgerichte dringen solle:

daran könne sich nach der Hand eine Erörterung der Recurse und die Verbesserung des gesammten Reichssystems anschließen.

Neben den auf eine Abstellung der alten Gebrechen durch Verhandlung an den Reichstag gerichteten Vorschlägen brachte der Herzog von Weimar auch politische von den Regierungen gegen das Umsichgreifen des Wiener Hofes zu verabredende Vorkehrungen zur Sprache. Noch immer schien der Kaiser die Erwerbung von Baiern nicht aufgegeben zu haben; und man besorgte andere Uebergriffe. Carl August wünschte bestimmtere Voranstalten, als die in den Unionsacten enthaltenen. Man wird noch einmal an die Vorkehrungen erinnert, welche die Union und die Liga in dem 17. Jahrhundert jede von ihrer Seite für nothwendig hielten, nur daß jetzt von keinem Unterschied der Religion die Rede war. Der Reichserzkanzler sollte in dieser seiner Eigenschaft die Initiative ergreifen: den von dem Kaiser und jetzt nach seinem Beispiel von dem Churfürsten Carl Theodor in dem Umfange ihrer Diöcesanrechte bedrohten Bischöfen wollte man einen unmittelbaren Rückhalt gewähren [1]. In der Hauptsache stimmte der Churfürst Erzkanzler doch nicht in jedem Punkte diesen Vorschlägen bei. Absichtlich schwieg er über eine künftige Capitulation des Kaisers: die Festsetzung derselben hielten die Churfürsten für ihre eigene Prärogative. Sonst ging er wohl noch schärfer gegen den Kaiser an, als der Herzog. Er brachte die zweifelhafte Gültigkeit des alten Privilegiums des Hauses Oesterreich zur Sprache, ferner die Ausdehnung der kaiserlichen Reservate, sowie selbst den Fall, daß eine erzwungene Majorität auf dem Reichstage

1) „Plan, nach welchem die vorwaltenden Geschäfte nach und nach zu betreiben sein dürften.“ — (Im Weimarischen Archiv.)

zur Ausübung von Gewaltsamkeiten führe. Er erinnerte ferner, daß der vornehmste Zweck des Bundes nicht so sehr auf eine Umgestaltung der Reichsjustizverfassung gegangen sei, als auf die Erhaltung der wohlhergebrachten Rechte eines Jeden, vornehmlich die Verhinderung der Einziehung von Baiern, die den Umsturz des Reichssystems hätte nach sich ziehen können. Die vom Herzog zur Abwehr neuer Gewaltsamkeiten in vorkommenden Fällen gemachten Vorschläge hatten nicht seinen Beifall: er hielt Maßregeln allgemeiner Natur für nothwendig. Jedermann im Reiche erwarte solche, und nur auf dieser Bahn würden sich Andere anschließen. Indem er nun bei der Idee eines Congresses im Allgemeinen beharrte, wich er doch in der Form, die er dem Zusammenwirken zu geben dachte, wieder einen Schritt davon zurück. Allerdings, sagte er, sei die Theilnahme Aller erforderlich, nicht jedoch gerade durch Abschickung und Zusammenkunft ihrer Gesandten, was einen Gegenreichstag ankündigen würde, sondern durch Vollmachten, die sie den churfürstlichen Gesandten am mainzischen Hofe oder dem Herzog von Weimar geben könnten, von denen sie dann hinreichend unterrichtet werden würden, um ihre Entschließung zu fassen: er sei bereit, durch ein Circular die Verbündeten hierzu einzuladen [1].

Der Churfürst wollte unangenehmes Aufsehen vermeiden, die bestehenden Formen möglichst beobachten, namentlich auch seine eigene Stellung wahren; was er vorschlug, war doch mehr eine Correspondenz, als ein Congreß. Der Herzog hätte einen solchen in aller Form gewünscht, auch deshalb, um die

1) Antwort des Churfürsten von Mainz auf den Plan u. s. w. d. d. 31. Dez. 1787.

Gleichberechtigung der Fürsten, ohne Rücksicht auf die herkömmlichen Unterschiede des Ranges, zur Erscheinung zu bringen; er dachte an eine gründliche und durchgreifende Umgestaltung der Justiz, wozu er die Mitwirkung der namhaftesten Fachgelehrten herbeizuziehen beabsichtigte.

Der Entwurf des Herzogs war kühner und weitausgreifender, als der des Churfürsten, wie das der Stellung des einen und des andern in dem Reiche entsprach. Ueber den Zweck bestand kein eigentlicher Widerspruch: über die einzuschlagenden Mittel und Wege gingen die Meinungen sehr auseinander; man bemerkte selbst Abweichungen der Tendenz, die sich schwerlich jemals ausgleichen ließen.

Die Thatsache, daß die beiden thätigsten Mitglieder des Bundes über dessen Fortbildung nicht Hand in Hand gingen, bildete an sich einen großen Uebelstand [1]. Die minder mächtigen Mitglieder waren unzufrieden, daß für ihre Vertheidigung von Seiten des Bundes gegen den Kaiser, wenn er sie angreifen sollte, nichts geschah, noch auch nur in Berathung gezogen wurde. Und doch schien dieser Fall sehr möglich. Eben damals war es, daß eine Differenz zwischen Würtemberg und Oesterreich ausbrach. Man erfuhr, daß bei den Verhandlungen über die Vermählung des Erzherzog Franz mit der Prinzessin Elisabeth von Würtemberg die Verzichtleistung der letzteren auf ihre Ansprüche an Würtemberg, wie eine solche in ähnlichen Fällen gewöhnlich war, von dem Kaiser

1) Rapport de Mr de Stein, 13. Janv. 1788, — aus dem man die Differenzen im Einzelnen besser entnehmen wird, als sie sich hier mittheilen lassen, — in den Analecten.

abgelehnt worden war. Der Herzog Carl Eugen, ihr Oheim, protestirte dagegen: denn er wollte die Rechte seines Hauses, die Selbständigkeit seines Landes nicht gefährden lassen [1]. Der Kaiser erwiederte dies mit der Erklärung, daß er hierauf den Titel eines Herzogs von Würtemberg, der seit dem Tode Carls VI aus der österreichischen Titulatur verschwunden war, wieder in dieselbe aufnehme. Wie mußten da alle die Besorgnisse aufleben, die von jeher aus der österreichischen Anwartschaft auf Würtemberg entsprungen waren [2]. Auf den Herzog machte die Sache um so größeren Eindruck, da er auf einer Reise, die ihn nach Paris führte, mit minderer Zuvorkommenheit behandelt worden war als ehedem. Es kam hinzu, daß auch an dem Hofe zu Zweibrücken der französische Einfluß sich mit dem österreichischen vereinigte, um den Herzog von Preußen abzuziehen. Leicht aufgeregt, glaubten die Süddeutschen hierin eine Bedrohung zu erblicken, welche sie alle betreffe. Und mit Freuden bewillkommnete es der Hof von Baden, als der Herzog von Würtemberg die Absicht kund gab, sich der Union anzuschließen. Die preußischen Staatsmänner ließen nicht unbemerkt, daß der Herzog

1) In einem Berichte des preußischen Gesandten Böhmer in Anspach 4. April 1788. Le duc n'a eu d'autre biais pour sauver les droits de sa maison que de protester contre la validité de ce contract de mariage.

2) Il fera publier une déduction pour prouver l'extinction de tout droit de la succession de la maison d'Autriche sur le pays de Wurtemberg (après la mort de Charles VI supposé toutefois, qu'il en eût exsisté jusqu'à ce terme-là). Die Deduction ist wohl keine andere, als der Aufsatz Spittlers: von dem österreichischen Anwartschaftsrechte auf Würtemberg, welcher 1789 erschien (Werke XII. n. V). Spittler hebt zugleich die augenblicklich eintretenden Wirkungen eines anerkannten Successionsrechtes hervor.

schon bejahrt und für die Gesinnung seines Nachfolgers keine Garantie vorhanden sei, der König selbst meinte, daß die Gefährdung der Succession alles zusammenhalten werde. Mit lebendiger Aneignung wurde die Idee, wie sie ja an die ursprünglichen Pläne anknüpfte, von Carl August ergriffen. Alsdann, sagt er, könne man den ganzen schwäbischen Kreis zu einem Defensionssystem vereinigen, zumal wenn Dalberg auch zum Bisthum Constanz gelange; leicht könne man da 30,000 Mann ins Feld stellen; wenn dann die Truppen der beiden rheinischen Kreise hinzukämen und zugleich die Cavallerie von Hannover und von Hessen, so werde sich eine formidable Streitmacht bilden lassen: die Union werde das Uebergewicht in Ober-Deutschland erlangen. Sollten dagegen, so fährt er fort, die österreichischen Absichten auf Würtemberg Boden gewinnen, so würde das Reichssystem in eine nicht geringere Gefahr gerathen, als durch den Austausch von Baiern[1]. Und selbst von diesem nahm man an, daß er nur etwa bis auf den Tod des Herzogs von Zweibrücken verschoben sei. Aufs neue erwachte hierüber der Eifer des Churfürsten von Mainz. Er fragte an, ob die mächtigeren Höfe schon bedacht hätten, was alsdann geschehen solle. Sehr wahr, daß an einer Verbesserung der Reichsverfassung viel gelegen sei: man habe dabei nicht einmal vielen Widerspruch von Oesterreich zu fürchten: aber sie könne zu nichts führen, wofern Oesterreich zu Vergrößerungen gelange, durch welche ihm das factische Uebergewicht im Reiche zufalle.

Manche fürchteten bereits, da sich die orientalischen Angelegenheiten jeden Augenblick mehr verwirrten, einen Rück-

1) Schreiben des Herzogs vom 17. Febr. 1788.

schlag derselben auf Deutschland — etwa einen Kampf Englands und seiner Bundesgenossen zu Gunsten der Osmanen gegen Oesterreich, das diese angreife, wahrscheinlich, ohne sich deshalb von Frankreich zu trennen, — einen inneren Krieg auf deutschem Boden.

Von dem, was vorgeht, ist nicht immer das das Wichtigste, was dabei zu Stande kommt. Die Entwürfe, mit denen man sich damals in Deutschland trug, werden allezeit als ein historisches Moment von Bedeutung betrachtet werden müssen. Noch auf dem Boden des Reichs dachte man an eine feste Gestaltung einer von den Formen desselben nicht mehr beherrschten, wiewohl nicht unabhängigen Einigung, an eine bewaffnete Aufstellung, welche ihr Festigkeit geben, und zugleich eine Reform der Reichsverfassung, welche doch nicht auf diese beschränkt sein, sondern allgemein wirksam werden sollte.

Ob das nun aber unter den obwaltenden Verhältnissen zu erreichen war, ob sich die Interessen der Verbündeten, die noch sämmtlich gleichberechtigte und auf ihre Selbstständigkeit eifersüchtige Staaten bildeten, zu einem Einverständniß über dieselben vereinigen ließen?

Die einander widersprechenden Gutachten des Churfürsten und des Herzogs, die nach Berlin gingen, gaben zu ministeriellen Erörterungen Anlaß, die, im Princip die allgemeine Tendenz festhaltend, die Sache doch nicht förderten. Ein ausführliches ministerielles Rescript, das sich sonst dem mainzer Entwurfe näherte, fügte demselben unannehmbare, selbst verletzende Modificationen hinzu. Diese wurden von Stein und Carl August einzig auf die Rechnung Hertzbergs geschrieben, der niemals etwas annehmen könne, was von Anderen gemacht worden sei, ohne etwas von dem Seinen hinzuzufügen.

Auch für seine Sudeleien, wie die zuletzt eingegangene, wolle er noch gelobt sein! Sie gaben um so weniger darauf, als Friedrich Wilhelm II selbst, den man daran mahnte, daß er ja noch vor seiner Thronbesteigung den Gedanken der Union gefördert und ins Leben zu rufen hauptsächlich beigetragen habe, sich über seinen Wunsch, sie zu voller Thätigkeit zu bringen, mit standhafter Entschiedenheit ausdrückte. Es war sehr sein Ernst, daß es in Mainz zu gemeinschaftlichen Unterhandlungen im Sinne der Union kommen möge, wobei nur der Churfürst von Mainz sich nicht als Bundesoberhaupt betrachten dürfe. Dagegen lauteten die Aeußerungen, die von Sachsen und Hannover einliefen, in den Hauptsachen ungünstig; das Vorhaben der Correspondenz der churfürstlichen Höfe mit den fürstlichen, auf dem alles beruhte, wurde von ihnen geradezu verworfen. Sachsen erklärte, es stehe mit keinem seiner fürstlichen Nachbarn in einem so vertraulichen Verhältniß, daß es mit ihnen in diesen Angelegenheiten in Benehmen treten könne. Nach der Ansicht, die man in Dresden hatte, sollten die drei Churfürsten vor allem unter sich über die Gegenstände, sowie über die Art und Weise der Berathschlagungen übereinkommen und dann bestimmen, was davon den anderen Mitgliedern zu eröffnen sei. In Hannover wurden gewichtige Einwendungen vorgebracht, welche aus der althergebrachten Form der Verfassung entnommen waren. Stein fand sich zwischen der hannoverischen Pedanterie und der sächsischen Furchtsamkeit — denn da vergesse man keinen Augenblick, wie nahe die böhmische Grenze sei, — und zugleich neben einem eigensinnigen Minister in unangenehmem Gedränge. Wie sollte er den Churfürsten von Mainz, der doch auch viel Ehrgeiz hatte, festhalten und angemessen behandeln? War demselben doch

„der allergeheimste Artikul" des Bundes noch immer nicht mitgetheilt worden. Und wenn etwa der Plan dahin gehe, die gesammte Correspondenz in die Hände des preußischen Gesandten (d. h. die eigenen Steins) zu legen, so hatte er wenig Hoffnung, daß sich die Fürsten in dieses Ansinnen fügen würden: denn so gut preußisch gesinnt seien sie nicht. Er zweifelte zuweilen, ob die Union überhaupt bestehen könne und werde. In ärgerlicher Verstimmung spricht er wohl einmal den Wunsch aus, aus diesem Irrgarten der Politik wieder erlöst zu sein.

Herzog Carl August war nicht so leicht entmuthigt. In seiner Denkweise lag es, das Gute festzuhalten, wenn es auch nicht das Beste war. Widerlegungen wollte er nicht aufs neue widerlegen. Aus den Hertzberg'schen Rescripten entnahm er hauptsächlich das, was zu dem großen Vorhaben im Allgemeinen diente. Er schloß sich jetzt selbst dem Sinne der churerzkanzlerischen Vorschläge nun auch seinerseits an: denn allerdings konnte eine Versammlung der Fürsten das Ansehen eines Gegenreichstags haben. Aber sehr dringend empfahl er [1], die Mitglieder des Bundes durch ein Circular einzuladen, die churfürstlichen Gesandten, die in Mainz beglaubigt seien oder es sein würden, mit ihren Vollmachten zu betrauen. Er seinerseits sei bereit, die seinen dem Landjägermeister, Baron Stein, als brandenburgischem Gesandten zu geben, wenn dieser nur ermächtigt werde sie anzunehmen; seinem Beispiel würden Mecklenburg, Anspach, Anhalt folgen; Braunschweig und Gotha würden sich an Hannover halten. Er beklagt, daß man neue Versuche der österreichischen Politik

1) Sein Schreiben à Mr. le Comte de Hertzberg 18. Febr. 1788.

auf Zweibrücken und Constanz, sowie die Vergewaltigungen gegen Passau unbemerkt habe vorübergehen lassen: man hätte seine Stimme laut dagegen erheben sollen.

Dem Entwurfe eines Circulars, welches der Churfürst von Mainz, jedoch nicht ohne vorgängige Billigung der verbündeten weltlichen Churhöfe, erlassen wollte, fügte Stein die Bemerkung hinzu, daß es doch nicht speciell genug sei, um die Erwartungen der Fürsten zu befriedigen: es würde scheinen, als sei es darauf abgesehen, die Verhandlungen mit unnöthigem Geheimniß zu umgeben [1]. Seine Ansicht war, daß die Visitation der beiden Reichstribunale mit Bestimmtheit als das nächste Object der gemeinschaftlichen Bestrebungen bezeichnet, und jeder Hof aufgefordert werden solle, seine Meinung darüber kund zu geben; der Churfürst von Mainz werde darauf antworten; durch Rede und Gegenrede werde man sich zuerst über diesen Gegenstand und jeden anderen verständigt haben, wenn er am Reichstag zur Berathung komme.

In Berlin fand er damit keinen Beifall, weil es zu großes Aufsehen machen und zu viel Widerspruch erwecken würde. Man blieb bei dem Vorschlag stehen, daß die churfürstlichen Höfe sich mit den ihnen am nächsten verbundenen fürstlichen über die am Reichstag zu machenden Anträge vereinigen sollten. Diese aber würden dann nicht als gemeinschaftliche erscheinen, sondern der Churfürst von Mainz würde sie in seiner Qualität als Director des Reichstags einbringen; die Unirten sollten nur eben in seinem Sinne stimmen.

---

1) Il est à craindre, que l'apparence d'un ensemble couvert des voiles du mystère n'effarouche les gens soupçonneux et timides.

Wenn Mainz gerathen hatte, die Gültigkeit der alten Privilegien des Hauses Oesterreich zu untersuchen, so wandte man ein, das liege zu weit ab und würde nur Haß erwecken. Auch dürfe nicht sofort die Visitation des Reichshofraths in Angriff genommen werden: zunächst würde die des Kammergerichts genügen. In Bezug auf die neue Capitulation hielt man in Berlin daran fest, daß sie von dem Gutachten der Churfürsten abhängig bleiben müsse: die andern Fürsten könne man nur hören.

Man erkennt hier die ganze Schwierigkeit, welche eine Erhebung des Bundes zur wirklichen Activität in den Reichsangelegenheiten hatte. Die Fürsten konnten nicht versammelt werden, ohne daß es das Ansehen gewonnen hätte, als wolle man einen Gegenreichstag aufstellen, aber man konnte auch keinen vorbeigehen, ohne ihn zu verletzen und zu entfremden. Der Ehrgeiz Carl Augusts war gerade dahin gerichtet, den minder mächtigen Fürsten einen wirksamen Antheil an den allgemeinen Angelegenheiten zu verschaffen. Und wenn es nur darauf angekommen wäre, gemeinschaftliche Anträge am Reich einzubringen, so konnte auch dies das Bedenken erregen, als suche der Bund das Reich zu beherrschen, was die Nichtunirten beleidigt hätte.

Die Correspondenzen sind voll von Entwürfen, die etwas Unausführbares haben, und von Erwartungen, die über die Lage der Dinge weit hinausgehen; doch sind sie von ehrlichen Bemühungen, die Schwierigkeiten zu überwinden, durchsetzt. Mit größter Theilnahme begleitet man Carl August, der zurückweichend und vordringend die große Idee immer aufrecht hält. Als eines der besten Producte seines Geistes darf das Schreiben angesehen werden, mit welchem er das chursächsische

Ministerium von seiner Tendenz unterrichtete und in dieselbe herüberzuziehen suchte [1]. Er hoffe, sagt er darin, noch immer trotz aller Hindernisse, welche die Gewohnheit der Zeit in den Weg lege, die alte deutsche Denkungsart zu erwecken. Er setzt ausführlich auseinander, daß es bei der Union vor allem darauf abgesehen sei, die getheilten Absichten und Kräfte auf einen Punkt reger und zuverlässiger Wirksamkeit zu vereinigen. Die Entwürfe, die man gemacht habe, seien auf eben das gerichtet, was jeder Fürst im eignen Lande bezwecke: eine angemessene und weise Einrichtung. Das Nämliche ungefähr solle auch im Ganzen erreicht werden. Dem Geiste der Trägheit, der die Reichsfürsten seit dem westphälischen Frieden drücke, solle ein Ende gemacht, und der Nationalgeist, der in seinen letzten Spuren erlösche, wieder erweckt werden. Als den Hauptmangel der Union bezeichnet er, daß den minder mächtigen, nicht einmal vollständig unterrichteten Fürsten keine Sicherheit geboten werde. Man wisse nicht, wie viel eintretenden Falls ein jeder zu leisten habe nach dem Zustande seiner Finanzen und der Bevölkerung, ob sie nicht von den mächtigeren mit Willkür würden herangezogen werden. Es stehe noch immer so, daß den Absichten Josephs kein wirklicher Widerstand entgegengesetzt werden könne. Man werde leicht in eine ähnliche Situation gerathen, wie im Jahre 1778, wo sich Preußen und Sachsen allein schlagen mußten und das übrige Deutschland so wenig that als möglich. Wenn man die Sachen dem Ungefähr überlasse, so dürfe man auch nichts erwarten,

1) Schreiben an Herrn Conferenzminister Löben in Dresden, 30. März 1788, im weimarischen Archiv. (Vgl. Analecten.)

als was das Ungefähr mit sich bringe. Vor dem Kaiser brauche man sich jetzt nicht zu fürchten: denn er habe den Gegenbund, mit dem er umgegangen, nicht zu Stande gebracht, und wenn er selbst mit Hand anlege, das Reichssystem zu verbessern, so sei das ja eben das, was man wünsche. Gewiß, die Union solle nicht als ein getrennter Körper im Reich auftreten, aber jeder patriotische Fürst müsse von ihr eine kräftige Unterstützung erwarten. Warum wolle man jetzt den Churfürst von Mainz, der so viel guten Willen zeige, von den Berathschlagungen der drei andern Churfürsten ausschließen? Warum bestehe man auf einer Separation der Fürsten von den Churfürsten? Wolle man den Reichstag bei der Union zum Muster nehmen, dann hätten die Churfürsten den Bund unter sich allein machen sollen. „Die Union, soweit sie Union ist, setzt Gleichheit der Rechte voraus und verbindet zu einerlei Pflichten. Insofern die Capitulation innerhalb der Union in Betracht gezogen wird, müssen alle Glieder derselben daran Theil nehmen, weil es das Wohl des Allgemeinen, des Staates und des Reiches ist, worüber sich verbündete Stände ohne Abtheilung in Klassen berathen." Damit verringere man nicht die Rechte der Churfürsten, noch erhöhe man die der Fürsten.

Aeußerungen, die noch einmal den Sinn aussprechen, aus welchem die ersten Verbindungen der minder mächtigen Fürsten unter einander hervorgegangen waren. Ein Geist athmet in ihnen, der fähig war, nicht allein die Union zu beleben, sondern die Nation überhaupt. Doch kann man nicht läugnen, daß die Vorschläge mit der Form der Reichsverfassung und der hergebrachten Gliederung der Stände zusammenstießen. Was man auch sagen mochte: die Frage war, ob ein Congreß der verbündeten Stände oder die Reichs-

versammlung die allgemeinen Angelegenheiten in die Hände nehmen sollte. So verhielt es sich ohne Zweifel, wie Stein und Carl August annahmen, daß der König von Preußen auch zu dem Ersten sich entschlossen haben würde, wenn es sich nöthig und nicht allzuschwierig gezeigt hätte. Die Minister, die auch ihrerseits churfürstliche Rechte wahrzunehmen hatten, waren mehr auf das Gewohnte und Herkömmliche angewiesen. Sie mußten sich hüten, die vornehmsten Mitglieder des Bundes zu beleidigen und zu reizen. Man nahm wahr, daß Sachsen und Hannover eifersüchtig auf den Einfluß wurden, den Brandenburg im Reiche erhielt[1]. Denn noch mehr bedeutet allezeit das dauernde Machtverhältniß, als der gute Wille, der aus einer vorübergehenden Bundesgenossenschaft entspringen mag. In Dresden brachten die Erinnerungen Carl Augusts keine Wirkung hervor. Wie die Dinge nun einmal lagen, blieb es doch dabei, daß die allgemeinen Angelegenheiten in den bisherigen Formen am Reichstage zu Regensburg verhandelt werden mußten.

Es war hauptsächlich eine Rückwirkung der Association, des durch dieselbe geweckten Gefühls für das deutsche Gemein-

---

1) Aus einem Schreiben Steins an Lucchesini. Le duc m'a communiqué la lettre du Ministère d'Hannover à celui de Dresde, qui prouve mieux que toute autre chose, combien peu de Messieurs ont envie de faire prospérer le système de l'Union de l'Empire proprement dit. Je suis persuadé, que la jalousie des succès du Roi dans tout ce qu'il a entrepris jusqu' ici dans ces contrées, leur inspire cette conduite et les engage à cacher sous le manteau de la pédanterie du XVI^{me} siècle et d'un language analogue au tems de la reformation le dessein assez évident de tout gâter par ici, pour empêcher, que l'influence de notre cour n'augmente insensiblement.

wesen und des Zusammenstehens der drei weltlichen Churhöfe mit dem mainzischen, daß die Reichsversammlung sich einigermaßen wieder belebte. Im December 1787 trat der mainzische Directorialbevollmächtigte Karg mit einem dahin zielenden Antrag auf. Im Kreise der versammelten Reichstagsgesandten fragte er an, ob man nicht endlich eine der größeren Angelegenheiten in Berathung nehmen und Instruction der verschiedenen Höfe darüber erbitten wolle: etwa über die Jurisdiction des Kammergerichts oder über eine Recurssache oder eine militärische, z. B. die Demolition von Philippsburg. Damit ward nun nicht sogleich ein günstiger Erfolg erreicht: die Gegner tadelten das Unbestimmte und Dilatorische des Antrags; sie sprachen die Vermuthung aus, daß man nur Zeit gewinnen wolle, um indeß die wichtigeren Angelegenheiten auf dem Congreß der Union, von dem ein Gerücht über Wien nach Regensburg gedrungen war, vorzunehmen. Durch die Einwirkung der weltlichen Churhöfe wurde Karg bewogen, den auf das Justizwesen bezüglichen Anliegen den Vorzug zu geben und zwar zunächst der Frage über die Einrichtung der kammergerichtlichen Senate. Auch hiegegen erhob Borié seine Stimme in alter Weise; er behauptete, das ganze Justizwesen stehe in so engem Zusammenhange, daß sich ein einzelner Punkt nicht herausheben lasse; wenn man dies dennoch versuche, so liege allem Anschein nach die Absicht zu Grunde, die Entscheidung der übrigen, die ganze Legislation nach Mainz zu ziehen. Wie sehr aber griff er mit dieser Vermuthung fehl, soweit war, wie wir wissen, das Verständniß unter den unirten Fürsten nicht gediehen; ihre Absicht war in der That die angegebene, den Reichstag durch eine Deliberation von einiger Bedeutung wiederzubeleben. Es ist wohl der Mühe

werth, dabei zu verweilen, und noch einmal an der Scheide der Epochen eine Reichstagsverhandlung über eine nicht gerade politische, sondern friedliche und reichsrechtliche Frage in ihrem Verlauf zu begleiten. Die vorliegende war nicht ohne eine gewisse Bedeutung. Sie betraf die Erklärung eines im Jahre 1775 gefaßten Schlusses über die Senate, kraft dessen wichtige Erkenntnisse nicht anders, als im Beisein von sechs Beisitzern abgefaßt werden sollten. Das Kammergericht verstand dies so, daß kein Senat mehr als sechs Mitglieder habe: von den Reichstagsgesandten wurde es so aufgefaßt, daß kein Senat weniger als sechs haben solle, wohl aber mehrere haben könne. In einem hiermit nahe verwandten Punkte, bei der Adjunction halber oder ganzer Senate in Restitutionsangelegenheiten, hatte das Kammergericht provisorische Entscheidung in seinem Sinne getroffen. Wenn es nun für die Ausübung der Justiz von Wichtigkeit war, die Ansicht des Reichstages durch Beschluß festzustellen, so lag doch der Schwerpunkt der Sache noch mehr darin, daß wieder einmal eine Reichsdeliberation in aller Form vorgenommen wurde. Der eifrige Schwarzenau, der immer dahin gestrebt hatte, war vor Eröffnung derselben im December gestorben [1]; an seiner Stelle erschien im Frühjahr 1788 Graf Eustach von Görz als preußischer Gesandter in Regensburg. Er ist jener Erzieher des Herzogs von Weimar, der vor dem bairischen Erbfolgekrieg, in preußische Dienste gezogen, durch seinen Einfluß auf den

1) Sein letztes Schreiben ist vom 17. Dec. 1787. Man rühmt ihm nach: Eifer für das königliche Interesse, Ehrfurcht gegen die Religion, große Kenntnisse in deutschen Reichssachen und untadelhaften Wandel. Die nächstfolgenden Berichte, die hier zu Grunde liegen, sind von dem Legationsrath Ganz.

Herzog von Zweibrücken eine rechtliche Grundlage für den Krieg geschaffen hat. Seitdem war er in verschiedenen Gesandtschaften beschäftigt, nicht gerade allemal mit Erfolg, aber immer mit Geist, von jeher Anhänger des Fürstenbundes und von der Idee durchdrungen, dem Reiche auf Grund desselben einen neuen Impuls zu geben. Mit aller Energie nahm er die kammergerichtliche Angelegenheit auf.

Dabei kam ihm dann zu Statten, daß unter den verschiedenen Gesandten des Hauses Oesterreich nicht mehr die alte Einmüthigkeit herrschte. Der Gesandte für Churböhmen, Graf Seilern, hatte sich schon immer sehr versöhnlich gezeigt: soeben langte Baron Leykam an, ein praktischer Staatsmann von einiger Erfahrung und dem Wunsche nicht umsonst zu arbeiten. Hinter ihnen trat Borié, welcher einst das gesammte Reichstagswesen dirigirt hatte und das unverwüstliche Selbstgefühl eines Parteiführers, der es gewohnt ist, eine zahlreiche Versammlung mit sich fortzureißen, augenscheinlich noch immer nährte, wie die vorliegende Verhandlung zeigte, nunmehr doch einen Schritt zurück; aber vernichtet war sein Einfluß noch nicht. Die preußische Gesandtschaft klagt, daß er ihrer Offenheit nach wie vor mit Arglist begegne; seiner Einwirkung ward es zugeschrieben, wenn der bairische Gesandte, Graf Lerchenfeld, Anfang Juni, als die kammergerichtliche Sache zur Entscheidung gebracht werden sollte, sich anschickte, nach dem Karlsbade abzureisen, ohne einen Bevollmächtigten an seiner Stelle zu substituiren. Das würde denn die Sache über die bevorstehenden Ferien hinaus vielleicht um ein Jahr aufgehalten haben. Das laute Geschrei, das sich darüber erhob, und anderweiter Einfluß hielten den Gesandten ab, sein Vorhaben auszuführen. Danach trat aber ein anderes Hinderniß ein,

das man nicht erwartete. Der hannoverische Gesandte Ompteda hatte bisher mit dem sächsischen und dem preußischen zusammengewirkt und dem Directorialgesandten, der alles leitete, getreulich zur Seite gestanden. Plötzlich bekam er von Hannover andere Weisungen. Hier gab es keinen Hof, der einen unmittelbaren Einfluß ausgeübt hätte, aber ein Ministerium, welches an dem einmal in Bezug auf die Form des Reiches ergriffenen System hartnäckig festhielt. Die neue Instruction enthielt eine Verwerfung der bisherigen Entwürfe; sie ließ die Meinung durchblicken, daß man es in Hannover besser verstehe, als überall anderwärts. Was bereits großentheils angenommen worden, wurde dort für unzulässig und selbst für gesetzwidrig erklärt. Wir erörtern hier nicht die Streitpunkte, wie man sie auch in Regensburg wenig erörtert hat. Man empfand dort hauptsächlich, daß noch in der letzten Stunde, nachdem alles vorbereitet worden, von einem der unirten Höfe ein Widerspruch erfolgte, durch den die Sache ins Weite geschoben zu werden drohte. Man erlebte, daß Hannover alle möglichen Versuche machte, um seiner Ansicht Eingang zu verschaffen, was ihm denn auch bei so angesehenen Reichsfürsten wie Hessen-Kassel, Braunschweig und Mecklenburg wirklich gelang. Dadurch konnte aber das churfürstliche Collegium, in welchem die Majorität unwiderruflich entschieden war, nicht mehr bestimmt werden. Nicht allein Sachsen, Brandenburg und Mainz hielten zusammen, sondern auch Köln und Trier schlossen sich an, und selbst Böhmen widerstrebte nicht. In dem churfürstlichen Collegium hatte Hannover nur Pfalz-Baiern auf seiner Seite. Auf die Majorität in demselben gestützt, verfaßte dann der reichserzkanzlerische Gesandte ein Conclusum so umsichtig und bündig, wie es diesen Zeiten der

praktischen Uebung in den Reichsgeschäften entsprach, und dies wurde dann dem fürstlichen Collegium vorgelegt. Noch immer war Borié nicht durchaus einverstanden. In Bezug auf die Adjunction in Executionssachen folgte er einer anderen Meinung als der von den Churfürsten beliebten. Und so viel wurde dann durch die Gewohnheit, ihm zu folgen, bewirkt, daß in dem Fürstenrathe gerade ebensoviel Stimmen — ihrer 43 — widersprachen, als deren waren, welche das churfürstliche Conclusum annahmen. Wenn es bei dieser Parität der Stimmenzahl blieb, so hätte die Abweichung des fürstlichen Collegiums von dem churfürstlichen, die darin lag, eine definitive Beschlußfassung unmöglich gemacht. Noch einmal trat dann der Reichsdirectorialgesandte abhelfend ein. Er hatte zugegeben, daß ein paar Stimmen, über die er sonst verfügte, sich im Sinne Borié's erklärten. Diese fielen jetzt von demselben ab, so daß auch im fürstlichen Collegium eine Majorität für die Vorlage zu Stande kam. Nachdem dergestalt Fürsten und Churfürsten sich geeinigt hatten, wurde das Conclusum den Städten vorgelegt, die denn nicht säumten, sich anzuschließen [1]. Man war über den Erfolg fast erstaunt. Was so lange nicht geschehen, war erreicht: ein conclusum commune der drei Reichscollegien war gefaßt worden, ein Reichsgutachten im alten Sinne. Der Eindruck war ein allgemeiner im Reiche. Die Meinung ist geäußert worden, daß man, auf diesem Grunde weiter bauend, die Reichsverfassung in den Zustand wiederherstellen müsse, in welchem sie zu den Zeiten Maximilians des ersten gewesen sei. Denn eine lebendige,

1) Berichte von Görz nach Berlin, 22. Mai, 11. Juli. Von hohem Interesse sind seine Schreiben an Carl August.

wiewohl nur auf fragmentarische Kunde gestützte Erinnerung war davon übrig, wieviel in jener Epoche auf der Action der Reichsversammlung beruht hatte. Ob es aber bei der ganz veränderten Weltlage möglich sein würde, darauf zurückzukommen, und in welcher Form, blieb doch unendlich zweifelhaft. Wenn wir sahen, was sich alles dem festeren Zusammenschließen des Fürstenbundes und seiner gemeinsamen Thätigkeit in den Weg stellte, so war derselbe nun auch in den letzten Verhandlungen am Reichstag in den Nachtheil gerathen, daß der erreichte Erfolg, weit entfernt davon, ihm zugeschrieben werden zu können, mehr auf einer Annäherung einiger österreichischen Minister beruhte: nur durch eine Abstimmung zweifelhafter Art, nicht ohne indirecte Einwirkungen war es dazu gekommen. Wie leicht konnte ein ander Mal nicht auch das Gegentheil erfolgen. Um den gewonnenen Standpunkt festzuhalten, machte Graf Görz den Vorschlag, ohne Verzug noch vor dem Eintritt der großen Ferien festzusetzen, was nach denselben vorgenommen werden sollte, damit die Materien indessen von den Höfen in Betracht gezogen werden könnten. Aber soweit ging selbst die mainzische Freundschaft nicht, um ihn dabei zu unterstützen. Das Reichsdirectorium war darauf nicht gefaßt und ging darauf nicht ein.

So stand es in Deutschland in diesem Jahre. Indem sich Oesterreich anschickte, das Bereich seiner Machtentwickelung über das katholische Deutschland auszudehnen, hatte sich ihm eine Association hauptsächlich der protestantischen Fürsten mit großem Erfolg entgegengesetzt und unter der Führung Preußens einen überwiegenden Einfluß in allen Reichsangelegenheiten gewonnen. Wenn nun aber unter den unirten Fürsten die Absicht hervortrat, die Hebung der alten Mängel der Reichs-

verfassung und Reichsjustiz in die Hand zu nehmen, so zeigte sich dabei vor allem, wie wenig sie selbst unter einander einverstanden waren. Die Führung Preußens erregte, obwohl sie nicht sehr energisch auftrat, die Eifersucht der verbündeten weltlichen Churhöfe. Der Churfürst Reichserzkanzler wurde von ihnen, so sehr auch seine Autorität für das Vorhaben der Reichsreform nothwendig war, doch nicht als ein vollkommen gleicher angesehen und behandelt. Dabei aber hatten die vier Churhöfe doch wieder ein gemeinschaftliches Interesse gegen die Fürsten, die ihrerseits nach der Abstellung dieses untergeordneten Verhältnisses trachteten. Allen aber stand das mächtige Haus Oesterreich gegenüber, durch dessen Einwirkung, wiewohl es in einzelnen Fragen nachgab, doch im ganzen eine dem Bunde widersprechende Richtung festgehalten wurde. Es war immer von Bedeutung, daß eine Anregung zur Wiederbelebung der allgemeinen Interessen gegeben und eine stattliche Genossenschaft gebildet war, um die Rechte eines jeden zu behaupten und ihrer Verletzung zu widerstreben. Denn nicht auf einen Umsturz, sondern auf eine Wiederherstellung des alten Systems mit Einschluß der Organisation der katholischen Kirche war es bei dem Fürstenbunde abgesehen. Aber die inneren Gegensätze waren so stark, daß sie sich, wie die Menschen und Dinge nun einmal sind, schwerlich jemals vereinigen ließen.

Da war nun noch ein Weltereigniß eingetreten, welches alles vollends auseinanderwarf und einen Krieg zwischen den beiden vorwaltenden Mächten zu veranlassen drohte.

Druck von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Druck von F. A. Brockhaus in Leipzig.